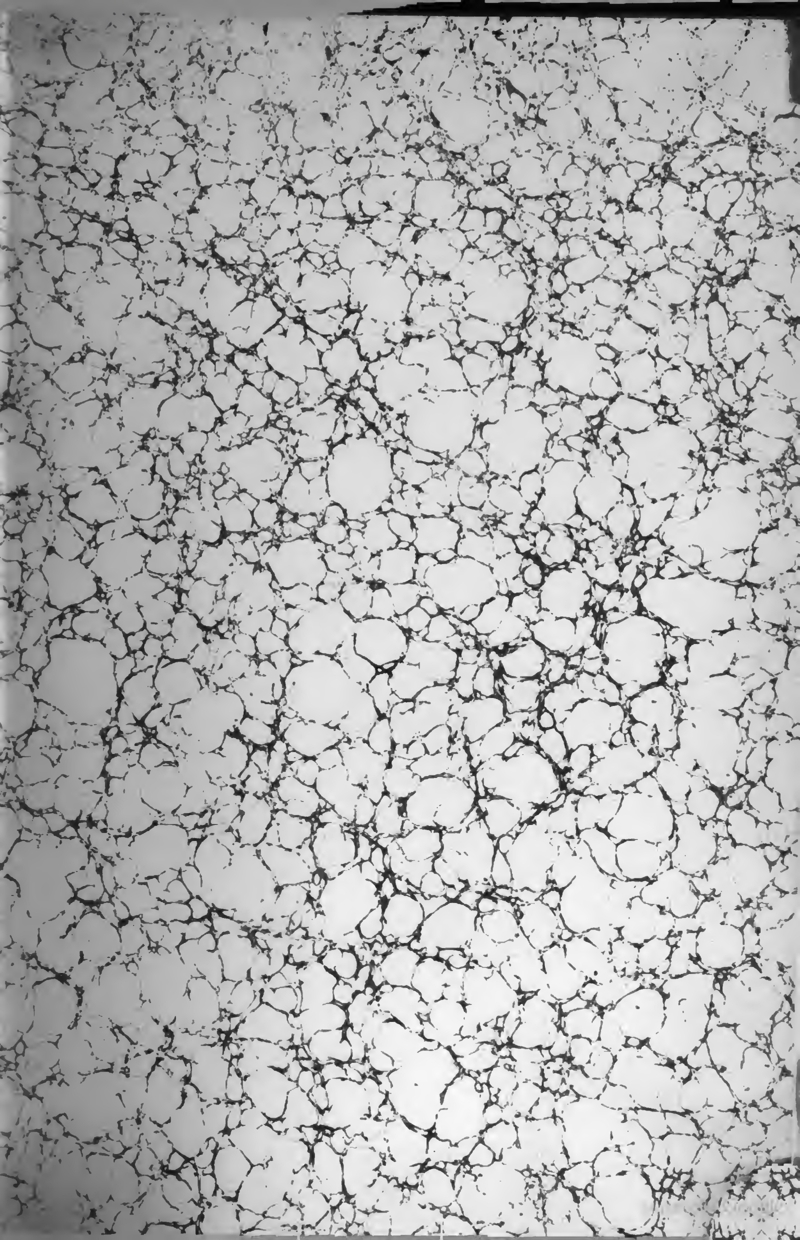




Kleine Politische Schriften

von

Julius Fröbel.

Zweiter Band.



Stuttgart.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.
1866.

Buchdruckerei der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Inhalt.

I.

Deutschland, Oesterreich und Venedig.

Die venetianische Frage bildet einen Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschlands. Treffliche Abhandlungen in Zeitungen und besonderen Schriften sind über dieselbe erschienen und nicht ohne Wirkung geblieben. Nichts indessen darf als überflüssig betrachtet werden, was dazu beitragen kann die Wendung vollständig und entscheidend zu machen. Für den Augenblick mag es weder im Interesse Sardiniens noch Frankreichs liegen die Sache zur Entscheidung zu drängen; gewiß aber ist ein Vorgehen in derselben nur aufgeschoben, während zugleich an diese Angelegenheit sich allgemeinere Interessen von der umfassendsten Bedeutung knüpfen.

Ich habe mich deßhalb durch das momentane Zurücktreten der venetianischen Frage nicht abhalten lassen die folgenden Blätter zu veröffentlichen, durch welche ich, viel oder wenig, zur inneren Sammlung Deutschlands, einem feindlichen Auslande gegenüber, beizutragen wünsche. „Großes mögen alle wirken, wo jeder handelt als ob die Rettung des Vaterlandes von ihm abhänge:" — diese Worte in der Erklärung dreier von mir hochgeachteten Männer scheinen mir auf die gegenwärtigen deutschen Zustände in hohem Grade anwendbar zu sein, und sie haben auch mich geleitet.

In zwei Formen, in der Form des Krieges und in der eines europäischen Congresses, kann die venetianische Frage als ein Theil der allgemeinen Frage der Nationalitäten und der natürlichen Grenzen wieder an uns herankommen. Es ist wichtig daß beiden möglichen Versuchen die öffentliche Meinung Deutschlands geschlossen gegenübersteht. Die französische Flugschrift durch welche der Gedanke des Abkaufes von Venedig zuerst ernsthaft zur Erörterung gebracht wurde, enthält folgende Worte: „L'Europe appelle enfin l'institution d'un congrès universel permanent, où toutes les puissances, sans exceptions, viennent renouveler d'abord l'engagement de respecter leurs frontières et dont l'arbitrage reconnu et respecté impose désormais une solution pacifique à tous les différens.“ — Als Resolution einer Quäker-Versammlung, oder als Beschluß und Erklärung eines Congresses von Mitgliedern der Gesellschaft des ewigen Friedens, würde sich dieser Satz nicht übel ausnehmen; auf Seiten derer welche eben erst von der Theilnahme an einem Raubzuge über fremde Grenzen zurückgekehrt sind, ist es eine Abgeschmacktheit von der Achtung der Grenzen zu sprechen. Deutschland unterwerfe sich den Entscheidungen eines solchen Congresses, und unsere Grenzen werden bald so regulirt sein daß daran wenig mehr zu achten übrig bleibt.

Aber wir sind gerecht bis zur Untugend, und wenn Andere unsere Grenzen nicht achten, so achten wir um so mehr die ihrigen! —

Das deutsche Volk darf stolz darauf sein den redlichen Willen zur Gerechtigkeit gegen andere Völker zu haben, und wenn es irgend einmal ungerecht ist, diesen Fehler nur gegen sich selbst zu begehen. Es sei so; denn ein Volk kann so

wenig wie ein einzelner Mensch ungestraft seinem eigenen Wesen untreu werden. Der Grundsatz welcher vor einigen Jahren in Nordamerika gegen England gepredigt wurde: „our country, right or wrong!“ — paßt nicht für den deutschen Charakter. Und ebenso wenig paßt für den deutschen Charakter die logische Gewissenlosigkeit, mit welcher die öffentliche Meinung Englands das sogenannte Nationalitätsprinzip für Italien anerkennt, und für Irland, die jonischen Inseln, Gibraltar, Helgoland, Indien u. s. w. verwirft und verlacht. Wir sind solche Pedanten daß für uns ein Prinzip entweder richtig oder unrichtig ist, und wir müssen nicht nur mit unserer Moral sondern auch mit unserer Logik im reinen sein, um als Nation mit dem sichern Bewußtsein einer guten Sache auftreten zu können.

Ich glaube wir thun recht daran solche Pedanten zu bleiben. Aber wenn wir so gewissenhaft sind, müssen wir uns, und uns allein, das Recht vorbehalten für uns zu entscheiden was recht und was unrecht ist. Wir, unter allen Menschen in der Welt, haben am wenigsten nöthig uns von anderen Nationen die Grundsätze politischer Moral erklären zu lassen; am allerwenigsten von denen bei welchen Moral und Politik überhaupt nichts mit einander zu thun haben.

Wir haben die Fragen der politischen Moral unter uns selbst auszumachen. Zu diesem Ergebniß beizutragen, und die neumodischen Lehren abzuweisen welche von anderen Völkern speziell gegen uns erfunden worden sind, gehört zu den Zwecken der folgenden Blätter.

Heidelberg, den 20. Januar 1861.

Der Verfasser.

I.

Der Gedanke die venetianische Frage durch einen Abkauf zur Lösung zu bringen, ist wie ein Irrwisch, einem Sumpfe entstiegen, an der öffentlichen Meinung Europas vorübergezogen.

Einen Augenblick hat es geschienen, als ob das was Menschen von gutem Geschmacke nur für einen schlechten Witz halten konnten den Jemand am Ein- oder Ausgang der Börse aufgelesen, der Diplomatie nicht für zu schmutzig gelte in die Hand genommen zu werden. Indessen die Hand scheint zu rechter Zeit zurückgezogen worden zu sein.

Was sollte diese Seitenbewegung bezwecken?

Konnten die von welchen sie ausging, sich über die Undenkbarkeit täuschen daß Oesterreich auf einen solchen Vorschlag eingehen werde?

Das Börsenritterthum allerdings mag sich auf kurze Zeit in dem Wahne befunden haben, das Reich des ewigen Friedens, gerade mit soviel entfernter Kriegsgefahr wie zum Speculiren erforderlich ist, sei im Anbrechen, — eine Periode der Weltgeschichte unter deren Herrschaft, als Triumph der Aufklärung und Civilisation, Provinzen und Reiche gleich verschuldeten Rittergütern unter den Hammer kommen, und aus dem Ertrag dessen erstanden werden was man ihren ehemaligen Besitzern abspeculirt. Diesem verdienstvollen Elemente der modernen Gesellschaft fehlt bei aller seiner Freiheit von moralischen Vorurtheilen der Scharfblick, um zu erkennen daß es selbst nichts als der Handlanger einer Intrigue ist, welche, zu ihrer vollen Entwickelung gelangt, über alle Interessen der Börse und ihrer Besucher hinweggehen

wird. Weil das socialistische Kaiserthum sich nicht ungern des Börsenritterthumes bedient, vergißt dieses letztere daß die Zeit kommt wo es selbst gleich andern Bundesgenossen als Mohr seine Schuldigkeit gethan haben wird.

Der Politiker dagegen konnte keinen Augenblick über die Haltung Oesterreichs in dieser Angelegenheit zweifelhaft sein. Oder wie hätte ein urtheilsfähiger Mensch es für möglich halten können, es werde sich dieser bei allen Schwierigkeiten seiner Lage mächtige Staat zum Verkauf einer Provinz bestimmen lassen, deren Besitz nach den sachkundigsten kriegs- und staatswissenschaftlichen Urtheilen Deutschlands, Englands und sogar Frankreichs, von unberechenbarer Wichtigkeit für seine eigne wie für Deutschlands politische Gegenwart und Zukunft ist? — einer Provinz, deren gerade Oesterreichs und unsere gemeinsamen Feinde bedürfen um uns zusammen zu Grunde zu richten! — Eine so niedrige Meinung von Oesterreichs politischer Einsicht, Ehre und Widerstandsentschlossenheit konnte nur Menschen in den Sinn kommen, welche sich an den Gedanken gewöhnt haben daß Gott die Welt nach dem Börsencurse regiere.

Und was hatte die sogenannte öffentliche Meinung zu der Angelegenheit zu sagen?

Blickt man auf das Schauspiel der Anstrengungen welche der Kaiserstaat seit den herben aber heilsamen Schlägen des Schicksals im letzten Kriege zum Bessern gemacht hat und zu machen fortfährt, — auf das innere Ringen nach Erkenntniß des rechten Weges in einem Labyrinthe verwickelter Verhältnisse und auf die rückhaltlose Entschlossenheit mit welcher der als recht erkannte betreten und verfolgt wird, — auf das gesunde Urtheil und unverdorbene Gefühl seiner

Bevölkerungen, wie sehr in ihnen auch die Reste alten und nicht unbegründeten Mißtrauens mit den Verlockungen einer vom Auslande geleiteten Umsturzpartei gepaart wirksam sein mögen; — blickt man insbesondere auf den stolzen Charakter und den Verstand der Ungarn, einen Charakter und Verstand der es unmöglich erträgt, daß von einem Zwillingsreiche dessen eine Hälfte sie selbst bilden, ein Theil verschachert werde welcher unschätzbar für das Ganze ist so lange es besteht, und unschätzbar für sie selbst sein würde im Falle das Ganze auseinander ginge; — blickt man auf den Geist und Körper eines Kriegsheeres, welches selbst in seinen Niederlagen sich mit Ruhm bedeckt hat, und aus der Schule des Unglücks den Stachel zu den höchsten Leistungen des Heldenmuthes davon getragen; — blickt man endlich auf den Fürsten an der Spitze des Reiches, einen Fürsten an dessen Geist die Erfahrungen und Lehren einer ungewöhnlich ernsten und inhaltreichen Zeit gewiß nicht ohne ihre tiefen Wirkungen vorüber gegangen, — dann muß man voraussetzen die öffentliche Meinung werde sich gesagt haben, daß Oesterreich auf die ihm zugedachte Anmuthung nie ein andere Antwort als eine abweisende Bewegung der Hand haben könne.

Zum Theil hat die öffentliche Meinung sich dieß gesagt, zum Theil aber auch nicht. Dieß war indessen nicht das Wesentliche auf was es ankam, sondern das Wesentliche war und ist noch, ob die öffentliche Meinung darin Oesterreich Recht gibt oder nicht.

Die öffentliche Meinung ist eine Macht. Je größer aber diese Macht ist, desto weniger wird sie sich selbst überlassen, desto künstlicher wird das System von Täuschungsmitteln durch welches die dabei Interessirten sich bestreben

sie zu leiten oder zu verwirren. Und diese Mittel werden nicht ohne Wirkung in Bewegung gesetzt.

Wer über die unschuldige Ansicht hinaus ist, nach welcher die öffentliche Meinung als das freiwillige Ergebniß des sittlichen Bewußtseins der Zeit gedacht wird; — wer einen Blick in die Hexenküche geworfen hat in welcher für dieses Bewußtsein die Tränkchen gebraut werden; — wer es weiß, ein wie großer, wesentlicher und mächtiger Theil der Presse gerade der freiesten Länder, der Länder, deren öffentliche Meinung am höchsten gestellt wird, — ein wie großer, wesentlicher und mächtiger Theil der Presse selbst dieser Länder, und gerade dieser Länder, das bewußte oder unbewußte Werkzeug der Lüge, des Truges und der planmäßigen Verfälschung des Urtheiles der Welt ist; — wem es klar geworden daß es sich mit der öffentlichen Meinung ungefähr verhält wie mit dem allgemeinen Stimmrechte, dessen sittlichen Werth die Welt nun in Frankreich, Savoyen, Nizza, Neapel und Sicilien hat kennen lernen können; — wer über diese und einige andere damit zusammenhängende Dinge unterrichtet ist: — der schlägt das praktische Gewicht der öffentlichen Meinung um so höher an, je niedriger er ihr theoretisches Gewicht zu schätzen vermag, und unterschätzt die Gefahren nicht welche in unseren Tagen einem als Opfer auserlesenen Lande durch die absichtliche Verwirrung und Mißleitung des Urtheiles der Zeitgenossen, ja selbst des eigenen Volkes drohen.

„Willst du einen Menschen verderben“ — hat ein englischer Politiker gesagt: — „bringe ihm falsche Ansichten bei. Und bei Völkern ist das Mittel noch wirksamer als bei Individuen.“

Folgt daraus daß man die Macht der öffentlichen Meinung verwünschen solle? — Nichts weniger als das. — Aber es folgt daraus das Dasein eines mit allen guten und schlechten Mitteln geführten Wettkampfes des Geistes, an welchem sich mit den Mitteln der Wahrheit und Vernunft zu betheiligen die Pflicht eines Jeden wird, welcher sich bewußt ist das Rechte und Gute zu erkennen und zu wollen.

Seit Jahren haben die Anstifter gegenwärtiger und herannahender Begebenheiten, zu deren Erfüllung der Besitzwechsel von Venedig als eine der wesentlichsten Vorbedingungen gehört, planmäßig und mit vollendeter Kunst ein unsichtbares Gewebe verfälschter sittlicher Begriffe, irregeleiteter politischer Urtheile und unwahrer geschichtlicher Thatsachen über alle mit ihren Absichten in näherer oder fernerer Verbindung stehenden Dinge gespannt. Der Gedanke, die venetianische Frage durch Abkauf zu lösen, ist ein Faden dieses Gewebes. — Wie leicht, auf diese Weise den unüberwindlichen bösen Willen Oesterreichs, seine unverbesserliche Herrschsucht, seine grundsätzliche Feindschaft gegen die Freiheit, seine gänzliche Verstocktheit außer Zweifel zu stellen! — Und welche weitere Einwirkung auf die öffentliche Meinung in der Beurtheilung eines herannahenden Krieges läßt sich damit ausüben! — Wird nicht den Zerwürfnissen Deutschlands damit neue Nahrung zugeführt? Ist hier nicht ein Gedanke gegeben, der den Idealisten des Nationalitätsprincipes und den Realisten der Börse in gleichem Grade zusagt und beide vereint den Männern von politischer Einsicht und politischem Ehrgefühle gegenüberstellt? Und stehen nicht weitere Mittel genug zu Gebote das Feuer der Zwietracht anzublasen? —

Der Gedanke war also nicht auf die Annahme berechnet,

welche nicht vorausgesetzt werden konnte, — sondern berechnet war er auf die Ablehnung.

Die öffentliche Meinung hat nun zwar ihn nicht genug unterstützt um Oesterreich auch nur bis zur Ablehnung zu treiben, denn es ist gar nicht bis zur Anfrage gekommen; sehr wohl könnte indessen in der Form eines Congresses ein neuer Anlauf genommen werden. Und auch wenn es nicht geschieht, kann vorausgesetzt werden, daß aus der, wenn auch nur als selbstverständlich angenommenen Nichtbereitwilligkeit Oesterreich von gewisser Seite ein neues Verbrechen gemacht werden wird, und daß eine solche Beurtheilungsweise, dem berechneten Plane gemäß, im Falle der Versuch einer gewaltsamen Entreißung folgen sollte, eine für Oesterreich ungünstige Wirkung auszuüben bestimmt ist. Ein Congreß würde nur der Vorläufer eines allgemeinen Krieges sein. Auf die Umstände also würde es ankommen unter denen Oesterreich zur Vertheidigung seines Besitzthumes in den Krieg zu treten hätte, und auf diese Umstände vermag die öffentliche Meinung einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auszuüben.

Und hierauf kann nur hingedeutet sein, wenn die französische Flugschrift durch welche der Gedanke des venetianischen Abkaufs-Geschäftes in die Welt geworfen worden ist, die Entscheidung nicht den Armeen sondern der öffentlichen Meinung zuspricht. Sie meint die öffentliche Meinung insofern von ihr die Stärke der Armeen abhängig ist.

II.

Der Besitz Venetiens ist für Oesterreich, und mit Oesterreich zugleich für Deutschland, eine Grundbedingung militärischer Sicherheit und politischer Lebensentwickelung: —

hierüber liegen so gewichtige Gutachten von so verschiedenen Autoritäten vor, daß man es kaum für nöthig halten sollte zu dem vielfach Gesagten noch etwas hinzuzufügen. Und in der That läßt sich in dieser, namentlich der militärischen Beziehung, nur schon Gesagtes wiederholen. Es ist indessen mein Zweck so viel wie möglich alle bei der Angelegenheit in Betracht kommenden Erwägungen in eine Gesammtanschauung zusammen zu drängen, und ich werde deßhalb Alles herbeiziehen was als Entscheidendes schon gesagt worden ist, um es mit dem was ich selbst in's Besondere zu sagen habe zu vereinigen.

Ueber die militärische Bedeutung des venetianischen Festungs-Viereckes nicht nur für Oesterreich sondern auch für Deutschland, oder selbst — wenn irgend Jemand diesen Ausdruck vorzieht — für Preußen, und für Europa überhaupt, haben sich sehr urtheilsfähige Stimmen keineswegs nur in Oesterreich, sondern auch in Preußen und in anderen Theilen Deutschlands, in England und selbst in Frankreich vernehmen lassen, welche sämmtlich darin übereinkommen daß Oesterreich moralisch sich selbst aufgeben und Deutschland sich zum Gespötte der Welt machen würde, wenn nicht beide vereint die letzten Mittel daran setzen wollten sich diese unschätzbare strategische und culturgeographische Position zu erhalten. Von österreichischer Seite ist darüber vor Allem die von den Kennern hochgerühmte Schrift des Stabsoffiziers Aresin (das Festungsviereck von Ober-Italien) erschienen. Man darf indessen den deutschen Gegnern Oesterreichs nicht zumuthen in dieser Sache einer österreichischen Autorität zu folgen. Als um so überzeugender wird auf dieser Seite das Urtheil des Marschalls Niell gelten müssen, welcher bekanntlich zu Ende

des Krieges von 1859 ein Gutachten abzugeben hatte. Nach dem Ausspruche dieses französischen Generals ist das Festungsviereck der Schlüssel zu Oesterreich, zu Süddeutschland und zur Herrschaft über beide Ufer des adriatischen Meeres — das italienische und das dalmatische; und er äußert sich dahin, daß Deutschland durch den Verlust dieser Position vom adriatischen Meere abgeschnitten sein würde. Daß Oesterreich sich zum Verkaufe Venetiens bestimmen lassen könnte, hält er für undenkbar.

Eine englische Abhandlung über den Gegenstand ist in zwei Abtheilungen in der Army and Navy Gazette vom 1. und 29. December des verflossenen Jahres erschienen. Die genannte Zeitschrift ist in militärischen Angelegenheiten in England die große Autorität. Von beiden Theilen der Abhandlung ist eine deutsche Uebersetzung in der Allgemeinen Zeitung und anderen Blättern, sowie der erste Theil als besonderes Heft unter dem Titel: „Warum muß Venetien im Besitze Oesterreichs verbleiben?“ — veröffentlicht worden. — Auf engem Raume und in einfacher und einleuchtender Darstellung findet in dieser kleinen Schrift der Leser eine militärische und politische Würdigung der venetianischen Frage. Hier wird er auf bündige und klare Weise belehrt, daß es ein Irrthum ist wenn man gewöhnlich annimmt, eine Gebirgskette, wie die der Alpen mit ihren verschiedenen Päßen, sei für sich im Stande den Schutz zu gewähren welchen ein vor ihr aufgestelltes System von Befestigungen darbietet. Alles Geld welches Oesterreich, selbst nach den überspanntesten Erwartungen, für die Abtretung des venetianischen Gebietes erhalten könnte, würde nicht hinreichen das Festungsviereck durch neue Werke auf dahinterliegendem Felde zu ersetzen, ganz

abgesehen davon daß Oesterreich 250,000 Mann verwenden müßte um die neuen Werke zu halten, während zur Behauptung des Viereckes 100,000 Mann hinreichen. „Der Verfasser der französischen Flugschrift“ — fügt der Engländer im zweiten Abschnitte seiner Abhandlung hinzu — „schwatzt von den Kosten die es Oesterreich verursacht das Festungsviereck zu behaupten, und von den geringen Einkünften welche der Kaiserstaat aus Venetien bezieht. Unsinn! barer Unsinn! Die österreichischen Truppen welche unter gegenwärtigen Umständen den Kaiserstaat bewachen, thun es mit dem geringsten möglichen Aufwande von Kosten und Mannschaft, an den wohlfeilsten und mit den besten Zufuhren versehenen Orten und in der wirksamsten Weise.“ — Das Festungsviereck läßt sich überhaupt nach der Ueberzeugung des Engländers für Oesterreich gar nicht ersetzen, und Franz Joseph muß nach des Engländers Ansicht sich klar darüber sein „daß nach dem Verkaufe Venetiens, wenn derselbe denkbar wäre, Oesterreich eine Armee in's Feld schicken würde die sich ihrer Anführer schämt.“ (Venetia. No. II. Army and Navy Gazette, Dec. 29. 1860.)

Gleich dem Franzosen ist auch der Engländer der Meinung daß der Verlust Venetiens für Oesterreich den Verlust von Triest, Fiume und Dalmatien, für Deutschland also die gänzliche Ausschließung vom adriatischen Meere nach sich ziehen würde. Und in der That, die Lehrmeinungen in deren Namen Venedig für Italien gefordert wird, gelten auch für die gegenüber liegende istrische, croatische und dalmatische Küste. Was würde es Oesterreich und Deutschland nützen daß hier Italiener mit Magyaren und Südslaven in Händel kommen würden, wenn alle diese das Nationalitätsprinzip

für sich und gegen Deutschland in Anspruch nehmen wollten? Und die Macht welche ihren Vortheil dabei sieht daß Oesterreich Venedig verliere, hat in gleicher Weise ihren Vortheil dabei daß dem Kaiserstaate auch die Ostseite der Adria verloren gehe, sollte sie auch den daraus entspringenden Streit zwischen den genannten Nationalitäten durch ihre Oberherrlichkeit über alle streitenden Theile, gerade so wie über alle Parteien im Innern Frankreichs, schlichten müssen. Daß dabei von dieser Macht auch über ein Stückchen deutschen Bundeslandes verfügt werden würde, ist ohne Bedeutung; denn das Prinzip läuft in seiner Anwendung hier gegen Deutschland so gut wie gegen Oesterreich. Und hätte letzteres mit Deutschlands Zulassung Venetien verloren, so wäre die Wirksamkeit deutschen Auftretens hier schon sehr zweifelhaft geworden; wäre aber der Verlust trotz Deutschlands Betheiligung an der Abwehr vor sich gegangen, so wäre von deutscher Einsprache überhaupt nicht mehr die Rede.

Und indem nun der Engländer auf die unberechenbare Wichtigkeit hindeutet welche die Verbindung mit dem Meere für das ganze Leben einer Nation hat, schließt er die erste Abtheilung seiner Abhandlung mit den eindringlichen Worten: „Wenn Deutschland ein Körnchen Verstand hat, muß es einsehen daß Triest und Fiume zu verlieren soviel heißt wie sich selbst hermetisch zuzusiegeln, soviel wie sich selbst von der großen Heerstraße des Handels und Verkehrs auszuschließen, soviel wie seine eigene innere und äußere Entwicklung zum Stillstand zu bringen, soviel wie sich selbst aus der Welt auszusperren. Die Freiheit des adriatischen Meeres ist für Deutschland so sehr eine Lebensbedingung, wie die Freiheit der Straße von Dover es für England ist. Jeder Deutsche,

der nicht bereit ist lieber seinen letzten Gulden, ja sein Leben herzugeben, als zu dulden daß ihm für immer die Thüre zur Welt verschlossen wird, ist unwürdig zu dem großen teutonischen Völkerstamme zu gehören. Und wenn er dies einsieht, ist es nicht verständig zu denken, daß es besser ist den Kampf welcher doch kommen muß mit dem Festungsvierecke in seinem Besitze als in dem des Feindes auszufechten?[1] —

Wir können kaum für uns selbst mehr sagen als hier ein Engländer für uns spricht. Umfassender indessen und tiefer eingehend ist die Frage in einer vom preußischen Standpunkte geschriebenen und zu Berlin erschienenen ausführlicheren Schrift behandelt (der Besitz Venetiens und die Bedeutung des Neu-Italienischen Reiches). Zwar ist der Verfasser ein entschiedener Parteigänger der deutschen Zweiherrschaft; denn wenn er auch die bayerische Militärkraft nicht unterschätzt, so ist ihm doch Deutschland nur in der Form von Oesterreich und Preußen im höheren politischen Sinne vorhanden, und die Mainlinie scheint sein deutsches Glaubensbekenntniß

[1] Ich gebe hier die englischen Worte: „If Germany has a grain of understanding, she must perceive that to lose Trieste and Fiume is to seal herself up hermetically, to shut herself out from the great highway of commerce, the sea, to arrest her own internal and external development, to bar herself out of the world. The liberty of the Adriatic is as vital an interest to Germany as the liberty of the straits of Dover is to England. Every German is unworthy to belong to the great Teutonic race who would not be ready to spend his last florin and even his life, rather than suffer the door by which he has access into the world, to be shut upon him for ever. And if such ought to be his feeling, is it not reasonable for him to think that if there must be a struggle, it is safer to fight with the Quadrilateral for him than against him?" —

zu sein. Allein er ist ein militärisch und politisch ungewöhnlich unterrichteter und urtheilsfähiger Mann, der durch seinen Standpunkt in den inneren deutschen Fragen den Vortheil hat, den Verdacht ein Parteigänger Oesterreichs oder ein großdeutscher Doctrinär zu sein abweisen zu können. Die Anschauungen eines gemäßigten Großpreußenthums thun also den Verdiensten der trefflichen Arbeit keinen Abbruch. Gründliche politisch-militärische Studien werden hier, mit einer großartigen Auffassung der Weltverhältnisse, namentlich in Bezug auf den Schauplatz der mediterraneischen Gegenden verbunden, zur Aufhellung der mit der venetianischen Frage verknüpften Interessen nach allen ihren praktischen Richtungen in Anwendung gebracht. Das Ergebniß stimmt mit dem französischen und englischen Urtheile darin überein, daß der Verlust Venetiens für den Kaiserstaat und für Deutschland nicht ersetzt werden könnte.

Und für Europa überhaupt nicht minder; denn Deutschland und Oesterreich sind als Inhaber des venetianischen Gebiets für die ganze germanische Welt und die kulturgeschichtliche Zukunft des Welttheiles auf einen Wachtposten gestellt, den sie nicht aufgeben können ohne sich selbst das Urtheil zu sprechen.

Oesterreich hat freilich bestanden ehe ihm das venetianische Gebiet gehörte, bestanden ehe der Raum zwischen dem Po und den Alpen an der Etsch und am Mincio mit Verwendung außerordentlicher Geldsummen in ein doppeltes Thor verwandelt worden war, durch welches, in dieser Gegend der Welt, der Osten gegen den Westen und der Norden gegen den Süden zugeschlossen werden kann. Aber der Werth militärischer Positionen von so entscheidender Art und so

gewaltiger strategischer Bedeutung beruht nur zur Hälfte in ihrer eigenen Stärke, zur andern Hälfte aber in dem Gewichte der Mächte welchen sie entgegenzustehen bestimmt sind. Dieser zweite Faktor in der Rechnung gehört den veränderlichen Verhältnissen der Weltgeschichte an, nach welchen, für die Gegenwart wie für die Zukunft, Oesterreich gerade an dieser Stelle die wichtigsten Interessen zu vertreten hat, — Interessen die freilich zunächst österreichische sind, für den weiterblickenden Beurtheiler aber als deutsche und als Weltinteressen gelten müssen. Denn die Italiener selbst, so gut wie die Parteigänger eines aus der erstrebten Zertrümmerung Oesterreichs etwa hervorgehenden slavisch-magyarisch-rumänischen Donaureichs, würden einst es schwer zu beklagen haben daß Venetien nicht in österreichischen und damit deutschen Händen blieb, wenn einmal auf beiden Ufern der Adria, und von Triest bis an die Mündung der Donau, französischer Wille höchstes Gebot wäre, und der russische Wille anfinge da wo der französische aufhörte. Die Losreißung Venetiens von Oesterreich wäre der erste Schritt zu einem solchen Zustande. Das venetianische Festungsviereck ist das Thor durch welches — außerhalb Deutschland — jedes Landheer hindurch muß welches von Frankreich nach der untern Donau und in die Balkan-Halbinsel bestimmt ist. Solange Oesterreich zu diesem Thore den Schlüssel führt und Frankreich sich seinen Weg nicht durch das Innere von Deutschland gebahnt hat, kann ein französisches Heer nur zur See auf ein Kriegstheater in Ungarn und der europäischen Türkei verpflanzt werden. Hier führt die einzige Straße hindurch, auf welcher zu Lande Deutschland umgangen werden kann. Zwar schließt ein Durchmarsch nach Ungarn immer noch eine Verletzung von

deutschem Bundesgebiete in sich; ich habe aber schon darauf hingewiesen wie wenig dies bedeutet. Unter allen Umständen wäre hier der Zweck des eindringenden Feindes erreicht ehe man Zeit hätte sich zu besinnen. Und dann würde ja nach dem nämlichen Nationalitätsprinzip, nach welchem Venetien nicht zu Oesterreich gehören darf, hier gar nicht von einer Gebietsverletzung die Rede sein können, denn der Landzipfel würde, ich weiß nicht welcher unbekannten Nation, ganz gewiß aber nicht der deutschen gehören. Jedenfalls würde Frankreich, es sei mit oder ohne Nationalitätsprinzip, sich vom Durchmarsche seiner Armee nicht abhalten lassen.

Aber das Festungsviereck schließt zugleich die Alpenübergänge nach Tyrol und Bayern, und durch seinen Verlust wird Süddeutschland, und damit auch von dieser Seite her Oesterreich bloßgestellt. Seitdem Savoyen in französischem Besitze ist, hat die Schweiz aufgehört den Südwesten Deutschlands zu decken. Neuere Eisenbahnbauten machen es möglich in kürzester Zeit eine französische Armee am Bodensee zu concentriren. Solange Oesterreich sich im Besitze Venetiens behauptet, bliebe eine solche Armee, um dem Donauthale hinab zu operiren, auf ihrer rechten Flanke bloßgestellt. Mit dem Uebergange des Festungsvierecks in italienische d. h. französische Hände, wäre dieses unvortheilhafte Verhältniß beseitigt, und auf dieser Seite für eine französische Armee auf genanntem Operationsschauplatze völlige Sicherheit gegeben. Ueberhaupt läßt sich, wie man sieht, die militärische Sicherheit Deutschlands, und namentlich Süddeutschlands, nicht von der Oesterreichs trennen, weil der natürliche Feind ein gemeinsamer ist, und auf der einen Seite Deutschland in Oesterreich, auf der anderen Seite aber Oesterreich in

Deutschland seinen Rückhalt hat. Der hohe Werth des Festungsvierecks, obgleich damit nichts weniger als erschöpft, beruht darauf daß dasselbe beiden Verhältnissen zugleich die nöthige Stärke gibt; denn es schützt Deutschland durch Oesterreich und zugleich Oesterreich durch Deutschland.

III.

Wenn im vorigen die Wichtigkeit des venetianischen Gebietes und seines Befestigungssystemes hervorgehoben worden ist, so muß, wie gegenwärtig in Europa die Dinge stehen, die Erörterung unmittelbar auf das Dasein und die Bedeutung Oesterreichs sich ausdehnen.

Solange auf dem Raume welchen Oesterreich einnimmt, ein Staat besteht und eine gewisse Macht darstellt, muß derselbe in den großen Verhältnissen des Welttheiles, durch das bloße Dasein auf diesem geographischen Raume, als ein Factor von erster Größe in Rechnung kommen.

Für Deutschland muß es von unschätzbarem Werthe sein mit diesem Staate, wie und von wem er auch beherrscht sein mag, solange überhaupt an dieser Stelle ein Staat vorhanden ist, im Verhältniß einer zuverlässigen Bundesgenossenschaft zu stehen. In der oben erwähnten preußischen Schrift (der Besitz Venetiens u. s. w.) ist diese Sachlage auf das schärfste ausgesprochen. „Die Gunst der Raumbedingungen welche sich (für Preußen, d. h. also auch für Deutschland) an das österreichische Bündniß knüpft, hat einen so hohen Werth, daß auch dann wenn diese Macht (Oesterreich) nicht einen Mann an den Oberrhein senden könnte, ihr Beitritt (zur Allianz mit Preußen) dennoch für die Gestaltung und den letzten Ausgang von allergrößter Bedeutung sein würde."

Dies ist in Bezug auf eine Allianz Oesterreichs mit Preußen und England gegen Frankreich gesagt, welche der Verfasser als ein dauerndes Erforderniß der Zeit ansieht. Denn Frankreich müßte nach diesem Urtheil erst auf den Rang einer Macht zweiten Grades zurückgeführt sein, ehe die Lage Europas im wesentlichen eine andere wäre, und dazu ist wenig Aussicht vorhanden. Es kann kaum einen größeren und für uns gefährlicheren Irrthum geben, als die Meinung daß die Europa bedrohende Stellung Frankreichs ein gewissermaßen zufälliges, an der Person Louis Napoleons hangendes, und also vorübergehendes Verhältniß sei. Der Imperialismus, d. h. das social-demokratische Kaiserthum, ist der Ausdruck des französischen Geistes auf seiner gegenwärtigen Entwickelungsstufe, welche schwerlich eine nur schattenartig vorüberziehende Erscheinung sein wird. Das social-demokratische Kaiserthum ist aber seiner Natur nach propagandistisch, aggressiv, militärisch. Die inneren Erfordernisse seines Wesens und die äußeren seiner Stellung zwingen es zu dem Versuche sich zum beherrschenden Mittelpunkte der abendländischen Welt zu machen. Hierin ist keine Willkühr, keine Wahl, außer die zwischen dem Aufgeben seines Wesens und der Erreichung dieses Zieles. Soll Europa nicht diesem Schicksale verfallen, so muß Frankreich, nicht zufällig und vorübergehend, sondern wesentlich und dauernd als unser Gegner betrachtet werden, — als Gegner einer Ordnung die sich auf wesentliche individualistische Elemente stützt. Der Widerstand gegen die Ausbreitung des französischen Kaiserthumes, und der Weltansicht deren Ausdruck es ist, bildet eine unveränderliche Größe in jeder politischen Rechnung für alle Staaten und für alle Menschen

welche nicht bereits dieser Weltansicht und dieser Macht verfallen sind.

Von diesem Standpunkte aus ist in der oben erwähnten Abhandlung in der Army and Navy Gazette die Wichtigkeit Oesterreichs mit englischem Auge betrachtet, wie von dem Verfasser der Berliner Schrift mit preußischem.

„Oesterreich allein“ — sagt der Engländer (Venetia. II. Army and Navy Gazette. Dec. 29. 1860.) — „Oesterreich allein ist befähigt das Gegengewicht zu bilden, durch welches Frankreich verhindert wird erst sich den europäischen Continent zu unterwerfen und dann sich auf England zu stürzen. Rußland ist conservativ nur im absolutistischen Sinne: der Löwe welcher seine Hälfte von Europa als Antheil erwartet. Deutschland ist ein lockeres Ruthenbündel. Preußen ist schwach wegen seines unzusammenhängenden Gebietes, wegen seiner religiösen Gegensätze, wegen seiner numerischen Schwäche, und wegen des Mißtrauens das es sich durch seinen traditionellen und noch ungestillten Hunger nach deutschem Ländergebiet zugezogen. Spanien, Belgien, Holland und die Schweiz stehen der Gefahr unmittelbar gegenüber; sie sind die ersten Bissen welche verspeist werden: sie bedürfen des Schutzes, können aber keinen gewähren. Italien — wer wagt es von ihm etwas auszusagen, zur gegenwärtigen Stunde? Als eine Summe von Hoffnungen und Befürchtungen, denn mehr ist es bis jetzt nicht, — ist es außer Stande dem Staatsmanne Material darzubieten. Oesterreich allein ist das Bollwerk der continentalen Ordnung, der Schlußstein des Bogens des europäischen Bestandes. Oesterreich allein unter den großen Mächten hat dauernd einerlei Interesse mit England, — das Interesse eines gesicherten Friedens.

Durch seine geographische Lage, die Natur seines Gebietes, den Charakter seiner Bevölkerung, durch diese und andere Eigenschaften ist Oesterreich als die einzige Macht bezeichnet welche dauernd im Stande ist der französischen Herrschsucht auf dem Continente die Spitze zu bieten. Man lasse Oesterreich in Stücken gehen, und Frankreich und Rußland werden schnell den europäischen Continent als gute Beute zwischen sich getheilt haben. Das ganze vereinigte Königreich Italien, mit sammt seinem Festungsviereck, wird dann so viel wie nichts werth sein. Ganz Europa geht in den Schmelztiegel, und ein hundertjähriger Krieg wird die Ernte sein welche aus einer solchen Saat entspringt.“ —

„Darauf lassen wir es ankommen!“ — erwiedert auf diese Worte die europäische Revolution. — „Gerade weil Oesterreich das Bollwerk ist, muß es nieder; gerade weil es der Schlußstein ist, muß es heraus; gerade weil Europa in den Tiegel soll, muß Oesterreich in Brand gesteckt werden; gerade weil wir einen hundertjährigen Krieg brauchen, ist deine ganze Rede überflüssig! — Wir kennen die Bedeutung Oesterreichs, und gerade darum sind wir seine Feinde.“ —

Das ist verständlich, und wir wollen sogleich untersuchen ob es auch verständig ist. Vorher aber wende ich mich noch weiter an die, welche nicht Lust haben in den Schmelztiegel zu kommen, und welche sich zwar vor einem Kriege nicht fürchten, aber doch nicht gerade einen hundertjährigen verlangen. Für diese Menschenklasse, welche doch wohl in Deutschland wie anderwärts die zahlreichere sein dürfte, muß es einleuchtend sein daß auf dem von Oesterreich eingenommenen Raume ein mächtiger Staat bestehen muß, auf den Deutschland gegen alle seine Feinde, also auch

gegen Frankreich, zählen kann, in dessen Regierung also deutscher Geist den Grundton angibt. Und wenn Oesterreich bisher diesem Erfordernisse allerdings nur sehr mangelhaft entsprochen hat, so läßt sich doch nicht absehen was wir in unserem deutschen Interesse anderes thun könnten, als an der Besserung, Fortentwickelung, Kräftigung und Sicherstellung Oesterreichs zu arbeiten, und seine Sache zu der unserigen zu machen damit es unsere Sache zu der seinigen machen könne.

Deutschland also hat, solange es noch nicht mit den übrigen Ländern Europas in jenem Schmelztiegel sich befindet, dessen Vorzüge und Nachtheile näher zu betrachten ich mir für weiter unten vorbehalte, — Deutschland hat das entschiedenste und gewichtigste Interesse daß auf dem Raume welchen Oesterreich einnimmt, ein mächtiger, blühender, aufgeklärter, mit Deutschland in engster Bundesgenossenschaft stehender Staat vorhanden sei, — und wie weit das gegenwärtige Oesterreich auch davon entfernt sein mag in allen diesen Beziehungen sehr hohen Anforderungen entsprechen zu können, so wüßte ich doch nicht was im deutschen Interesse anderes als ein verbessertes Oesterreich an die Stelle des jetzigen mangelhaften gesetzt werden könnte. Ist es mit Preußen nicht genau ebenso? — Freuen wir uns nicht alle über jeden Schritt den Preußen auf der ruhmvollen Bahn politischer und bürgerlicher Freiheit vorwärts thut? Weßhalb nicht ebenso in Bezug auf Oesterreich, sobald wir uns einmal klar gemacht haben daß auf dem von Oesterreich eingenommenen Raume ein mit uns verbundener Staat bestehen muß, wie er auch heißen und wie er auch beschaffen sein möge? — Die Geographie ist es, die Weltgeschichte ist es, welche uns hier vorschreibt was unser Interesse ist. Die

erste bekümmert sich weder um Absolutismus und Liberalismus, noch um Katholicismus und Protestantismus. Nicht sie richtet sich nach diesen menschlichen Lebensformen, sondern diese Lebensformen gehen zu einem sehr wesentlichen Theile aus den geographischen Verhältnissen hervor. Und was die Weltgeschichte betrifft, so gestattet uns diese an den gegebenen Verhältnissen unsere geistigen und sittlichen Kräfte zu versuchen und dadurch sowohl jene Verhältnisse wie diese Kräfte zu veredeln, — aber nicht mehr. — Und wie sich nun unter den gegebenen Verhältnissen auch Deutschland befriedigender gestalten möge, — Oesterreich darf in deutschem Interesse zwar vergrößert aber nicht verkleinert werden, und die nichtdeutschen Länder des Kaiserstaates müssen in irgend einer Form durch Oesterreichs Vermittelung mit Deutschland selbst in Verbindung gebracht und in Verbindung erhalten werden.[1] Diese Verbindung zu vermitteln, gehört zur großen culturhistorischen Aufgabe Oesterreichs, zu den Gründen weßhalb Oesterreich bestehen muß.

IV.

Es führt mich dies auf die Meinung zurück nach welcher das Dasein Oesterreichs überhaupt ein Uebel sein soll. —

[1] Die Westminster Review hat vor einigen Monaten eine Abhandlung über Deutschland enthalten, in welcher man den obigen Gedanken ausgesprochen findet. Die ersten Worte werden zeigen daß der Verfasser nichts weniger als ein für Oesterreich günstiges Vorurtheil hat. „There is much tyrrany in Austria“ — sagt er — „quite as much as in Russia and Imperial France; but the interests of Germany, as well as those of Europe, imperatively demand that in any future organisation of Germany the non-German provinces of Austria should remain, by some permanent link, connected with Austria.“ — Germany: its Strength and Weakness. Westminster Review, July 1860. p. 166.

„Ein nothwendiges Uebel vielleicht, wie viele andere bestehende Dinge, solange überhaupt dieser ganze Zusammenhang bestehender Verhältnisse da ist; aber da Oesterreich für den Bau dieser Verhältnisse den Schlußstein abgibt, wie es allerdings unbestreitbar der Fall ist, so lastet eben auf Oesterreich der Fluch des Uebels der Uebel: die Bedingung der Erhaltung des ganzen Systemes von Uebeln zu sein, aus welchem die gegenwärtige Weltordnung besteht."

Dies mag ungefähr der Gedanke sein in welchem die revolutionären Bestrebungen der verschiedensten Art, trotz den entgegengesetztesten Zielen auf welche sie lossteuern, zusammentreffen, und der ihre vereinte Kraft gegen Oesterreich kehrt.

Und in der That hätte die vereinte europäische Revolution damit recht, wenn nur der ganze Boden auf welchem sie sich bewegt ein verständiger und haltbarer wäre. Wie aber, wenn nach der Vernichtung des gemeinsamen Feindes die verschiedenen Richtungen der Revolution mit einander in tödtlichen Kampf treten sollten, und keine von allen ihr Ziel erreichte? — Daß Zustände anders werden, ist sehr wenig, — daß sie besser werden, ist sehr viel, oder ist alles. Man bessert aber die Dinge nicht dadurch daß man sie vernichtet, sondern dadurch daß man ihr durch Natur und Geschichte gegebenes Wesen veredelt und in veredelnder Richtung entwickelt. Entwickelung ist das große Wort gebildeter Erziehungskunst geworden; Entwickelung muß das große Wort für alle bewußte Einwirkung auf den Zustand der Völker und Staaten werden. Was haben wir aus unserer ganzen naturwissenschaftlichen und philosophischen Bildung als allgemeines Ergebniß gewonnen, wenn nicht die Erkenntniß daß die Welt

ein Entwickelungsproceß ist? Und soll etwa nur die Natur ein solcher sein, und nicht auch die sittliche Welt, welche in der jemaligen politischen Weltordnung ihren allgemein gültigen Ausdruck hat? Wo hört dann, muß man fragen, die Natur auf, und wo fängt die sittliche Welt an? etwa da wo man anfängt Dummheiten zu begehen? — Ach diese Dummheiten sind nur allzu natürlich! — Sie gehören auch mit zu dem Entwickelungsprocesse, leider aber nur als Krankheitserscheinungen: — Entwickelungskrankheiten gleich denen an welchen so manches kleine und große Kind seinen Tod findet. —

Die ultrarevolutionären Hoffnungen auf eine radicale und plötzliche Umwandlung menschlicher Zustände stellen auf politischem Grund und Boden nur eine Wiederholung der Schwärmereien religiöser Secten dar, welche von einer Zeitfrist zur anderen auf den Anbruch des tausendjährigen Reiches harren. Diesen Erscheinungen gegenüber muß man noch den socialistischen Schwärmern welche an eine Umwandlung der menschlichen Natur durch Diät und an eine Verbesserung des Klimas durch moralische Einwirkungen glauben, den Preis der Vernünftigkeit zuerkennen, da ihren Anschauungen wenigstens der Gedanke einer andauernden Culturarbeit zu Grunde liegt welche allerdings große Dinge zu leisten berufen ist.

Ich bin indessen weit davon entfernt behaupten zu wollen, daß unter allen Umständen die Revolution unvernünftig, unberechtigt und ohne Hoffnung des Erfolges sei, obschon die Geschichte vielleicht kein Beispiel enthält daß gerade die Ziele, um deren willen sich die Mehrzahl an ihnen betheiligt, erreicht worden wären. Es gibt Verhältnisse in

der Entwickelungs-Geschichte der Staaten und Staatensysteme in welchen die Revolution einzige Rettung ist. Es sind die Fälle in welchen es sich um das Dasein des Staates handelt, in welchen der Staat gerettet, nicht aber vernichtet werden soll. Der Staat ist die formelle Einheit von Volk und Regierung, wie die Nation ihre substanzielle Einheit ist. Volk und Regierung haben in gleichem Grade die Pflicht den Staat zu erhalten, in gleichem Grade die Pflicht national zu sein. Volk und Regierung sind Weib und Mann, in einer Ehe die wir den Staat nennen, und eine antinationale Regierung, — eine Regierung die mit dem Feinde des Staates sich lieber verträgt als mit dem eigenen Volke, hätte sich des Ehebruchs schuldig gemacht, durch welchen eine Ehescheidung gerechtfertiget wäre. Und auf einen ähnlichen Ausgang müßte es führen, wenn eine Regierung sich unfähig bewiese den Staat vor dem Untergange zu bewahren. Unstreitig sieht sich das Volk unter solchen Umständen auf seine eigenen Hilfsmittel zurückgeführt und wird der Wächter des nationalen Daseins. Unstreitig ist es unter solchen Umständen vernünftig und rechtmäßig daß das Volk die Ausübung der von der Regierung versäumten und verletzten nationalen Pflichten selbst in die Hand nehme, denn die Erhaltung des Staates ist überhaupt die oberste Rücksicht des politischen Lebens, der alle anderen nachstehen. Zum Aufstande wider sein Regierung hätte das sardinische Volk Fug und Recht gehabt, als diese es wagte wichtige Theile des Staatsgebietes zu entäußern. Aber in jedem Falle muß bedacht werden daß die Revolution, nächst dem Verluste des Daseins oder wenigstens der Unabhängigkeit, das größte Uebel ist was den Staat betreffen kann. Erhaltung, nicht Zerstörung, — und zwar Erhaltung

des Ganzen, nicht das Interesse einer Volksklasse oder die eigenwillige Befriedigung einer Parteimeinung, muß das Ziel sein für dessen Erreichung ein so außerordentliches Hilfsmittel wie der Bruch zwischen Volk und Regierung in Anwendung gebracht wird, und die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses muß der nächste Schritt zum Ziele sein, nachdem eine gute Regierung an die Stelle der schlechten gesetzt ist. Und zu keiner Zeit mehr als zur Zeit äußerer Bedrohung hat ein Volk Ursache seiner Regierung, wenn dazu nur irgend eine Möglichkeit gegeben ist, treu zu sein.

Geht aus einer vollzogenen Staatsumwälzung eine dauernde neue Ordnung hervor, so mag die Erschütterung von heilsamen Folgen sein, ähnlich den Wirkungen eines Gewitters welches die Erde tränkt und die Luft reinigt, oder ähnlich den günstigen Nachwirkungen einer mit glücklicher Krisis überstandenen Krankheit. Ist dagegen eine solche Umwälzung nur die Eröffnung einer fortlaufenden Reihe von Parteisiegen und Parteiniederlagen in denen eine Verfassung der andern folgt und ein System das andere ablöst, dann ist es leicht möglich daß die Periode der Revolutionen für ein Land, ja für eine ganze Ländergruppe, nichts anderes als der Anfang vom Ende ist. Nicht nur Jugend und Alter der Individuen, sondern auch Jugend und Alter der Staaten haben Aehnlichkeit mit einander, und gar manche Erscheinung welche von der Eitelkeit der Zeit als der Anbruch eines neuen Morgens begrüßt wird, ist in Wahrheit der Glanz des Abends auf welchen eine dunkle Nacht folgt. Die Geschichte zeigt uns abschreckende Beispiele wohin ein Zustand andauernder Revolution und der dadurch bewirkten Ausartung des Parteiwesens führen kann. Im Kampfe von Staat gegen Staat,

von Nation gegen Nation, stehen wir gegen den äußern Feind geeinigt da. Wir ordnen unsere persönlichen Wünsche und Ansichten dem Wohle des Ganzen unter, des Ganzen zu dem ja auch unsere politischen Gegner mitgehören. Mit dem Beginne der Revolution hört dieses Verhältniß auf, und gleich den geharnischten Männern die aus der Drachensaat entsprangen, würgen wir uns unter einander. Blicken wir auf die Zustände im spanischen Amerika! — In den Jahren 1816 bis 1821 wurde in der Stadt Mexiko ein Werk in drei Bänden gedruckt, in welchem die Namen und Schriften von 3687 — dreitausend sechshundert und siebenundachtzig — mexikanischen Schriftstellern verzeichnet stehen; und nicht etwa nur von europäischen Spaniern welche irgend etwas in Mexiko geschrieben sondern von eingebürgerten und eingebornen Mexikanern, unter denen sogar nicht wenige indianische Namen vorkommen.[1] Kaum vierzig Jahre, aber vierzig Jahre auf einander folgender Revolutionen und Bürgerkriege sind verflossen, und Niemand in Mexiko weiß noch etwas von den 3687 mexikanischen Schriftstellern, Niemand etwas von ihren Schriften, Niemand etwas von dem Buche in welchem sie verzeichnet stehen. Das letzte existirt in einigen Exemplaren — in Europa. Es ist zweifelhaft ob in Mexiko noch ein oder das andere Exemplar übrig ist. Vor vierzig Jahren war

[1] Bibliotheca Hispano-Americana Septentrional. Por el Dr. José Mariana Beristain de Souza. — Als Beleg für die Behauptung daß es sich hier um den Anfang der nationalen Literatur eines Landes handelt, führe ich einen der biographisch-bibliographischen Artikel an, welcher lautet:

Acaxitli (D. Francisco), Indio Megicano, Cacique y Sennor de Tlalmanalco. Escribió: „De la entrada del Virey, D. Antonio de Mendoza, en las tierras de los Chichimecas.“

Mexiko ein Land mit dem vielversprechenden Anfange einer eigenen Literatur. Heute ist es eine geistige Wüste, — seine Städte halb oder ganz zerstört, seine Landgüter verlassen, seine Felder verwildert, seine gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit vernichtet: alles durch den Wahnsinn entarteter Parteikämpfe, welche nicht minder für Freiheit, Aufklärung und Fortschritt begonnen wurden wie nur irgend eine europäische Revolution unserer Tage.

Soweit solche Erscheinungen in der Geschichte der Staaten und Völker sich nach dem unvermeidlichen Gange der Natur und des Schicksals folgen, müssen wir mit dem was sie uns bringen zufrieden sein, und wenn etwa auch für uns die Zeit der Nacht kommen sollte, werden die einen von uns sich schlafen legen, die anderen Nachtwache halten, bis endlich doch wiederum das Licht kommt. Ein jeder von Beiden hat in seiner Art Recht; aber Wahnsinn oder Ruchlosigkeit ist es solche Zustände mit Bewußtsein und Absicht herbeiführen zu helfen, da doch jeder sich sagen muß daß er den Ausgang nicht in seiner Hand hat.

Es ist eine Frage von großem praktischen Interesse in wie ferne Revolutionen nur der natürliche Ausgang geschichtlicher Krankheitszustände sind oder sich künstlich erregen lassen. Denn im ersten Falle würde in gewissem Sinne jede Revolution gerechtfertigt sein, indem die Schuld auf den fehlerhaften Gang der nationalen Angelegenheiten fiele, welchen jede letzte Generation von der vorausgehenden ererbt hat und nicht anders als gewaltsam zu berichtigen weiß. Und in der That, wenn es auch der Fanatismus des politischen Sectirers oder der Eigennutz des gewissenlosen Aufwieglers ist welcher den Umsturz des gesellschaftlichen Gebäudes bewirken hilft, — ist

es nicht abermals eine Krankheitserscheinung daß eine solche Gesinnung und ein solcher Wille überhaupt in der Nation vorhanden sind? — Soweit also das absichtliche Wirken innerhalb der Nation selbst liegt, fallen Willkühr und geschichtliche Nothwendigkeit zusammen, weil die erste die Form ist in welcher die letzte sich äußert. Auf die Beurtheilung der Handlungsweise von Parteien und Parteimännern hat dies freilich so wenig Einfluß wie es auf die Beurtheilung einer Handlung des Privatlebens Einfluß hat daß der Thäter nicht Verstand und Tugend genug besaß sie zu unterlassen. Das Böse bleibt Böses, auch wenn es als Krankheit auftritt; denn die Krankheit besteht dann eben in der Bosheit. Die Erscheinung liegt unter diesen Umständen aber doch innerhalb des Zusammenhanges nationaler Lebenserscheinungen und kann nicht schlechterdings als eine künstlich hervorgerufene betrachtet werden. Wenn der Wahnsinnige sich selbst das Leben nimmt, so kann man das freilich streng genommen nicht eine natürliche Todesart nennen; sie ist aber nichtsdestoweniger eine natürliche Folge des natürlichen Krankheitsprocesses welchen wir Wahnsinn nennen. Etwas ganz anderes ist es wenn ein Mensch durch einen anderen sein Leben verliert. So auch im Verhältniß der Staaten.

Wenn von doctrinären Faslern behauptet wird eine Revolution lasse sich in einem Lande nicht von außen, also nicht durch fremde Anstiftung hervorbringen, so reden sie wie der Blinde von der Farbe. Denn dem Unterrichteten ist es nicht unbekannt daß an den revolutionären Bewegungen unserer Zeit, in welchem Lande sie sich auch zeigen mögen, die absichtliche und planmäßige Anstiftung von Seiten auswärtiger Mächte den größten Antheil hat. Freilich muß ein

Haus aus brennbarem Stoff erbaut sein wenn ein Brandstifter seinen Zweck soll erreichen können, und ein Mensch muß für die Blattern empfänglich sein um sie durch Ansteckung zu bekommen. Folgt aber daraus daß das Haus sich auch von selbst entzündet hätte, oder daß der Mensch die Blattern auch von selbst bekommen haben würde? Dagegen habe ich an Ort und Stelle von einem Nordamerikaner erzählen hören welcher einen ganzen Indianerstamm durch absichtliche Einführung der Blattern ausgerottet hat. So kann auch fremde Feindseligkeit Nationen das Gift der Revolution einimpfen um sie zu verderben. Die Geschichte ist voll von Beispielen, und zugleich voll von Beispielen der Blindheit und Albernheit welche den Verderber noch als einen Befreier feiert.[1] Man sollte meinen es sei nicht der Doctor Faust sondern ein franco-sardisch-panslavistischer Revolutionsagent welcher spricht, wenn wir uns der bekannten Worte erinnern:

So haben wir mit höllischen Latwergen,
In diesen Thälern, diesen Bergen,
Weit ärger als die Pest getobt.
Ich habe selbst das Gift an Tausende gegeben;
Sie starben hin, ich muß erleben,
Daß man die frechen Mörder lobt.

V.

So lange die Revolution nationale Zwecke verfolgt, d. h. Zwecke die sich auf bestimmte politische Ziele innerhalb

[1] „La Hongrie, privée des exitations du dehors, retrouverait bientôt le calme“: — so spricht sogar die bekannte französische Broschüre über die venetianische Frage sich aus. L'Empereur François-Joseph I. et l'Europe. p. 20.

gegebener Staaten beziehen, ist ihr noch nicht der zerstörende Charakter eigen, mit dem sie auftritt wenn die Auflösung eines ganzen Staaten-Systemes ihr Ziel wird und sie den Volkskrieg an die Stelle des Staatenkrieges setzt. Nicht Völker und Völker, sondern Staaten und Staaten führen in der gebildeten Welt Krieg mit einander; der Krieg von Völkern und Völkern ist der Rückfall in die Barbarei, ist das Chaos eines ganzen Welttheiles, ist wirklich der Schmelztiegel von welchem der von mir weiter oben angeführte englische Schriftsteller spricht. Unter allen Schandthaten deren sich Regierungen in unseren Tagen schuldig gemacht haben können, ist es die ruchloseste, einen solchen Krieg zugelassen und sich seiner bedient zu haben; denn es ist überhaupt die Verläugnung des ganzen politischen Berufes, — ein Verrath an der Culturgeschichte. Und politische Parteien welche ihre Ziele auf diese Weise zu erreichen suchen, hören auf Parteien zu sein, und werden zu Secten in die sich die Gesellschaft eines ganzen Welttheiles auflöst. Der Secte, im Unterschiede von der Partei, ist es um sich selbst zu thun, und den Staat sucht sie zur Verwirklichung ihrer Meinungen und Zwecke nur in ihre Gewalt zu bekommen, wie es der italienischen Revolution mit dem sardinischen Staate gelungen und der deutschen Revolution mit dem preußischen Staate nicht gelungen ist. Der Partei dagegen ist es um den Staat zu thun, in dessen Gewalt sie sich um des Staates selbst willen Eingang zu verschaffen sucht. Der Secte ist der ganze Staat nur ein Mittel, während die Partei sich selbst als ein Mittel für den Staatszweck erkennt. Will also die Partei am Staate ändern, so will sie doch niemals den Staat gefährden. Sie sucht deshalb ihre Zwecke innerhalb der

Möglichkeit gegebener Zustände zu erreichen, und vor einem gänzlichen Bruche der Staatsordnung bebt sie zurück. Die Secte dagegen tritt mit einer politischen Lehre und Absicht auf, welche auf die gegebenen Zustände entweder gar keine Rücksicht nimmt, oder nur die Rücksicht jener gemeinen Schlauheit welche sich so oft auch mit religiösem Sectengeiste vereinigt findet. Und dem Fanatismus der religiösen Secte thut es der Fanatismus der politischen auch in der Intoleranz gleich, die dem wahren Parteigeiste nicht wesentlich angehört. Denn die Partei wünscht in der That nichts sehnlicher als im Staate aufzugehen, während die Secte nichts geringeres verlangt als daß die Staaten in ihr aufgehen sollen; und wenn politische Sectirer zur Regierung gelangen, seien sie liberale oder illiberale, muß der ganze Staat der fixen Idee dienen von welcher sie besessen sind. Politische Sectirer sind darum niemals wahre Politiker; und wenn sie die Gewalt in die Hände bekommen, ist mit der Freiheit zugleich der ganze Staat gefährdet. Politische Sectirer sind die Jakobiner gewesen; politische Sectirer sind die verschiedenen socialistischen Schulen; politische Sectirer sind die Anhänger des Nationalitätsprincipes, und alle die im Namen irgend einer Doctrin, welche sie auch sein möge, Revolutionäre von Profession sind. In dem negativen Sinne als Feind jedes bestimmten Staates der nicht ihrer Doctrin entspricht, ist die Secte kosmopolitisch, während die Partei ihrer Natur nach einen nationalen Charakter hat. Und es ist merkwürdig zu sehen wie selbst mit dem sogenannten Nationalitätsprincipe die politische Secte dem Kosmopolitismus verfällt, indem die Nationalität im Sinne der Race ein schlechtweg antipolitisches Princip ist. Die Nation als Race zeigt sich immer mehr oder minder über

verschiedene Staatsgebiete ausgedehnt, nirgends so unter territorialen Verhältnissen abgerundet und vereinigt daß daraus die entscheidenden Beweggründe für Staatenbildung abgeleitet werden könnten; und eben dieser antipolitische Geist des sogenannten Nationalitätsprincipes erklärt den Widerspruch daß die Anhänger dieses Principes aus allen Ländern mit einander fraternisiren, und gemeinsam an Zielen arbeiten in denen ihre politischen Interessen sich widersprechen. Denn für den Politiker wäre es zwar begreiflich daß Ungarn und Italiener mit einander an der Zertrümmerung Oesterreichs arbeiten, nicht aber daß Ungarn dazu beitragen wollen Venedig in italienische Hände zu bringen. Wenn es wahr ist — und es ist wahr — daß Venedig das adriatische Meer beherrscht, und daß der Besitz von Triest, Fiume und Dalmatien dem Besitze Venedigs folgt, so müßten die Gründer eines selbstständigen slavisch-magyarisch-rumänischen Donaustaates um keinen Preis Venedig in italienische Hände fallen lassen. Aber allerdings ist es ganz natürlich, daß der politischen Secte nicht in den Sinn kommt was nur für den Verstand der politischen Partei sich von selbst versteht.

Daß sich bei diesen Erscheinungen nicht selten der politische Sectengeist mit dem religiösen verbindet, ist eine Folge der Grundstimmung welche beiden gemeinschaftlich ist, und zeigt nur wie auf der einen Seite die politische Secte dem Wesen der Politik, auf der anderen die religiöse Secte dem Wesen der Religion untreu wird. Denn auch die religiöse Secte ist nur soweit eine gesunde Erscheinung als sie das Bewußtsein noch in sich trägt eine Partei innerhalb der allgemeinen Kirche der Menschheit zu sein. Solange diese allgemeine Kirche Zweck einer Religionsgemeinschaft ist, — ein

Zweck den sie immerhin auf ihre besondere Weise zu erreichen suchen mag, — solange ist sie eine kirchliche Partei; Secte wird sie, sobald es ihr um ihre abgesonderte Eigenthümlichkeit zu thun ist, über der sie den allgemeinen menschheitlichen Gedanken aus den Augen verliert. Die religiöse Secte tauscht in dieser Verkehrung des beiderseitigen Charakters mit der politischen gewissermaßen die Rolle; denn die Religion, welche universell sein soll, wird in der Secte particularistisch, und der Staat, welcher particularistisch sein soll, wird in der Secte universell. Für alle diese Verkehrtheiten des Parteibewußtseins stellt uns in Deutschland eine bekannte politische Richtung das belehrendste Beispil dar. Mit dem Protestantismus, der in ihrem Sinne den engen sectenmäßigen Charakter annimmt welcher ihm in England eigen ist (wenn nicht etwa den eben so engen einer nicht minder sectenmäßigen radicalen Philosophie), — verfliegt sich die Politik dieser Richtung über alle Grenzen der gegebenen Staatenverhältnisse hinaus, nimmt Partei für alle möglichen Nationalitäten, nur um der fixen Idee der abstracten Nationalität gerecht zu werden, und erklärt dem religiösen Aberglauben den Krieg um statt seiner den politischen Aberglauben aufzurichten. Denn wo könnte wohl das credo quia absurdum schöner in Geltung getroffen werden als bei den Bekennern des Nationalitätsprincipes? Ja selbst der äußerste Grundsatz seetenmäßiger Askese erscheint hier in die Politik übergetragen, indem das „ärgert dich dein Glied, so haue es ab und wirf es von dir“ — an Oesterreich buchstäblich prakticirt werden soll.

Wenn sich der Schwindel des politischen Sectenwesens mit dem gemeinen Egoismus verbindet welcher sich allen

menschlichen Zuständen beimischt, in einem ausartenden Parteiwesen aber mehr und mehr sich entwickelt, dann wetteifern die Parteien in der Arbeit am Verderben des Staates und der Nation. Fremde Staaten erhalten freies Spiel für ihre Einmischungen, und es mag leicht kommen daß die nämliche fremde Macht zwei streitende Parteien zugleich unterstützt, damit in ihrer gegenseitigen Zerfleischung das Ganze sich verblute. Das gegenwärtige Italien in seinem Verhältnisse zu Frankreich stellt uns dieses Schauspiel dar.

Unter allen Umständen sollen innere nationale Angelegenheiten ohne fremde Einmischung geordnet werden. Etwas anderes ist es wenn es sich um den Kampf eines Staates gegen einen anderen, um die Entstehung eines neuen Staates oder um die Vernichtung eines alten handelt. Fremde Einmischung ist hier eine vollkommen berechtigte; denn die Staaten bilden unter sich eine Gesellschaft in welcher eine Veränderung ihres gegenseitigen Machtverhältnisses allgemeine Angelegenheit ist. Die inneren Streitigkeiten der Parteien eines und desselben Volkes, oder eines Volkes mit seiner Regierung, liegen dagegen in dem Heiligthume des nationalen Lebens — im wahren politischen Sinne des Wortes — welches durch fremde Einmischung gerade so entweiht wird wie das Familienleben, in welchem es immer einen Zug von Verfall und Gemeinheit verräth wenn fremde Personen in die inneren Angelegenheiten des ehelichen Verhältnisses hineingezogen werden. Aber auch in dieser Beziehung sehen wir in unserer verworrenen Zeit eine vollständige Umkehrung der Begriffe. Für innere Parteikämpfe wird fremde Hilfe gesucht und gewährt, und für die Kriege zwischen Staaten und Staaten wird der Grundsatz der Nichteinmischung verkündet! Man

kann solchen Erscheinungen gegenüber nichts thun als auf der einen Seite die Folgerichtigkeit der Klugheit, auf der andern die eben so große Folgerichtigkeit der Dummheit bewundern. Leider ist nur die Dummheit auf unserer Seite, die Klugheit aber auf Seite unseres Feindes.

VI.

Der große geistige Hebel welcher in unseren Tagen zum Umsturze des europäischen Staatensystemes angelegt worden ist, besteht in dem sogenannten Nationalitätsprincipe.

Die Gefährlichkeit der Gedanken und Vorstellungen beruht in ihrer Unklarheit. Darum ist auch ein vollkommen klarer Gedanke niemals revolutionär, und das einzige Mittel das Nationalitätsprincip seiner Gefährlichkeit zu berauben, besteht darin die in dem Gedanken eingeschlossenen verworrenen Vorstellungen zu scheiden und aufzuklären.

Viel ist an dieser nothwendigen Arbeit schon gethan worden, und man sollte kaum glauben daß noch weiteres zu thun wäre. Es fehlt aber immer noch an der Aufklärung gewisser zusammengehöriger politischer Grundbegriffe als Voraussetzung jedes entscheidenden Verständnisses. Denn was helfen alle Widerlegungen welche aus der Gegenwart und Vergangenheit hergeleitet werden können, wenn der Begriff der Nation in einem Athem in ganz verschiedenem Sinne gefaßt wird? In einem Athem wird den Ungarn und den Italienern im Namen des Nationalitätsprincipes das Recht der Unabhängigkeit zugesprochen, und doch müßte Ungarn in eine Menge unabhängiger Staaten zerfallen wenn das Nationalitätsprincip in dem auf Italien anwendbaren Sinne auch auf Ungarn angewandt werden sollte.

Unter der ungarischen Nation, hat Kossuth erklärt, verstehe er die Bewohner Ungarns, welcher Race sie auch angehören mögen: und in gleichem Athem wird behauptet daß Oesterreich ein Staat ohne Nation sei, weil es aus soviel Racen bestehe. Das erstemal ist die Nationalität als politischer Begriff verstanden, und die ungarische Nation besteht danach aus den Unterthanen der ungarischen Krone; das zweitemal als ethnographischer oder vielmehr zoologischer, denn die verschiedenen Racen und Stämme des Kaiserstaates sollen eben so viele verschiedene Nationen darstellen. Die österreichischen Polen mit den russischen und preußischen Polen, die österreichischen Italiener mit den sardinischen Italienern, sollen zu einer Nation gehören: dem Kaiserstaate als Ganzem aber soll eine Nationalität fehlen, die doch dem Lande Ungarn als Ganzem zugesprochen wird, obschon gerade das Land Ungarn das eigentliche ethnographische Cabinet des Kaiserstaates ist. In die nämliche Doppelzüngigkeit gerathen die Tschechen mit ihren Ansprüchen auf abgesonderte Stellung im Reiche. Nach dem Racenprincipe würde das Land Böhmen ebenfalls verschiedene Nationen enthalten, zwischen denen innere Streitigkeiten so unvermeidlich wären wie zwischen den Racen und Stämmen Ungarns. Wohlweislich sprechen die Führer der tschechischen Bewegung daher von den „Rechten der Krone Böhmens", womit das Bestreben auftritt eine allgemeine böhmische Nationalität, im politischen Sinne, zu gründen. Also gerade wie die Magyaren, verstehen die Tschechen das Nationalitätsprincip für sich im politisch-historischen, gegen Oesterreich aber im ethnographisch-linguistischen Sinne. Die Polen in Galizien verfahren auf die nämliche Weise. Denn wenn sie von einer polnischen Nationalität

sprechen, so lassen sie darum noch nicht eine ruthenische Nationalität gelten, welche doch in Galizien die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht; unter der polnischen Nationalität verstehen sie nicht den ethnographisch-linguistischen Begriff der Racen- oder Stammeseinheit, sondern den politischen Begriff welcher aus der Erinnerung an ein gewesenes Polenreich entspringt. Nach dem Racenprincipe würden in Galizien neben den Ruthenen und Polen auch noch die Rumänen, die Deutschen, ja sogar die Juden (und diese hier wie allerwärts) als besondere Nationen in Betracht kommen. Daran denkt freilich Niemand. Aber dieselben Menschen welche zu Gunsten Polens den Begriff der Nationalität im politischen Sinne anwenden, machen davon zum Nachtheile Oesterreichs im ethnographisch-linguistischen Sinne Gebrauch.

Und die Zweideutigkeit dehnt sich auch auf das Urtheil unbetheiligter Zuschauer aus. Unstreitig ist, was auch das Verfahren der englischen Regierung sein mag, im englischen Volke eine natürliche Sympathie für die Freiheit anderer Völker vorhanden, besonders wenn sie sich durch Tapferkeit und praktische Leistungen Achtung zu verschaffen wissen. Will man aber das Verhältniß Irlands zu England unter dem Gesichtspunkte der Nationalität beurtheilen, so ergibt sich sogleich daß der Engländer unter einer Nation nur die sämmtlichen Menschen versteht welche einem Staate oder Reiche angehören. Für den Engländer, und nach herrschendem englischem Sprachgebrauche, gibt es eine britische Nation — the British nation — aber keine irische oder schottische Nation. Dagegen spricht der Engländer wie der Angloamerikaner mit Stolz von der angelsächsischen Race, der er die irische Race als eine untergeordnete gegenüberstellt.

Allerdings spricht der Engländer von dem englischen, dem schottischen, dem irischen Volke; aber damit ist überhaupt nur die Vielheit der Privatpersonen auf einem gewissen Raume, oder diese Vielheit im Gegensatze zur Regierung, oder ein Theil der Nation von einem gewissen provinziellen Charakter bezeichnet. Wenn also der Engländer sich für die Freiheit einer Nation enthusiasmirt, so geschieht es nicht in Folge einer doctrinären Ansicht, etwa der daß in der Race und Sprache die Berechtigung zur Staatenbildung enthalten sei, sondern umgekehrt weil er mit dem Begriffe der Nationalität gar keinen andern als einen politischen Sinn zu verbinden weiß. Wird behauptet die Magyaren seien eine Nation, so folgt freilich für den Engländer daß es einen magyarischen Staat geben muß; aber nicht etwa weil sie eine besondere Race ausmachen, sondern weil das Dasein des magyarischen Staates in dem behaupteten Dasein einer magyarischen Nation schon als selbstverständlich enthalten ist. Eine Race bilden auch die Zigeuner; schwerlich aber wird ein Engländer im Ernste von einer Zigeuner-Nation — a Gipsy nation — sprechen. Würde indessen ihm bewiesen daß es eine Zigeuner-Nation gebe, so würde für ihn als selbstverständlich folgen daß es irgendwo einen Zigeuner-Staat geben müsse, oder daß, wenn kein solcher Staat vorhanden sei, irgendwo ein solcher bestanden habe und wieder hergestellt werden müsse.

Auf die nämliche Weise urtheilt der Nordamerikaner. Für ihn gibt es eine amerikanische Nation — „the American nation“, — deren Dasein an das Dasein der Union gebunden ist, und mit der Union steht und fällt. Eine britische Nation, französische Nation, deutsche Nation, spanische Nation

besteht ihm auf gleiche Weise, nämlich durch die entsprechenden Staaten, keineswegs aber durch Sprache und Race. Die Hispano-Amerikaner gehören, nach nordamerikanischer Anschauung und Sprachweise, nicht zur spanischen Nation, sondern nur zur spanischen Race. Die spanische Nation herrscht auf Cuba und Portorico, die spanische Race aber herrscht in Peru oder Neugranada. Das ist nordamerikanische Redeweise. Der Deutsche welcher in den Vereinigten Staaten naturalisirt ist, gehört, nach dieser Auffassung, zwar noch der deutschen Race, auch wohl noch dem deutschen Volke an, insofern das Volk eine Vielheit von Privatpersonen darstellt; keinenfalls aber gehört er noch zur deutschen Nation. Denn der Begriff der Nation ist für den Nordamerikaner schlechtweg politischer Begriff; und ein Mensch kann nur zu einer Nation gehören, weil er nur zu einem Staate gehören kann.[1]

Will man bei dem Begriffe der Nation den Nachdruck auf die Geburt legen, so ist hervorzuheben daß auch damit noch nicht das Racenprincip gewonnen ist. Denn die Geburt, im politischen Sinne, ertheilt den politischen Charakter des Landes, nicht der Eltern. Wer auf dem Gebiete des Vereinigten Königreiches von Großbritanien und Irland, ja sogar wer auf britischem Schiffe geboren ist, gehört zur britischen Nation, mögen seine Eltern Potocuden oder Azteken gewesen sein. In diesem Sinne, im Sinne der Geburt,

[1] Für meine Behauptung in Hinsicht auf englischen Sprachgebrauch möge mir gestattet sein folgende Stelle aus der von mir schon citirten Abhandlung im Julihefte der Westminster Review anzuführen: „There is no state in Europe, nor probably in the world, the population of which is not a compound, an amalgamation of races. The state is the mould in which the elements melt and mix, the shell in which a nation grows and matures.“ —

besteht die deutsche Nation aus den Leuten welche in Deuschland geboren sind und sich nicht später anderwärts naturalisirt haben. Welcher Nation oder Race die Eltern angehörten, ist dabei ganz gleichgiltig, sonst dürften z. B. die Juden, welche wir ein so wesentliches Element aller Culturvölker ausmachen sehen, nirgends mit zur Nation gezählt werden.

Die Nation, im Sinne der Geburt, besteht also aus den Eingebornen eines Landes, nicht aus den Sprößlingen eines Stammbaumes, und Nationalität, im Sinne der Geburt, ist nicht Racengemeinschaft sondern Landsmannschaft. Damit werden wir auf dem politischen Boden festgehalten, denn unter einem Lande verstehen wir vor allen Dingen das Gebiet eines Staates.

Freilich hat man schon viel von „natürlichen Ländern" gesprochen, deren Grenzen die sogenannten „natürlichen Grenzen" sein sollen. Aber diese Vorstellungen, soweit sie überhaupt begriffsmäßiger Klarheit fähig sind, stellen immer wieder irgend einen Raum der Erdoberfläche unter den politischen Gesichtspunkt. Denn wenn das sogenannte „natürliche Land" nicht das Gebiet eines Staates ist, so sollte es wenigstens ein solches sein; darum strebt ein jeder Staat nach seinen natürlichen Grenzen: das ist es worauf der Gedanke hinauswill. — Sehr wohl! — Aber wie steht es nun mit der Nationalität? — Die Nation besteht aus den Eingebornen eines natürlich begrenzten Landes; und die natürliche Begrenzung? — nun, die richtet sich nach der Nation. — Wird der Leser ohne meine Hilfe den ganzen tiefen Sinn dieser Definition fassen können? — Italiener sind die Eingebornen Italiens. Italiener sind aber auch die Bewohner von Triest, Fiume und Dalmatien; also gehören Triest,

Fiume und Dalmatien zu Italien. In diesen Gegenden leben aber, neben dreißigtausend italienischen Italienern, noch vier- bis fünfmalhunderttausend Morlacken und andere Südslaven; und weil diese Gegenden zu Italien gehören, so sind diese Leute ebenfalls Italiener. Weil aber ferner die nämlichen Morlacken und anderen dalmatischen Südslaven auch die angrenzenden Gebiete der Türkei bewohnen, so gehören diese Gebiete ihrerseits auch zu Italien, und so läßt sich die Zwickmühle weiter spielen. Freilich könnten wir Deutschen die Sache ebenso machen; aber dazu ist unsere Logik zu gewissenhaft und unsere Politik, sofern wir eine haben, zu logisch.

Wollen wir einen bestimmten Sprachgebrauch festsetzen, so ist die Nation das politisch organisirte Volk, also das Volk sammt seiner Regierung. Innerhalb der Nation aber bilden Volk und Regierung einen organischen Gegensatz, in welchem das Grundgesetz des politischen Lebens besteht. Indem in einer Menschenheerde — denn mehr ist die bloße ethnographische Stammeseinheit noch nicht — Volk und Regierung auseinander und in organische Wechselwirkung treten, entspringt der Staat, und mit dem Staate die Nation. Zur Nation aber kommt im Staate noch das Gebiet oder Territorium hinzu, und die Nation mit ihrem bestimmten Territorium macht erst den Staat aus. Das Volk aber, für sich allein und außer dem politischen Verhältnisse zu seiner Regierung gedacht, ist nichts als eine Vielheit von Privatpersonen. Das Territorium des Staates ist also wohl Nationalgebiet, aber keineswegs Volksgebiet, denn es ist Eigenthum der Nation als eines politisch organisirten Ganzen. So z. B. wird es keinem vernünftigen Menschen einfallen zu sagen die britischen Inseln oder die britischen Kolonien

gehörten dem englischen, schottischen und irischen Volke, sondern sie gehören der britischen Nation. Volkseigenthum ist Privateigenthum; Nationaleigenthum dagegen, ist öffentliches Eigenthum, welches der Nation als einem politischen Ganzen einheitlich und untheilbar zugehört. Solches Eigenthum ist das Staatsgebiet; und keineswegs kann die Bevölkerung einer Provinz auf den von ihr bewohnten Raum ein besonderes Territorialrecht in Anspruch nehmen. Will die Bevölkerung einer Provinz sich einem anderen Staate anschließen, so muß sie auswandern;[1] will sie einen eigenen Staat gründen, so muß sie eine Kolonie anlegen: der Theil eines Staatsgebietes welchen sie bis dahin bewohnt hat, bleibt Eigenthum der Nation aus der sie ausscheidet. Das ist das staatsrechtliche Verhältniß, welches nur auf zweierlei Weise abgeändert werden kann, entweder durch eine von der ganzen Nation freiwillig gutgeheißene Gebietstheilung, oder durch eine mit Gewalt abgezwungene Gebietsabtretung.

Wenn also die Italiener sagen: „Italien gehört den Italienern" — so antworten wir: ja! soweit ein italienischer Staat reicht! keinen Schritt weiter! — und da wo ein deutscher Staat anfängt, gehört es den Deutschen; oder vielmehr: Italien gehört freilich den Italienern, aber da wo ein deutscher Staat anfängt, hört Italien auf. Die Namen der Länder haben zu verschiedenen Zeiten in sehr verschiedenen Raum-

[1] In Norditalien bestehen, an zwei verschiedenen Punkten, von der Völkerwanderung her, mehrere deutsche Ortschaften. Was würde man sagen wenn die „Sette Communi" plötzlich, auf ihre altdeutsche Sprache gegründet, ein deutsches Fürstenthum gründen und mit diesem in den deutschen Bund treten wollten? „Wandert aus, nach Hohenzollern Hechingen oder Sigmaringen, oder wohin ihr sonst wollt!" würden die Italiener sagen; „aber das Land auf dem ihr gewohnt habt gehört uns!" —

ausdehnungen gegolten, und der Raum von welchem neuerdings die italienische Nationalbewegung ausgegangen ist, wurde bekanntlich von den Römern zu Gallien gerechnet. „Nicht als italienisches Land verlange ich" — sagt der Verfasser der oben mehrfach erwähnten Abhandlung in der Army and Navy Gazette — „nicht als italienisches Land verlange ich daß das Festungsviereck bei Oesterreich bleiben soll, sondern der eigentliche Sinn und Kern meiner Darstellung ist daß Venetien in Zukunft als deutsches, und nicht als italienisches Land betrachtet werde." („It is not as Italian territory that J claim the Quadrilateral for Austria; on the contrary, the very essence of my argument implies that Venetia shall henceforward be considered German and not Italian land.“ Venetia, No. II. Arm. & Navy Gaz. Dec 29. 1860.)

Die Nation reicht nirgends weiter als ihr Staat. Darüber hinaus ist sie ein Wunsch, ein Gelüste, auf welches sich keine Territorialrechte gründen lassen.

VII.

Wenn es ein Lieblingsgedanke des demokratischen Liberalismus ist daß die Staaten der Welt racen- und stammesmäßig sich abgrenzen sollen, so ist ein solcher Traum, als Rückschlag gegen das rein dynastische und absolutistische Staats- und Völkerrecht eines politisch tief gesunkenen Zeitalters nach dem Verfalle der mittelalterlichen Weltordnung, in mehr als einer Beziehung eine begreifliche Erscheinung; — aber mehr als begreiflich in der That nicht. Wenn der Fürst sagt: „Der Staat, das bin ich" — so antwortet das Volk: „Der Staat, das sind wir." Eins ist so falsch wie das

andere, denn der Staat ist weder der Fürst noch das Volk, und beide gehören nur zum Staate. Damit aber jenes einseitige „wir" mehr wäre als eine zufällig zusammengeworfene Vielheit, mußte ein Princip der Einheit gesucht werden welches dem Volke selbst, der Vielheit als solcher, innewohnt, und dafür bot sich die Stammesgemeinschaft dar. So setzte sich der naturhistorische Einheitsbegriff an die Stelle des politischen: die Verirrung der Cultur brachte einen Rückfall in die Rohheit der Natur hervor. Hierbei zeichnet sich der besondere Charakter ab welchen der revolutionäre Geist in unseren Tagen zum Unterschiede von einer mit 1848 abgelaufenen früheren Periode angenommen hat; der völkerrechtliche Charakter nämlich, welcher an die Stelle des staatsrechtlichen getreten ist. Die Rückkehr zum geträumten Naturzustande, welche so lange den Moralisten, Pädagogen und Revolutionärs aus der rousseauischen Schule zu schaffen gemacht, kommt jetzt, nachdem sie auf dem Gebiete der gesellschaftlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse aufgehört hat die Menschen zu beschäftigen, auf dem Gebiete der internationalen Politik wieder zum Vorscheine. Der Racenstaat soll den Naturstaat darstellen; und wie es nicht an edlen Thoren gefehlt hat, welche im Ernste geglaubt haben aus dem Verkehre einer Gesellschaft von Naturmenschen werde Eigennutz und Trug mit allen daraus folgenden Verwickelungen schwinden, so tragen wohlmeinende Träumer und revolutionäre Sanguiniker sich jetzt mit der Hoffnung, der Verkehr innerhalb einer Gesellschaft von Naturstaaten werde eine internationale Politik schaffen in welcher Unschuld und Einfachheit der Verhältnisse herrschen, und aus der die Unehrlichkeiten der Diplomatie und die Entscheide der Gewalt auf

immer verbannt sind. Die Demokratie ist hierbei allerdings tiefer betheiligt als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Denn in der That, wie weit auch in den inneren Verhältnissen des Staates eine Massenherrschaft sich haltbar zeigen möge, — die Leitung und der Betrieb des diplomatischen Verkehres mit anderen Staaten muß sich, wie die Welt ist, immer und ohne Ausnahme der Kenntniß und den Fähigkeiten der Massen entziehen, und die Nothwendigkeit der Unterhaltung einer bewaffneten Macht hat nebenbei ihre bekannten Nachtheile und Gefahren für eine demokratische Staatsordnung. Es ist also überhaupt die auswärtige Politik welche der Demokratie ihre unvermeidlichen Schranken setzt; wie wir denn auch sehen daß die Länder welche dem demokratischen Systeme am nächsten kommen: England, die Schweiz, Nordamerika, — durch insularische oder überseeische Lage, oder durch anerkannte Neutralität, in den Stand gesetzt sind die auswärtige Politik mehr oder minder in den Hintergrund treten zu lassen. Wie, wenn sich ein völkerrechtliches System aufstellen ließe nach welchem alle Staaten sich gegen einander als Inseln verhalten, oder alle Staaten sich gegenseitig ihre Neutralität zugestehen! — wäre das nicht ein bewunderungswürdiges System? — Aber dieses System ist entdeckt! es ist im Gedanken fertig! es braucht nur verkündet zu werden! — Es ist das System der Racen- und Stammesstaaten. Man erkläre daß durch ewiges Naturgesetz jede Race oder jeder Stamm bestimmt ist einen eigenen Staat zu bilden — und alle völkerrechtliche Unsicherheit, alle internationalen Verwickelungen hören auf! Abstammung und Sprache entscheiden über politische Berechtigung; und da es das Interesse aller auf diese Weise umgrenzten Völker wird, daß ein jedes

Stück in dem großen ethnographisch-politischen Welt-Cabinette in seiner Stelle gesichert sei, daß jede Nummer an ihrem richtigen systemgemäßen Orte im Repositorium stehe, so sind in Zukunft Territorial-Interessen, Machtfragen, und alle die Vorurtheile unter denen die Welt bisher sich abgemüht, überwunden. Hinfort ist ein Krieg gerade so sinnlos als ob der Löwe im zoologischen Museum den Ochsen oder Esel im gleichen Welttheater auffressen wollte. „Halt!" ruft ihm der Conservator zu — „gehörst du nicht in den Schrank dort zu den fleischfressenden Thieren? — was willst du hier bei den Wiederkäuern und Dickhäutern? — glaubst du, du kannst dich verstellen? — gleich brülle einmal! — so — ich hab's gedacht! — an deiner Sprache erkenne ich wohin du gehörst! — Dort in den Schrank zu den Katzenarten!" —

Wenn in ähnlicher Weise jedes Volk, erkennbar an Sprache, Hautfarbe, Schädelbildung, Nationalcostüm und anderen angeborenen Eigenschaften, seinen bestimmten Platz in der Welt angewiesen hätte, würde damit nicht jede völkerrechtliche Unordnung aus der Welt verbannt sein? — „Halt, du da! — was hast du hier in Venedig zu thun? — Meinst du ich kenne dich nicht an deiner tête carrée? — Aber ich will dir genauer auf den Zahn fühlen; sprich aus das Wort: Xegnetemahlzeit! — Richtig! — du bist ein wahrhaft typisches Exemplar! — Fort über den Brenner oder Semmering, in den Schrank der germanischen Völker!" —

Welch ein erhabener Beruf für einen Weltconservator! — Und man braucht ihn nicht erst zu suchen! — Er ist schon da! — O glaubt nur, Louis Napoleon versteht es mit Naturstaaten so gut umzugehen wie mit Naturmenschen und mit dem Naturrechte, welches letztere er in Frankreich

und Italien so trefflich zu handhaben weiß. Und er erspart euch die ganze auswärtige Politik, die so undemokratisch ist, — darauf könnt ihr euch verlassen! —

Wenn ich nach dieser Sprache, zu der mich die Ungeduld beim Anblick so thörichter Bestrebungen treibt, unmittelbar in den Ernst der Sache zurücktreten darf, so ist hier der Ort dem angeblichen Naturgesetze der racenmäßigen Staatenbildung ein wirkliches, thatsächliches, gegenüber zu stellen, welches darin besteht, daß durch das ganze Reich der Natur und Cultur die reicheren und höheren Entfaltungen des Lebens durch die Kreuzung seiner Bedingungen hervorgebracht werden. Ziehen wir, um dies klar zu machen, im Gedanken auf der Erdoberfläche die Grenzen von Räumen welche nach geologischen Altersformationen bestimmt sind: fallen etwa die Grenzlinien der Gebiete bestimmter Gesteinmassen mit denen jener Altersverhältnisse zusammen? Bekanntlich ist dies nicht der Fall, indem die Ausdehnung petrographischer Gebilde und die Ausdehnung geologischer Altersformationen keineswegs an die gleichen Bedingungen geknüpft sind, sondern ihre Grenzen vielfach durcheinander laufen können. — Gehen wir weiter! — Die Erdoberfläche stellt uns ein Netz von Höhenverhältnissen dar: sind diese etwa so geordnet, daß die Grenzen orographischer Systeme mit den Grenzen petrographischer Gebilde oder mit den Grenzen geologischer Altersformationen zusammenfallen müssen? Keinesweges; sondern Gebirgssysteme, Hochländer, Tiefländer und orographische Becken sehen wir von den Grenzen der Formationen und Gesteine vielfach durchkreuzt. — Gehen wir aber noch weiter! — Die Erdoberfläche ist mit einem Netze von stehenden und fließenden Gewässern überzogen: fallen etwa die hydrographisch

bestimmten Räume, die Meeresbecken und Flußgebiete, mit den orographisch, petrographisch oder geologisch bestimmten zusammen? Wiederum nicht, denn wir sehen hier Gebirgsketten quer durch die Stromgebiete ziehen, dort sich unter der Meeresfläche fortsetzen; wir sehen Flüsse über ganze Mineralienkabinette von Gesteinen und über die Schichten einer ganzen Reihe von Formationen fließen. — Aber immer weiter! — Die Erdoberfläche stellt uns bestimmte klimatische Regionen dar, die sich auf Wärme und Kälte, Feuchtigkeit und andere atmosphärische Verhältnisse beziehen. Sie sind durch die geographische Breite, durch Höhe und Tiefe, durch Vertheilung von Wasser und Land, durch die Bestandtheile des Bodens und noch andere Bedingungen bestimmt: treffen diese klimatischen Regionen etwa mit den geologischen, oder petrographischen, oder orographischen, oder hydrographischen zusammen? Auch dies nicht; sondern ihre Grenzen können von den Grenzen aller übrigen auf das mannigfaltigste gekreuzt sein. — Wir sind noch nicht fertig! — Die Erdoberfläche ist mit einer Pflanzendecke überzogen, und die Pflanzengeographie hat bestimmte Regionen und Zonen unterschieden denen je ein gewisser Vegetationscharakter zukommt. Alle bisher angedeuteten Verhältnisse haben ihren Einfluß auf diese Regionen und Zonen: fallen aber ihre Grenzen mit denen der hydrographisch, orographisch, petrographisch, geologisch oder selbst der klimatisch bestimmten Räume zusammen? Keinesweges; sondern weil alle diese Verhältnisse zur Bestimmung des Vegetationscharakters einer Gegend beitragen, können die Vegetationsgrenzen durch keine einzelne Classe derselben ausschließlich bestimmt sein, und abermals durchschneiden sich die Grenzlinien. Und so geht die Sache

weiter wenn wir zur geographischen Verbreitung der Thiere kommen.

Endlich aber stehen wir vor dem Menschengeschlechte, dessen Racen und Stämme ebenfalls ihre natürlichen Verbreitungsbezirke haben. Richten etwa diese sich nach den Verhältnissen der Geologie, oder der Orographie, oder der Hydrographie, der Pflanzen- oder Thiergeographie? — Gewiß haben alle diese Verhältnisse Einfluß auf die Verbreitung des menschlichen Lebens nach den Racen, Völkern und Stämmen aus denen das Geschlecht der Menschen besteht; aber eben weil sie alle darauf Einfluß haben, ist keine einzelne Classe derselben ausschließlich die Bestimmende, und der Mensch durchkreuzt sie sämmtlich mit den Wohnsitzen und Lebensbezirken seiner Arten und Gemeinschaften.

Immer verwickelter also laufen die Kreise des Lebens durcheinander, in je höhere Gebiete wir eintreten. Rohe Völkerstämme wählen ihre Wohnsitze nach dem Charakter der die Länder überziehenden Pflanzendecke oder folgen den Wanderungen jagdbarer Thiere. Andere folgen dem Zuge der Gebirge, dem Laufe der Flüsse, setzen sich fest um die Ufer eines Meeres. Zweige desselben Stammes, der nämlichen Race, trennen sich, und entwickeln sich nach ganz verschiedenen Richtungen des Charakters und der Lebensweise; Zweige verschiedener Stämme und Racen verbinden sich und wachsen zusammen. Und auf allen diesen Bewegungen, in denen sich der Mensch in steigendem Grade von den Naturbedingungen befreit, nehmen Racen, Stämme und Zweige des Geschlechtes, sei es in rohen Anfängen, sei es in ausgebildeten Formen, die religiösen und sittlichen Anschauungen mit sich, welche, in ihrer Verbindung mit den das physische Dasein beherrschenden

Naturverhältnissen, zu Bedingungen der Staatenbildung und Staatenentwickelung werden.

Richtet sich etwa die Verbreitung der Religionen nach den Racen? — dann lassen wir doch den Menschenopfern in Dahomey ihren Lauf; sie werden wohl zur Religion der schwarzen Race gehören. — Aber nein! — Culturformen, welche religiös und politisch zugleich sind, entspringen wohl bestimmten Racen und Räumen der Erde; aber mit den Zügen, Wanderungen und wechselnden Herrschaften der Völker sollen sie sich über diese Grenzen hinaus verbreiten, soweit sie durch den geistigen und sittlichen Werth ihres inneren Gehaltes zu reichen und die Menschen für sich zu gewinnen oder sich zu unterwerfen berufen sind.

So verhält es sich mit dem Staate. So wenig wie die Religion, soll die Politik racenmäßig begrenzt sein. Die kindlichen Anfänge der Cultur zeigen uns freilich den Cultus der Stammes- und Volksgötter, aber ein geringer Fortschritt schon erhebt diese zu Staatsgöttern und unterwirft Völker verschiedenster Abstammung ihrer Verehrung. Was ist der culturhistorische Beruf erobernder Nationen und ihrer Herrscher gewesen? — Die Volksgötter zu stürzen, die Racen- oder Stammesstaaten zu vernichten, und überhaupt, sei es auf noch so gewaltsame Weise, Culturverhältnisse an die Stelle der Naturverhältnisse zu setzen. Es ist nur folgerichtig wenn die italienische Nationalitätspartei sich auch wieder einen besonderen italienischen Gott angeschafft hat. „Pare proprio che negl' ultimi giorni l'Iddio dell' Italia sia passato al campo dei nostri nemici" — ist eine Klage welche vor Kurzem über die Alpen herüber zu uns geschallt ist. Solche Anschauungen rechtfertigen beinahe den Absolutismus.

Denn hätte man diesem nichts anderes vorzuwerfen als daß er nicht im Sinne des Racenprincips ist, so müßten wir antworten daß wir darin einen hohen Vorzug erkennen, und daß gerade in dem Gegensatze gegen die Einseitigkeiten racenmäßiger Culturrichtungen seine geschichtliche Aufgabe besteht. Jener Ausdruck eines italienischen Revolutionsredners ist freilich ganz gewiß nur eine rhetorische Figur; aber eine für den Geist der Racen- und Stammespolitik sehr bezeichnende.

Die Bewirkung einer Mischung der Racen, und die Ueberwindung, nöthigenfalls Vernichtung, racenmäßiger Culturformen, ist eine der Hauptaufgaben des Staates überhaupt. Der Staat ist seiner Natur nach ein Gegner des racenmäßigen Daseins, und es ist seine sittliche Aufgabe es zu sein. Die gemischte Bevölkerung entspricht also dem höheren staatlichen Dasein und befähigt zu den höheren politischen Leistungen. Nicht mit Unrecht schreibt daher ein preußischer Schriftsteller eine gewisse politische Energie, welche allerdings, wenigstens nach einer gewissen Seite hin, im preußischen Volke gefunden werden kann, der Racenmischung zu aus welcher der Kern dieses Volkes hervorgegangen. „Nicht der kleinste Theil der staatsbildenden Ueberlegenheit der preußischen Volksart neben anderen deutschen Stämmen", sagt der Verfasser der von mir oben mehrfach angeführten Schrift über den Besitz Venetiens (S. 140), „ist dem Umstande zuzuschreiben, daß Brandenburg, Pommern und Sachsen aus einer Legirung germanischen und wendischen Blutes hervorgegangen, und damit das Resultat eines Mischungsprozesses sind, der allerwärts wo er stattgefunden zu besonderer nationaler Befähigung führte, für welche auf dieser Seite des

Erdballs das britische Volk, auf der anderen das nordamerikanische, in unseren Tagen die glänzendsten und überzeugendsten Beispiele sind."

VIII.

Nach den vorausgeschickten Berichtigungen herrschender Vorurtheile des politischen Dilettantismus unserer Zeit, kehre ich zu Oesterreich und seiner Bedeutung für sich selbst, für Deutschland und für Europa zurück.

Auf dem umfassenden Schauplatze menschheitlicher Entwickelung treten die zu politischer Bedeutung gelangten Völker mit ihren besonderen Bildungsgraden, Bildungsformen, Bildungsrichtungen und Machtmitteln als Nebenbuhler und Gegner, oder als Freunde, Bundes- und Arbeitsgenossen auf, und kämpfen den friedlichen Kampf culturgeschichtlicher Leistungen oder den blutigen Kampf der Waffen. Und der erste hat so gut seine Taktik und Strategie wie der letzte. Für beide Arten des Kampfes aber liegen die Grundbedingungen der Macht und des Erfolges in der Geographie. Es gilt dies für den einzelnen Staat nicht nur in Bezug auf Lage und Beschaffenheit seines eigenen Gebietes, sondern selbstverständlich auch in Bezug auf Lage und Beschaffenheit des Gebietes aller übrigen mit denen er in Verkehr und Wechselwirkung steht. Territorialfragen sind die Grundfragen der Politik, und, wenn sie wesentliche Gebietsverhältnisse betreffen, ist mit ihrer Lösung über das Schicksal der Staaten entschieden. Zu dieser Grundbedingung kommt dann erst weiter die Bevölkerung, welche, da sie wechseln kann, nur den zweiten Rang einnimmt. Eine ganze Provinz kann sich entvölkern, ihre Bevölkerung kann sich durch eine andere, von einer

anderen Race, ersetzen, ohne daß der Staat deßhalb ein wesentlich anderer werden muß. Der Verlust der Provinz selbst aber, das heißt des Grundes und Bodens, als eines Theiles des Staatsgebietes, macht den Staat zu einem wesentlich anderen politischen Individuum. Denn mit dem Gebietstheile sind ihm die militärischen und culturhistorischen Positionen verloren gegangen, auf deren Besitz ein Theil seines Verhältnisses zu der übrigen Welt, ein Theil seiner ganzen politischen Rolle beruhte.

Faßt man alle diese Verhältnisse im Zusammenhang in's Auge, so fordern die höchsten Interessen unseres Welttheiles, mit denen unsere deutschen Interessen untrennbar verbunden sind, — so fordern, sage ich, diese höchsten Interessen das Dasein eines mächtigen Staatskörpers auf dem von Oesterreich eingenommenen Raume. Ob dieser Staatskörper eine solche oder andere Verfassung hat, von dieser oder jener Dynastie, oder auch von gar keiner Dynastie regiert ist, das ist freilich nichts weniger als gleichgiltig; aber es kommt doch erst in zweiter Linie in Betracht. Die Hauptsache ist daß an dieser Stelle, und jedenfalls in keiner beschränkteren Ausdehnung und mit keiner geringeren Macht, ein Staat besteht welcher nach der positiven Seite seiner Aufgabe das culturmäßige Zusammenleben der hier zusammengedrängten Völkerbestandtheile der germanischen, romanischen, slavischen und tatarischen Race zu vermitteln berufen ist, nach der negativen Seite aber die Abschließung Deutschlands vom Mittelmeere verhindern und den Zusammenschluß Frankreichs und Rußlands im Südosten Europa's unmöglich machen soll.

Das Gemisch verschiedener Racen und Stämme aus welchen die Bevölkerung des Kaiserstaates besteht, ist also sehr

weit davon entfernt ihm zum Vorwurfe zu gereichen und sein Dasein als ein Uebel erscheinen zu lassen, sondern es gibt ihm vielmehr die höhere culturhistorische Bedeutung und Anwartschaft durch welche die Staaten von gemischter Bevölkerung sich unter allen Umständen vor den bloßen Racen- oder Stammesstaaten auszeichnen. Denn während durch die Mischung verschiedener Racen jene Ungleichheit der Neigungen, Befähigungen und Ansprüche entsteht aus der sich zum Wohle aller Theile und zur Förderung des Ganzen ein auf gegenseitiger Ergänzung beruhendes reiches organisches Leben der Gesellschaft entwickelt, wird durch eben diese Mischung die Gesellschaft gezwungen zum Ersatze der mangelnden naturmäßigen Einheit die culturmäßige zu suchen, welche dem Staate seinen höheren ethischen Charakter verleiht und aus der die Nation im politischen Sinne entspringt.

Es sind die nördlichen und südlichen, westlichen und östlichen Völker Europa's welche durch ihre vorgeschobenen Vertreter in Oesterreich auf einem Punkte zusammentreffen, und den Kaiserstaat zum Vermittler des Nordens, Südens, Ostens und Westens machen. Dies ist die hohe culturgeschichtliche Bedeutung Oesterreichs, deren sich alle seine Völker bewußt werden müssen um das richtige Selbstgefühl wieder zu finden, welches ihnen durch liberale Schwätzer, beschränkte Doctrinärs und Agenten fremder Interessen mehr als durch die inneren Gebrechen des Reiches abhanden gekommen ist; um zu erkennen daß in der Vielartigkeit der sogenannten Nationalitäten für Oesterreich nicht ein Nachtheil sondern ein Vorzug gegeben ist, und daß es für jedes besondere Element in dem Ganzen welches im politischen Sinne die österreichische Nation darstellt, ein höherer Ruhm ist an der großen cultur-

geschichtlichen Aufgabe mitzuarbeiten, als etwas für sich zu sein, oder durch Anschluß an seitwärts sitzende Stammesgenossen aus der bevorzugten Stellung herauszutreten und auf die untergeordnete Stufe des Racenstaates zurückzusinken.

Diese Stellung des centralen Vermittlers zwischen dem Norden, Süden, Osten und Westen Europa's, wie zwischen seinen Völkerschaften und Culturrichtungen, verleiht Oesterreich seinen Rang als Factor in dem culturgeschichtlichen Processe unseres Welttheiles, und erwirbt ihm die Theilnahme derer welche, frei von den Vorurtheilen vorübergehender Zeitmeinungen und unbekümmert um die Popularität oder Unpopularität ihrer ausgesprochenen Ueberzeugungen, in den inneren Zusammenhang dieses Processes einzudringen vermögen. Aber eben diese Stellung mit ihren außergewöhnlichen Schwierigkeiten ist die Quelle der Schwächen welche Oesterreich seinen Feinden zum Angriffe darbietet, und die Quelle der Feindschaft selbst welche dem Kaiserstaate aus den vier Himmelsgegenden entgegentritt oder aus den Racen und Culturgegensätzen in seinem Innern erwächst.

An schweren Mißgriffen in der Lösung einer so schweren Aufgabe kann es natürlich nicht fehlen, und es ist wahrlich keine Kunst sie aufzuzählen; dagegen wird es zur Aufklärung der Zustände beitragen darauf aufmerksam zu machen wie die wesentlichen Sünden der österreichischen Politik aus dem auf die eine oder andere Art verfehlten Bestreben hervorgegangen sind, den Beruf zu erfüllen welcher aus der geographischen Stellung des Staates entspringt. Denn wenn die Aufgabe des Vermittlers zwischen dem Norden, Süden, Osten und Westen, zwischen Germanen, Romanen, Slaven und Tataren, es in sich schließt dem Uebergriffe jedes einzelnen dieser

Elemente entgegenzutreten, so lag es nahe daß die Verlegenheit sich des einen Elementes gegen das andere bediente, oder daß, unter anderen Verhältnissen, nach überstandener Gefahr der Auflösung, die gewaltsame Einheit einer absolutistischen Centralisation versucht wurde. Und wenn man hier mehr als anderwärts der Herrschaft des Repräsentativsystemes widerstrebte, so war es gewiß nicht bloß absolutistisches Vorurtheil und absolutistische Herrschsucht die sich wehrte, sondern es mußte in der That auch für den muthigsten und aufrichtigsten Anhänger des Liberalismus ungewiß sein ob sich mit diesem Systeme die verschiedenartigen Elemente und Culturrichtungen des Reiches zusammenhalten lassen. Bis auf den heutigen Tag ist auf diese Frage keine entscheidende Antwort gegeben, und es hängt erst noch von der Vernunft und politischen Einsicht der Völkerschaften Oesterreichs ab wie diese Antwort ausfällt. Für die freilich welche sagen: „wenn Oesterreich den Liberalismus nicht verträgt, so ist es dadurch schon verurtheilt und muß verschwinden" — für diese freilich ist die Angelegenheit eine sehr einfache. Es gibt aber andere nicht minder freiheitsliebende Menschen, welche der Meinung sind daß sich die politischen Nothwendigkeiten nicht nach den Verfassungen sondern die Verfassungen nach den politischen Nothwendigkeiten richten müssen. Hiermit soll über die österreichische Verfassungsfrage nichts gesagt sein, als daß auch ihre Schwierigkeiten mit dem allgemeinen Weltberufe Oesterreichs zusammenhangen.

Wenn Oesterreichs Völker sich zu der dazu nöthigen Einsicht erheben, — zu der Einsicht daß ihre freie Vereinigung zu einem Staatsganzen der höchsten politischen Aufgabe entspricht welche in unseren Tagen in Europa zu lösen ist, dann

wird auch für den Kaiserstaat ein Grad von politischer und bürgerlicher Freiheit möglich sein der nirgends übertroffen wird. Aber die falschen Freiheitsfreunde, welche nur darum zu gewissen Einrichtungen rathen und drängen weil sie wissen daß diese Einrichtungen in Oesterreich unmöglich sind, während schon der Versuch dazu die Abstoßungskraft feindlicher Elemente verstärken muß, dürfen nicht voraussetzen daß die Absicht nicht durchschaut werde, und können überzeugt sein daß man sich bemüht den Gefahren zu entgehen welche in einer allzu arglosen Befolgung wohlfeiler Rathschläge enthalten sein würden. Denn die Selbsterhaltung geht für den Staat über System, Form und Verfassung.

So gehen für Oesterreich eigenthümliche Schwierigkeiten und Verlockungen zu politischen Mißgriffen aus dem eigenthümlichen Berufe hervor welcher dem Kaiserstaate durch seine geographische Raumstellung aufgebürdet ist. Wenn aber dieser Staat ganz gewiß nicht frei von Schwächen und Sünden ist, in denen sehr verwundbare Punkte dem Angriffe der Feinde bloßliegen, so muß doch eingestanden werden daß er sich die Mehrzahl seiner Feinde nicht durch die Versäumniß sondern durch die Vollbringung seines Berufes zugezogen. Denn wenn dieser Beruf der ist, in einem Staate die Wechselwirkung der hier eng neben einander und unter einander lebenden vier Hauptracen Europa's — der Germanen, Romanen, Slaven und Tataren, und die Wechselwirkung nördlicher, südlicher, östlicher und westlicher Culturformen und Culturrichtungen zu vermitteln, so versteht sich von selbst daß er die Separatisten des Racenprincips in allen Nationen und Himmelsgegenden, die Parteigänger jeder einseitigen Weltansicht auf dem religiösen und politischen Gebiete, die

Anhänger und Förderer von Weltherrschaftsgelüsten im Westen oder Osten, die Schwachen am Verstande denen schwierige Staatsverhältnisse ihrer eigenen unzulänglichen Fassungskraft zuliebe verhaßt sind, und die ganze Revolution mit allen ihren Zielen und Beweggründen zu Feinden haben muß.

IX.

Aus dieser Feindschaft, welche nicht gegen einzelne Schwächen, Fehler und Sünden, sondern gegen das ganze Dasein Oesterreichs gerichtet ist, kann und soll nicht Jedermann ein Vorwurf gemacht werden. Gibt es nicht Menschen genug denen das Dasein Rußlands oder Frankreichs, andere denen das Daseins Preußens oder Englands als ein Uebel erscheint? Eine richtige Einsicht in den sittlichen Weltorganismus würde freilich diese Urtheile wesentlich abändern; allein der Widerstreit der Standpunkte, Meinungen und Interessen gehört zu den Triebfedern der Weltbewegung, und es ist dafür gesorgt daß es niemals an diesem Widerstreit fehle. Nicht Jedermann können wir zumuthen daß er in der Beurtheilung der großen politischen Angelegenheiten unseren Standpunkt einnehme; es gibt indessen dennoch Menschen und Menschenclassen denen wir dies zumuthen können, wenigstens in sofern ihnen Verstand und Urtheilskraft zugemuthet werden kann.

Zu denen welche von ihrem Standpunkte aus berechtigt sein mögen die Feinde Oesterreichs zu sein, wollen wir die Italiener rechnen. Nicht etwa daß ich hiemit dem halb leidenschaftlichen und böswilligen, halb unwissenden und gedankenlosen Gerede von österreichischer „Mißregierung" beistimmen will; denn alle Vorurtheilsfreien und Unterrichteten stimmen darin überein daß die österreichische Regierung im lombardisch-

venetianischen Königreiche die beste gewesen ist deren irgend ein italienisches Land bis auf den heutigen Tag sich rühmen kann und noch auf längere Zeit sich wird rühmen können.[1] Auch ist es allgemein bekannt daß die ländliche Bevölkerung des lombardisch-venetianischen Königreiches, welche unter Oesterreich gegen die Bedrückungen der einheimischen Grundeigenthümer Schutz gefunden, den Haß des Adels und der Städte gegen die österreichische Herrschaft nicht theilt. Angenommen indessen, daß das Bestreben eine allgemeine italienische Nationalität zu gründen mehr als ein Gelüste sich selbst überschätzender Menschen sei, müssen wir den gebildeten Italienern gestatten die Gleichgiltigkeit der ländlichen Bevölkerung so zu beurtheilen, wie wir die Theilnahmlosigkeit unserer Bauern in einem Kampfe für nationale Einheit beurtheilen würden,

[1] Um die Zeit des Friedensschlusses von Villafranca sprach ich einen amerikanischen Staatsmann, welcher einmal an der Spitze der Union gestanden, und welcher soeben einen großen Theil Europas, und so auch Italien bereist hatte. Bei aller Sympathie für die italienische Bewegung erklärte mir derselbe, daß der Reisende welcher aus der Lombardei nach Piemont komme, den Eindruck empfange aus einem höher entwickelten Lande in ein mehr zurückgebliebenes einzutreten.

In der interessanten Flugschrift: Des Intérêts Européens en Italie. Par un ancien Diplomate. Genève et Paris, 1860 — wird Oesterreich vorgeworfen es habe in Italien allein gut regieren wollen, und deßhalb nicht ohne einiges Vergnügen die schlechte Regierung der übrigen italienischen Staaten mit angesehen, — womit doch eingestanden ist daß Oesterreich, aus welchem Beweggrunde es auch immer sei, in Italien besser regierte als die übrigen italienischen Regierungen. Die Stelle lautet: „Si l'Autriche protégea les progrès materiels, et s'évertua à organiser une bonne administration, elle ne veilla pas à ce que les autres gouvernements en fissent autant. Le désir de se concilier la popularité exclusive lui faisait voir, non sans quelque plaisir, que d'autres négligeaient ce soin. p. 13 und 14 der genannten Schrift.

nämlich als eine Erscheinung geistiger Stumpfheit und Verkommenheit. Diese Seite der Frage ist es auch nicht auf welche es hier ankommt. Die Italiener sollen das Verhalten ihrer verschiedenen Parteien und Volksklassen unter sich ausmachen. Sie sollen das Recht haben die Probe zu machen wie weit sie es auf dem betretenen Wege bringen können. Sie sollen das Recht haben lieber ganz den Franzosen als theilweise den Oesterreichern gehorchen zu müssen: das ist eine Frage des Geschmackes über die wir nicht mit ihnen streiten wollen, sofern sie nur nicht mit unserm Geschmack in Bezug auf unsere eigenen Angelegenheiten in allzugroßen Widerstreit kommen. Und auch dann noch lassen wir ihnen in der Theorie den Geschmack, und bestreiten nur die Anwendung desselben in der unsere Interessen betreffenden Praxis. Kurz wir müssen es den Italienern überlassen in Bezug auf Venetien ihr Glück zu versuchen, und haben darüber mit ihnen keinen theoretischen Streit, sondern nur, wenn ihnen danach gelüstet, den praktischen Kampf der Waffen.

Auf ähnliche Weise stehen wir den Franzosen gegenüber. Das französische Volk hat ein Recht dazu das Kaiserthum nach seinem Geschmacke zu finden. Es hat ein Recht dazu sich einzubilden, daß es bestimmt sei Europa zu beherrschen oder zwischen sich und den Russen zu theilen. Es hat ein Recht dazu sich namentlich als das Haupt der romanischen Völker zu betrachten, in Italien nichts als einen Vasallenstaat und eine Station auf der Straße nach der Balkanhalbinsel, im Mittelmeer aber schon im Voraus einen französischen See zu sehen. Es hat ein Recht dazu sich mit dem Glauben zu schmeicheln daß, nachdem die disciplinirte Revolution des demokratischen Kaiserthums die letzten Reste einer vergangenen

Weltperiode hinweggeräumt, in einem heiligen römischen Reiche gallischer Nation die zerrüttete Welt ihre neue Ordnung finden werde. Das französische Volk hat ein Recht so zu denken und nach diesen Gedanken zu handeln — ein so gutes Recht wie wir haben über alle diese Dinge ganz entgegengesetzte Ansichten zu hegen.

Wir müssen das Recht zu ähnlichen welthistorischen Phantasien dem revolutionären Slaventhum und seinen verschiedenen Unterabtheilungen einräumen. Die Polen mögen auf die Wiederherstellung ihres Reiches hoffen und dafür thätig sein; die Tschechen mögen sich einbilden was sie wollen, und was sie vor ihrer politischen Vernunft glauben verantworten zu können; sie wie die Südslaven mögen, von dem natürlichen Instincte geleitet daß rohe Freiheitsliebe erst gebrochen werden muß ehe gebildete Freiheit möglich ist, Sympathien für Rußland hegen; die panslavistische Demokratie mag von der Verderbniß des Occidents überzeugt sein und an eine Verjüngung der Welt durch den Volksgeist des vereinigten Slaventhums glauben; das russische Zarenthum mag verwegen genug sein sich aller dieser Elemente, und des revolutionären Geistes des Westens zugleich, zur Erreichung weitgehender Pläne zu bedienen: das alles ist berechtigt, und der Zustand der Welt unterstützt in mehrfacher Weise die zu riesenhaften Maßstäben angewachsenen Einbildungen und Hoffnungen, so gut sich im Einzelnen ihr innerer Widerspruch und ihre Haltlosigkeit nachweisen ließe. Das alles ist berechtigt, so gut wie unser Widerstand gegen Bestrebungen berechtigt ist welche dem ganzen Principe unseres Daseins widersprechen.

Man könnte alle diese Elemente des Völkerlebens auf dem europäischen Schauplatze der Weltgeschichte die natürlichen

Feinde Oesterreichs nennen. Oesterreich hat aber auch unnatürliche Feinde, und diese sind diejenigen welche es in Deutschland und in Ungarn zählt.

Wenn ich in diesem Sinne vom ungarischen Volke und seiner Feindschaft gegen den Bestand des Kaiserstaates rede, so muß ich indessen die Elemente abrechnen welche in Ungarn dem Panslavismus und seiner Propaganda angehören; und daß gewisse hervorragende Persönlichkeiten in der ungarischen Emigration, absichtlich oder durch die Gewalt der Umstände getrieben, in dieser Richtung arbeiten, ist zu bekannt als daß ich dabei zu verweilen brauchte. Diese Elemente sind es nicht, deren Feindschaft gegen Oesterreich ich unnatürlich nenne. Ich spreche vielmehr von den Interessen und Gefühlen der ächten Magyaren, zu denen jene Persönlichkeiten mit slavischen und deutschen Namen nicht gehören, und die Feindschaft der Magyaren gegen den Bestand des Kaiserstaats ist es welche ich, soweit sie vorhanden ist, eine unnatürliche nenne: — eine unnatürliche, weil sie dem ungarischen Interesse selbst, der Geschichte der Vergangenheit, dem Blicke in die Zukunft, den Erfordernissen der Gegenwart, dem zwar heftigen und extravaganten aber edelmüthigen und ritterlichen Charakter dieses Volkes, und seinem praktisch-politischen Verstande widerspricht, durch welchen letzteren es in ausgezeichnetem Grade berufen ist in dem größeren Ganzen des österreichischen Staatskörpers eine wichtige Rolle zu spielen, durch welchen es aber auch zu der Erkenntniß befähigt sein muß daß eine ähnliche Rolle ihm in einer anderen Verbindung nicht erreichbar ist. Denn schwerlich kann sich ein denkender und unterrichteter Mensch die Thatsache verhehlen daß, wenn in festen staatlichen Zuständen das Magyarenthum, wie jedes stark

individualistische Volksthum, zu einer hervorragenden Rolle bestimmt ist, dagegen in der allgemeinen Umwälzung welche dem Untergange Oesterreichs folgen würde, das Slaventhum mit seinem Massenprincipe, und der russischen Macht dahinter, den Sieg davontragen würde. In dem großen Racenkampfe welcher aus dem Sturze des Kaiserstaates im Südosten Europas entbrennen müßte, stehen der Natur der Sache nach Deutsche und Magyaren gegen Slaven und Romanen, — und weil dies in der Natur der Sache liegt und es dem Deutschthume und Magyarenthume gewiß nicht leicht werden würde sich des vereinigten Slaventhumes und Romanenthumes, mit Rußland und Frankreich dahinter, zu erwehren, — aus diesem Grunde und aus anderen Gründen nenne ich die Feindschaft der Magyaren gegen den Bestand Oesterreichs eine unnatürliche, eingegeben durch eine Leidenschaft welcher in so ernster Lage wie die gegenwärtige keine Stimme zukommt.

Ich bedenke, wenn ich von den Gefühlen der Ungarn rede, sehr wohl welche Empfindungen durch Erinnerung an ein unglückliches Jahrzehnt in ihnen erregt werden mögen; es ist aber eine unzweifelhafte Wahrheit daß man sich im politischen Leben niemals ungestraft durch Leidenschaften verblenden läßt, seien sie vor dem Richterstuhle des Gefühles noch so sehr berechtigt. Und was in dieser Beziehung das ungarische Volk sich nicht braucht von einem Fremden sagen zu lassen, auch wenn dieser einmal in einer Sache welche mehr als halb eine ungarische war sein Leben eingesetzt, das hat diesem Volke unlängst einer seiner besten Männer gesagt, — daß in den Zerwürfnissen zwischen Völkern und Regierungen, welche in Republiken so gut

vorkommen wie in Monarchien,[1] das Vergessen und Vergeben auf beiden Seiten geübt werden muß, wenn für das Ganze ein neues Heil entspringen soll.

Am unnatürlichsten aber, und zugleich am unverständigsten, ist die Feindschaft welche von deutscher Seite gegen Oesterreich an den Tag gelegt wird. Ich will nicht Wasser ins Meer tragen und die politischen Erwägungen wiederholen, welche gegen den wahnwitzigen Gedanken die Zukunft Deutschlands auf den Untergang Oesterreichs zu gründen schon vorgetragen worden sind, um so mehr als ein Theil dieser Erwägungen in diesen Blättern selbst enthalten ist. Man kann sich eine preußische Politik denken welche darauf ausgeht das außerösterreichische Deutschland unter preußischem Scepter, oder mindestens unter preußischer Führerschaft zu vereinigen, eine Politik also welche, um diesen Zweck zu erreichen, Oesterreich nicht ungern so sehr in Anspruch genommen sieht daß dieses unfähig ist der Absicht in den Weg zu treten; — man kann sich eine deutsche Partei denken welche einer solchen preußischen Politik zustimmt und darin den einzigen noch übrigen Weg zur Erhaltung und Sicherung Deutschlands erkennt; — und so viel sich gegen eine solche Politik für Preußen und für Deutschland sagen läßt, so läßt sich nicht leugnen daß sie auch viele und gewichtige Gründe für sich hat: — vor allem den Grund, daß die Fürsten und Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, von Sachsen und Thüringen bis an den Bodensee und Oberrhein, bis jetzt nicht die erforderliche Thatkraft bewiesen haben die vor ihnen liegende Aufgabe zu lösen. Das aber was man sich unter

[1] Man blicke auf die gegenwärtige Krisis in den Vereinigten Staaten von Amerika! —

vernünftigen Menschen nicht denken kann, ist eine deutsche und eine preußische Politik welche auf den Untergang, oder auch nur eine weitere Schwächung Oesterreichs gegründet wäre. Zur Bezeichnung einer solchen Politik, wenn sie wirklich von irgend einer Seite betrieben würde, hätte die Sprache nur die Wahl sie als wahnsinnig oder vollkommen ruchlos zu bezeichnen. Welche Ereignisse und Weltzustände aus einer Vernichtung des österreichischen Staatskörpers entspringen müßten, mag ein Bild sein das sich der deutsche Vaterlandsfreund zu eigener Qual in düsterer Stunde ausmalt, dessen einzelne Züge und Farben er aber nicht der Welt vor Augen stellt. Eines jedoch ist gewiß: die Einheit, Macht und Größe Deutschlands würde auf diesem Wege nicht gegründet werden. Der Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen würde sich in veränderter Form, als Zwiespalt zwischen Süddeutschland und Norddeutschland, die Nation selbst im Geiste und im Herzen theilend, wiederholen, wenn nicht noch viel unglückseligere Folgen eintreten würden. Im Osten des Welttheiles aber würden neue Mächte wider uns aufstehen. Im glücklichsten Falle würde unter französischer Begünstigung und Mitwirkung, ohne welche wegen Rußland die Sache nicht denkbar wäre, an der Donau und Adria ein slavisch-magyarisch-rumänischer Staat entstehen, welcher unvermeidlich, sowohl seiner Entstehung und seinen Racenverhältnissen nach, wie in seiner unvermeidlichen Eigenschaft als französischer Vasallenstaat, ein Gegner Deutschlands sein müßte. Durch ihn und seinen Zusammenstoß mit Italien wäre Deutschland vom schwarzen wie vom adriatischen Meere abgeschnitten, also vom wichtigsten Schauplatze des zukünftigen Weltverkehres ausgeschlossen. Auf dem Mittelmeere und an allen

seinen Küsten würde Frankreich gebieten; Süddeutschland würde unter französischem, Norddeutschland unter russischem Schutze stehen. Es ist dies noch die schönere Aussicht welche sich uns eröffnet, — bedecken wir die minder schöne mit dem Schleier der Unwissenheit! —

Der Verlust Veneziens wäre der erste Schritt zur Verwirklichung aller dieser düsteren Vorstellungen.

X.

„So soll denn alles beim alten bleiben, und du hast den Glauben an den Fortschritt der Menschheit verloren?" —

„Du hast die Hoffnung aufgegeben das Recht der Wahrheit und Freiheit anbrechen zu sehen!" —

„Deine Liebe ist erkaltet: du bist der Religion der Freiheit untreu geworden!" —

„Das venetianische Festungsviereck von dem du gesprochen, — es ist die Thüre welche du der neuen Zeit verschließen willst!"

„Oesterreich erhalten, heißt das alte System erhalten! Du glaubst, willst, hoffst also nicht daß endlich einmal das Reich der Unterdrückung und Finsterniß, das Reich der Tyrannei und des Pfaffenthumes, die Herrschaft des Absolutismus und der Legitimität gestürzt werde!" —

Du, der du mir dies zurufst, — ich will dir antworten. —

Der Religion der Freiheit ist man nicht untreu wenn man sich mit der Politik der Freiheit beschäftigt. Oder ist etwa der Künstler seinen Idealen untreu wenn er seine Pinsel auswäscht, wenn er Farben mischt, oder wenn er einen mißrathenen Entwurf austilgt? Ist der Künstler seinen

Idealen untreu wenn er mit der Hand in den Thon greift? — Die Religion der Freiheit besteht in Idealen welche, in verschiedenen Graden der Ausbildung, Menschen gehegt haben und Menschen hegen werden so lange es Menschen gibt: die Politik der Freiheit besteht in der verständigen und ausdauernden Arbeit an der Verbesserung der Wirklichkeit im Geiste jener Ideale. Die Politik der Freiheit ist jene rastlose Arbeit von der unser idealistischer Dichter spricht, ist jene

Beschäftigung die nie ermattet,
Die langsam schafft, doch nie zerstört;
Die zu dem Bau der Ewigkeiten
Zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht,
Doch von der großen Schuld der Zeiten
Minuten, Tage, Jahre streicht. —

Runzele nicht die Stirn, mein revolutionärer Freund! Es ist Schiller der dies sagt, — es ist Schiller den du noch vor Kurzem als den Stolz unserer Nation gefeiert hast!

Soviel von der Religion der Freiheit! —

Das „endlich einmal" aber, an welches sich deine Hoffnungen klammern, hat in der Weltgeschichte keinen Platz. Es gibt in ihr keinen solchen Abschnitt; es hat keinen gegeben und es wird keinen geben. Die Geschichte kennt große Umwälzungen. Die größte von allen ist durch die Entstehung des Christenthums bezeichnet. Aber schon Jahrhunderte vorher hat sich dieses vorbereitet, Jahrhunderte hat es gebraucht bis es zur Geltung gelangte, und abermals Jahrhunderte bis es geworden ist was es ist. So ist es gewesen und so muß es sein. Denn die Freiheit ist nicht ein Zustand der auf einmal da ist; ihre Wirklichkeit besteht in der Arbeit an

ihrer Darstellung, und wer sie in dieser Form nicht erkennt, wird sie vergebens in einer anderen suchen. Zu dieser Arbeit laßt uns vereint Hand anlegen wo sich dazu Gelegenheit findet; unzweifelhaft nirgends eine reichere, mehr versprechende als in Oesterreich. Wo am meisten zu thun ist, und die Arbeit am schwierigsten, da ist in ihrer Verrichtung die größte Befriedigung, da ist in der Leistung der größte Ruhm zu ernten.

Und zwischen der alten und neuen Zeit gibt es keine Thür. An jedem Abende der sich folgenden Jahrhunderte nimmt die Welt von einer alten Zeit Abschied, an jedem Morgen begrüßt sie eine neue; denn zu jeder Zeit ist das Leben zur Hälfte im Vergehen, zur Hälfte im Entstehen begriffen. Aber wie mit dem Schlechten auch das Gute der Vergangenheit uns verloren zugehen droht, so drängt sich mit der hohen Gestalt der Zukunft auch Niedriges und Gemeines in unseren Kreis, und können wir uns dieses vom Leibe halten, so sind wir in der That beglückt wenn es uns gelingt. Landstreicherisch zieht eine Bande durch die Welt welche eine Carricatur der neuen Zeit darstellt. — Wenn es eine Thür gibt welche gegen diese fratzenhafte Verzerrung unserer theuersten Hoffnungen geschlossen werden kann, — dann schließen wir sie, und schieben einen Riegel vor, für jetzt und für alle Zeiten! —

Ist das venetianische Festungsthor diese Thür, so schätzen wir uns glücklich daß sie in unserem Besitze ist, und hüten wir uns den Schlüssel aus der Hand zu geben! —

II.

Oesterreich und die Umgestaltung des deutschen Bundes.

Die Schrift welche hier wieder abgedruckt erscheint, ist im Spätsommer 1861 geschrieben und in Wien veröffentlicht worden. Sie enthält Urtheile welche mit Freunden von einflußreichster Stellung in der Partei und in mehreren deutschen Regierungen besprochen waren und deren Billigung hatten, welche also mehr als individuelle Meinungen gewesen sind.

An die Männer der Großösterreichischen Partei.

Meine Herren!

Es ist Ihr ausgesprochenes Glaubensbekenntniß daß Oesterreich und Deutschland, wenn auch als Freunde, doch ihre getrennten Wege zu gehen haben. Sie machen sich damit zu Genossen der Partei, welche wir draußen westlich vom Inn und vom Böhmerwalde die kleindeutsche nennen. — Natürlich! — Denn Großösterreich, von Deutschland getrennt, wie Sie es sich denken, kann nicht gedacht werden, ohne daß Deutschland sich in die Grenzen zusammenzieht welche ihm das gothaische Programm vorzeichnet.

Ich weiß daß es unter Ihnen Männer gibt welche nur Oesterreich erst in sich selbst wollen zu Kräften gekommen sehen, um sodann mit der erforderlichen Macht die ihm in Deutschland gebührende und nur vorübergehend aufgegebene

Stelle zurückzufordern. Aber, meine Herren! unter den kleindeutschen Schlauköpfen in Preußen und anderswo in und außer Deutschland gibt es auch Leute welche ihre Hintergedanken haben. Diese Männer denken ungefähr wie Sie. „Wenn wir nur einmal Kleindeutschland unter der Führung Preußens fertig haben," sagen sie zu sich selbst, „dann wird die Zeit auch kommen von Oesterreich die Herausgabe seiner deutschen Provinzen zu fordern." — Was heißt dies anders, als daß die Ansprüche und Hoffnungen welche von beiden Theilen für jetzt als stille Gedanken gehegt werden, am Ende zu den Waffen greifen müssen um den Streit durch einen brudermörderischen Kampf zu entscheiden? Durch das innige Freundschaftsband zwischen Kleindeutschland und Großösterreich wird ein solcher Ausgang nicht vermieden werden. Kleindeutschland will nun einmal naturgemäß zu Großdeutschland werden, so gut wie Großösterreich naturgemäß zu Großdeutschland werden will, und so müssen beide unvermeidlich sich im Wege stehen und feindlich zusammenstoßen.

Ich weiß nicht, meine Herren! wie viele unter Ihnen sind die sich diesen nothwendigen Gang der Dinge klar gemacht haben. Aber einbilden werden sich doch hoffentlich nur wenige von Ihnen, daß die deutsche Nation nicht die erste günstige Gelegenheit ergreifen würde wenigstens diejenigen Gebietstheile Oesterreichs für sich zu reclamiren, welche Deutschland durch die bestehende Bundesverfassung zugesprochen sind. Statt Oesterreich neue Freunde in Deutschland zu erwerben, treiben Sie durch Ihre Politik die alten mit Gewalt in das preußische Lager; denn aus welchem anderen Grunde haben wir draußen, wenn auch vergebens, dafür gekämpft daß Deutschland in Italien die österreichische

Sache zur seinigen mache, — aus welchem anderen Grunde als weil wir in Oesterreich einen deutschen Staat, ein Glied des deutschen Bundes, Fleisch von unserem Fleisch und Bein von unserem Bein erkennen? Und aus Ihren Reihen wagt man zu sagen, daß Deutschland und Oesterreich ihre getrennten Wege gehen sollen!

Das politische Evangelium Ihrer Partei ist das Schwarzenberg-Bach'sche System ins Liberale übersetzt. Ich läugne nicht das Verdienst dieser Uebersetzung, in welcher ein Fortschritt liegt, denn an die Stelle der todten ist eine lebendige Sprache getreten. Aber das Schwarzenberg-Bach'sche System war im Zusammenhange mit dem Geiste und den allgemeinen Zuständen einer bestimmten Periode gedacht, und ein entsprechender Zusammenhang ist Ihnen in der Uebersetzung verloren gegangen. Der Absolutismus jenes Systemes war nicht Zweck sondern Mittel: — Mittel der Macht für Oesterreichs Weltstellung. Ihnen ist der Liberalismus Zweck an sich geworden. Mit ihm wollen Sie sich in Ihr Schneckenhaus verkriechen; als ob es sich von selbst verstehen müßte daß der Zeitgeist, den Sie mit hinein genommen haben zu wähnen, nicht von außen mit dem Stiefel darauf tritt.

Um Ihnen dieses und noch einiges andere zu sagen was auf den folgenden Blättern steht, habe ich Ihnen speciell diese kleine Schrift gewidmet, und empfehle dieselbe Ihrer Beachtung. Zugleich aber warne ich Sie vor den Einflüssen fremder Anschauungen und Interessen, welche, indem sie ihrem großösterreichischen Separatismus schmeicheln, nichts im Sinne haben als Sie irre zu leiten.

Wien, den 8. September 1861.

Der Verfasser.

I.

Die nationalen Angelegenheiten Deutschlands sind seit einer Reihe von Jahren von allen Standpunkten und in allen Richtungen öffentlich besprochen worden. Es ist Zeit die Ergebnisse dieser theoretischen Arbeit für die praktische Benutzung zusammenzufassen. Wer an den Erörterungen Theil genommen, wer andere Meinungen gehört, die eignen erweitert, geklärt und berichtigt hat, wird sich endlich gedrungen fühlen aus den langen Verhandlungen den Schluß zu ziehen. Hinter einem letzten Rathschlage kann dann nur noch die Betheiligung an den praktischen Ausführungen liegen, zu denen die deutsche Nation unvermeidlich übergehen muß.

Wenige unter uns sind sich nicht darüber klar, daß es eine deutsche Frage gibt die gelöst werden muß, und deren Lösung keinen Aufschub leidet wenn nicht aus dem längeren Zögern gefährliche Folgen hervorgehen sollen. Unter den Fragen der Gegenwart aus deren Gehalt die Geschichte auf Jahrhunderte hinaus neue Anstöße zu erwarten hat, ist im politischen Sinne die deutsche die wichtigste. Alle anderen politischen Fragen Europas laufen in ihr zusammen, und nur die schmachvollste Rath- und Thatlosigkeit der deutschen Nation selbst könnte unsere Angelegenheiten ihres natürlichen Ranges berauben, — nicht ohne daß die Welt an unseren hohen, aber dann als hohl erwiesenen Ansprüchen auf historische Stellung durch einen entsprechenden Grad von Verachtung verdiente Rache nehmen würde. Für uns selbst bedeutet die deutsche Frage die Wahl zwischen Ehre und Schande, für die Welt bedeutet sie das Schicksal Europas. Durch die richtige Gestaltung der deutschen Angelegenheiten allein kann

die in ihrer Auflösung begriffene abendländische Gesellschaft wieder verjüngt, auf den Ausgangspunkt einer neuen Culturreihe gestellt, und so in ihrem selbstständigen Leben gesichert werden. Ohne die hierzu erforderliche Leistung der deutschen Nation muß der Proceß der inneren Zersetzung und äußeren Gewaltbildung — zweier mit Nothwendigkeit zusammengehörenden Theilerscheinungen eines und des nämlichen Vorganges — seinen ungehemmten Lauf nehmen, und es wird dann für uns wie für Andere gleichgiltig sein ob das Verhängniß langsamer oder schneller, und in dieser oder jener Form über uns hereinbricht!

Und was ist der Kern, der wahre Gehalt dieser Frage, der wir solche Bedeutung zuschreiben?

Ehe wir diesen Kern darlegen, müssen wir ihn, und namentlich zur Belehrung anderer Nationen, welche, wie Franzosen, Russen und Engländer, Weltbeglücker von Beruf sind, von seinen täuschenden Umhüllungen befreien. Und so müssen wir, diesen Nationen gegenüber, die Erklärung abgeben daß wir uns innerhalb unserer eigenen Grenzen ganz leidlich wohl befinden. Es fehlt uns, abgesehen von den unvermeidlichen Unvollkommenheiten menschlicher Dinge, weder an Wohlstand noch an innerer Freiheit. Selbst das verrufene Oesterreich bietet in diesem Augenblicke seinen Bürgern und fremden Bewohnern ungleich mehr geistige und materielle Freiheit dar als Frankreich seit lange zu kosten bekommen hat, und was die materiellen Zustände betrifft, so werden hier, trotz Agio und Finanzverlegenheit, noch immer mehr gebratene Hühner gegessen als anderswo, und die Zahl derer welche Hunger leiden ist geringer als in den meisten Ländern der Welt. Fremde Unwissenheit, mit fremder Eitelkeit

wetteifernd, verschwendet ihre Theilnahme wenn sie uns in Oesterreich oder in Preußen, in Bayern oder sonstwo, als Unterdrückte oder Nothleidende beklagt. Wir haben noch einige Stellen in Deutschland wo die Dinge vieles zu wünschen übrig lassen; aber diese Flecken sind weder größer noch schwärzer als andere welche sich auf der Karte des britischen Reiches da und dort übel ausnehmen, — des Zustandes anderer Länder nicht zu gedenken. Im Ganzen hat sich der Zustand Deutschlands in den letzten Jahrzehnten in fast allen Beziehungen in glücklichster Weise gehoben, und wenn wir unzufrieden sind, so ist es nur weil wir angefangen haben an unsere nationalen Bedürfnisse einen ziemlich hohen Maßstab anzulegen. Unsere untersten Classen sind längst vom Drucke frei, genießen Gleichheit des Rechtes mit den höheren Ständen, und dieses gleiche Recht ist ihnen viel leichter zugänglich als der bei weitem größten Zahl britischer Bürger. Diese unsere untersten Classen stehen ökonomisch besser und machen höhere Ansprüche auf Lebensgenuß als die gleichnamigen Volksclassen der meisten anderen Länder; und geistige Bildung mit ihren wohlthätigen Folgen ist unter ihnen ungleich allgemeiner verbreitet als auf irgend einem anderen Raume der Erdoberfläche unter den gleichen Bestandtheilen der Gesellschaft. Unsere Bauern befanden sich nie in einem gedeihlicheren Zustande als gegenwärtig, und kein Land der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, die hierin jedoch nicht wohl eine Vergleichung zulassen, kann sich eines so gebildeten und wohlstehenden Bauernstandes, wie im Durchschnitte der deutsche ist, rühmen. Wir haben einzelne arme Gebirgsgegenden welche zuweilen von bitterer Noth heimgesucht werden; aber was will das bedeuten im

Vergleich mit entsprechenden Zuständen anderer Länder, welche keiner näheren Bezeichnung bedürfen. Unsere Kaufleute und Fabrikanten sind wohlhabend und dehnen den Kreis ihrer Unternehmungen über die Welt aus. Die Erzeugnisse deutschen Kunst- und Gewerbfleißes sind auf allen Märkten, und selbst England hält es nicht unter seiner Würde, sich in dieser wie in mancher anderen Beziehung mit deutschen Federn zu schmücken. „Englische" Waaren werden in mancher entlegenen deutschen Provinz verfertigt. — Was sollen wir noch sagen? — Unsere Universitäten sind von der Jugend entfernter Länder und Welttheile besucht; unsere Gelehrten und Philosophen sind praktisch geworden und suchen die Wissenschaft fruchtbringend für das Leben zu machen; unsere unruhigen Köpfe haben aufgehört unwissende Idealisten zu sein, und arbeiten an politischen Aufgaben welche im Gebiete des Erreichbaren liegen; unsere Staatsbeamteten haben den Bürger mit Achtung behandeln gelernt, und selbst unsere Fürsten sehen sich vom allgemeinen Strome des nationalen Lebens fortgerissen, und sind, mit Ausnahmen für die wir nicht unseren ganzen Fürstenstand verantwortlich machen können, patriotisch geworden.

Wir bedürfen also keines Mitleides von Seiten fremder Nationen. Wir sprechen über unsere nationalen Angelegenheiten nicht wie die Polen „mit Thränen im Auge." Die deutsche Frage enthält nicht, wie die italienische, einen „Schmerzensschrei," sondern höchstens einen zurückgehaltenen Schrei des Unwillens, der, wenn er je einmal ausbrechen sollte, dem Gebrauche der Fäuste gegen fremde Unart vorausgeht. Was wir meinen, wenn wir einräumen daß es eine deutsche Frage gibt, ist die Herstellung eines politischen

Zustandes, der andere Nationen veranlaßt sich gegen uns in Zukunft der Ungebühr zu enthalten. Wir haben freilich auch einige Forderungen der inneren Politik die wir durch eine Umgestaltung unserer nationalen Verfassung befriedigt zu sehen wünschen. Wir verlangen jene Einheit des geistigen und materiellen Verkehres innerhalb der Nation, durch welche diese erst ihre volle Kraft wird entwickeln können. Der wesentlichste Gesichtspunkt aber liegt uns bei der deutschen Frage in unserer Stellung zu den anderen Völkern. Wir verlangen die Einheit nationaler Macht zurück, die uns den uns gebührenden Rang in der Gesellschaft der Staaten und Nationen sichert. Dies ist das Ziel welches wir im Auge haben, wenn wir von einer politischen Neugestaltung Deutschlands sprechen.

Wir wissen sehr wohl, daß dies Ansprüche sind die wir nur durch den Erfolg unserer eignen Anstrengungen geltend machen können. Keiner anderen Nation muthen wir zu uns in diesen Bestrebungen behilflich zu sein; keiner können wir es verdenken wenn sie uns Hindernisse in den Weg legt. Aber wir nehmen uns heraus unsere nationalen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu ordnen, und wir sind bereit, wenn es nöthig sein sollte, solche Einmischung mit Gewalt zurückzuweisen. Wir bilden uns ein thatsächlich die Macht dazu schon zu besitzen, eine Macht die wir nur politisch organisiren wollen, und eben auf diesen Glauben gründen wir unsere Ansprüche.

Indessen erhebt uns allerdings das sittliche Bewußtsein, daß die Stellung welche wir unter den Nationen beanspruchen, dem Interesse Aller, dem Bedürfnisse der politischen Welt überhaupt entspricht. Wir sind zu klar und unparteiisch

im Verständniß der Geschichte, um nicht zu wissen daß das bloße Selbstgefühl, das bloße subjective Machtbedürfniß, noch kein Recht auf Befriedigung in sich schließt. Das Selbstgefühl einer Nation kann so hohl sein wie das eines einzelnen Menschen. Die Geschichte unserer Tage ist widerwärtig durch den Anblick aller der aufgeblähten Nullen in der Gesellschaft der Völker wie der Individuen. Sind wir vielleicht auch nichts besseres als diese? — Wir wollen es auf die praktische Probe ankommen lassen, und möge uns, wenn es so ist, die verdiente Demüthigung treffen! Was aber unser eigenes Urtheil über unseren politischen Beruf betrifft, so gründet sich dieses nicht allein auf das Bewußtsein unserer geistigen und sittlichen Kraft und Tüchtigkeit, sondern auch auf die klare Einsicht in die Lage der Welt, und in die aus dieser Lage entspringenden Bedürfnisse.

II.

Wodurch kennzeichnet sich diese Lage der Welt, und welche sind die aus ihr entspringenden Bedürfnisse?

Mit dem Sturze des deutschen Reiches erhielt die mittelalterliche Weltordnung ihren letzten und tödtlichen Stoß. Der lebendige Geist war schon längst aus ihr gewichen. Neue Gedanken und Lebensrichtungen hatten schon längst angefangen sich die entsprechenden gesellschaftlichen und staatlichen Formen zu schaffen und diese an die Stelle der alten zu setzen. Jetzt war die Grundform aller mittelalterlichen Staatenbildung gebrochen, und dem Strome des modernen Realismus mit allen seinen Verzweigungen stand kein äußeres Hinderniß mehr entgegen.

Indessen hatte das deutsche Reich in dem Ganzen des

europäischen Staatensystemes einen Beruf zu erfüllen gehabt, der nun von irgend einer andern Macht übernommen werden mußte. Die Staaten einer culturhistorischen Gruppe stehen nicht wie getrennte Atome neben einander, wenn auch der beschränkte Blick sich die Sache so denken, und die politische Trivialität, welche in unseren Tagen sich breit macht, darin sogar ein Ideal finden mag. In allen großen Perioden der Geschichte haben wir es mit Staatengruppen zu thun, welche ein organisches Ganze bilden. In einem solchen hat jedes Glied seine ihm zugewiesene Verrichtung; aber wie im thierischen Körper, veränderten Umständen und Bedürfnissen gemäß, ein Organ die Stelle des anderen vertreten kann, so auch im Gebiete des politischen oder gesellschaftlichen Lebens. Ganz naturgemäß hat darum die Macht durch welche das deutsche Recht vernichtet wurde, als Uebernehmer der internationalen Rolle dieses letzteren, im Systeme der europäischen Staaten sich an dessen Stelle zu setzen gesucht. Die nämliche Macht durch welche das altersschwache heilige römische Reich deutscher Nation vernichtet wurde, hat seitdem ein heiliges römisches Reich gallischer Nation aufzurichten gestrebt, und für den Augenblick thatsächlich diesen Zweck sogar schon erreicht.

Dies ist, für die politische Weltgeschichte, der wahre und eigentliche Sinn der französischen Staatsumwälzung und ihrer völkerrechtlichen Folgen. Daß dieser Sinn nicht ausgesprochen wurde und bisher weder Namen noch formale Anerkennung gesucht hat, nimmt ihm nichts von seiner Wahrheit und seinem Gewichte. Die großen geistigen Mächte der Geschichte sind immer nur Prätensionen gewesen, und eben als solche haben sie ihre Gewalt ausgeübt.

Der Versuch mit dem ersten Kaiserreiche scheiterte. Ganz Europa lehnte sich dagegen auf. Collegialisch hat die heilige Allianz, dann die Pentarchie, auf kurze Zeit die Rolle übernommen, welche irgend Jemand übernehmen mußte wenn nicht der Organismus des europäischen Staatensystemes in seine Atome zerfallen sollte. Durch das zweite Kaiserreich sehen wir jedoch auch die Pentarchie ihrerseits gestürzt, wenn auch die Gegenwart noch Zeuge ihrer letzten Lebenszuckungen sein mag. Wenn Frankreich von der Beseitigung der Verträge von 1815 spricht, so ist dies nur die Forderung daß der Leichnam begraben werde, während damit zugleich die Rückkehr zu den Prätensionen welche aus der Erledigung der vormals vom deutschen Reiche eingenommenen Stellung für Frankreich abgeleitet werden können, offen und unumwunden bekannt wird.

Eine andere Veränderung des allgemeinen politischen Weltzustandes aber ist mit der bezeichneten gleichlaufend und im Zusammenhange gegangen.

Es gab eine Zeit wo das System der christlichen Staaten sich auf Europa beschränkte. Seitdem sind auf der einen Seite die selbstständig gewordenen amerikanischen Colonien als neue Mächte hinzugekommen, auf der anderen hat Rußland ausgedehnte Räume Asiens hereingezogen. Im türkischen Reiche aber ist der Islam unter die Abhängigkeit christlicher Culturformen gerathen, und hat damit gleichfalls einen Theil seines Gebietes an das große Ganze der die Geschichte der Gegenwart bestimmenden Nationen abgetreten. Mit Recht haben daher politische Schriftsteller der neuesten Zeit darauf aufmerksam gemacht daß von einem ausschließlich europäischen Staatensysteme nicht mehr die Rede sein

kann. Und in der That ist davon nur noch im Geiste einer veralteten Routine die Rede. Man mag sich über die verlorene exclusive Geltung zu trösten suchen, indem man Rußland als einen wesentlich europäischen Staat gelten läßt, wenn er auch die ganze Tatarei und das halbe China annectirt haben sollte, und indem man die Türkei, so lange sie noch das Leben fristet, in das sogenannte europäische Concert aufgenommen und so gewissermaßen bei noch lebendigem Leibe in Compagnie beerbt hat. Man wird damit die Thatsache nicht beseitigen daß das System, im Osten wie im Westen, weit über die Grenzen Europa's hinausgreift, und ganz wesentlich durch außereuropäische Kräfte bestimmt wird. Dies würde schon durch die überseeischen Besitzungen der Colonialmächte gegeben sein. Die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten hat aber auch diese überseeischen Machtelemente zum Range selbstständiger Mächte erhoben.

Am meisten sträubt man sich gegen die Einsicht, daß diese letzteren in der Gesellschaft der altehrwürdigen Größen des ehemaligen ausschließlich europäischen Systemes mitzählen sollen. Freilich haben selbst die Vereinigten Staaten bisher nur in vereinzelten Fällen, wie in den chinesischen und japanischen Angelegenheiten und in der Sundzoll-Frage, in die Verhältnisse der außer-amerikanischen Welt eingegriffen, und die gegenwärtigen Zerwürfnisse innerhalb der Union scheinen der Hoffnung Nahrung zu geben, daß der Zeitpunkt des mitbestimmenden Einflusses transatlantischer Mächte in weite Ferne gerückt sei, vielleicht niemals eintreten werde. Man befindet sich aber mit dieser Hoffnung in einem großen und gefährlichen Irrthume. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind und bleiben der stärkste Repräsentant des realistischen,

utilitarischen Geistes unserer und der nächstkommenden Zeit, und ihre Kraftentfaltung, welche ganz auf der historischen Macht dieses Geistes beruht, ist unabhängig von den Phasen und Krisen formaler Politik. Vereinigt oder getheilt, in zwei oder in drei Theile, werden sie sich — wie auf der anderen Seite Rußland — in immer schrofferem Gegensatze gegen Europa entwickeln, ja ihre Theilung kann uns nur mit vervielfältigter Gefahr bedrohen. Welchen Ausgang auch der nordamerikanische Bürgerkrieg nehmen wird, eine seiner letzten Wirkungen wird gerade die sein, das thätige Eingreifen der Staaten der neuen Welt in die Angelegenheiten der alten vorzubereiten. Zunächst werden diese inneren Kämpfe die Ausbildung einer amerikanischen Kriegsmacht bewirken, welche bisher, zu Land wie zur See, nur in embryonischem Zustande vorhanden gewesen ist. Die Ursachen feindlicher Spannung mit anderen Mächten werden zur passenden Zeit nicht fehlen, wenn mit der kriegerischen Uebung und Ausbildung die Streitlust sich einstellt. Es mag dies noch nicht unmittelbar vor uns liegen. Aber wie beschränkt urtheilen die, welche das Gewicht der Staaten nur nach ihrer unmittelbaren Angriffsfähigkeit schätzen zu müssen glauben! Der Feind welcher mich aushungern kann, der Nebenbuhler welcher mir in allen ersprießlichen Dingen den Weg vertritt, ist mir gefährlicher als der welcher mich geradezu angreift; und der Berg hinter meiner Wohnung, auch abgesehen von der Frage ob er mir Felsblöcke auf den Hals zu senden droht, beeinflußt durch sein bloßes Dasein meine Lebensweise, und gehört zu der Gesammtheit der mich bestimmenden äußeren Mächte. Wir müssen also dem gothaischen Almanach beistimmen, wenn er unter den Bildnissen der europäischen

Fürsten seinem Publikum auch die der amerikanischen Staatsoberhäupter vorführt, denn mit vollem Rechte gehören sie in diese Gesellschaft.

So ist ein großes Ganze der politischen Weltordnung entstanden, in welchem Nordamerika und Rußland, dem Raume wie dem Geiste nach, die äußersten Glieder sind, die Staaten des europäischen Abendlandes aber die Mitte ausmachen. In dieser Mitte sieht sich die specifisch europäische Bildungsform durch die natürliche Entwickelung des einseitigen Geistes beider Extreme bedroht, — auf der einen Seite durch die außerordentlichen Erfolge eines rücksichtslosen Individualismus in welchem das amerikanische Leben aufgeht, auf der anderen durch die eben so großen Aussichten welche sich in Rußland einem unvermeidlichen wenn auch gouvernementalen Socialismus eröffnen: denn kein verständiger und sachkundiger Mensch wird glauben, daß in Rußland aus der Aufhebung der Leibeigenschaft die gesellschaftlichen Zustände des Westens hervorgehen könnten.

Dem Urtheile der Kurzsichtigkeit mag es lächerlich erscheinen aus solchen Anschauungen Beweggründe für die Politik der Gegenwart abzuleiten. Unsere Zeit aber hat einen Mann welcher aus der Kurzsichtigkeit der Anderen seine Macht zieht, und dieser Mann überblickt und durchschaut die Verhältnisse welche wir hier im Großen gezeichnet haben. Aber freilich verschließt er seine Kenntniß und Einsicht in sich selbst, und läßt sie nur sein System und seine Handlungen bestimmen, während uns Anderen nichts übrig bleibt als die Lage der Dinge zum öffentlichen Bewußtsein zu bringen.

Dieses letztere aber ist in hohem Grade nöthig. Die Staatengruppe des europäischen Abendlandes hat eine große

Arbeit vor sich, wenn sie die Unabhängigkeit europäischer Bildung gegen die einseitigen Culturrichtungen des amerikanischen Westens und des slavo-tatarischen Ostens behaupten und sicherstellen will. Zur Vollbringung dieser Arbeit ist die engere Verbindung ihrer Glieder zu einer in sich geschlossenen Gruppe erforderlich, — der Gruppe der streng europäischen Staaten, in welche Rußland so wenig gehört wie Amerika. Diese engere Verbindung muß zu Stande gebracht werden, — — durch die Uebermacht des französischen Kaiserthumes — — wenn nicht durch die freie Bundesgenossenschaft einer Anzahl von Staaten welche sich um die deutsche Nation gruppiren, und für welche ein politisch neugestaltetes Deutschland den Kern der Vereinigung bildet. Frankreich und Deutschland treten mit verschiedenen, in mancher Beziehung entgegengesetzten Principien für die Lösung einer und derselben geschichtlichen Aufgabe als Concurrenten auf: Frankreich mit dem aufgeklärten Centralismus welcher sich der neuen Zeit rückhaltslos in die Arme gestürzt hat, — Deutschland mit dem Föderalismus in dessen Formen Altes und Neues sich zu vermitteln und zu vertragen sucht; — Frankreich die Gegensätze gewaltsam niederhaltend, — Deutschland ihnen eine Versöhnung bietend und der religiösen Toleranz die politische hinzufügend.

Das ist im Wesentlichen die Lage der Welt, und nach dieser bemißt sich die Bedeutung der deutschen Frage, welche man eben so wohl die französische, die russische, oder die europäische nennen könnte.

III.

Und wenn dies die Bedeutung der deutschen Frage ist, kann der Augenblick als günstig betrachtet werden zu ihrer

praktischen Lösung einen entscheidenden Schritt zu thun? — Es muß dies mit einem bestimmten ja beantwortet werden.

Die Zeit ist günstig, weil unter uns die theoretische Discussion sich erschöpft hat. Es gibt über die Form welche Deutschland zu geben ist keine Ansicht die wir nicht gehört hätten, es gibt keinen Vorschlag der nicht gemacht, keine Einwendung die nicht erhoben, keine Kritik die nicht ausgeübt worden wäre. Es bleibt nur die Zusammenfassung der Ergebnisse, die Formulirung bestimmter Anträge, die Annahme und die Ausführung übrig. Und Jedermann in Deutschland fühlt dies. Die Zeit zum Handeln muß gekommen sein, weil Jedermann des Redens, des Schreibens und Lesens müde ist.

Die Zeit ist auch insofern günstig als die öffentliche Meinung Deutschlands, theils durch die Gründe der Vernunft welche in den Discussionen vorgebracht worden sind, theils durch die noch eindringlicheren Lehren des thatsächlichen Ganges der Dinge, gerade jetzt von so manchen Thorheiten der Theorie zurückgekommen ist welche uns in der Erreichung eines praktischen Zieles im Wege standen. Die abstracten Grundsätze überhaupt haben bei fortgeschrittener Weltkenntniß und höher entwickeltem politischem Verstande in der deutschen Nation ihre einseitige und ungebührliche Herrschaft verloren. Niemals hoffentlich wird unser Volk auch in der Behandlung seiner politischen Angelegenheiten die allgemeinen Forderungen der Gerechtigkeit und Sittlichkeit unberücksichtigt lassen; niemals wird, wohin auch falsche Rathgeber es drängen mögen, der Weg eines gewissen- und ehrlosen Machiavellismus der sein auf welchem wir eine erneuerte nationale Größe zu erreichen suchen. Aber unsere Gerechtigkeitsliebe hat allmälig die Augen aufthun gelernt

und läßt sich nicht mehr zum Werkzeuge fremden Eigennutzes machen.

Wir beziehen uns hier ins besondere auf das öffentliche Urtheil Deutschlands über das sogenannte Nationalitätsprincip. Noch vor Kurzem ließen sich auch bei uns Stimmen vernehmen, welche in diesem unklaren und gänzlich unpraktischen Begriffe den Ausgangspunkt für ein neues Heil der Menschheit und einen tiefen Schatz noch unerkannter und geheimnißvoller Kraft anerkannten. Diese Stimmen sind verstummt, und die deutsche Nation ist zu klar und verständig als daß sie jemals hätten die öffentliche Meinung beherrschen können. Nichts desto weniger hatten sie einen störenden Einfluß, und es ist ein Gewinn daß die Thorheit ihren Ablauf gehabt hat. Zur Aufklärung haben die Bekenner des Systemes selbst mehr beigetragen als seine Gegner. Wenn z. B. England das Nationalitätsprincip auf Italien anwendbar, auf Irland und Ostindien aber nicht anwendbar fand, so hat dies dem Deutschen klar gemacht in welchem Sinne in England die Sache verstanden wurde. England fand, das konnte nicht unklar bleiben, das Princip auf Italien anwendbar weil es die Begründung einer italienischen Nation dem britischen Interesse angemessen glaubte, und England fand das nämliche Princip da nicht anwendbar wo seine Anwendung, wie in Irland oder Ostindien, dem englischen Interesse widerstreitet. Das heißt, ohne Umschweife und theoretische Zuthat: England befördert neue Staatenbildungen und völkerrechtliche Umgestaltungen da wo es ihm nützlich scheint, und tritt ihnen entgegen da wo das Gegentheil stattfindet. Dagegen läßt sich an sich nichts einwenden; denn nur die Mittel deren sich ein Staat zur Wahrung seiner Interessen

bedient, machen den Unterschied zwischen politischer Ehrenhaftigkeit und politischer Schurkerei. Und wenn wir nun gesehen haben, während alle Staaten der Welt von jeher so verfahren sind und noch jetzt so verfahren, daß man uns, die man für überstudirte und dummspeculirte Schulmeister und Kannegießer hält, — daß man uns allein in allem Ernste es zumuthet die werthvollen Erwerbungen früherer Zeiten und die Bedingungen unserer nationalen Macht für einen abstracten Grundsatz aufzuopfern, welcher in der Theorie sich nicht über den Rang einer Marotte, in der Praxis nicht über den einer Narrheit erhebt, — dann hat sich auch bei uns endlich ein Ueberrest von gesundem Egoismus geregt, ohne den kein lebendes Wesen bestehen kann. Oder wenn ein croatisches Urtheil, aus dem Munde eines in dem kleinen Volke wie es scheint großen Mannes erklärt, lieber unter türkischem Joche stehen zu wollen, dem sich nur der Leib beugen müsse, als unter einer der civilisirten Nationen, welche der Nationalität Gewalt thun, — sieht nicht unter den Deutschen ein jeder nachdenkende Mensch ein daß wir es in dem Nationalitätsprincipe zum großen Theile nur mit dem Widerstreben der ganzen oder halben Barbarei gegen die Civilisation zu thun haben? Solche Entdeckungen sind im deutschen Urtheile entscheidend. Das Nationalitätsprincip hat bei uns seinen idealen Werth verloren, und ist für uns nichts mehr als ein Vorwand der Auflehnung gegen höhere politische und culturhistorische Bestimmungsgründe, wenn nicht ein Schlagwort des gemeinen Eigennutzes.

Die Zeit zu praktischen Schritten ist aber für uns ganz besonders gekommen, weil die Lage der Welt im gegenwärtigen Augenblicke es uns möglich macht über unser Schicksal zu verfügen.

Während des italienischen Krieges und unmittelbar nach seinem Schlusse hatten Die Recht, welche der Nation sagten daß der Augenblick äußerer Bedrohung wenig geeignet sei an unserer Bundesverfassung zu rütteln, und mit einer nationalen Umgestaltung über welche die Meinungen sich noch lange nicht geeinigt gefährliche Experimente zu treiben. Aber ebenso sehr hatten auch Die Recht, welche schon damals im Voraus es aussprachen, daß der erste gesicherte Augenblick benützt werden müsse das dringende Werk zu verrichten. Denn zu brandmarken wäre die feige Selbstsucht welche der Nation ihre gerechten Ansprüche heute vorenthält weil die Zeiten zu stürmisch, und morgen weil die Zeiten zu ruhig sind. Einmal muß der rechte Zeitpunkt da sein: im Kriege wenn nicht im Frieden, — im Frieden wenn nicht im Kriege! — Die Lage der Welt ist unseren nationalen Bestrebungen günstig, und nur vergeblich würden wir auf bessere Bedingungen des Gelingens warten.

In dieser Beziehung müssen wir besonders die österreichischen Verhältnisse ins Auge fassen.

So lange das Dasein des österreichischen Kaiserstaates, wie in den letzten Jahren, in Frage gestellt war, konnte es für jeden Deutschen von politischer Einsicht nur eine Politik geben, — die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse. Der Revolution um jeden Preis stellte sich naturgemäß die Erhaltung um jeden Preis gegenüber. Der Untergang des Kaiserstaates, vom Radicalismus als Bedingung des Heiles der Welt angesehen, würde das ganze europäische Staatensystem mit sich gerissen haben, und zwischen seinen Trümmern würden die Hoffnungen Deutschlands mit in den Strudel hinabgezogen worden sein. Wie der Schiffer, so-

eben haarbreit an der Grenze der Vernichtung vorbeigestreift, nun wieder aufathmet, so wir, die wir die Gefahr verstanden in welche Europa durch die äußere Lage und die inneren Zustände Oesterreichs versetzt war. Mit zurückgehaltenem Athem haben wir auf den Punkt geblickt wo uns allen der Untergang drohte. Eine günstige Strömung hat uns vorbeigeführt, und unsere Brust hebt sich wieder. Vor uns liegt die offene See. Nicht ohne viele und ernste Gefahren, aber Gefahren, denen wir, wenn wir unsere Kräfte zusammennehmen, gewachsen sind. Es handelt sich nur noch darum das Steuer zu führen und Wind und Fahrwasser zu benutzen. Und mit der Sicherung Oesterreichs ist die ganze Lage Europas eine andere geworden, und Deutschland ist wieder Herr seines eigenen Schicksals.

Unter den Schwierigkeiten mit denen Oesterreich noch zu kämpfen hat, ist eine, aus welcher Einwände gegen entscheidende Schritte zur praktischen Lösung der deutschen Frage im gegenwärtigen Augenblicke hergeleitet werden könnten; wir meinen das Verhältniß zu Ungarn. Wir selbst haben an anderer Stelle ausgesprochen daß die ungarische Frage vor der deutschen gelöst werden müsse, weil doch klar sein müsse was Oesterreich aus eigenen inneren Bedingungen für die Zukunft selbst sein wird, ehe sein Verhältniß zum übrigen Deutschland bestimmt werden könne. Jenes Urtheil indessen wurde unter der Voraussetzung einer raschen Beilegung des Streites mit Ungarn ausgesprochen, eine Voraussetzung die damals bei hochgestellten Männern die herrschende war. Der Erfolg ist ein anderer gewesen. Das Zerwürfniß mit Ungarn zieht sich in die Länge, und wenn es unter solchen Umständen noch einen entscheidenden Einfluß

gibt welcher zur Beförderung einer günstigen Lösung herbeigezogen werden kann, so ist es der welcher sich durch ein entschiedenes Vorgehen in der deutschen Frage ausüben läßt. Die Haltung der Ungarn beruht zum großen Theile auf falschen Voraussetzungen in Bezug auf deutsche Parteibestrebungen und Parteiaussichten. Augenscheinlich hat in Ungarn, bei denen welche überhaupt Bildung genug besitzen auf deutsche Beziehungen Rücksicht zu nehmen, die Meinung vorgeherrscht daß der Sieg der preußischen Partei, welche entweder die gänzliche Lossagung Deutschlands von Oesterreich verlangt oder auf die Zertrümmerung des Kaiserstaates speculirt, unzweifelhaft sei. Im ersten Falle könnte allerdings für das Reich nichts übrig bleiben als sich auf Ungarn zu stützen, Pesth zur Hauptstadt zu machen, und den Blick hinfort auf die anstoßenden türkischen Provinzen zu richten. Unter solchen Voraussetzungen allerdings mußte das Magyarenthum, ohne sich selbst zu überschätzen, Ansprüche für begründet halten welche außerdem thöricht erscheinen. Wer in die geheime Geschichte der großen politischen Operationen der letzten Jahre einige Blicke gethan hat, ist vielleicht nicht ganz unbekannt mit der Thatsache daß die Ungarn in der Erwartung eines solchen Ganges der Dinge nicht minder positive Anhaltspunkte hatten, als in der Aussicht auf eine Zertrümmerung des Kaiserstaates, und indem sich ihre gemäßigten Männer von den Ultras nur dadurch unterscheiden, daß die ersteren Großungarn mit Oesterreich, die zweiten ohne Oesterreich herstellen wollen, konnten beide mit einander von der Hoffnung leben die ihnen aus den Umtrieben der gothaischen Partei hervorgingen. Die Stellung der Ungarn muß aber ihnen selbst als eine andere erscheinen, so wie sie

erfahren daß Süddeutschland, und vor Allem die süddeutsche Demokratie, weit davon entfernt ist den gothaischen Plänen zuzustimmen, und daß auch die norddeutsche Demokratie eine großdeutsche Fraction hat, stark genug um in Verbindung mit anderen Elementen die Ausführung des einen oder des anderen gothaischen Programmes zu erschweren. Der Vortheil Ungarns muß seinen Patrioten in einem ganz anderen Lichte erscheinen, sobald in Deutschland ein großdeutsches Programm zum Siege kommt welches die Erhaltung von Oesterreich zu seiner ersten Voraussetzung hat. Und so zeigt sich, daß wie die Dinge sich entwickelt haben, das Verhältniß der ungarischen und deutschen Frage in Bezug auf Priorität der Entscheidung sich umgedreht hat. Sollte früher die Entscheidung der ungarischen Frage der der deutschen vorausgehen, so muß nun umgekehrt das Vorgehen in der deutschen zur Entscheidung der ungarischen benutzt werden. Darum ist ein praktischer Entschluß in den deutschen Angelegenheiten nun auch für Oesterreich doppelt zeitgemäß geworden.

Ueberhaupt ist sowenig für Oesterreich wie für Preußen oder irgend einen anderen deutschen Staat eine definitive Erledigung innerer Anstände außer Verbindung mit der deutschen Frage möglich. Der Gedanke: Oesterreich, Preußen, Schleswig-Holstein oder auch nur Kurhessen, gewissermaßen fertig zu machen und dann erst mit einem solchen Ergebniß an die Umgestaltung Deutschlands zu gehen, ist auf der Stufe der Entwickelung die unsere Angelegenheiten nun erreicht haben, nicht weiser als der Einfall einen Menschen gliedweise zu erzeugen, indem man zuerst Kopf, Arme, Beine u. s. w. verfertigt, und dann die Theile zum Ganzen zusammenfügt.

Die deutsche Sache hat in dieser Beziehung in Oesterreich allerdings viel größere Vorurtheile und Hindernisse zu überwinden als in Preußen; denn während in letzterem Lande Tausende mit vollkommener Klarheit es einsehen daß eine ersprießliche Fortentwickelung des Königreiches nicht außer Verbindung mit der deutschen Frage gedacht werden kann, sind in Oesterreich, selbst unter den Politikern und Publicisten von Fach, bis jetzt leider nur wenige zu finden welche nicht mit dem Satze bereit sind: „erst müssen wir mit unseren eigenen Angelegenheiten fertig sein, ehe wir uns mit den deutschen befassen können.“ Man scheint sich nicht klar zu machen, daß wenn Oesterreich ohne Deutschland fertig werden kann, Deutschland versuchen muß ohne Oesterreich fertig zu werden, und daß allein fertig werden hier so viel heißt wie nachher auch allein seinen eigenen Weg gehen. Ueber den letzten Punkt mag man verschieden urtheilen, indem man ein solches Ergebniß rühmen oder beklagen würde. Im zweiten Falle aber versteht es sich wenigstens von selbst, daß Oesterreich auch für seine eigene innere Ausbildung schon jetzt Beweggründe anerkennen muß welche aus den deutschen Verhältnissen hervorgehen, und daß also auch für die Erledigung der ungarischen Frage die wesentlichsten Entscheidungsgründe aus den Beziehungen zu Deutschland hergeleitet werden müssen. Der Grundsatz also, daß Oesterreich seine eigenen Angelegenheiten geordnet haben müsse ehe es sich auf die deutschen einlassen könne, ist, bewußt oder unbewußt, das Programm eines österreichischen Gothaismus, der die Ueberlassung Deutschlands an Preußen zum Ziele hat. Wenig scheinen Die welche ein solches Ziel verfolgen, daran zu denken daß sie damit die letzten Parteigänger Oesterreichs in

Deutschland mit Gewalt in das preußische Lager treiben würden, und daß selbst Preußen, weit entfernt für den geleisteten Dienst dankbar zu sein, mit dem Augenblicke der es zuerst an der Spitze Deutschlands sieht, von jedem Deutschen unterstützt, an der Erwerbung der deutschen Länder Oesterreichs, also thatsächlich an der Zertrümmerung Oesterreichs arbeiten müßte. Die deutsche Frage vertagen, heißt also für Oesterreich so viel wie die eigene Zukunft vom Ausgange eines Krieges mit Deutschland abhängig machen. Wir lassen es dahingestellt, ob es einen österreichischen Staatsmann gibt der, wenn er die Wahl hat, einen solchen Gang der Dinge auf sein Gewissen nehmen möchte. Denn darüber mögen sich auch die österreichischen Separatisten im Wiener Reichsrathe nicht täuschen; — die großdeutsche Partei, deren Mitglieder die einzigen Anhänger Oesterreichs in Deutschland sind, macht das Eigenthumsrecht der deutschen Nation auf die österreichischen Bundesländer geltend, und ist sogar der Ansicht daß ein einzelner deutscher Staat die auswärts erworbenen Vortheile nicht für sich insbesondere, sondern für die ganze Nation erworben und daß die ganze Nation Ansprüche auf den gemeinsamen Genuß dieser Vortheile habe. Nur von diesem Standpunkte aus hat die großdeutsche Partei die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Vertheidigung der österreichischen Besitzungen in Italien behauptet und geltend zu machen gesucht, und sie würde ihren ganzen Standpunkt aufgeben, wenn sie einräumte daß Deutschland keine Ansprüche auf Oesterreich hätte.

Von einer Zurücksetzung der deutschen Frage kann also bei einem österreichischen Politiker von auch nur einigem Urtheile nicht im Ernste die Rede sein, — und so ist

unsere Nation nicht nur in der Lage, sondern mit Recht auch in der Stimmung, die Umgestaltung ihrer Bundesverfassung zur Herstellung einer der Weltlage entsprechenden größeren nationalen Machteinheit Deutschlands nicht länger verschoben zu sehen.

IV.

Was hat bei dieser Stimmung die Nation gethan dem Zwecke näher zu kommen? — Hat sie sich über ein Programm geeinigt? Wir müssen leider sagen: nein! — Untersuchen wir indessen die verschiedenen Parteianschauungen und Parteiziele, um zu sehen ob nicht eine Hoffnung der Einigung vorhanden ist.

Unterscheiden wir zuerst die großdeutschen und die kleindeutschen Parteibestrebungen.

Es ist uns für unsere Betrachtung hier gleichgiltig mit welchen Mitteln die kleindeutsche Partei ihren Zweck zu erreichen sucht. Das Wesentliche ist daß sie von der Neubildung Deutschlands Oesterreich ausgeschlossen wissen will. Ob das Haus Hohenzollern oder die Familie Coburg auf den kleindeutschen Kaiserthron gesetzt werden soll, gilt uns für eine Nebensache. Wer sich einmal für das kleindeutsche Kaiserthum entschieden hat, der wird zwischen Hohenzollern und Coburg nur noch nach Gründen der Zweckdienlichkeit wählen, denn beide Dynastien sind der Partei nur Mittel zum Zwecke. Die Ausschließung Oesterreichs ist das was wir von Anfang an bekämpft haben und noch bekämpfen.

Die kleindeutsche Partei macht sich freilich, wenigstens in der Theorie, die Sache leicht. Sie verfährt wie der Besitzer eines vernachlässigten Landgutes, welcher die Hälfte

desselben verkauft um mit dem Erlöse die andere Hälfte zu verbessern. Das mag auf den ersten Blick wie ein ganz gescheuter Einfall aussehen, und jedenfalls hat es den Vorzug der Einfachheit für sich, welche, um begriffen zu werden, kein großes Genie erfordert. Dieses geringe Maß von Geistesfähigkeit welches vom kleindeutschen Parteiprogramm vorausgesetzt wird, ist offenbar das eigentliche Geheimniß seiner Popularität. — Wäre es aber, um zu unserem Bilde von dem vernachlässigten Landgute zurückzukehren, nicht etwa doch besser das Ganze zusammenzuhalten und die Verbesserung durch zweckmäßigere Bewirthschaftung, durch verständige Sparsamkeit, durch ausdauernde Arbeit zu bewirken? Wie, wenn der Käufer der losgeschlagenen Hälfte mir hier eine Quelle abgrübe, dort eine Baumgruppe niederschlüge, da eine Aussicht verbaute? Wie wenn er etwa gar in meiner unmittelbaren Nähe eine Gerberei, eine Leimsiederei, eine Seifensiederei anlegte, deren Geruch mich am Ende aus dem Reste meines Eigenthumes vertriebe? — Und paßt der Vergleich nicht sehr wohl auf Deutschland und Oesterreich? — Wie wenn das abgesonderte Oesterreich in Stücken ginge und die untere Donau ein Besitz der Russen, das adriatische Küstenland aber in die Hände der Franzosen käme? Oder wie wenn das abgesonderte Oesterreich sich selbst erhielte, aber ruhig zusähe wie Kleindeutschland am Rheine noch kleiner gemacht, an der Oder und Weichsel besser abgerundet, an der Elbe und Trave vom Gegenstande unfruchtbarer Händel befreit würde? Wie, wenn das abgesonderte Oesterreich allmälig slavisirt würde, und von dieser gewaltigen Stellung aus ein fanatischer Panslavismus das östliche Deutschland verlangte, wo doch slavische Ortsnamen bis nach Franken hineinreichen?

Wie, wenn unter französischem Schutze ein dakoromanisches, danuboadriatisches oder slavomagyarisches Reich entstände, wofür bekanntlich der Plan vorliegt und seine weitverbreiteten Anhänger hat? Oder wie, wenn in einer Stunde der Bedrängniß einmal die habsburgische Dynastie sich den Ungarn überließe und die Residenz des Reiches nach Pesth verlegte? — Hätte sie nicht zu jeder Zeit dadurch ihren Frieden mit den Ungarn machen können, wenn sie dazu nicht zu deutsch gesinnt gewesen wäre? —

Haben die Anhänger des kleindeutschen Programmes sich diese Möglichkeiten mit ihren weiteren Folgen klar gemacht? — „Klar gemacht!" Hören wir mit Entrüstung rufen. „Wer wird sich solches Zeug klar machen! Wir verlangen eine einfache Lösung der deutschen Frage! — Oesterreich? — Es genirt uns! — Fort damit! — Alles übrige muß eins werden! — Die Fürsten haben die Courage verloren und geben nach, der Badener voraus! — Brauchen wir durchaus einen Kaiser — in Gottes Namen — so wollen wir einen nehmen! — Preußen oder Coburg — gleichviel! — und wenn von diesen beiden keiner will, so gibts noch andere Leute genug. — Kein Mangel an Kaisern!" — Das ist einfache Politik, welche der Bürger Wühlhuber beim Bier wie der Herr Heulmeyer beim Weine verstehen kann, welche aber auch Männer von höherer Bildung mit zu betreiben sich nicht schämen.

Aber nein! — Der kleindeutschen Partei fehlt es nicht an Männern welche jene möglichen Folgen bedacht haben, und auf zwei verschiedenen Wegen glauben sie ihnen ausweichen zu können, wonach sich zwei Fractionen der Partei unterscheiden lassen. Die Einen wollen das geeinte Kleindeutschland als deutsches Kaiserthum, mit dem österreichischen

Kaiserthume in ein enges Bundesverhältniß setzen, so daß beide zusammen eine Art von Doppelreich bilden. Es gibt eine Partei in Oesterreich welche einem solchen Plane beistimmt. „Macht eure Sache für euch!“ ruft sie den Deutschen zu, „und laßt uns die unsrige für uns machen. Später werden wir uns über ein Bundesverhältniß verständigen!“ — Es sind die österreichischen Gothaer, deren Anschauungsweise wir schon gewürdigt haben, — gute Liberale aber schlechte Politiker, ehrliche Leute aber schlechte Musikanten! — Indessen auch unter ihnen gibt es feine Köpfe die ihren Hintergedanken haben, wie unter den Gothaern draußen im Reiche.

Kleindeutsch ist am Ende die Partei überhaupt nur aus Noth, sollte auch die Noth nur in der Beschränktheit einer fixen Idee bestehen. Hier besteht sie darin daß die Herren mit ihren politischen Begriffen nicht aus der Zwickmühle von Bundesstaat und Staatenbund herauskönnen. Was sollen sie machen? Aus dem Staatenbund kommen sie in den Bundesstaat, und aus dem Bundesstaate in den Staatenbund! — Und außerdem gibt es nichts! —

Aber es gibt einen Ausweg, wenn er auch vor der Hand nur in einer Aussicht bestände: es ist die Hoffnung auf die spätere Erwerbung der deutsch-österreichischen Länder.

So sehen wir die kleindeutsche Partei, nach ihren beiden Fractionen, von welchen die eine mit Oesterreich in Bundesgenossenschaft treten will, die andere auf den Zerfall Oesterreichs speculirt, in entgegengesetzter Weise bei den ungarischen Händeln betheiligt. Die kleindeutschen Freunde Oesterreichs wünschen daß die Ungarn in den Reichsrath kommen, und möchten daß der Herr von Schmerling nöthigenfalls Gewalt brauchte; die kleindeutschen Feinde Oesterreichs nehmen Partei

für die Personal-Union, in der Ueberzeugung daß sie zur Auflösung Oesterreichs führen und die deutsch-österreichischen Provinzen Deutschland überliefern müsse.

Wie jedoch diese letzte Fraction der kleindeutschen Partei im Stillen auf den Zerfall Oesterreichs speculirt, so fehlt es der großösterreichischen Partei, — den Männern welche wir die österreichischen Gothaer genannt haben, auch nicht an Solchen, welche im Stillen überzeugt sind daß Kleindeutschland doch nicht zu Stande kommt, und daß Großösterreich, wenn es nur einmal auf constitutioneller Basis begründet sei, sich leicht in Großdeutschland werde umwandeln lassen. So lauert hinter dem gothaischen Freundschaftsbunde zwischen Deutschland und Oesterreich der Bürgerkrieg welcher Deutschland für immer zu zerreißen droht, — der Bürgerkrieg, auf der einen Seite unter österreichischer, auf der anderen unter preußischer Fahne. Das ist das eigentliche Ziel dem uns die kleindeutsche Politik auf der einen und die großösterreichische auf der anderen entgegenführt.

Wenn wir anerkannt haben daß das kleindeutsche Programm den Vorzug der Einfachheit für sich in Anspruch nehmen könne, so ist damit eingestanden daß das großdeutsche sich nicht der gleichen Einfachheit zu rühmen vermöge. Es ist aber in allem dem nur von der Einfachheit die Rede welche einer kindlich beschränkten Politik eigen ist. In der Ausführung ist das großdeutsche Programm das einfachere, denn es schließt sich mehr an die gegebenen Zustände an, — im Gedanken ist es das minder einfache, denn es setzt die Kenntniß und Würdigung dieser Zustände, also eine höhere Bildung, reichere geistige Hilfsmittel und eine ausdauernde Arbeitskraft und Arbeitslust voraus. Dieses letzte um so

mehr als es sich dabei mit um die inneren Zustände Oesterreichs handelt, an denen die kleindeutsche Partei Anstoß genommen, und aus denen sie einen Theil ihrer Gründe für die Ausschließung dieses Staates hergeleitet hat und herzuleiten fortfährt. „Dieses Oesterreich", sagt man noch immer, „ist freilich jetzt in der Noth liberal geworden; aber die Noth kann vorübergehen, und wenn wir ihm helfen, wird sie vorübergehen, und mit ihr wird der erzwungene Liberalismus in die Rumpelkammer abgelaufener Staatsexperimente wandern." „Oder", sagen Andere, „auch der Liberalismus wird sich der Aufgabe nicht gewachsen zeigen, und sobald dies zu Tage kommt, wird er dem absolutistischen Systeme wieder Platz machen müssen, welches dann mit seinem unheilvollen Einflusse auch Deutschland bedrohen wird. Vermag aber keines von beiden Systemen die Verjüngung des Kaiserstaates zu bewirken, so muß dieser endlich seinem Schicksale erliegen, und Deutschland soll wenigstens nicht in dasselbe verflochten werden." —

Vergebene Hoffnung! gefährliche Täuschung! — Deutschland ist und bleibt in dieses Schicksal verflochten, welche Stellung es auch einnehmen wird; und da es so ist, schreibt die Klugheit vor Oesterreich zu stützen und zu fördern, statt seinem Falle zuzusehen oder denselben zu begünstigen. Eben damit der Fortschritt Oesterreichs auf der Bahn welche eueren Beifall hat gesichert werde, eben deßhalb müßt ihr es im deutschen Staatensysteme zu erhalten suchen. Weil mein Bruder in schlechter Gesellschaft auf Abwege kommen kann, muß ich ihn im Kreise des Familienlebens halten, nicht aus diesem ausstoßen. In der That werden für Oesterreich durch die rohen Elemente in seiner Bevölkerung die Aufgaben eines

civilisirten Staatslebens sehr erschwert, und mancher Fortschritt würde hier auf dem Wege des Zwanges in der That sicherer gemacht werden können als auf dem der Freiheit. Wenn aber dennoch der Weg der Freiheit gewählt worden ist, so kann dies nur unter einer Bedingung zum Ziele führen, unter der Bedingung daß geistige Uebermacht an die Stelle der physischen tritt, und dieser hohen Anforderung kann Oesterreich nur im Anschlusse an Deutschland genügen. In diesem Anschlusse aber ist für Oesterreich auch wirklich der Fortschritt gesichert, — gesichert, wie es sein muß, durch den Vortheil und das Bedürfniß auf der einen und durch die geistige Uebermacht auf der anderen Seite.

Wenn wir hier auf die Zweifel und Besorgnisse der öffentlichen Meinung Deutschlands eingegangen sind, so ist es nicht geschehen weil wir sie theilen, sondern um zu zeigen daß sie gerade die dringendsten Mahnungen zur Annahme des großdeutschen Planes enthalten. Denn es ist nicht richtig daß das neue System, wenn auch seine Anerkennung dem Vorurtheile und dem Ueberreste älterer Verhältnisse nur durch die Noth abgerungen worden ist, nicht auf einer festeren und tieferen Grundlage als auf der einer momentanen Verlegenheit beruhe. Ein Körnchen mag am Ende die Wagschale zum Sinken, ein Tropfen am Ende das Glas zum Ueberlaufen bringen: — es ist deßhalb nicht das Körnchen, es ist nicht der Tropfen, welche den Erfolg vollbracht haben. Der große Schritt welcher in Oesterreich gethan worden ist und welcher unmöglich rückwärts gethan werden kann, steht im Zusammenhange mit den Bewegungen des gesammten europäischen Völkerlebens und der Civilisation überhaupt. Das neue System entspricht der Verbreitung der Bildung und des Wohlstandes

unter den Massen, der Uebermacht realistischer Interessen, dem steigenden Range des beweglichen Eigenthumes, der riesenhaften Entwickelung der Communicationsmittel und des Weltverkehres; endlich, halb als Ursache halb als Folge von allen diesen Verhältnissen, der zunehmenden Macht des Mittelstandes, — — und allem dem kann keine Reaction mehr ein Ende machen. Schwankungen und Rückschläge werden freilich noch eintreten, wie sie anderwärts unter ähnlichen Verhältnissen eingetreten sind und immer eintreten müssen; aber sie werden nur denen eines Schiffes gleichen, welches demungeachtet seinen Curs in vorgeschriebener Richtung fortsetzt.

Schwerlich werden freilich die welche aus Princip Gegner Oesterreichs sind, durch unsere Zuversicht erbaut sein. Denn die Mehrzahl seiner Gegner fürchtet nicht den Rückschritt sondern den Fortschritt des Landes. Die Mehrzahl der Gegner Oesterreichs verfolgt egoistische Zwecke oder doctrinäre Ziele, zu deren Erreichung ihnen der Kaiserstaat durch sein bloßes Dasein im Wege ist. Welchen Antheil auch das frühere Regierungssystem an der Unpopularität Oesterreichs und dem gegen diesen Staat angehäuften Hasse haben mag, es läßt sich darin kein genügender Erklärungsgrund finden; sondern daß Oesterreich durch sein bloßes Dasein, als einfache Thatsache, aller politischen Projectenmacherei ein Ziel setzt, gehe sie vom Egoismus anderer Staaten, von der Eitelkeit aufgeblasener Nationalitäten, vom Schwindel politischer Idealisten oder von den Marotten pedantischer Doctrinärs aus, das ist das Aergerniß aus welchem ein großer Theil des Hasses gegen diesen Staat gezogen worden ist und gezogen wird. Oder ist etwa das russische Regierungssystem besser gewesen als das österreichische? Sind nicht die Mängel des

ersteren viel tiefer im Volkscharakter und in den Volkszuständen begründet, so daß selbst dem besten und unumschränktesten Regentenwillen sich große Schwierigkeiten einer raschen und durchgreifenden Aenderung darbieten? Und dennoch sehen wir liberale, demokratische und selbst revolutionäre Feinde Oesterreichs ihre russischen Sympathien zur Schau tragen, und in Richtungen arbeiten die am Ende nur der russischen Macht zu Gute kommen können. Preußen, vor 1848, und von 1849 bis zur Regentschaft, hatte ein Regierungssystem ebenso unpopulär wie das österreichische, nicht minder verhaßt aber um vieles verächtlicher, — und dennoch hat man daraus nicht die Nothwendigkeit einer Vertilgung Preußens abgeleitet. Das preußische System jener Periode hat seine Gegner gehabt; aber sie haben nicht Geld für die Arbeit an der Zerstörung Preußens ausgegeben, und kein Preußenfeind im Exile hat sich zu dem albernen Pathos erhoben, mit welchem das Weltgericht in pseudo-magyarischer Verkörperung vor einer Versammlung englischer Käsehändler Oesterreich „in den Abgrund der ewigen Verdammniß" geschleudert hat. Und welcher Unterschied in dem Verhalten der Kritik zu beiden Regierungssystemen — dem gestürzten preußischen, und dem aufgegebenen österreichischen! — Es ist so charakteristisch daß damit der Sachverhalt auf einmal klar wird. Die Feinde des preußischen Systemes begrüßten seinen Sturz, die Feinde des österreichischen aber waren bestürzt als sie es einem besseren weichen sahen. Und allerdings für Die denen Oesterreich überhaupt als ein Uebel erscheint, für Die zu deren politischem Glaubensbekenntnisse es gehört daß so einen Ding wie Oesterreich gar nicht bestehen sollte, ist die Verbesserung österreichischer Zustände ein Unglück, und wenn ihnen nichts

anderes übrig bleibt, werden sie behaupten daß diese Verbesserung keinen Bestand haben könne.

Wir wollen damit nicht gesagt haben daß nicht in der Geschichte der österreichischen Politik aller Grund liege mißtrauisch gegen dieselbe zu sein, nur wollen wir darauf aufmerksam machen daß es ein Mißtrauen der Besorgniß und ein Mißtrauen der Schadenfreude gibt, und nach diesem Unterschiede trennen sich in der österreichischen Frage Großdeutsche und Kleindeutsche.

V.

Der großdeutschen Partei kommt es auf das Zusammenbleiben Deutschlands und Oesterreichs an: das ist der Kern ihres politischen Glaubensbekenntnisses. Sie leitet aus der Natur der Dinge die Ueberzeugung her, daß Deutschland ohne Oesterreich nicht im Stande ist in der von uns weiter oben bezeichneten geschichtlichen Rolle sich zu behaupten. Kleindeutschland könnte nur zu einer Rolle zweiten Ranges sich erheben. Und daß auf der anderen Seite, mit dem bevorstehenden Untergange der Türkei, auf Oesterreich ein großer östlicher Beruf übergehen würde, ist sehr unwahrscheinlich, so sehr sich kleindeutsche Rathgeber bemüht haben auf diese glänzende Perspective aufmerksam zu machen. Auch Oesterreich ohne Deutschland könnte nur eine Rolle zweiten Ranges spielen — eine Rolle die freilich für manche liberale Reichsräthe schon viel zu groß wäre. Das Schlimmste ist aber noch nicht ausgesprochen; denn, zwischen Frankreich auf der einen und Rußland auf der anderen Seite, würden die beiden Zwillingsstaaten gegenseitig an ihrem Untergange arbeiten und sich zu Grunde richten. Auch dies liegt in der Natur

der Dinge, und es ist schon weiter oben darauf hingewiesen worden. Deutschland würde es nicht aufgeben die deutsch-österreichischen Länder zu beanspruchen; Oesterreich würde sich mit dem Geiste der slavischen und magyarischen Race durchdringen, welcher von Haß gegen Deutschland erfüllt ist. Der Kampf zwischen abendländischer Bildung und östlicher Rohheit, welcher nur mit Hilfe Deutschlands in Oesterreich zu Gunsten der ersteren durchgeführt werden kann, würde ohne Deutschland zu Gunsten der letzteren entschieden werden, freilich nicht ohne daß es gewissen Leuten um so wohler wäre wenn sie tiefer in ihr rechtes Element kämen.

Zunächst will die großdeutsche Partei daß keiner der Bundesstaaten von der Gründung eines neuen deutschen Reiches ausgeschlossen werde; aber eben so wenig will sie eine Schwächung, also auch nicht eine Theilung, von Oesterreich oder Preußen, und es bleibt ihr also nichts übrig als daß auch die nichtdeutschen Länder beider deutschen Großstaaten in weitere Verbindung mit dem neuen Reiche gebracht werden. Es sind dafür verschiedene Formen denkbar. Im Wesentlichen aber scheiden sich die Möglichkeiten nach zwei Richtungen. Soll das neue deutsche Reich, wie es auf kleindeutscher Seite beabsichtigt ist, ein erbliches Kaiserthum werden, so ist klar daß dann zum großdeutschen Ziele nur durch die erbliche Vereinigung der deutschen mit der österreichischen Kaiserkrone zu gelangen ist. Jeder andere deutsche Erbkaiser müßte Oesterreich erst für das Reich erobern, was unter allen Umständen ein mindestens ungewisses Unternehmen sein würde. Es mag sein daß man von kleindeutscher Seite in Bezug auf Preußen mit Recht die nämliche Einwendung macht. Es mag sein, daß auch ein nichtpreußischer Erbkaiser Deutschlands Preußen

erst für das Reich erobern müßte. Es ist nur die Frage was, angenommen daß beides richtig sein sollte, und daß wir nicht so ruchlos sind mit der Entscheidung an die Waffen zu appelliren, — es ist die Frage was daraus folgt? Ist damit das großdeutsche Programm im Allgemeinen, oder nur seine Verwirklichuug in der Form des erblichen Kaiserthumes verurtheilt? — eine Form die, was sehr hervorzuheben, nicht von großdeutscher sondern von kleindeutscher Seite in Vorschlag gebracht worden ist! — Die kleindeutsche Partei sagt: „weil der großdeutsche Plan nicht in der Form des Erbkaiserthumes ausführbar ist, muß er überhaupt verworfen werden“, — die großdeutsche Partei aber antwortet: „wenn unser Plan wirklich nicht in der Form des Erbkaiserthumes ausführbar ist, so muß er in einer anderen Form ausgeführt werden; — nicht wir sondern ihr habt das Erbkaiserthum vorgeschlagen! — Will man für das Reich keine andere als diese Form gelten lassen, — nun wohl, dann behaupten wir daß nur durch die Vereinigung der deutschen mit der österreichischen Kaiserwürde die gesammten österreichischen Länder unmittelbar oder mittelbar dem Reiche zugeführt werden können.“ — Die außerordentlichen Vortheile welche aus einer solchen Bildung hervorgehen würden, sollten eigentlich auch für alle Anhänger des Erbkaiserthumes, seien sie süddeutsche oder norddeutsche, entscheidend sein. Nichtsdestoweniger hat sich der Gedanke bisher kaum unumwunden hervorgetraut, und die kleine Schrift „Preußen oder Oesterreich“, welche zu Anfange dieses Jahres in Göttingen erschien, steht in dieser Beziehung ziemlich allein da. Die Unpopularität Oesterreichs, oder vielmehr des Systemes nach welchem der Kaiserstaat bis vor Kurzem regiert worden ist, muß als

Grund dieser Erscheinung betrachtet werden, und so konnten auch erst mit dem Uebergange zum gegenwärtigen Systeme die Stimmen laut werden welche dem großdeutschen Kaisergedanken Worte verleihen.

Andere Möglichkeiten bieten sich indessen für die Erreichung des großdeutschen Zieles dar wenn man von dem Gedanken des erblichen Kaiserthumes abgeht, und diese liegen in den verschiedenen Systemen nach denen sich für das Reichsganze eine dreigliedrige Herrschaft herstellen läßt. Mit bestimmt formulirten Plänen ist die großdeutsche Partei auch in dieser Richtung bisher nicht an die Oeffentlichkeit getreten, obschon solche Pläne bestehen und als die verschiedenen Schattirungen des eigentlichen praktischen Parteiprogrammes anerkannt sind.

In dieser Richtung liegen auch die Möglichkeiten einer Verständigung mit den unbefangeneren Elementen der kleindeutschen Partei, und wir werden unter diesem Gesichtspunkte wieder darauf zurückkommen.

In der Natur der Dinge ist es begründet, daß für ihre Bestrebungen von der kleindeutschen Partei die Auflösung des Bundes, von der großdeutschen aber die bestehende Bundesverfassung zum Ausgangspunkte genommen wird. In dem handschriftlichen Memoire eines deutschen Fürsten über die politische Umgestaltung Deutschlands sind als Eröffnung positiver Vorschläge die Worte zu lesen: „Der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen mögen sich einen daß das jetzige Bundesverhältniß aufzuhören habe.“ — Die großdeutsche Partei kennt die Sünden des Bundestages und die Schwächen der Bundesverfassung so gut wie andere Leute. Wenn aber dennoch bisher kein großdeutsch gesinnter Bundesfürst seinen Bundestagsgesandten dahin instruirt hat nach Kräften zur

Auflösung des Bundes mitzuwirken, so ist es, weil im deutschen Bunde allein für jetzt die deutsche Nation ihr völkerrechtlich anerkanntes Dasein und zugesichertes Gebiet hat, von welchem einen Theil abreißen zu wollen, von außen offener Angriff, von innen Landesverrath ist. Welche Verfassung daher auch die großdeutsche Partei für Deutschland erstreben mag, diese Partei wird und muß die Geltung des deutschen Bundes vertheidigen, solange bis eine den Bedürfnissen besser entsprechende Centralgewalt geschaffen sein wird; denn wenn die Partei schon die ganze neuere Geschichte Deutschlands als ein Interregnum betrachtet, so will sie nicht durch eine Steigerung dieses Zustandes das nationale Uebel auf die äußerste Spitze getrieben sehen.

Die großdeutsche Partei unterscheidet sich sodann ihrem inneren Geiste nach auf sehr wesentliche Weise darin von der kleindeutschen, daß sie, aus Princip sowohl wie aus Nothwendigkeit, föderalistisch ist. Wir wollen mit dem Gegensatze von Centralismus und Föderalismus nicht, wie es gegenwärtig so vielfach in Oesterreich geschieht, einen unredlichen Mißbrauch treiben. Ein gewisser Grad von Autonomie der Theile, also von Föderalismus im Baue des Ganzen, wird auch im centralisirtesten Despotismus noch bestehen, und umgekehrt stimmen wir dem österreichischen Staatsminister bei, wenn er kürzlich im Reichsrathe darauf hingewiesen hat daß ein gewisser Grad von Centralisation unter den Verhältnissen der neueren Zeit nicht zu vermeiden ist. Ohne einen gewissen Grad von Centralisation des gesammten nationalen Volkslebens ist auch der zusammengesetzte Staat nicht denkbar, und das Widerstreben gegen diesen Grad ist nichts anderes als die Widerspenstigkeit der Barbarei gegen die Grundbedingung der Civilisation. Aber demungeachtet

stehen sich in Centralismus und Föderalismus zwei verschiedene Systeme des Staatenbaues gegenüber, deren Unterschied sich freilich äußerlich nur in der Abweichung vom rechten Maße zweier dem Staate gleich unentbehrlichen Richtungen aussprechen kann, deren innerliche Verschiedenheit in der Richtung dieser Abweichung aber von einer verschiedenen Grundanschauung des Staates ausgeht. Ich will hier der Sache nicht weiter nach dieser theoretischen und theilweise abstracten Seite folgen. Wenn aber nicht bestritten werden kann daß es das rechte Maß in der Verbindung von centralistischem und föderalistischem Geiste ist was den Staaten noth thut, und daß unsere Zeit zwar einer gewissen Centralisation bedarf, daß aber die neuere Zeit überhaupt zugleich von einem Uebermaße der Centralisation bedroht ist welchem der weiterblickende Politiker zu widerstehen sich verpflichtet fühlen muß, so hat die großdeutsche Partei es als ein Glück zu betrachten daß ihr eigenes Programm zwar selbst einen großen Schritt in der Richtung größerer Einigung Deutschlands in sich schließt, demungeachtet aber nur im Geiste des Föderalismus ausgeführt werden kann, weil ihre Absicht nur in föderalistischer Gestalt erreichbar ist. Denn je zahlreichere und verschiedenartigere Theile zu einem Ganzen vereinigt werden sollen, je größere Rechnung muß ihrem selbstständigen Wesen getragen werden. Trotz dieser äußeren Nöthigung aber, und obschon eine solche in der Politik oft mehr werth sein mag als ein freier Wille, geht dennoch der großdeutschen Partei der Föderalismus keinesweges gegen die innere Neigung, und es ist gewiß ein verfehltes Urtheil wenn gerade von dieser Seite her centralistische Gelüste befürchtet werden. Vielmehr knüpft die großdeutsche Partei

mit dem Föderalismus wie mit anderen Zügen ihres Wesens ganz an die Geschichte der deutschen Nation, an den Geist des Zeitalters in welchem diese Nation die herrschende war, an den Genius der germanischen Völker überhaupt an, und tritt damit als historische Partei dem abstracten Wesen und radicalen Verfahren der kleindeutschen entgegen: — als historische Partei nicht im Sinne einer reactionären Liebhaberei für abgestandene Bildungen der Vergangenheit, sondern im Sinne der Ununterbrochenheit nationaler Entwickelung, im Sinne eines Zieles welches dem ganzen Geiste und geschichtlichen Berufe der Nation entspricht, und nicht von einigen Theoretikern ausgedacht, sondern von der Geschichte der Vergangenheit, den Zuständen der Gegenwart und den Bedürfnissen der Zukunft vorgezeichnet ist. Man hat es ein schiefes Urtheil genannt, wenn bei anderer Gelegenheit gesagt worden ist der neuere deutsche Föderalismus sei nur die moderne Entwickelungsform des politischen Systemes auf welches das deutsche Reich gegründet war. Demungeachtet muß die Behauptung wiederholt werden, und um sie zu rechtfertigen reicht es hin hervorzuheben daß die Aufgabe, die Selbständigkeit der Theile mit der Einheit des Ganzen zu verbinden, vom Feudalismus im mittelalterlichen Stile gelöst wurde wie vom amerikanischen Föderativsysteme im modernen Stile, und ein Vorurtheil ist es daß zu letzterer Ausführung die republikanische Staatsform wesentlich sei. Der Unterschied ist der daß die Lösung im mittelalterlichen Stile eine idealistische, die im modernen eine realistische ist. Das Föderativsystem ist also wirklich die natürliche historische Fortentwickelung, oder, wenn man lieber will, die Entpuppung des Feudalsystemes, und der moderne Centralismus, absolutistisch oder constitutionell

ausgeführt, kann im Gange der deutschen Entwickelung immer nur als eine parasitische Bildung zur Erscheinung kommen, welche durch die Schwäche eines Uebergangszustandes zu vorübergehendem Dasein gelangt.

Endlich weil die großdeutsche Partei sich principiell wie aus Gründen der Nothwendigkeit für das Föderativsystem entscheidet, enthält sie in sich den Keim einer wahren gesunden Demokratie, — einer Demokratie die nicht wie die französische die Freiheit der individuellen Lebensrichtungen der socialen Gleichheit und politischen Einheit zum Opfer bringt, sondern der Demokratie welche, wie die amerikanische, im Wettkampfe und Rangstreite der Individuen die Bedingung alles menschlichen Fortschrittes erkennt, und vom Staate nur verlangt daß er für den männlich stolzen Grundsatz des „hilf dir selbst!“ freie Bahn öffnet. Die natürliche Form dieser Demokratie ist nicht der Einheitsstaat, sondern die Bundesgenossenschaft, mögen scharfsinnige Professoren sie Staatenbund oder Bundesstaat nennen. Das Wesentliche ist, daß sie ein politisches System darstellt in welchem die freie Selbstbestimmung der Theile in ihren eignen Angelegenheiten, verbunden ist mit der Einheit des Ganzen in allen Dingen welche dieses in seiner Gesammtheit betreffen. Bis auf das Individuum hinabgeführt ist dieses die einzig wahre Demokratie, von welcher der französische Imperialismus nichts anderes als eine Carricatur ist.

VI.

So stehen sich die beiden Hauptparteien Deutschlands — die kleindeutsche und die großdeutsche — nach ihrem allgemeinen Geist und Charakter gegenüber. Wir haben uns

gegen die erste erklärt. Formuliren wir in noch bestimmterer Weise die Ziele der zweiten. Innerhalb gewisser Schranken dürfen wir für sie weiter das Wort ergreifen.

Die großdeutsche Partei also verlangt eine Umgestaltung des deutschen Bundes auf der Grundlage einer gemeinsamen Gewährleistung des ganzen und vollen Besitzstandes aller Bundesglieder, Sie muß, was daraus von selbst folgt, eine Bundesverfassung wollen, nach welcher auch den beiden sogenannten deutschen Großstaaten das Recht getrennter Kriegführung nur bedingungsweise, etwa unter Zustimmung der Bundes-Centralregierung, also gewissermaßen für dieselbe und in deren Namen, zustehen soll. Die Partei geht von der Anschauung aus daß ein Angriff auf irgend einen Gebietstheil eines Bundesstaates, gehöre dieser Gebietstheil auch nicht zum eigentlichen Bundesgebiete, als Angriff auf das Ganze des Bundes gelten müsse, wonach also ein besonderer Defensivkrieg überhaupt für keinen Bundesstaat denkbar ist. Hieraus folgt aber auch naturgemäß daß es keinem der Bundesstaaten gestattet sein sollte für sich allein und ohne Zustimmung der Bundesregierung einen Offensivkrieg zu beginnen oder einen Frieden zu schließen.

Die großdeutsche Partei begreift daß die politischen Zustände in und außer Deutschland eine einheitliche Regierung für das deutsche Staatensystem nicht zulassen. Ein großdeutsches Kaiserthum, im föderalistischen Geiste der Gegenwart ausgeführt, würde ihren Anschauungen von den Bedürfnissen Europas am meisten entsprechen. Indessen müssen in der Politik die Verhältnisse genommen werden wie sie sind, und unter diesen Verhältnissen erscheint eine durch drei Fürsten gebildete Centralgewalt als der Plan dessen Ausführung sich

am meisten den bestehenden Zuständen anschließt, also am wenigsten gewaltsam ist. Diese drei Fürsten können keine anderen sein als der Kaiser von Oesterreich, der König von Preußen, und ein dritter, den die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten aus ihrer Mitte nach eigenem Ermessen persönlich oder erblich ernennen mögen. Die Bundesregierung kann von dieser Dreiheit auf dreierlei Weise geführt werden: entweder collegialisch, oder nach Vertheilung der einzelnen Hoheitsrechte, oder endlich mit abwechselnder Oberleitung, wovon der letzte Modus sich am meisten empfehlen möchte, besonders in so fern sich damit ein Wechsel des Bundesregierungssitzes zwischen Wien, Berlin und Frankfurt a. M. als Bundesvorort verbinden ließe, — eine Einrichtung welche auf wirksame Weise als Schule benutzt werden könnte um die Nation allmälig zu innigerer Einheit heranzuziehen. An diese Bundesregierung sollen von den einzelnen Bundesstaaten diejenigen Befugnisse und Machtmittel abgetreten werden welche zur Erhaltung, Vertheidigung und völkerrechtlichen Action des ganzen Bundes erforderlich sind. Diese Grenzen sollten jedoch in keiner Weise überschritten werden, und in keiner Weise sollte durch die Befugnisse der Centralgewalt unnöthig in das politische Leben der einzelnen Staaten eingegriffen werden können.

...

Zur Befestigung der Einheit der dreiherrlichen Centralregierung, zur Vertretung der Nation, und zugleich der einzelnen Bundesstaaten dieser Centralregierung gegenüber, zur Gewährung und Beaufsichtigung der ihr anvertrauten Befugnisse und Machtmittel, endlich zur Hervorbringung und Fortbildung derjenigen Zweige der Gesetzgebung durch welche im Gebiete des Bundes die nöthige innere Einheit der

Rechtsverhältnisse und des freien volkswirthschaftlichen Lebens geschaffen werden soll, verlangen auch wir, so gut wie die kleindeutsche Partei, ein deutsches Parlament; aber wir verlangen daß die Vertreter der österreichischen Bundesländer mit darin sitzen, daß Oesterreich also seine junge Reichsverfassung in einer Richtung entwickele welche dies zuläßt, während die österreichischen Nebenländer, im weiteren und mittelbaren Sinne, als Bundesgenossen Deutschlands anerkannt werden. Und zwar glauben wir daß das deutsche Parlament aus zwei Häusern — einem Fürstenhause und einem Volkshause — bestehen sollte; daß die Mitglieder des Volkshauses durch Abordnung aus der Mitte der sämmtlichen deutschen Landesvertretungen nach einem diesen letzteren selbst gutscheinenden Modus und nur nach allgemein festgestelltem Zahlenverhältniß ernannt werden; daß das Fürstenhaus aus den regierenden Fürsten in eigener Person, in keinem Falle aus ihren Ministern oder Gesandten gebildet werde, so daß, in Fällen wo eine Stellvertretung unerläßlich wäre, nur die Vertretung durch einen Prinzen des Hauses zulässig sei, — eine Vertretung welche indessen für die drei Fürsten der Centralregierung eine immerwährende sein muß.

Andere Zielpunkte sind entweder zweiten Ranges, oder sie sind gar nicht Gegenstände streitiger Meinungen, und werden sich immer ohne Schwierigkeit erledigen sowie die Hauptpunkte festgestellt sein werden. Einen Hauptwerth aber müssen wir darauf legen, und als Bedingung alles Gelingens müssen wir es betrachten, daß das deutsche Parlament durch eine Verfassung, nicht aber die deutsche Verfassung durch ein Parlament eingesetzt werde. Wir halten es als der höchsten Anstrengung aller verständigen Männer Deutschlands würdig

zu bewirken, daß im Dasein und der Organisation des deutschen Bundes kein Bruch eintrete, und daß die jetzige Bundesverfassung in Geltung und die jetzige Bundesbehörde in Wirksamkeit und voller Achtung bleibe, bis zu dem Augenblicke wo die neue Bundesverfassung mit der ihr entsprechenden neuen Bundesregierung an ihre Stellen tritt.

VII.

Die Ausführbarkeit dieses Planes, der das Verdienst für sich in Anspruch nimmt die Aufgabe einer Verbesserung der deutschen Bundesverfassung ohne Ausschluß von irgend einem Stücke deutschen Gebietes auf friedlichem Wege und in solcher Weise zu bezwecken, daß die nothwendigsten Erfordernisse einheitlichen Handelns und die Grundbedingungen der Macht des Ganzen mit der Erhaltung einer zweckmäßigen Selbstbestimmung der Theile in Einklang gebracht werden, — die Ausführbarkeit dieses Planes ist von der Weisheit und Entschlossenheit der österreichischen Regierung und dem Verstande der Parteien im österreichischen Reichsrathe abhängig. Mit dieser Weisheit und Entschlossenheit ist er ausführbar, — unmittelbar ausführbar, mit Sicherheit ausführbar.

Fehlte diese Weisheit und Entschlossenheit, und fehlte dieser Verstand, dann bliebe freilich den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nichts übrig, als entweder den Widerstand gegen die preußische Oberhoheit aufzugeben und sich gutwillig mediatisiren zu lassen, oder mit dem Gedanken welcher den Würzburger Conferenzen zum Grunde liegt Ernst zu machen, nach München oder Frankfurt am Main ein Parlament der Mittel- und Kleinstaaten zusammenzurufen, ihre Armeecorps zusammenzufassen, sich eine gemeinsame Bundesregierung

zu geben, und von sich als geschlossener deutscher Eidgenossenschaft an Oesterreich und Preußen den Antrag einer weiteren Bundesgenossenschaft gelangen zu lassen, immer noch ein Entwickelungsgang der vor dem Projecte des kleindeutschen Kaiserthumes die vielfältigsten und außerordentlichsten Vorzüge haben würde.

Inhaltsschwere Entscheidungen liegen auf diese Weise vor uns, und Oesterreich ist die Macht, welche auch für diese, wie für manche anderen, der Welt verantwortlich sein wird.

III.

Die Gründung des mexikanischen Kaiserthums.

Vorwort.

Die folgende Beurtheilung der Gründung des mexikanischen Kaiserthums wurde in dem Augenblicke geschrieben in welchem eine mexikanische Deputation dem Erzherzog Maximilian zu Miramar die Kaiserkrone antrug, und wurde im vierten Bande des Jahrganges 1864 der „Oesterreichischen Revue" gedruckt. Der Verfasser hat damit weder einer Partei noch einem einzelnen Menschen, es sei denn dem Herausgeber der genannten verdienstvollen Zeitschrift, einen Gefallen thun wollen. In seinem Urtheil über die merkwürdige historische Begebenheit ist der Verfasser nicht zu jeder Zeit sich selbst ganz gleich geblieben. Wahrscheinlich ist es anderen Personen, selbst amerikanischen Staatsmännern, auch nicht besser ergangen. Den Plan des Unternehmens, d. h. den Gedanken durch französische Hilfe in Mexiko einen Kaiserthron zu errichten, hat der Verfasser schon in den Jahren 1853, 54 und 55 in den Vereinigten Staaten, im nördlichen Mexiko und in Californien besprechen gehört. Er hat ihn damals für einen ebenso abentheuerlichen wie verfehlten gehalten. Im Jahre 1858 hat der Verfasser in einem ganz besonders dem politischen Verhältniß Europa's zu Amerika gewidmeten kleinen Buche die folgende Stelle drucken lassen: „Man hat in Mexiko viel

davon gesprochen daß europäische Mächte sich für die Gründung einer mexikanischen Monarchie, eine Erneuerung des Iturbideschen Kaiserthums, interessirten; — man sieht aber nicht ein, welche Motive es geben könnte einen abentheuerlichen Versuch zu machen, der nur einen kläglichen Ausgang haben könnte.“ (Amerika, Europa und die politischen Gesichtspunkte der Gegenwart, von J. Fröbel, S. 176.) Später hat sich der Gedanke dem Verfasser in etwas verändertem Lichte dargestellt. Die Beweggründe, in ihrer sehr zusammengesetzten Natur, sind ihm begreiflich geworden, so starker Mittel es auch bedurft hat zu bewirken, daß er an die lächerliche Selbstüberschätzung europäischer Reaction glauben konnte, welche in allem Ernste sich eingebildet zu haben scheint dem amerikanischen Republicanismus die Flügel brechen zu können. Aber diese Seite der Sache blieb die untergeordnete. Das monarchische Princip würde durch den Sieg der Sklavereistaaten nichts gewonnen haben, und eine Monarchie kann auf dem Boden Amerika's, wenn überhaupt, sich nur durch Leistungen für die Freiheit behaupten welche mit denen der Republik erfolgreich wetteifern. Ob dies ein Widerspruch in sich selbst ist oder nicht, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls, wenn sie will und ihre wahren Interessen versteht, kann die Monarchie demokratischer sein, als es die Republik, namentlich bei gemischter Bevölkerung, zu sein vermag. Wahrscheinlich ist es nun geworden daß die ursprüngliche Ansicht des Verfassers die richtige war. Es ist kaum möglich dem Kaiserthum in Mexiko Dauer zu versprechen, und die harte Schule durch den angloamerikanischen Republicanismus wird den Nachkommen der Montezumas und Cortez schwerlich erspart bleiben. Zwischen dem Kaiserthume und der Annexion

an die Vereinigten Staaten scheint es in der That für Mexiko kein Drittes zu geben. Wie dies Alles aber auch sein möge: — der Verfasser hat keinen Grund seine unter dem Einflusse erschütternder Ereignisse der amerikanischen Geschichte ausgesprochenen Urtheile zu verleugnen. Die Grundlage dieser Urtheile ist eine festere gewesen, als die welche durch die wechselnden Erfolge kämpfender Culturrichtungen gebildet werden kann, und das Licht welches für deutsche Leser der Verfasser auf amerikanische Verhältnisse zu werfen gesucht hat, dürfte noch später selbst auf die europäische Politik zurückfallen.

Wien, 16. Februar 1866.

Man kann zwei Arten geschichtlicher Bildungen unterscheiden: solche welche entstehen ohne daß sie dem Gedanken und Willen bewirkender Menschen als Ziel vorgeschwebt, und solche welche die Verwirklichung planmäßiger Absicht sind. Man hat die einen gewordene, die andern gemachte genannt; man hat aber Unrecht gehabt den letzteren damit den Tadel eines niederen Ursprunges anheften zu wollen. Menschliche Absichten allerdings sind oftmals verfehlt, und menschliche Schöpfungen haben oft wenig Bestand. Indessen auch die naturwüchsige Geschichte nimmt tausend vergebliche Anläufe, zeigt tausend mißrathene Gestaltungen, und ihre Erzeugnisse sind vergänglich wie die Werke bewußter menschlicher Thätigkeit. Zudem verschwindet für die geschichtliche Entwickelung im Großen und Ganzen jener Unterschied des Gewordenen und des Gemachten gänzlich. Auch die bewußten Pläne der Menschen treten aus dem Dunkel unerkannter Zusammenhänge

hervor und haben ihre von menschlichem Willen unabhängigen Schicksale. Das was von einer einseitigen Schule als das Gemachte vom Gewordenen unterschieden wird, ist nur eine höhere Form des letzteren. Nur in einer einzigen Beziehung hat der Unterschied seine Bedeutung. Was der Mensch sich als Absicht und Zweck vornimmt, das muß sich mit dem Maßstabe menschlicher Zweckmäßigkeit messen lassen, wofür die naturwüchsigen Gebilde der Geschichte keinen Anhaltspunct darbieten. Auf die Erzeugnisse absichtlicher Bewirkung macht die Kritik ihr besonderes Recht geltend. Dieses Recht ist es, was wir hier in Anspruch nehmen.

Der Vorgang welcher uns zu den folgenden Blättern Veranlassung giebt, gehört zu den merkwürdigsten Beispielen eines absichtlichen Eingreifens in die Weltgeschichte. Zwar hat der Kaiser der Franzosen bei einer öffentlichen Gelegenheit in dem mexikanischen Unternehmen den vorbedachten Plan in Abrede gestellt; diese Verneinung kann aber doch nur den Sinn haben daß zur französischen Expedition in dieser bestimmten Verbindung von Umständen nähere Beweggründe vorhanden waren als die der Errichtung eines Thrones und dessen Besetzung mit einem österreichischen Prinzen. Wir zweifeln nicht daß es so ist; aber damit ist ein früheres Vorhandensein des Planes, der sich allmälich zu größerer Bestimmtheit ausgebildet haben mag, eine seit länger angelegte Vorbereitung zu seiner Ausführung und ein entscheidender Einfluß desselben auf die in Gemeinschaft mit England und Spanien unternommene Zwischenkunft nicht ausgeschlossen. Dieses frühere Vorhandensein und die seit längerer Zeit angelegte Vorbereitung lassen sich vielmehr durch vorhergegangene Bewegungen der französischen Politik an verschiedenen Puncten

von Nord- und Central-Amerika bis zum höchsten Grade geschichtlicher Wahrscheinlichkeit, wenn nicht bis zur vollen Gewißheit nachweisen, und die Anschauung welche wir damit gewinnen, berechtigt uns mit unserem Urtheil an den merkwürdigen geschichtlichen Vorgang als an ein mit klarem Bewußtsein, mit tiefer Ueberlegung, mit allseitiger Berücksichtigung der Verhältnisse und mit weitliegenden Zielen begonnenes und geleitetes Unternehmen heranzutreten.

Was indessen auch die Berechnungen eines die Weltverhältnisse umfassenden und durchdringenden Geistes wie Napoleon III. vorbereitet haben mögen: jedenfalls hat der Gedanke auf den Trümmern einer mißrathenen Republik in Mexiko einen Kaiserthron zu errichten, dort zugleich einen einheimischen Ursprung. Schon der Versuch Iturbide's ist, trotz seinem unglücklichen Ausgange, ein Beweis dafür daß das Kaiserthum in Mexiko nicht ganz ohne Boden sein kann. In allen amerikanischen Kolonien, die englischen inbegriffen, ist zur Zeit ihrer Losreißung vom Mutterlande eine monarchistische Partei vorhanden gewesen. War dies in den Vereinigten Staaten der Fall wohin sich der ganze englische Republicanismus geflüchtet hatte, um wie viel mehr in einem Lande in welchem ein glänzender viceköniglicher Hof monarchische Sitten gepflegt, und für den einen Theil der Bevölkerung die Gewohnheit spanischer, für den anderen aztekischer Fürstengewalt unterhalten, in welchem zugleich, neben den schroffen Ungleichheiten der Race und der socialen Stellungen, gesellschaftliche Gleichheit gar nicht, und politische nur als Fiction zur Geltung kommen konnte. Allerdings liegt im Kolonialleben überhaupt ein republicanischer Zug, der sich am Ende auch in Mexiko geltend gemacht hat, und in einer sich freimachenden Kolonie

kommt mindestens die Gemeinsamkeit des Hasses gegen die Herrschaft des Mutterlandes und ihre Träger als Bedingung der Gleichheit ins Spiel. Diese Gemeinsamkeit übt aber nur einen Einfluß aus so lange die Gefahr der kolonialen Abhängigkeit dauert oder in der Erinnerung fortlebt. Jedenfalls waren in Mexiko die republicanischen Elemente bei weitem nicht so mächtig, daß ohne das Beispiel der Vereinigten Staaten auch nur ein ernster Versuch gemacht worden wäre dem Lande eine republicanische Verfassung zu geben, und hätten 1821 die spanischen Cortes nicht die Uebereinkunft von Cordova verworfen, nach welcher, in Uebereinstimmung mit dem sogenannten Plan von Iguala, ein spanischer Prinz den mexikanischen Thron besteigen sollte, die Dinge hätten in Mexiko einen ähnlichen Gang wie in Brasilien genommen. Man darf nicht vergessen, daß die Bewegung welche zur Losreißung der spanischen Kolonien geführt hat, überhaupt in ihren Anfängen eine legitimistische und zu Gunsten der Dynastie des Mutterlandes gegen die Napoleonische Herrschaft gerichtete war, mit republicanischen Zielen also nichts zu thun hatte. Von den radicalen Ansichten und der Gewohnheit der Selbstregierung, welche von englischen Auswanderern mit über das Meer gebracht worden waren um in Neuengland weiter gepflegt und entwickelt zu werden, war in Neuspanien nichts zu finden. Die municipalen Freiheiten, deren die spanischen Kolonien sich immerhin, und namentlich in der vor-bourbonischen Zeit, zu erfreuen hatten, sind allerdings nicht gering zu achten und haben werthvolle Keime eines freien Bürgerthums in sich geborgen; sie waren aber doch zu bescheidener Art als daß sie eine Schule des Republicanismus hätten sein können. Viel mächtiger wirkte die Eifersucht und der Haß der Creolen

gegen die aus dem Mutterlande kommenden Regenten und Ansiedler; aber dieser Haß kam, wie der verschlossene Groll der Indianer, nur der Losreißung, nicht einer besonderen Staatsform zu gute. Was die letztgenannte Volksclasse betrifft, welche in Mexiko die Hauptmasse der Bevölkerung ausmacht, so ist sie aus der vor-spanischen Zeit an die vollständige Unterwerfung unter die Gewalt ihrer Fürsten und Priester gewöhnt gewesen. Tlaskala allerdings war in jener Zeit eine Republik, und nach alten indianischen Erzählungen soll die aztekische Bevölkerung Nicaragua's einer dem heimischen Despotismus entflohenen demokratischen Partei Mexiko's entsprungen sein. An die wilde Freiheitsliebe der umherschweifenden Kinder der Wildniß welche seit der Abtrennung von Spanien wieder den Osten und Norden Mexiko's verwüstet haben, darf man aber bei den Nachkommen der an ein hartes und blutiges Regiment gewöhnten Unterthanen der altmexikanischen Herrscher nicht denken. Die wilden Indianer der Grenzländer wurden schon zur Zeit der Montezumas von dem ansässigen und civilisirten Volke des mexikanischen Staatensystems als „Chontalli" — Barbaren bezeichnet. In Guatemala aber sind es gerade die Indianer unter Carrera gewesen, welche die Republik gestürzt, und gerade in diesem Augenblick sind es in Salvador wieder die Indianer durch welche die Epigonen der centralamerikanischen Anhänger Iturbide's ans Ruder gebracht worden sind.

Natürlich ist es daß mit dem glänzenden Beispiele der Vereinigten Staaten vor Augen, und bei den Erschütterungen welche das monarchische System in Europa selbst erlitten, die Bevölkerungen sich losreißender Kolonien, selbst solcher wie die spanischen, durch den Vorgang der Abtrennung an

sich schon der Republik zugeführt wurden. Aber sehr bald hat sich fast in allen ehemaligen Besitzungen Spaniens in der neuen Welt — man darf streng genommen nur Chile ausnehmen — diese Staatsform als eine den gegebenen Verhältnissen wenig entsprechende gezeigt. Vielfältige und immer wechselnde Militärdictaturen sind an die Stelle volksmäßiger Regierungen getreten. In den Kämpfen nebenbuhlerischer Generale ist der Wohlstand reicher Länder zum Theil bis auf seine Wurzeln vernichtet und der beste Theil der Bevölkerungen ausgerottet worden. Der Schreiber dieser Zeilen, welcher sich an Ort und Stelle nach den Gründen des unerhörten Uebergewichtes des weiblichen Geschlechtes in manchen Gegenden Mexiko's erkundigte, erhielt die Antwort: das sei hervorgebracht durch die Revolutionen und Bürgerkriege — „por las revoluciones y las guerras civiles." — Oftmal hat sich der Verfasser mit verständigen und gebildeten Männern des Landes über dessen Zustände unterhalten, und mehr als ein Mal hat er das Bekenntniß vernommen daß man diese Zustände als hoffnungslos betrachte, und daß auch darum eine stumpfe Ergebung — „una letargia" — sich der Gemüther bemächtigt habe. Es wurde ihm die Geschichte eines mexikanischen Officiers erzählt, welcher, nicht etwa nach einer Niederlage, — nein, nach einem Siege seiner Partei, sich vor dem Denkmale des mexikanischen Freiheitshelden Hidalgo zu Chihuahua erschossen habe, nachdem er die letzten Worte gesprochen: „Es ist doch alles umsonst!" — Unter solchen Umständen, welche in den meisten der ehemaligen spanischen Kolonien mit gewissen Abänderungen sich wiederfinden, ist es ganz natürlich daß der Blick sich nach fremder Hilfe umsieht. Patriotische Männer in Centralamerika und in Mexiko selbst

haben seit lange die Rettung von europäischer Einwanderung erwartet. Aber die Einwanderung setzt einen gesicherten Rechtszustand, oder mindestens die Herrschaft einer Partei voraus welche der Einwanderung günstig ist. Auch diese Voraussetzungen waren nirgend vorhanden. Die Verzweiflung hat centralamerikanische Parteien schon in früheren Jahrzehnten dahin getrieben das Land verschiedenen europäischen Fürsten anzubieten; und als es keiner unter seine Herrschaft nehmen wollte, als auch die Vereinigten Staaten die Aufnahme abwiesen, kam es endlich im Verlaufe innerer Parteikämpfe zu jener Ueberantwortung an den Freibeuter William Walker, dessen Unfähigkeit allein Schuld ist daß es ihm nicht gelang Centralamerika eine feste Ordnung zu geben. Mexiko bot einem siegreichen Generale der Vereinigten Staaten die Herrschaft an, und den principiellen Republicanern, deren einige wenige in allen diesen Ländern vorhanden sein mögen, blieb nichts übrig als auf die Vereinigung mit der nordamerikanischen Union zu hoffen.

In der That war für Mexiko nur die Wahl zwischen der Monarchie unter fremdem Fürsten und dem Aufgehen in das anglo-amerikanische Reich übrig geblieben. So hat man auch in den Vereinigten Staaten die Sache seit lange angesehen, und die Alternative ist in Anwesenheit des Verfassers an manchem Wachtfeuer der aus Missouri und Texas nach Chihuahua, Durango oder Monterey ziehenden Handelscaravanen discutirt worden. Dem anglo-amerikanischen Urtheile wird man es nicht verübeln können, wenn es geneigt war dem mexikanischen Volke zuzumuthen, daß es das Aufgeben der nationalen Unabhängigkeit der Monarchie vorziehe; begreiflich aber ist es, daß es in Mexiko Menschen giebt welche

die Sache umgekehrt ansehen. Wie sehr mußte diese Meinung die Oberhand bekommen in einem Augenblicke, in welchem durch die innere Zerrüttung der Vereinigten Staaten der entgegengesetzten Meinung der Boden unter den Füßen schwand! —

In Mexiko indessen hat es nicht nur schon lange eine monarchische Partei gegeben, sondern diese Partei hat auch seit längerer Zeit schon auf der einen Seite ihre Hoffnung auf Frankreich gestützt, auf der anderen ihre Blicke auf einen Prinzen des österreichischen Kaiserhauses gerichtet. Schon in der allerersten Zeit der Regierung Napoleons III. haben politische Flüchtlinge aus Mexiko die der Verfasser in Californien getroffen, sich mit der Hoffnung getragen durch den Kaiser der Franzosen wieder in ihr Vaterland zurückgeführt zu werden, und derselbe Don Gutierrez de Estrada, welcher, indem diese Zeilen geschrieben werden, den Erzherzog Maximilian, jetzigen Kaiser von Mexiko, zu Miramare im Namen der mexikanischen Nation anredet, hat bereits vor einer ganzen Reihe von Jahren daran gearbeitet das jetzt erreichte Ziel herbeizuführen.

Aus allem Bisherigen geht hervor daß Napoleon III. in Wahrheit sich vorhandener Bedürfnisse angenommen und vorhandener Anschauungen und Bestrebungen bemächtigt hat, indem er für die Errichtung eines mexikanischen Thrones und seine Besetzung mit einem österreichischen Erzherzoge handelnd aufgetreten. Auch in diesem Falle aber wie in anderen hat der Geist dieses Mannes das einzelne geschichtliche Verhältniß mit dem Ganzen der gegenwärtigen Weltlage in Verbindung zu setzen gewußt; und wie auch der Beurtheiler über Zwecke und Mittel denken mag: der große Charakter des Planes,

der Zusammenhang aller Theile, der in die Verhältnisse eindringende Blick und die Sicherheit des Verfahrens müssen Bewunderung erregen. Und der Grund zu dieser Bewunderung würde stehen bleiben, selbst wenn in dem Systeme des Unternehmens ein trügerisches Glied wäre, durch dessen Falschheit das Ganze dem allgemeinen Schicksale menschlicher Dinge, auch der größten, frühzeitig zugeführt würde.

Die mexikanische Politik Napoleons III. gehört in einen Vorgang der Weltgeschichte welcher in den Napoleoniden zu einem traditionellen Bewußtsein gelangt ist, — einem Bewußtsein dessen instinctmäßige Anfänge von dem jetzigen Träger desselben geerbt wurden, und dessen weitere Entwickelung sich wahrscheinlich auf die kommenden Herrscher Frankreichs vererben wird. Verschiedene Züge der französischen Politik unter dem ersten Napoleon, welche der Welt als isolirte Einfälle oder zufällige Handlungen erscheinen mögen und wohl auch keinen anderen Zusammenhang als den eines höheren historischen Instinctes gehabt haben, sind nothwendige Glieder dieses Systemes. Wir rechnen dahin die egyptische Expedition, die Abtretung Louisiana's, die Familienverbindung mit dem Hause Habsburg, und in der That alle jene Bewegungen des außerordentlichen Mannes in welchen sich eine kommende Weltordnung der vorausgehenden Zeit symbolisirt hat.

Die Zeit des Kolonialbesitzes geht für die europäischen Staaten zu Ende. Wer in der Gründung eines mexikanischen Kaiserthums unter einem Fürsten von europäischer Geburt den Anfang einer Rückkehr Amerika's in europäische Abhängigkeit erkennen wollte, wäre in seinem Urtheile nicht zurechnungsfähig. Es giebt freilich Ansprüche die nie

aufgegeben werden; es sind dies aber solche die auch nie in Erfüllung gehen. Europa hat es hinfort jenseits des atlantischen Meeres mit einem selbständigen amerikanischen Staatensystem zu thun, welches in nicht ferner Zeit dem europäischen an Macht gleichstehen und etwas später dasselbe übertreffen wird. Die Zeit wird auch nicht allzu fern sein in welcher Canada und die australischen Kolonien sich von England losreißen. An der Südspitze Afrika's haben die aus der Capkolonie ausgewanderten Boers gleichfalls mit einer selbständigen Staatenbildung den Anfang gemacht. Die Zeiten der Koloniegründung und des Kolonialbesitzes im bisherigen Sinne sind vorüber. Wo europäische Nationen mit ihrem eigenen Menschenmaterial in andern Welttheilen Pflanzstaaten gegründet, sind diese entweder schon selbständig geworden oder sie gehen der Selbständigkeit entgegen, und eine beklagenswerthe Täuschung Europa's würde es sein, zu glauben daß diesem Vorgange Einhalt gethan, oder gar daß er rückgängig gemacht werden könne. Eine andere Aufgabe ist statt dessen den europäischen Großmächten geworden, nämlich die der Beherrschung und Civilisirung der halbbarbarischen Nationen der alten Welt selbst, und namentlich Afrika's, wo Frankreich damit den Anfang gemacht. Hier ist es wo sich der Zusammenhang der egyptischen Expedition mit der Abtretung Louisiana's zeigt. Diese letzte ist der Rückzug von der Betheiligung am amerikanischen Kolonialbesitz welcher unzeitgemäß geworden, die erste der Beginn einer französischen Politik welche sich auf das Mittelmeer und seine Küstenländer, und namentlich auf die Herrschaft über Nordafrika bezieht, wo von Algier wie vom Senegal aus ein großes franco-afrikanisches Reich in der Bildung begriffen ist. Und diese Politik wieder hängt

mit einer unvermeidlichen Wandelung im Verhältniß Frankreichs zu Oesterreich zusammen, — eine Wandelung welcher Napoleon I. durch seine Verbindung mit Marie Louise, Napoleon III. durch seine politische Freundschaft für Maximilian I., Kaiser von Mexiko, Ausdruck, vielleicht nur einen symbolischen Ausdruck gegeben.

Man kann die Rolle welche Frankreich in den außereuropäischen Aufgaben der Weltpolitik spielt, auf scharfe und bestimmte Weise bezeichnen. Frankreich, kann man sagen, ist aus der Reihe der kolonisirenden Mächte heraus und an die Spitze der civilisirenden getreten. Die Aufgabe ist eine in vielen Beziehungen entgegengesetzte. Kolonisirung ist wesentlich ein ostwestlicher, Civilisirung ein westöstlicher Geschichtsvorgang; und wenn zur Leitung und Beherrschung des ersten Processes England den höchsten Beruf hatte, so gilt von Frankreich das Nämliche in Bezug auf die Führung des zweiten. Dies entspricht nicht nur der Zeit, sondern auch dem Geist und Charakter der französischen Nation.

In Mexiko indessen war in diesem Augenblicke etwas zu leisten, was zwischen Kolonisirung und Civilisirung in die Mitte fällt.

Die ehemaligen spanischen Kolonien, welche mit wenigen Ausnahmen nicht aus eigenen Kräften mit der Civilisation unseres Jahrhunderts Schritt halten können, bedürfen mehr oder minder einer zweiten Kolonisation. Texas, Neumexiko, Californien, Florida, das spanische Louisiana: — alle diese ehemals spanischen Ansiedlungen sind einer anglo-amerikanischen oder deutschen zweiten Kolonisation unterworfen, welche in diesem Augenblicke noch fortdauert. Halbfertige Kolonien, welche als unreife Früchte vom Baume gefallen, bedürfen einer

von Außen gegründeten Ordnung, unter deren Schutze sie durch fortgeführte Einwanderung vollends zu innerer Reife gelangen. Und wenn nun civilisatorische Herrschaft dem französischen, kolonisatorische Einwanderung aber dem germanischen Charakter entspricht: hat dann nicht Frankreich in Mexiko seine Aufgabe verstanden, indem es eine Ordnung zu begründen suchte unter deren Schutze das Land einer wesentlich germanischen Einwanderung eröffnet werden soll? —

Die Rolle welche Frankreich in dieser Angelegenheit gespielt hat, entspricht also dem culturgeschichtlichen Charakter der französischen Macht und kann unter Umständen und bei richtigem Verständniß auch den Interessen der Weltpolitik entsprechen. Wir müssen, um den Sinn dieser Bemerkung klar zu machen, über den Zusammenhang dieser Interessen einen Blick werfen.

Indem auf der einen Seite ein selbständiges amerikanisches Staatensystem entstanden ist, auf der anderen eine tief in die europäischen Angelegenheiten eingreifende russische Macht sich gebildet hat; — indem ferner im Innern des europäischen Systemes das deutsche und das polnische Reich verschwunden sind: — hat sich durch zwei positive und zwei negative Thatsachen die Gestalt der politischen Welt verändert. An die Stelle eines europäischen Staatensystems ist ein allgemeines politisches Weltsystem getreten; an der Stelle Deutschlands aber ist Frankreich in die Mitte der allgemeinen Staatenordnung gekommen. Die deutschen Mächte welche bei der Theilung Polens mitgewirkt, sind für diese große Wendung der Geschichte verantwortlich. Ohne diese Theilung hätte der deutsche Dualismus nicht seine schädliche Gewalt erlangt; ohne diese Gewalt wäre das deutsche Reich nicht zu Grunde

gegangen; ohne die Vernichtung des deutschen Reiches wäre Rußland nicht geworden was es ist, und ohne alle diese Vorgänge im Zusammenhang würde noch auf lange Zeit Amerika für uns nichts als ein fremder Welttheil gewesen sein mit dem wir Handel treiben. Die Geschichte indessen ist nun einmal nicht conservativ. Sie vernichtet alte und schafft neue Staatenverhältnisse, wie sie alte Generationen begräbt um neuen Platz zu machen. So ist auch Frankreich, nach langen vergebenen Anstrengungen, endlich von selbst in die culturgeographische und damit politische Stellung gekommen welche durch so viele Jahrhunderte Deutschland eingenommen hat.

Eine solche Stellung hat ihre außerordentlichen Vorzüge wie sie ihre außerordentlichen Ansprüche an politische und culturgeschichtliche Leistungen macht. Indem das deutsche Reich aufhörte dieser Leistungen fähig zu sein, mußten ihm auch die Vorzüge der Stellung verloren gehen. Frankreich hat sie geerbt. Diese Vorzüge aber beruhen in der fast immer gegebenen Möglichkeit, die großen Gegensätze der politischen Mächte neutralisiren zu können. Die geographische Lage im Verhältniß zu allen Gliedern des ganzen politischen Weltsystemes ist für diese Möglichkeit eine der Grundbedingungen. Wenn aber Frankreich diesem Vortheil auch noch das Verständniß der geistigen Bedingungen und Erfordernisse hinzufügt, ist die Benutzung einer hohen Gunst der Geschichte in seine Hand gegeben. Zu den Anforderungen einer solchen Stellung gehört die Aufgabe, von der Mitte aus ein Gleichgewicht zwischen den äußeren Gliedern des politischen Systemes herzustellen und zu erhalten, weil eben durch dieses Gleichgewicht allein die Neutralisation feindlicher Kräfte möglich

ist. So ist für eine umfassende französische Politik die Aufgabe entsprungen, zu bewirken daß Amerika mit dem rechten Gewichte und in der rechten Weise in dieses allgemeine politische Weltgleichgewicht falle. Amerikanische Macht zu fördern, aber in einer Weise zu fördern welche Amerika in die europäische Politik hereinzieht, — in einer Weise zu fördern welche es möglich macht amerikanische Verhältnisse und Interessen in die Berechnungen der europäischen Politik zu bringen, — in einer Weise zu fördern welche den spröden amerikanischen Stoff geschmeidig macht, — in einer Weise zu fördern welche England die Hand bindet und Frankreich die Hand frei läßt: — das mußte zu den Zielen Napoleonischer Politik gehören, und muß sich in der französischen Politik der nächsten Zukunft als leitender Gedanke erhalten. Man wird vielleicht einwenden daß hierbei mindestens die Förderung amerikanischer Macht als sehr zweifelhafte Absicht betrachtet werden müsse, — zweifelhaft als Zweck, zweifelhaft als Mittel zu anderen Zwecken, und zweifelhaft in ihrem Erfolge. Wir werden mittelbar auf diese Zweifel zurückkommen. Hier wollen wir einstweilen nur daran festhalten, daß die französische Politik in Amerika eines Punktes bedurfte um mächtigere Hebel als die des diplomatischen Verkehres mit Washington und allenfalls mit Richmond, oder die der kleinen Intrigue im Parteiwesen ansetzen zu können, und daß nur Mexiko ihr auf die Dauer diesen Punct darbieten konnte.

Zu diesen Gesichtspunkten mußten noch andere von nicht geringerer Bedeutung kommen. Der Verlauf der culturgeschichtlichen Bewegung hat es mit sich gebracht, daß der große Weltverkehr, welcher nach der Entdeckung des Seeweges nach

Ostindien und der Auffindung der neuen Welt für einige Jahrhunderte fast ganz auf das Meer gelenkt worden war, in unseren Tagen zum Theil wieder auf ältere Wege durch die inneren Räume der alten Welt zurückkehrt. Dadurch haben vor allen die Gegenden des Mittelmeeers wieder eine erhöhte und steigende culturgeschichtliche und politische Bedeutung erhalten. Dem entsprechend sehen wir rings um das große Wasserbecken dessen Küstenländer die Sitze der höchsten Bildung des Alterthumes gewesen sind, eine Reihe von Veränderungen eintreten welche eine Erneuerung alter culturgeographischer Stellungen in Aussicht bringen. Der steigende Einfluß der Europäer in ganz Nordafrika von Marokko bis nach Egypten, die Eroberung und Kolonisation von Algier, der Suezcanal und der Bau einer Eisenbahn längs dem Nilthale, die europäische Einmischung in die Angelegenheiten des Libanon, der allgemeine Verfall der türkischen Macht und die steigenden Lebensregungen in den südslavischen Völkern, die Entstehung des Königreichs Griechenland, die Umgestaltung Italiens, die Fortschritte der Civilisation in Spanien, und selbst, um das ferne östliche Iberien mit dem westlichen zusammenzustellen, die Kämpfe im Kaukasus: alle diese Vorgänge gehören einem großen Regenerationsprocesse der gesammten mediterraneischen Welt an.

Und hier ist es nun abermals Napoleon III., welcher diesen Vorgang zuerst in seiner Gesammtheit und im Zusammenhange mit anderen Weltinteressen ins Auge gefaßt und zu einer der wichtigsten Grundlagen seiner Politik gemacht hat. Die Geschichte zu verstehen und sich an ihren Bewirkungen zu betheiligen, ist der große Weg zur Macht. Indem die Cultur, als Rückschlag gegen die zwischen dem

Untergange des römischen und dem des deutschen Reiches liegende Periode nordischen Uebergewichtes, sich in unseren Tagen wieder nach Süden zu ziehen beginnt, hat die Geschichte die leitende Macht der kommenden Periode neu ausgeboten, und ist im Begriffe sie der Nation zuzuschlagen von welcher ihre Absichten am vollständigsten und frühesten verstanden und aufgenommen werden. Der Kaiser der Franzosen wendet seiner Nation den Vortheil zu sie am vollständigsten und frühesten verstanden und seine Politik damit verschmolzen zu haben. Zur Vollbringung der damit übernommenen Aufgabe hat er es aber hauptsächlich mit dem Material der romanischen Völker zu thun. Dem Romanismus in Amerika eine Stütze zu bieten an welcher sich der Romanismus in Europa emporrichten kann, wie unzweifelhaft der Germanismus in Europa dem germanischen Amerika höchst wesentliche verjüngende Einflüsse verdankt, dies ist unzweifelhaft einer der Gedanken welche sich in dem mexikanischen Unternehmen zu einem Ganzen zusammengefügt haben. Nur ist der Romanismus allein weder befähigt noch berufen wieder eine herrschende Rolle zu spielen: auch diese Wahrheit ist in der französischen Politik zur Anerkennung gekommen. Es ist schon selbst eine Mischung von romanischem und germanischem Geiste die in dieser Politik zum Ausdruck gelangt ist. Oesterreich aber, als der auf deutscher Seite stehende Vermittler zwischen dem Romanismus und dem Germanismus, Oesterreich als der deutsche Staat welcher unter allen allein an die mediterraneische Culturregion stößt und in der Zukunft derselben betheiligt ist, mußte auch in dieser Beziehung dem Kaiser der Franzosen als das politische Element erscheinen welches zu einem Gliede in dem großen Plane gemacht

werden mußte. Damit wurde das Unternehmen Deutschland näher gebracht, ohne dessen Auswanderer der Zweck nicht erreicht werden kann.

Von der gewöhnlichen politischen Kannegießerei ist die Begünstigung eines habsburgischen Prinzen in der Besetzung des mexikanischen Thrones von Seiten Napoleons III. als ein nur auf kleinere Zwecke berechneter politischer Kniff aufgefaßt worden, und daß dabei auch nur schlechte Zwecke vorausgesetzt wurden, versteht sich fast von selbst. Es ist aber doch wohl nicht wahrscheinlich, daß ein kleiner Kniff von selbst sich zum wesentlichen Gliede in einem großen politischen Systeme macht. Ganz im Gegentheile, wenn der Kaiser der Franzosen, in dieser wie in anderer Unternehmung, der Beurtheilung eine schwache Seite darbietet, so ist es die, über großen Gedanken kleine aber mächtige Thatsachen zu vergessen.

So weit der Gedanke. Betrachten wir nun wie zu seiner Ausführung bis jetzt die Weltverhältnisse benutzt worden sind.

War der Gedanke auch seit längerer Zeit allmälich herangereift, so wäre der Versuch seiner Ausführung ohne Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges doch ein hoffnungsloser gewesen. Aber daß die beiden durch verschiedene gesellschaftliche Einrichtungen sich so schroff gegenüberstehenden Theile der Union früher oder später zum offenen Kampfe kommen würden, war nicht allzu schwer vorauszusehen. Auch daß der Kampf, einmal begonnen, ein hartnäckiger werden würde, konnte der Kenner der Verhältnisse sich sagen. Wir lassen die Richtigkeit der im Senate zu Washington vorgebrachten Behauptung, daß gewisse Vorbereitungen für das mexikanische Unternehmen mit gewissen Vorbereitungen zur

Empörung der Südstaaten in Verbindung gestanden, dahingestellt sein. In gleicher Weise lassen wir es unentschieden, ob der Kaiser der Franzosen die in England anfänglich herrschende Meinung getheilt daß der Süden der Vereinigten Staaten bald seine Unabhängigkeit erringen und eine dem Norden mindestens ebenbürtige Macht gründen werde. Die europäische Reaction allerdings trug sich mit allen den Täuschungen welche aus der Verwechslung der Wünsche des Herzens mit den Thatsachen der Wirklichkeit entspringen. Mit dem amerikanischen Republicanismus, glaubte man, sei es vorüber; die junge amerikanische Macht, von welcher sich die alte Welt bedroht sah, sei gebrochen. Und man beurtheilte die Dinge so durchaus verkehrt daß man die sklavenhaltende Aristokratie des Südens für bereit hielt zur Monarchie überzugehen. Die Gründung eines habsburgischen Thrones in Mexiko betrachtete man von dieser Seite als den entscheidenden Schachzug, um dem amerikanischen Republicanismus überhaupt ein Ende zu machen.

Es kommt uns nicht in den Sinn zu glauben daß Napoleon III. so thörichte Ansichten getheilt habe. Nicht daß wir Gründe haben ihn für einen besonderen Freund der Republik zu halten, habe sie in Europa oder Amerika ihren Sitz: wohl aber daß wir zu der Ueberzeugung Gründe haben, er habe von der dem amerikanischen Leben innewohnenden Kraft zu klare Begriffe gehabt um sich so sehr zu täuschen, und er sei weit darüber hinaus Staatsformen als eine principielle Angelegenheit zu betrachten. Ein Herrscher welcher so wie Napoleon III. die politische Zweckmäßigkeit in eigener Person vertritt, kann auch die Staatsformen nur als eine Frage der Zeit, des Ortes und der Verhältnisse betrachten,

und kann niemals die Unähnlichkeit der Bedingungen verkannt haben welche europäischen und amerikanischen Staatsformen zu Grunde liegen. Aber allerdings finden wir es natürlich daß ein übermächtiger Republicanismus, der sich widerstandslos die ganze neue Welt unterwürfe, auch dem europäischen Monarchismus überhaupt, und dem französischen Imperialismus insbesondere bedrohlich erscheinen müßte, und daß von dem Bändiger der französischen Parteien mit Genugthuung die Gelegenheit ergriffen wurde auch den amerikanischen Republicanismus in gewisse Schranken einzuschließen. Wir haben gezeigt wie in den mexikanischen Zuständen diese Gelegenheit fertig dalag. Der Ausbruch des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten machte es möglich sie zu benutzen.

Die Art wie von Frankreich zur Erreichung dieses Zweckes England und Spanien hinzugezogen worden sind, ist wohl berechnet gewesen, und so kurz die Gemeinschaft gedauert, hat sie mindestens einem Theile der dabei gehegten Absichten gedient. Die Hervorhebung Spaniens, welche auch auf anderen Schauplätzen, wie in Hinterindien und Marokko, mit auffallender Absichtlichkeit bewirkt wurde, ist ein Glied in der antipentarchischen Politik welche aus natürlichen Gründen zum Wesen des imperialistischen Systemes gehört. Das Abspringen Spaniens gehört in seinen Veranlassungen einem sehr untergeordneten Gebiete der Politik an. Spanien ist aber bei der Expedition gewesen, — diese Thatsache kann nicht rückgängig gemacht werden; und die Erfahrungen welche diese Macht in Santo Domingo gemacht, haben ihr zugleich die Lehre gegeben, daß sie sich übernimmt wenn sie wieder eine selbständige amerikanische Politik oder gar einen erneuerten Kolonialbesitz ins Werk setzen zu können glaubt.

Indem außer Spanien sogar England zugezogen wurde, verbarg sich in bescheidener Weise die Stellung welche Frankreich als oberster Mediator der politischen Welt für sich geltend zu machen sucht; der Stachel des Mißtrauens und der Eifersucht wurde abgestumpft, und gleichwohl war England auf die Rolle eines Begleiters der Bewegungen Frankreichs und auf ein gleiches Niveau mit Spanien herabgesetzt. Der Rücktritt Englands ist wohl einentheils der Unmöglichkeit zuzuschreiben, in der sich eine englische Regierung dem Volke gegenüber befinden mußte in dieser Begleitung und Herabsetzung allzu weit zu gehen, anderntheils ganz gewiß sehr beachtenswerthen materiellen Erwägungen, insofern zwar Frankreich aber nicht England hinter seinen Ausgaben für dieses Unternehmen einen Nutzen zu finden hoffen mochte. Für die französische Politik aber war zwischen dem Rücktritte Englands und einer von Anfang dem Unternehmen feindlichen Stellung dieser Macht ein weiter Unterschied, und durch die Zuziehung derselben wurde die Gefahr einer solchen Stellung vermieden. Vom englischen Standpunkte war der Rücktritt weise; Frankreich aber hatte nichts desto weniger einen wesentlichen Zweck erreicht.

Im allgemeinen mögen die auf die amerikanische Politik bezüglichen gegenseitigen Bewegungen der französischen und englischen Politik wohl zu den einfachsten und dennoch feinsten Combinationen unserer Zeit gehören. Sie sind einem stillen Dialoge zu vergleichen, der oft nichts als ein doppelter Monolog ist, und dessen lautlose Lippenbewegungen mit dem Auge entziffert werden müssen. So harmlos die Unterhaltung erscheint, so gefährlich ist sie, denn die amerikanische Politik ist das Feld auf welchem für England die großen Niederlagen

bevorstehen. Der wesentliche Theil der amerikanischen Politik Frankreichs ist in seinen wahren Zielen gegen England gerichtet, und so gut die letztere Macht die ihr gelegten Schlingen zu umgehen gewußt hat, so sicher wird die Zeit kommen wo die französischen Zwecke erreicht werden. Zwei oder drei mal seit dem Ausbruche des südlichen Aufstandes ist England gedrängt worden, sich mit Frankreich zur Anerkennung der Südstaaten zu vereinigen. Was hilft es aber ersterer Macht daß sie, dank dem Abolitionismus des Grafen Russell und eines großen Theiles des englischen Volkes, der Versuchung widerstanden eine Maßregel anzunehmen, die auf Englands jetzigen und künftigen Nachtheil berechnet war? — Die amerikanischen Verhältnisse in ihrer Beziehung auf England liegen so, daß man nicht weiß was diesem Lande nachtheiliger sein wird: die vollständige Trennung oder die Wiederherstellung der Union. Der Bürgerkrieg hat der amerikanischen Land- und Seemacht eine Entwickelung gegeben welche ohne diesen riesenmäßigen Kampf vielleicht in einem Jahrhundert nicht zu Stande gekommen wäre. Die Unabhängigkeit des Südens und die Festigung einer mexikanischen Macht müssen, wenn sie eintreten, geeignet sein jene militärische Kraft zu erhalten und weiter zu entwickeln, sowie innere politische Zustände herbeizuführen welche eine auswärtige Verwendung der Kraft zulassen. Durch eine solche ist aber immer vorzugsweise England bedroht, dem nun einmal der ganze nationale Haß des Volkes der Vereinigten Staaten geweiht ist. Schon der Einfluß des irischen Elementes, welches immer für Frankreich und gelegentlich auch für Rußland Partei zu nehmen bereit ist, entscheidet zu Ungunsten Englands und im Interesse der französischen Zwecke. Das Schlimmste aber

für England ist, daß durch die Folgen des amerikanischen Bürgerkrieges seine Zukunft jedenfalls bedroht wird, gleichviel ob der Ausgang die Theilung oder die Wiedervereinigung der Union sein wird, — gleichviel ob das mexikanische Kaiserthum sich hält oder nicht hält. Mexiko wird niemals eine die Weltverhältnisse bestimmende Seemacht werden; selbst die südlichen Staaten der jetzt zerrissenen Union werden schwerlich sich dazu herausbilden, wenn sie auch ihre Unabhängigkeit behaupten sollten. Ihre jetzigen Kriegsschiffe sind nur zum kleinsten Theile zu Hause gebaut und von Einheimischen bemannt, und selbst das darauf verwendete Capital ist zum Theil ein fremdes. Eine Handelsmarine von Bedeutung haben sie, wenn man Neu-Orleans abrechnet, bis jetzt nicht gehabt, und selbst ihr gesetzwidriger Sklavenhandel wurde von nördlichen Rehdern in nördlichen Fahrzeugen auf nördliche Rechnung betrieben. Amerika als Seemacht ist gleichbedeutend mit der Seemacht der Nordstaaten, welche durch den Bürgerkrieg sich zu einer solchen Höhe erhoben hat daß sie, mit der französischen verbunden, der englischen mehr als gewachsen wäre. Dies bleibt sich gleich ob die Union wieder hergestellt wird oder nicht, und diese Seemacht ist disponibel so wie, auf welche Weise es auch sei, der Krieg sein Ende erreicht haben wird. Und während nun die Verhältnisse so liegen daß aus ihrem weiteren Verlaufe für die Engländer unter keinen Umständen ein Vortheil entspringen kann, hat die französische Politik sich die Möglichkeit des Vortheiles in jedem Falle offen erhalten. Alles zusammengefaßt kann man sagen: Frankreich hat bei der Einmischung in die amerikanische Politik zu gewinnen, England zu verlieren; deshalb hat Napoleon III. England veranlaßt sich an der mexikanischen

Expedition zu betheiligen, und deshalb hat er, wenn auch bisher vergebens, sich bemüht die britische Macht noch weiter in die transatlantischen Vorgänge zu verwickeln.

Die mexikanischen Parteien boten dem Kaiser der Franzosen nur eine einzige Handhabe dar: die aristokratisch-clericale Partei. Die mexikanischen Radicalen haben theils zu sehr in den ewigen Unruhen ihren Vortheil zu finden gewußt oder sich über die Möglichkeit des Erfolges aus eigner Kraft zu sehr getäuscht, theils waren sie, wie gerade der ehemalige Präsident Juarez, schon viel zu tief in die mit den Vereinigten Staaten gepflogenen Annexionspläne verwickelt, als daß sie für die Begründung einer monarchischen Staatsordnung mit einem fremden Fürsten hätten gewonnen werden können. Es war also für die Ansetzung eines Hebels keine Wahl gegeben, und wie sehr man vielleicht Recht haben mag zu behaupten, daß gerade die höheren Classen der mexikanischen Gesellschaft, mit einzelnen rühmlichen Ausnahmen, das schlechtere Material zum Aufbau einer kräftigen und zukunftversprechenden Staatsgewalt darbieten, so war es dennoch durch die Umstände bedingt an dieser Stelle anzuknüpfen. Die kräftigeren Elemente einer versinkenden Nation mögen Muth genug haben sich dem Eindringen fremden Lebens entgegenzustellen, ohne daß sie darum stark genug sind aus eigner Kraft ein verjüngtes selbständiges Leben zu erzeugen. Wenn aber vollends die wahren mexikanischen Fortschrittsmänner, mit Juarez an der Spitze, als letztes Rettungsmittel nichts anderes als die Annexion an die Vereinigten Staaten im Hinterhalte haben, — was ist der Unterschied zwischen der von Außen gebrachten Monarchie und der von Außen geretteten Republik, was ist dieser Unterschied in

nationaler Beziehung und abgesehen von dem abstrakten Werthe einer Staatsform, welche für das eine Land passen, für das andere nicht passen mag? Daß für den amerikanischen Republicanismus dieser Unterschied so viel wie alles ist, versteht sich von selbst, und jeder Anhänger des Republicanismus überhaupt wird ebenso urtheilen. Das ist aber ein Urtheil vom Standpunkt einer andern Nation, und einer Partei der das mexikanische Nationalinteresse Nebensache ist. Das objective Urtheil der Geschichte ist davon unabhängig. Wenn das französische Unternehmen indessen in Mexiko nur an die Elemente anknüpfen konnte welche mit mehrem oder minderem Rechte reactionär genannt werden müssen, so entscheidet dies nichts über den Geist in welchem das neue Reich zu gründen und zu lenken ist. Dieser Geist wird sich als Ergebniß der Verhältnisse und nach den unabweisbaren Erfordernissen einer unvermeidlich schwierigen Lage aus sich selbst geltend machen, und wir zweifeln daran daß zur Pflege doctrinärer Marotten, seien sie reactionäre oder radicale, die nöthige Wahl und Muße gegeben sein wird. Die Bedingungen des Gelingens sind für dieses gewagte Unternehmen nicht so vielfältig, daß in der Hauptsache mehr als ein Weg des Erfolges offen stände. Dieser Weg ist der der kräftigen realistischen Entwickelung und der Stützung auf die Elemente der Nation welche sich vorzugsweise zu Trägern dieser Entwickelung eignen. Mit Recht hat darum auch der neue Kaiser in seiner Anrede an die mexikanische Deputation von „den Traditionen jenes kraft- und zukunftvollen neuen Continentes“ gesprochen, welche aber keineswegs gerade im Geiste der Partei leben die zum Mittelgliede zwischen dem mexikanischen Elend und der französisch- österreichischen Rettung geworden ist.

Diese Partei hat eben nur als solches Mittelglied eine momentane Bedeutung.

Die Hoffnungen des Erfolges einer von Außen gegründeten Regierung müssen der Natur der Sache nach auf einer Stellung über allen Parteien und Volksbestandtheilen beruhen. Ohne diese höhere Stellung ist die neue Ordnung an das ungewisse Schicksal des Parteikampfes gebunden, und selbst wenn dieses letztere nicht ein ganz ungünstiges sein sollte, wird dem neuen Regenten die Vollbringung vieler der wichtigsten Aufgaben zur Entwickelung des nationalen Lebens erschwert oder unmöglich gemacht. Wird daher die höhere Stellung mit Geist und Kraft eingenommen, dann ist der fremde Ursprung eines Fürsten eher ein Vortheil als ein Nachtheil für die Festigkeit seiner Stellung und die Vollbringung seiner politischen Pflichten. Die Nationalitätstheorie mag sich gegen diesen Satz erheben: die Geschichte und die menschliche Natur beweisen aber seine Richtigkeit. Wenn Völker sich in erfolglosen Parteikämpfen erschöpfen, dann fehlt es ihnen an der Uebermacht einer Person, einer Familie, einer Classe oder einer Partei, welche im Stande ist der Krystallisationskern für eine feste Ordnung zu sein. Ein Hauptübel zerrütteter und rückgängiger Völker ist die Eifersucht und der Neid zwischen den verschiedenen Bestandtheilen der Gesellschaft, — die Eifersucht und der Neid welche keine Uebermacht und Autorität irgend einer Art aufkommen lassen. In solchen Zuständen haben nicht selten die Völker sich einen Fremden zum Fürsten gesetzt. Die Vertreter des Nationalitätsprincips mögen es verwerflich finden daß die Griechen zum zweiten male in unsern Tagen einen Deutschen zum Könige erhalten haben. Sie vergessen daß

der erste König von Athen auch ein Fremder, nämlich ein Egypter war. Noch heute macht die national-russische oder moskowitische Partei ein Princip daraus, daß das russische Volk wegen rühmlicher innerer Gleichheit sich die Herrschaft von Außen verschreiben mußte. Man lese darüber die interessanten Bekenntnisse Constantin Aksakoffs in Bodenstedts russischen Fragmenten. Und hat nicht selbst „das freie England" eine deutsche Dynastie, hat nicht das mit Deutschland Krieg führende Dänemark einen Deutschen als König über sich? — Unter allen fremden Nationalitäten ist für ein spanisch-amerikanisches Land die deutsche die geeignetste einen Fürsten, und durch den Fürsten eine wünschenswerthe Einwanderung zu liefern. Thatsächlich weiß sich im spanischen Amerika die deutsche Nationalität unter allen fremden Nationalitäten in der Achtung und Zuneigung der Bevölkerung am besten geltend zu machen, und die Erinnerungen an eine einstige politische Gemeinschaft mit Oesterreich und Deutschland scheint sich in dem von der Weltbewegung entlegenen Leben der ehemaligen spanischen Colonien lebendiger erhalten zu haben als in Spanien selbst. Sieht doch überhaupt im Innern Mexiko's der Reisende sich oft auf die wunderbarste Weise durch die Sitten und Anschauungen der Menschen um mehrere Jahrhunderte zurückversetzt. „Somos hermanos" — „wir und die Deutschen sind Brüder": — das sind Worte mit denen der Schreiber dieser Zeilen mehr als einmal in Mexiko und Centralamerika begrüßt worden ist. Wir wollen nicht behaupten daß nicht ein Theil dieser guten Meinung auf der verschönernden Wirkung der Ferne in Zeit und Raum beruhe, und daß nähere und vervielfältigte Berührungen dieselbe gerade verbessern werden. Wir sind nicht blind gegen

die Fehler unseres Nationalcharakters, so wenig wie gegen die Vorzüge anderer Völker. Der Mexikaner hat sich, bei allem Verfalle des gesellschaftlichen und politischen Lebens und bei aller theilweisen Verwilderung durch das immer stärkere Hervortreten des indianischen Elementes und der gemischten Racen, doch einen großen Theil der Urbanität, der Würde und der feinen Formen des Umganges erhalten durch welche der Spanier des Mutterlandes sich in so hohem Grade auszeichnet, und in welchen wir unleugbar so sehr hinter den romanischen Völkern, als den näheren Erben einer älteren Cultur zurückstehen. Diese guten Sitten reichen in Mexiko bis in die unteren Classen der Gesellschaft hinab, und im Indianer haben sie sich mit einem alteigenthümlichen Sinne für Würde und Schicklichkeit verbunden von welchem unsere roheren Volkselemente jeden Augenblick beschämt werden können. Nichts desto weniger wird das Urtheil welches aus mexikanischem Munde so häufig den Anglo-Amerikaner trifft: „son barbaros estos hombres“ — unsere deutschen Landsleute in Mexiko auch in Zukunft bei größerer Vermehrung ihrer Zahl und bei vervielfältigten Berührungen vielleicht minder hart treffen.

Mit Recht hat Herr John de Havilland in seiner an richtigen Gedanken reichen politischen Denkschrift: „Le Mexique sous la Maison de Habsbourg“ eine starke Einwanderung germanischer Elemente als die Grundbedingung des Bestandes und Gedeihens des neuen Reiches bezeichnet. Es ist klar daß die deutsche Nationalität die einzige ist welche dabei in Betracht kommt. Engländer und Anglo-Amerikaner sind zu gewaltthätigen und sich überhebenden Charakters, und die ihnen eigenthümlichen Formen der Cultur gelten ihnen zu allein und ausschließlich als Maßstab der Bildungsstufe und

des Werthes der Menschen, als daß sie sich einem Volke wie das mexikanische anders als verhaßt machen werden, und als daß ihre Einmischung ein anderes als ein unglückliches Ergebniß haben könnte. Auch die protestantische Unduldsamkeit und Ueberhebung der beiden genannten Völker kommt dabei stark mit in Betracht. Der Deutsche, Protestant oder Katholik, steht in der Regel, auch bei der mangelhaftesten äußeren Bildung, in seiner inneren Bildung viel zu hoch als daß er von seiner Seite zu confessionellen Conflicten Veranlassung gäbe.

Deutscher Geist und deutscher Fleiß werden hauptsächlich das sein was Mexiko bedarf und was es nicht zurückstoßen wird. Eins dagegen möchten wir in dieser Beziehung nicht unterlassen hervorzuheben. Es wäre ein großer Irrthum daran zu denken, daß es für Mexiko die Aufgabe sein könnte in der europäischen Einwanderung eine bloße Zufuhr materieller Arbeitskraft zu suchen. Nicht an Händen sondern an Köpfen fehlt es Mexiko. Fleiß, technische Geschicklichkeit, Sinn für das Nützliche und Zweckmäßige: das allerdings müssen Einwanderer dem Lande zuführen; aber dies sind schon geistige, nicht physische Kräfte. Diese letzteren, auch mit der Anlage zu den ersteren, sind in der starken indianischen Bevölkerung des Reiches hinreichend vorhanden, und es fehlt dieser Bevölkerung nur an Anleitung, Aufmunterung und Antrieb durch Sicherstellung der Früchte nützlicher Thätigkeit, um aus ihr eine sehr tüchtige arbeitende Volksclasse zu schaffen. Ueberhaupt wird die Erziehung der Indianer eine Hauptaufgabe der neuen Regierung sein müssen. Die Geschichte der mexikanischen Civilisation seit der spanischen Eroberung hat einige Beispiele von Indianern aufzuweisen

welche sich als Gelehrte und Schriftsteller eine Stellung zu verschaffen gewußt haben, und die ältesten Quellen mexikanischer Geschichte sind, wie die bekannte Historia de los Chichimecas des Ixtlilcochitl, aus indianischer Feder geflossen. Dieser einheimischen Race des alten Mexiko fehlt es nicht an Fähigkeiten ungleich höherer Art als sie von der Negerrace jemals und irgendwo im Verlaufe von Jahrtausenden an den Tag gelegt worden wären. Die Beschreibung der altmexikanischen Cultur welche in den Briefen des Ferdinand Cortez aufbewahrt ist, giebt dafür ein mehr als hinreichendes Zeugniß. Und jenes alte Indianerreich hatte auch einen fleißigen Landbau, so gut wie eine die damaligen Spanier in so hohem Grade überraschende Industrie. Wenn diese von Natur nicht unbegabte Bevölkerung nachher durch eine gewaltsame mit fanatischem Unverstande durchgeführte Umbildung in ihrem Geist und ihrer Thatkraft gebrochen worden ist, so liegt die Schuld an dem spanischen Charakter, und an einem Systeme der Kolonialregierung welches dem Indianer allerdings den humansten Schutz gegen die Gewaltthaten der Eroberer und ihrer Nachfolger zu gewähren suchte, dazu aber Mittel anwendete durch welche die Männer eines heidnischen Staates zu Kindern einer christlichen Kolonie herabgesetzt wurden. Daß man damit den Kern indianischer Kraft nicht ganz zu zerstören vermochte, ist durch die Theilnahme des indianischen Elementes an den Unabhängigkeitskriegen und darauf folgenden Revolutionen außer Zweifel gestellt worden, und läßt sich noch weit mehr aus der verschlossenen und finsteren Haltung entnehmen durch welche sich das mexikanische Indianerthum, wo es noch, wie in mehreren Millionen, unvermischt besteht, in so auffallender Weise kennzeichnet. In Nicaragua,

wo die indianische Bevölkerung größtentheils mexikanischen Ursprungs ist und die nämliche Bildungsgeschichte mit ähnlichen Schicksalen durchgemacht hat, konnte der Schreiber dieser Bemerkungen die Indianer hinreichend als gute Feldarbeiter, Handwerker, Straßenbauer — letzteres freilich unter fremder Leitung — kennen lernen, und er erinnert sich des Urtheils eines in Honduras ansäßigen, das Land genau kennenden holländischen Kaufmannes und Schiffseigenthümers welcher ihm sagte: „Siedeln Sie sich irgendwo im Innern an, betrügen und mißhandeln Sie die Indianer nicht, erwerben Sie sich durch gute Behandlung, Treue in eingegangenen Verpflichtungen und zweckmäßige Anleitung zu nützlicher Thätigkeit deren Vertrauen, und Sie werden bald eine ganze Bevölkerung fleißiger Menschen um Ihre Wohnung versammelt sehen, deren Arbeitskraft Ihnen zu Gebote steht." Das noch ungemischte indianische Element ist aber in Mexiko wie in den anderen spanischen Kolonien durch alle Stufen der Mischung auf das innigste mit dem übrigen Theile der Bevölkerung verbunden, und die der Kolonialzeit entnommene, in den Beschreibungen sich noch immer fortpflanzende Schilderung des schroffen Gegensatzes der Kasten hat längst keine ihm entsprechende Wirklichkeit mehr. Bald nach den ersten Kämpfen des Unabhängigkeitskrieges nannten sich die Mexikaner, gleichviel welcher Racenschattirung sie angehören mochten, gemeinsam mit Stolz die Söhne Montezuma's — los hijos de Montezuma, — und als Schreiber dieses einmal gegen einen Bürger von Chihuahua sein Erstaunen über die Sympathie aussprach welche die Bevölkerung für die Heldenthaten eines Comanchehäuptlings an den Tag legte, erhielt er zur Antwort: „por que no? — son de nosotros", —

„weshalb nicht? sie sind ja von unseren Leuten.“ — Mehr als ein Mal hat der „Panther von Guerrero,“ wie das Volk den General Alvarez zu nennen pflegte, mit seinen Indianern von der Westküste die Politik des Landes entschieden. Kurz, dieses mexikanische Volk ist ein Ganzes, dessen zwei Hauptelemente — das spanische und das indianische — durch zahllose und unmerkliche Uebergänge verbunden sind, und von diesen Elementen ist das zweite, welches die Arbeitskraft des Landes liefert, das werthvollere und sittlich tüchtigere.

Was das spanische Element betrifft, so liegt in seiner Unfähigkeit der eigentliche Grund des traurigen Zustandes in welchen Mexiko gerathen ist, und dessen Hoffnungslosigkeit endlich zur Gründung des neuen Kaiserthumes geführt hat.

Man hat Mexiko „die amerikanische Türkei“ oder den „kranken Mann der neuen Welt“ genannt, und diese Bezeichnung ist wirklich eine ungewöhnlich glückliche und vielsagende. Es hat für unsern Gegenstand einen hohen Grad von Interesse, dem historischen Zusammenhange nachzuspüren welcher darin ausgedrückt ist. Man kann sagen der Keim zur Krankheit sei von den Spaniern aus ihrer Berührung mit dem Islam und ihrer Verschmelzung mit muhammedanischen Bildungselementen mit nach Amerika gebracht worden. Es ist also der nämliche Orientalismus welcher seinen Bankerott in der neuen Welt, wohin ihn die Spanier mit sich getragen, wie in der alten erklären muß. Während der spanische Geist durch die von diesem Princip ausgehenden Einflüsse zu der fatalistischen Richtuug gekommen ist, welche sich auf dem indianischen Boden der amerikanischen Kolonien erst recht entwickeln konnte und die Thatkraft des mexikanischen

Volkes gelähmt hat, ist auf der anderen Seite, durch den Gegensatz gegen die islamitischen Einflüsse und Elemente, der spanische Katholicismus zu der Intoleranz getrieben worden die, mit den nachwirkenden Beweggründen eifersüchtiger Kolonialherrschaft verbunden, den spanischen Kolonien das einzige Heilmittel gegen die beginnende Krankheit: — die Aufnahme neuer und gesunder Kräfte aus fremden Bevölkerungselementen, abgeschnitten hat. Die spanischen und portugiesischen Kolonialeroberungen haben in ihrem Schicksal eine entschiedene Aehnlichkeit mit dem vorübergehenden Glanze arabischer und türkischer Machtentfaltung.

Die Parallele zwischen den spanisch-amerikanischen Kolonien und den Ländern der Levante ist aber hiermit noch nicht erschöpft. Beide zeigen, obschon das historische Verhältniß in ihnen zum Theil sich umkehrt, die gleichen Elemente der abgenutzten Cultur und der ausgelebten Barbarei, welche älter sind als auf der einen Seite der Islam, auf der anderen das spanisch-amerikanische Christenthum. Wie im osmanischen Reiche tatarische Rohheit als Träger des Islam sich zum Herrn über byzantinische Hohlheit und Nichtigkeit als den Träger des orientalischen Christenthums gemacht hat, so hat im spanischen Amerika romanischer Formalismus als Träger des latino-iberischen Christenthums sich zum Herrn über indianische Halbcivilisation als den Träger eines barbarischen Heidenthums gemacht, und alle diese Elemente, welche, seien sie älteren oder neueren Datums, vom gleichen Dünkel aufgebläht sind und unter denen hier wie dort die Unfähigkeit mit der Unfähigkeit von neuem verzweifelt um die Herrschaft kämpft, gehen mit einander der gleichen Erschöpfung entgegen. Das ist der Zustand des kranken Mannes

der neuen wie des kranken Mannes der alten Welt. In beiden Fällen ist es auch der ältere unterdrückte Theil der Bevölkerung, im Osten der christliche im Westen der indianische wenn auch nicht mehr vorzugsweise heidnische, welcher aus der zunehmenden Ohnmacht des Unterdrückers neue Kräfte geschöpft hat ohne deshalb für sich selbst zu einer historischen Leistung befähigt zu sein, und in beiden Fällen ist ein zu immer größerer Uebermacht heranwachsender Nachbar vorhanden, in Osten Rußland im Westen das anglo-amerikanische Staatensystem, dem es nicht an Lust und Beruf fehlt dem wenig erfreulichen Schauspiel ein Ende zu machen. Die Politik anderer Mächte aber hat sich auf beiden Seiten in conservativem Sinne der Unfähigkeit angenommen: in der Türkei dadurch daß sie die türkische Macht zu erhalten sucht, in Wahrheit aber die Türkei vollends zu Tode civilisirt, — in Mexiko aber durch die Gründung des Kaiserthums, welches zwar seine ersten Wurzeln in den Boden des zu eigner Kraftentwickelung unfähigen Creolenthums schlagen muß, zu dessen weiterem Festwurzeln und Gedeihen aber der mexikanische Felsengrund nicht gute Erde genug besitzt, und das sich, wenn es bestehen und treiben will, diese Erde aus der Fremde zu verschaffen hat, sofern sich dies als möglich erweist.

Das Bedürfniß fremder Einwanderung wird mehr oder minder in allen spanisch-amerikanischen Ländern gefühlt; aber der hohle Dünkel durch welchen Hispano-Amerikaner sich selbst zu verblenden und vor der Welt lächerlich zu machen pflegen, verleitete hie und da die spanisch-amerikanischen, wie nicht minder die portugiesisch-amerikanischen Creolen zu der Selbstüberhebung, deutsche Einwanderer als untergeordnete

Arbeitskräfte, kurz gesagt als weiße Sklaven verwenden zu können. Aber nicht die mechanische Arbeitskraft, sondern der geistige Gehalt ist es welcher den latino-amerikanischen Ländern fehlt. Nicht Menschen die von ihnen, sondern Menschen von welchen sie zur nützlichen Thätigkeit angehalten und auf würdige und verständige Zwecke gelenkt werden, sind das was sie brauchen. Der mexikanische Geschichtschreiber Alaman hat in seinem Werke über die Losreißung Mexiko's eine Stelle in welcher er dem mexikanischen Creolenthume einen treuen Spiegel vorhält und dem neuen Kaiserthume im voraus eine Lehre gegeben hat. „Nur in seltenen Fällen“ — sagt dieser Schriftsteller — „folgten die Creolen dem Beispiele des Fleißes, der Ordnung und der Mäßigkeit durch welche ihre Väter sich Reichthum und Ansehen im Lande erworben hatten, und diese letzteren erzogen ihre Söhne auch keineswegs in der strengen Disciplin in der sie selbst im Mutterlande aufgewachsen waren und der sie ihre Erfolge im Leben verdankten. Ihr Streben ging dahin ihren Kindern eine mehr glänzende als solide Erziehung zu geben; und während die Väter ihren mitgebrachten Fleiß und ihre sparsamen Sitten fortsetzten, verbrachten die Söhne in der Regel den Reichthum welchen jene aufgehäuft. Nachdem sie sich auf diese Weise ruinirt, blieb ihnen, die zu eigner Anstrengung nicht Lust hatten, nichts als die Jagd nach Aemtern übrig, welche ihnen in dem faulen Leben eines Verwaltungsbureau's die Mittel der Subsistenz versprach. Die Gewohnheit des Nichtsthuns erschien ihnen als die wahre Berechtigung zu der Cavaliermiene mit der sie auf die Europäer herabsahen. Sei es durch diese fehlerhafte Erziehung, sei es durch den Einfluß des Klimas: — es bildete sich der vom Charakter der Väter

so sehr abweichende Charakter der Söhne aus. Sie wurden träge und sorglos. Ihr Geist war aufgeweckt, aber es fehlte ihnen Ueberlegung und Urtheil. Sie waren rasch im Ergreifen eines Projectes, aber sie dachten nicht an die Mittel der Ausführung. Sie ergaben sich ohne Rückhalt der Gegenwart, und verstanden es nicht an die Zukunft zu denken. Sie waren verschwenderisch im Glück, geduldig und ohne Thatkraft im Unglück. Und so kam es daß die spanische Race in Amerika eines beständigen Zuflusses neuer Menschen aus Europa bedurfte um sich auf ihrer Höhe zu erhalten." — Dieser Zufluß aus Spanien wurde mit der Losreißung plötzlich abgeschnitten. Eine Einwanderung aus anderen Ländern Europa's wurde durch religiöse Intoleranz, durch die Ueberreste der spanischen Kolonialvorurtheile, durch die Isolirung in welcher die spanische Nationalität in Europa stand, durch die den nördlichen Völkern Europa's fremdartige Natur Mexiko's wie der anderen spanisch-amerikanischen Länder und durch andere Umstände verhindert. Das Ergebniß war der Verfall bis zu der gänzlichen Nullität des politischen Lebens, welche es einer fremden Macht möglich machte einfach über das Schicksal Mexiko's zu verfügen. Aber der mexikanische Geschichtschreiber ist nicht im Stande gewesen den schon im ursprünglichen spanischen Geiste liegenden tieferen Grund des politischen Bankerottes zu erkennen, welcher Mexiko und einen Theil der anderen spanisch-amerikanischen Staaten betroffen hat, — einen Grund über den vielleicht Spanien selbst sich erheben, den aber keine der spanischen Kolonien ganz ohne fremde Hülfe überwinden wird, weil in allen diesen Ländern die Hohlheit und Schwäche des spanischen Creolenthums dem seinerseits gleichfalls unzulänglichen

indianischen Elemente Gelegenheit gegeben hat wieder in den Vordergrund zu treten. Nach welcher Richtung sich auch die spanisch-amerikanischen Staaten entwickeln mögen, immer wird der unzulängliche Geist des Mutterlandes der erste und unterste Grund sein welcher ihnen die Nothwendigkeit der Aufnahme massenhafter fremder Volkselemente auferlegt, wenn sie ein kräftiges und zukunftversprechendes Leben in sich entwickeln wollen. Ein entgegengesetzter Geist des Mutterlandes ist es, welcher in den anglo-amerikanischen Kolonien den kernhaften realistischen Sinn und Thätigkeitstrieb gepflanzt hat; und dennoch haben selbst diese Kolonien die außerordentliche Kraftentwickelung welche die Welt in ihnen anstaunt, wesentlich der steten Menschenzufuhr aus Europa zu danken. Man kann den anglo-amerikanischen Geist mit einem Bildhauer vergleichen welcher sich zu einem großen Werke anschickt. In der zweckmäßig erbauten und eingerichteten Werkstätte liegt ein Vorrath von Thon und rohen Marmorblöcken. Rings umher stehen Modelle von Gyps, die der Künstler nicht nachzuahmen beabsichtigt, von denen aber vielleicht doch ein jedes einen gewissen Einfluß auf die Ausbildung seiner künstlerischen Ideen ausübt. Der Fremde welcher in die Werkstätte eintritt, findet zwar kein fertiges Werk außer den umherstehenden Abgüssen, — den Bildungsformen aller europäischen Völker; — und fragt er sich was im Saale original-amerikanisch ist, so kann nur auf den Thon und den Marmor, auf den Bildhauer und sein Werkzeug, und auf die Entwürfe gedeutet werden mit deren Modellirung der Meister beschäftigt ist. Aber das Material ist reich und tadellos, die Entwürfe lassen einen ernsten Gedanken ahnen, und die einfache und concentrirte Erscheinung des Mannes,

frei von dem Firlefanz europäischer Kunstjünger, verspricht eine tüchtige Leistung. So verhält sich der anglo-amerikanische Geist zu seiner großen Aufgabe. Den hispano-amerikanischen Geist, namentlich wie er sich in Mexiko gestaltet hat, könnte man höchstens mit einem Schneider vergleichen. Rings umher in seiner Werkstätte hängen auch Modelle: — hier eine von Motten zerfressene römische Toga neben dem schmierigen Waffenrocke des Ritters von der traurigen Gestalt und der zerlumpten Jacke seines Schildknappen, — da ein eleganter Frack der vor zwei Jahren nach dem neuesten Schnitte war, neben der Uniform eines französischen Generals aus dem ersten Kaiserreiche, und an den Wänden ist eine ganze Gallerie Pariser Modebilder angeklebt. Junge Caballeros drängen sich geräuschvoll herzu. Da wird bestellt, geschneidert und anprobirt! Aber zu keinem vollen Anzuge reicht der Stoff aus, und der boshafte Zufall will es daß der modische Frack zum indianischen Schurze getragen werden muß. Es ist der Formalismus romanischer Bildung überhaupt und der spanischen insbesondere, von dem in den spanischen Kolonien nur die Schale der Schalen in Bruchstücken zurückgeblieben ist.

So ist nicht nur Einwanderung, sondern germanische Einwanderung die Bedingung der Gründung einer Bestand versprechenden mexikanischen Macht. Diese Einwanderung sollte aber dem Lande nicht nur die Eigenschaften des Geistes bringen welche sich in Deutschland entwickeln können, sondern auch jene Eigenschaften des Charakters zu denen aus Deutschland nur die unentwickelte Anlage mitgebracht werden kann: — jene Eigenschaften des Charakters welche dem Wesen des Amerikanismus angehören, und welche bei Deutschen nur gefunden zu werden pflegen nachdem sie bereits eine Schule

des amerikanischen Lebens hinter sich haben. Welche sind diese Eigenschaften deren Mexiko bedarf, und die, obschon sie dem germanischen Wesen innewohnen, doch aus Deutschland nicht in fertiger Ausbildung mitgebracht werden können?

Der Auswanderer läßt die historischen Voraussetzungen seines Lebens im Mutterlande zurück. Er tritt in der neuen Heimath auf als ein Individuum losgelöst von den Banden alter gegebener Verhältnisse. Die neuen Verhältnisse in welche es sich begiebt, wählt oder schafft er sich selbst. Aber die Bedürfnisse des Augenblickes dringen in dieser Loslösung mit doppelter Gewalt auf ihn ein. Er hat keine Zeit nachzuhängen den Träumen seiner Phantasie, den Stimmungen seines Gemüthes, den Grübeleien seiner Vernunft. Hier macht das allmächtige Bedürfniß seine Forderungen geltend. Hier muß gearbeitet, hier muß Dringendes, Nothwendiges, Nützliches, Unentbehrliches geschaffen werden, oder es steht Vernichtung bevor. Hier muß das Auge scharf, das Ohr offen, die Hand am Griffe, der Arm schlagfertig, das Messer bereit, das Pulver trocken gehalten werden. Allen diesen Anforderungen steht das Individuum allein gegenüber, und das „hilf dir selbst“ wird zur obersten Lebensregel. Wie haben sich unsere „Europamüden“ getäuscht, wenn sie, der untergehenden Sonne folgend, jenseits des Weltmeeres sich eines stillen Abends zu erfreuen hofften! Was ihnen als ihr stiller Abend vor der Einbildungskraft geschwebt, war der laute Morgen anderer Leute, die mit lärmender Thätigkeit sie um die ersehnte Ruhe brachten. Das ist der unruhige, laute, gewaltige Charakter des westlichen Koloniallebens. Dieses ist thatkräftig im ausgezeichnetsten Grade. Es ist dabei individualistisch, realistisch, ohne Residuen aus früheren

Zeiten, ohne Voraussetzungen für die künftigen, ohne Respect vor der Gewohnheit, ohne Regeln für die Praxis. Es ist scharfsichtig und scharfsinnig; dreist, verwegen, rücksichtslos, radical: — in Allem aber, was es sei, ist es utilitarisch.

Glaubt man daß neben den Vereinigten Staaten Mexiko ohne eine starke Beimischung dieses Geistes zu Kräften kommen und sich halten werde? Glaubt man daß die monarchische Ordnung im Stande sei den Mangel dieses Geistes zu ersetzen? — Es wäre ein trauriger Irrthum dies zu glauben, ein Irrthum der nur aus einem gänzlichen Mangel des Verständnisses amerikanischer Machtbedingungen und Machtverhältnisse hervorgehen könnte.

Ein Theil der deutschen Einwanderung nach Mexiko sollte also dem Lande aus den Vereinigten Staaten zufließen: dies ist ein Satz auf welchen ein wesentlicher Werth gelegt werden muß.

Die Frage ist ob diese Forderung erfüllt werden kann. Was soll, wird man zunächst fragen, Deutsche in den Vereinigten Staaten, namentlich nach einem am Ende doch bevorstehenden Schlusse des Krieges, veranlassen nach Mexiko auszuwandern? Wird die Zahl derer groß sein welche, wie es in gewissen Berichten behauptet worden ist, der Republik überdrüssig sind? Wir glauben nicht daran. Selbst die Zerrüttung der letzen Jahre hat diese Wirkung nicht hervorgebracht, und nach der Beendigung des Krieges werden im Norden und Süden der jetzt von einem blutigen Kampfe durchwühlten Union doppelt gute Zeiten beginnen. Und wenn nun selbst Zeiten wie die der letzten Jahre die Einwanderung aus Deutschland nicht zum Stillstand bringen konnten, weshalb sollten bessere Zeiten zur Auswanderung aus den Staaten

nach Mexiko auffordern? — Man hat mit diesen Einwendungen recht und nichts desto weniger gibt es Antriebe welche geeignet sind Mexiko eine namhafte Zahl von Deutsch-Amerikanern zuzuführen, vorausgesetzt daß das neue Reich sich diese Antriebe nutzbar zu machen wissen werde.

Es sind hauptsächlich drei solcher Antriebe vorhanden, die unter Umständen zu Gunsten einer deutsch-amerikanischen Einwanderung nach Mexiko wirken können: 1) die Abstoßung welche das deutsche Element der Vereinigten Staaten in Unterbrechungen von Seiten der anglo-amerikanischen Nativisten zu erfahren hat; 2) die Anziehung welche von einem an eine deutsche Dynastie sich anschließenden deutschen Bevölkerungsstoffe über die Grenze von Texas, Kansas, Neumexiko, Arizonia und Californien ausgeübt werden kann; und 3) der unruhige Unternehmungsgeist welcher das nordamerikanische Leben beherrscht, und welchem mehr oder minder jedes Bevölkerungselement des Gebietes der Vereinigten Staaten unterworfen ist. Jedes Lebensverhältniß welches in Europa durch seine unbefriedigende Natur zu einer erhöhten Anstrengung an festem Wohnorte bestimmt, ruft in Nordamerika als nächste Wirkung den Gedanken des Wohnungswechsels hervor; und der thatkräftigste, unternehmendste Theil der Bevölkerung, derjenige auch welcher an seine Erfolge den eigensinnigsten Maßstab anlegt, ist der welcher am meisten zum Weiterziehen geneigt ist. Man glaube nicht daß dieser Wandertrieb, welcher alljährlich Schaaren von Menschen aus den blühendsten Theilen der Vereinigten Staaten westwärts und immer weiter westwärts treibt, auf die eingeborne anglo-amerikanische Bevölkerung beschränkt sei. Amerikanisirte Deutsche thun es darin sogar den eingebornen Amerikanern

zuvor und spielen eine hervorstechende Rolle in den Ansiedlungen des fernen Westens, auf den Caravanenstraßen der Prairie, in den mexikanischen Grenzprovinzen und in dem heranwachsenden Leben der Inseln und Länder des großen Oceans. Eine Gesellschaft junger Bremer aus angesehenen Häusern, die sich in Baltimore zusammengefunden, hat mehrere Jahre lang auf eigenem Schiffe einen abenteuerlichen Zwischenhandel im stillen Meere betrieben. Einige andere junge Deutsche haben von San Francisco aus, mit dem Gedanken eine Niederlassung zu gründen, die Amurmündung besucht, sind, um sich dazu die Erlaubniß in Petersburg zu erwirken, durch die Mandschurei und Sibirien nach der russischen Hauptstadt gereist und von dort nach Californien zurückgekehrt. Solche deutsche Elemente aus den Vereinigten Staaten sind es die man in Mexiko braucht, und das was in diesen Beispielen als Triebkraft nach Außen wirkt, ist das auf was als Triebkraft auch von Seiten Mexiko's gerechnet werden darf. Fürchtet man aber solche Kräfte in das neue Kaiserthum zu ziehen, wie uns dies von gewisser Seite eingewandt wird, — nun so wird man eben mit dem Staatswagen nicht von der Stelle kommen. Man darf nicht vergessen daß Mexiko der Nachbar der Vereinigten Staaten ist, und daß die Monarchie hier mit der thatkräftigsten und mächtigsten Republik zu concurriren hat von der die Weltgeschichte zu erzählen weiß. Wüßte in Mexiko die Monarchie sich nicht vollständig zu amerikanisiren, so gestehen wir frei nicht zu wissen wie sie auf einige Dauer bestehen sollte. Es wäre eine bedenkliche Thatsache für ihr Bestehen, wenn sie bekennen müßte den Kraft- und Feuergeist welcher das eigentliche amerikanische Leben auszeichnet, bei sich in Amerika selbst nicht

brauchen und dulden zu können. Auf die Staatsform kommt es diesem Geiste nicht an, sondern darauf daß er ein legitimes Feld für seine Thätigkeit finde, — das zeigt das Beispiel unserer deutschen Landsleute die ein solches Feld von Californien aus im asiatischen Rußland gesucht.

Im Gegensatze mit diesen Elementen sind die zahmen und heruntergekommenen Volksbestandtheile des Mutterlandes denen die Reisekosten bezahlt werden müssen, für ein Land wie Mexiko durchaus nutzlos und schädlich, und es wäre der größte Mißgriff auf ein solches System der Menscheneinfuhr aus Deutschland zu verfallen. Nur der Abfall der Nation ist auf diese Weise zu bekommen, Menschen denen der gewöhnliche Mexikaner an Geschick, Mutterwitz, Muth, Keckheit, Lebensart und Würde der Erscheinung vielfach überlegen ist, und deren Ueberfahrtskosten, auch auf das billigste berechnet, zu theuer sind. Das System würde sich so schlecht rentiren daß ihm dadurch sein baldiges Ende vorgezeichnet wäre; aber vorher würde die deutsche Nationalität sich in Mexiko degradirt haben, vorher würden tausende unglücklicher Menschen auf beklagenswerthe Weise den Untergang finden. Kräftige und tüchtige Menschen lassen sich nicht wie Hausthiere verschicken; sie müssen Beweggründe finden freiwillig zu gehen, und diese Beweggründe müssen in den Vortheilen liegen welche ein neues Land ihnen anbietet. Mit allem Gelde und großen Bemühungen haben die Engländer nicht einen großen Menschenstrom nach Australien und Südafrika lenken können. Knechte und Mägde aus der Entfernung des halben Erdumfanges kommen zu lassen, ist auch für den Reichsten zu theuer um im Großen anwendbar zu sein. Das englisch-australische System aber, welches in der Verbindung

von wohlfeiler Arbeit mit theurem Lande besteht, ist nicht im Stande einen vernünftigen Menschen als freien Einwanderer auch nur eine Meile weit zu locken. Die unermeßliche Anziehungskraft der Vereinigten Staaten besteht in dem völlig umgekehrten Systeme. Theure Arbeit und wohlfeiles Land, das ist der Zauber welcher jährlich Hunderttausende nicht ohne Mittel nach den Vereinigten Staaten lockt. Wir erinnern uns daß nach einer früheren Statistik jeder deutsche Auswanderer im Durchschnitt bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten 150 Gulden in der Tasche führt; macht im Jahre, auf 300,000 Auswanderer, ein ins Land gebrachtes Capital von 45 Millionen Gulden, abgesehen von dem Werthe der erwünschten Arbeitskraft und Intelligenz von 300,000 Menschen! Wie verhält sich dazu wohl die Rechnung, wenn man jährlich 300,000 mehr oder minder verkommener Menschen künstlich herbeiziehen wollte? — So viel müssen es ja nicht sein, wird man von gewisser Seite antworten; als ob man, um die gefährliche Concurrenz bestehen zu können, eine freie Wahl hätte die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nach außerordentlichen Maßstäben wachsen zu lassen und mit Mexiko zurückzubleiben!

Einwanderung, und ein wahrhaft liberales Regierungssystem mit kirchlicher und gewerblicher Freiheit, ohne welches auch eine werthvolle Einwanderung nicht denkbar ist, weil brauchbare und tüchtige Menschen sich freiwillig nicht dahin begeben wo ein solches System nicht besteht: — das sind die Bedingungen des inneren Gedeihens der neuen Monarchie. Mit den natürlichen Grundlagen des materiellen Wohlstandes ist das Land reichlich gesegnet. Wenn aber ein ungünstiger Beurtheiler gerade diese Seite der Frage, die Ausbeutung

des Naturreichthums, namentlich der Mineralschätze des Landes, mit dem Auge eines europäischen Bureaukraten ansieht, wie es unlängst in auffälliger Weise geschehen ist, so ist er unzweifelhaft auf einem Irrwege begriffen. Was werden der neuen Regierung von Mexiko die reichen Gruben des Landes nützen, wenn eine unvorsichtige Gesetzgebung es hat geschehen lassen daß sie zu Privatbesitz geworden sind: — das ist ungefähr der wunderliche Gedankengang jenes Beurtheilers gewesen, als ob eine reiche Bevölkerung nicht für eine Regierung eine bessere Geldquelle wäre, als Bergwerke die für Rechnung des Staates betrieben werden! Das spanische Bergrecht, welches heute noch in Mexiko gilt, macht es nicht nur leicht sich des Rechtes auf die Ausbeutung eines entdeckten Erzlagers zu versichern, sondern es setzt auch einen jeden welcher den vortheilhafteren Betrieb eines Bergwerkes nachweisen und dem Inhaber seine letzte Revenue sicherstellen kann, in den Stand diesen zu expropriiren. Nach dem geltenden Bergrechte sind also die mexikanischen Erzgruben einer fast absoluten Concurrenz des Betriebes überlassen, und wir hoffen daß die neue Regierung nicht auf den Gedanken kommen wird, ein System welches selbst eine eifersüchtige spanische Kolonialregierung für das vortheilhafteste hielt, einer bornirten bureaukratischen Anschauung zu Liebe abzuändern. Auch die californischen Goldgruben sind in Privatbesitz, und die Regierung der Vereinigten Staaten würde sogar verfassungsmäßig gar nicht zum Betriebe eines Bergwerkes für Staatsrechnung legitimirt sein. So etwas würde selbst als bloßer Gedanke nicht in den Kopf eines Nordamerikaners passen. Aber man würde wahrhaftig in den Vereinigten Staaten von einem Ende zum andern keinen Menschen treffen, der so unpraktisch

wäre deshalb zu behaupten die Regierung der Vereinigten Staaten habe keinen Nutzen von dem Metallreichthume des Landes. Was aber die financielle Bedeutung der mexikanischen Bergwerke betrifft, so sei dem Verfasser nur eine einzige Bemerkung erlaubt, über die er, da er hier keine volks- und staatswirthschaftliche Untersuchung beabsichtigt, nicht hinausgehen kann. Der Verfasser ist persönlich im Handel der Vereinigten Staaten mit Mexiko betheiligt gewesen, und weiß daß die Mexikaner selbst der untersten Volksklassen verschwenderische Käufer sind. Nur ein kleiner Theil der Einfuhr kann von dem Lande in Waaren gedeckt werden; der bei weitem größte wird in harten mexikanischen Thalern bezahlt, die alljährlich geprägt werden; und zu denen das Metall noch jetzt, bei dem unvollkommenen Betriebe der meisten Gruben, alljährlich aus der Erde gegraben wird. Alle diese Thaler wandern in die Münzen anderer Länder, ganz besonders in die der Vereinigten Staaten, und ihr Abgang wird aus dem Ertrage der Gruben ersetzt. Es sollte scheinen, daß diese einfache Thatsache über die Bedeutung der mexikanischen Bergwerke selbst nach dem Verfalle des Bergbaues seit Vertreibung der Spanier etwas sage. Nächst dem Bergbau ist die Viehzucht die größte natürliche Hülfsquelle des Landes, und es bedarf nur einer erneuerten Sicherheit gegen die Einfälle räuberischer Indianer um dieselbe wieder auf die frühere außerordentliche numerische Höhe, zugleich aber auch bei fortschreitender Intelligenz und Cultur auf eine viel größere Höhe in Bezug auf die Qualität der Erzeugnisse zu bringen. Maulthiere und Wolle könnten Ausfuhrartikel von unschätzbarem Werthe werden. Strecken im Norden des Landes, so groß wie europäische Königreiche

sind fast nur durch Schafzucht nutzbar zu machen, und versprechen bei dem ganz charakteristischen Klima und der Natur der Vegetation des trockenen Hochlandes die ausgezeichnetsten Ergebnisse.

Diese Bemerkungen sollen indessen, wie schon gesagt, nicht in volks- und staatswirthschaftliche Erörterungen eingehen, sondern sich an die Frage der Einwanderung anschließen. Sie enthalten nur Andeutungen über die Aussichten welche sich dem einwandernden Capital und Unternehmungsgeiste, der einwandernden Thätigkeit, Geschicklichkeit und Intelligenz darbieten, und unterstützen das Urtheil daß nicht rohe Arbeitskräfte sondern leitende Köpfe nach Mexiko auswandern sollen. Denn für Viehzucht und Bergbau fehlt es dem Lande so wenig an der einheimischen Arbeitskraft, daß es von derselben an Californien abtritt. Auf den Grasfluren Südcaliforniens fand der Verfasser mexikanische Schäfer im Dienste der anglo-amerikanischen Heerdenbesitzer, und mexikanische Bergleute fand er in den Quecksilbergruben von Neu-Almaden. Im westlichen Texas aber, wo man doch Neger zur beliebigen Verfügung hatte, wurden bis vor kurzem zu den Geschäften der Viehzucht Mexikaner vorgezogen. Zur Besorgung ihrer Maulthierheerden nehmen auch die nordamerikanischen Handelscaravanen auf dem Wege durch die Prairien ausschließlich Mexikaner in Dienst, und sogar Deutsche pflegen im Vergleiche damit selbst von deutschen Eigenthümern oder Führern zurückgewiesen zu werden. Welche Entwickelung aber der mexikanischen Viehzucht bevorsteht, sobald eine geordnete und kräftige Staatsgewalt den räuberischen Einfällen der Apachen und Comanchen ein Ziel zu setzen weiß, möge daraus hervorgehen daß es Besitzungen

einzelner Menschen gab auf denen die Viehheerden sich nach hunderttausenden zählten, deren Knochen jetzt nur noch den Boden bedecken, über Räume durch die man wochenlang reist, und daß die Besitzer solcher Heerden in der Regel doch nicht die Milch für ihre häuslichen Bedürfnisse hatten; daß der Käse in Mexiko ein theurer, vielgesuchter und dabei schlechter Artikel ist, und daß endlich der Verfasser mit eigenen Augen die Schafheerden des Generals Trias auf der Hacienda Encinillas im Staate Chihuahua unter Bedeckung von zwei Stück Kanonen hat weiden sehen. Die ganze Viehzucht im nördlichen Mexiko wird bewaffnet getrieben. Man denke welchen Aufschwung dieser Zweig der Volksthätigkeit bei gesicherten Zuständen zu nehmen fähig ist.[1]

Wir haben bis hierher mehr von den Bedingungen des Bestandes und Gedeihens des neuen Kaiserreiches, als von den Gefahren gesprochen welche ihm drohen. Wir kommen nun zu diesen. Es müssen innere und äußere unterschieden werden. Die ersten können nur aus den Parteiverhältnissen im Lande hervorgehen. Wir haben darüber wenig mehr nachzutragen. Die aristokratisch-clericale Partei, welche aus dem höheren creolischen Elemente besteht und sich für das Kaiserthum entschieden hat, ist, wie wir schon gesagt haben, an sich nichts weniger als stark; aber sie kann durch die neue Regierung zu einem der Elemente des Bestandes gemacht werden, und das Beispiel von Carrera in Guatemala

[1] Die Zeit wird kommen wo der Liebig'sche Fleischextract, mit dessen Bereitung im Großen ein so glücklicher Anfang in Montevideo gemacht worden ist, in jeder Haushaltung im Gebrauche sein wird, und wo die Steppen von Nord- und Südamerika Europa mit animalischem Nahrungsstoffe versehen werden. Hier ist ein Feld für große Unternehmungen auch in Mexiko!

zeigt daß im indianischen Elemente ein Zug ist sich der Aristokratie anzuschließen. Es ist ein Verhältniß wie es sich auch in europäischen Staaten wiederholt, wo der Bauer unter Umständen dem Edelmanne näher steht als dem industriellen Städter oder überhaupt dem Mittelstande. Dieser letztere ist es, welcher als Träger republicanischer Gedanken und als Bewunderer anglo-amerikanischer Institutionen in Mexiko dem Kaiserthume am wenigsten gewogen sein wird. Diese Schicht der mexikanischen Bevölkerung, aus dem niederen Creolenthume und den gemischten Casten bestehend, deren Repräsentant Juarez ist, stellt so zu sagen die mexikanische Fortschrittspartei dar. Fortschritt ist hier so gut wie sonst wo die Parole, und da Mexiko in der That noch viel dringendere Veranlassung enthält den Ruf des Fortschrittes zu erheben als die meisten anderen Länder, so haben die Progressisten eine in der Natur der Dinge begründete machtvolle Stellung. Die Aufgabe der neuen Regierung muß es sein, dadurch daß sie dem Fortschrittsbedürfniß entgegenkommt, die von dieser Seite drohende Befeindung zu mildern. Den progressistischen Mittelstand, welcher das kräftigste Element der Bevölkerung darstellt, so weit zu versöhnen und zu gewinnen daß aus ihm statt eines principiellen Feindes eine liberale Opposition wird, muß die Aufgabe der neuen Regierung sein. Wir halten es für möglich diese Aufgabe zu lösen.

Die äußeren Gefahren des neuen Reiches beschränken sich ganz auf seine Stellung zu den Vereinigten Staaten, oder zu der Hauptmacht welche bei etwaigem Zerfall derselben daraus hervorgehen würde. In dieser Stellung wird sich die äußere Politik des mexikanischen Kaiserthums concentriren müssen. Selbst seine Verhältnisse zu den europäischen Mächten

erhalten nur durch jene Beziehung auf eine amerikanische Hauptmacht ihre leitenden Gesichtspunkte. Den europäischen Mächten muß im allgemeinen die Consolidirung Mexiko's wünschenswerth sein. Unerwünscht ist sie nur, obschon wie wir glauben mit Unrecht, der großen nordamerikanischen Macht, noch mehr aber dem nordamerikanischen Volke. Die Frage ist wie weit und durch welche Mittel diese Macht mit der Gründung des Kaiserthums versöhnt werden kann. Eine erklärte Feindschaft derselben, fürchten wir, würde dem neuen Reiche tödtlich werden. Die Ausführung des Planes in Mexiko einen Kaiserthron zu errichten, ist, wie sich fast von selbst versteht, nur unter der Voraussetzung eines Zerfalles der nordamerikanischen Republik unternommen worden. Indessen wenn sich auch diese Voraussetzung nicht bestätigen sollte, ist immerhin die momentane Zerrüttung der Union die Bedingung der Möglichkeit des Unternehmens gewesen. Kann das neue Reich aus den jetzigen Verhältnissen auch nur den Vortheil einer Anerkennung von Seiten der Unionsregierung ziehen, so ist damit für seinen Bestand schon sehr viel gewonnen. Eine solche Anerkennung, die in öffentlichen Blättern als bevorstehend gemeldet worden ist, mag nicht sehr wahrscheinlich sein; sie ist darum nicht unmöglich. Daß die Vereinigten Staaten Mexiko nicht das Recht bestreiten sich einen Kaiser zu wählen, ist von ihnen bereits anerkannt worden. Der Republicanismus des Volkes der Vereinigten Staaten wird freilich an einer neuen Monarchie auf dem nordamerikanischen Continente und als unmittelbarem Nachbar großen Anstoß nehmen; dieser Republicanismus ist indessen wenigstens bei den Anglo-Amerikanern von Natur nicht propagandistisch oder intolerant. Er hat diesen Charakter

vorzugsweise nur bei den amerikanischen Deutschen, welche aus der Staatsform ein abstractes Princip oder eine politische Religion machen. Die sogenannte Monroe-Doctrin, d. h. der leitende Grundsatz amerikanischer Politik daß es keiner europäischen Macht gestattet sein solle in Amerika neue Besitzungen zu erwerben, hat an und für sich nichts mit der Staatsform zu thun. Diese Doctrin würde, wenn heute Frankreich eine Republik wäre, gegen eine dauernde französische Eroberung Mexiko's gerade eben so viel einzuwenden haben wie jetzt wo Frankreich eine Monarchie ist, während sie umgekehrt nichts einzuwenden gehabt haben würde wenn 1847 ein siegreicher General der Union von den Mexikanern zum Kaiser gewählt worden wäre. Die Monroe-Doctrin ist ihrem Ursprunge nach ein Grundsatz welcher dem Rückfalle Amerika's in die Kolonialabhängigkeit vorbeugen will, und von der Zeit die Emancipation der noch übrigen Kolonien in Canada, Westindien, Honduras und Guayana erwartet. Dieser Grundsatz ist nicht im Widerspruche mit dem Bestehen des Kaiserthums Brasilien, aber er ist im Widerspruche mit den Resten europäischer Kolonialherrschaft in Canada, Westindien, Mittel- und Südamerika, und eine unbedeutende preußische Niederlassung, an der Küste von Patagonien beabsichtigt, würde ihm mehr Veranlassung zur Einsprache geben als die Errichtung eines Kaiserthrones in Mexiko, vorausgesetzt daß dadurch keine Abhängigkeit von einer europäischen Macht oder Dynastie begründet wird. Dies ist der eigentliche Punkt auf welchen es ankommt und über den Amerika beruhigt zu sein verlangt. Die Eifersucht der Kolonie auf das Mutterland, im Großen also die Eifersucht Amerika's auf Europa, ist der Grundton des ganzen amerikanischen Lebens. Aber diese

Eifersucht ist weit entfernt die Aufnahme europäischer Auswanderer und alles dessen was sie mitbringen auszuschließen; — selbst gegen die eines fürstlichen Auswanderers, den sich ein amerikanisches Land zum Kaiser gewählt hat, ist sie nicht gerichtet. Die Bedingung welche der herrschende amerikanische Geist stellt, ist nur die daß ein solcher Prinz, gleich einem andern Ankömmling, sich von dem politischen Verhältnisse zu seinem früheren Vaterlande lossage. Diese Bedingung aber ist durch den neuen Kaiser erfüllt worden. Das staatsrechtliche Band welches ihn an Oesterreich knüpfte, ist gelöst worden. Maximilian I. ist heute ein Amerikaner, in demselben Sinne des Wortes in welchem ein in den Vereinigten Staaten naturalisirter Deutscher ein Amerikaner ist. Damit ist den Vereinigten Staaten ein wesentlicher Grund oder Vorwand zu feindseliger Haltung benommen, und kann das Kaiserthum die Anerkennung von Seiten der Union erlangen, so ist es in die Hand seiner Regierung gelegt auf der Grundlage dieses freundlichen Verhältnisses weiter zu bauen und sich die gute Meinung des Volkes derselben zu verdienen, während die Zeit benutzt wird eine Macht heranzubilden, welche das Reich in den Stand setzt nöthigenfalls auch einmal einer Störung des guten Einvernehmens mit einiger Ruhe entgegenzusehen. Auch die Nachricht welche uns von jenseits des Meeres kommt, daß der Congreß der Vereinigten Staaten „die Gründung einer Monarchie auf den Trümmern einer amerikanischen Republik nicht anerkennen könne,“ hebt ausdrücklich die „Mitwirkung einer europäischen Macht“ als das Anstößige hervor. Es ist aber in der That nicht ganz klar welche Macht damit gemeint ist. Frankreich ist im Begriffe sich von der Mitwirkung zurückzuziehen und Oesterreich hat

nie etwas damit zu thun gehabt, so daß selbst die Spitze dieser Resolution des nordamerikanischen Congresses keinen völkerrechtlichen Gegenstand findet gegen den sie gerichtet wäre. Es zeigt sich dabei nur wie nothwendig die gänzliche staatsrechtliche Abtrennung der mexikanischen von den österreichischen Interessen und damit der Bruch mit alten dynastischen Anschauungen gewesen ist, welche in der alten Heimat einer günstigen Entwickelung im Wege stehen, mit dem Geiste der neuen Welt aber schlechterdings unverträglich sind.

Wenn in dem Volksgeiste der Vereinigten Staaten ein hartnäckiges Hinderniß zu einem guten Einvernehmen liegen sollte, so würde dieses mehr in dem herrschsüchtigen als in dem republikanischen Charakter dieses Volksgeistes liegen.

Bis auf die letzte Zeit war Amerika im Verhältniß zur übrigen Welt politisch nur durch die Vereinigten Staaten repräsentirt. Diese allein konnten die Stellung einer Weltmacht einnehmen, und diese allein auch hatten durch einen wohlangewandten Vorsprung in der Zeit und durch andere glückliche Umstände die erforderliche Bildung dazu erreicht. Die übrigen Glieder der amerikanischen Familie befanden sich auch für ihre bescheideneren Machtverhältnisse noch auf der Stufe einer allzu unreifen Kindheit um für die übrige Welt zu zählen. Den Vereinigten Staaten ist dieser repräsentative Charakter auch von den anderen amerikanischen Völkern zuerkannt worden. Unter „Americanos“ werden im spanischen Amerika ausschließlich die Leute der Vereinigten Staaten verstanden, während alle übrigen Völker sich mit ihren besonderen Landesnamen, wie Chileños, Nuevogranadinos u. s. w. begnügen. Officiell hat die Union sich selbst den Titel der „Vereinigten Staaten von Amerika“ gegeben, nicht ohne auf

die darin angedeutete Ausdehnung der Herrschaft über die ganze neue Welt einen bedeutungsvollen Nachdruck zu legen. Das Volk der Vereinigten Staaten ist bisher gewohnt gewesen im übrigen Amerika nur ein aufgespartes Material für die künftige Vergrößerung und Machtentfaltung der Union zu sehen, und schwerlich ist diese Anschauung durch den drohenden Zerfall dieser Union bisher stark erschüttert worden, ja unzweifelhaft würde sie in vielen Herzen sogar diesen Zerfall, wenn er eintreten sollte, überdauern. Nicht der abstracte Republicanismus sondern der Geist einer ganz concreten Herrschsucht und eines Ehrgeizes bei dessen Zielen die Freiheitsfrage ganz zurücktritt, ist der große Gegner mit welchem es das mexikanische Kaiserthum in dem mächtigen Nachbarreiche zu thun hat.

Unter diesen Umständen ist die Frage des Ausganges der großen nordamerikanischen Krisis die allerwichtigste.

Es ist die Ansicht südländischer Politiker gewesen daß das neue Kaiserreich mit der Anerkennung der Südstaaten beginnen müsse. Dabei ist natürlich vorausgesetzt worden daß es sich zu diesem Schritte mit Frankreich und England vereinigen werde. England und Frankreich aber haben sich bisher zurückgehalten, und es scheint als ob die britische Regierung, ganz abgesehen von den individuellen Anschauungen des Grafen Russell oder irgend eines anderen Ministers, einen solchen Schritt nicht für weise halte. Auch Napoleon III. hat sich bisher die Entscheidung über diese wichtige Frage offen gehalten, und wir glauben das neue mexikanische Reich hat sich Glück zu wünschen daß es so ist. Nichts desto weniger soll nicht bestritten werden, daß die definitive Scheidung der südlichen und nördlichen Unionsstaaten dem mexikanischen Reiche

zu gute kommen würde. Wir unterlassen es die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit eines solchen Ganges der Dinge zu untersuchen. Es unterliegt keinem Zweifel daß die Kraft des Südens sich in dem bisherigen Kampfe mehr und mehr erschöpft hat, während der Norden im gesellschaftlichen Leben von einer solchen Wirkung schlechterdings nichts fühlt. Dessenungeachtet räumen wir ein daß eine Wendung zu Gunsten des Südens nicht unmöglich ist.

Einen solchen Ausgang, wenn er eintreten sollte, würden wir als einen für die amerikanische Cultur nicht ungünstigen betrachten. Nicht daß wir damit eine Erhaltung der Sklaverei meinen: von nichts könnten wir weiter entfernt sein. Aber das System der Sklaverei ist unter allen Umständen verloren, bleibe die Union getheilt oder werde sie wieder verbunden. Ein Gegensatz der Macht und der Culturform indessen, durch welchen das politische Leben einer Gruppe von Staaten sich auf sich selbst zu beziehen, sich an sich selbst zu messen, sich durch sich selbst zu beschränken, sich in sich selbst zu bestimmen gezwungen wird, ist die unerläßliche Bedingung einer gesunden Politik, gerade so wie ein wohl ausgebildetes Parteiwesen die unerläßliche Bedingung einer kräftigen nationalen Entwickelung ist. Ein solcher Gegensatz fehlt den Vereinigten Staaten, und unter seinem Mangel hat ihre Cultur eine einseitige Richtung genommen. Wie der große Kampf aber auch sich zuletzt entscheiden möge, er wird auch ohne die Erhaltung der Sklaverei einen solchen Gegensatz herausbilden, schärfer und klarer als er mit der Sklaverei bestanden hat.

Große Natur- und Culturverhältnisse sind es immer durch welche die politischen Bildungen entschieden werden.

Sie sind mächtiger als der Wille der Menschen, wenn dieser vorübergehenden Strömungen folgt oder sich an Nebendinge heftet. Nordamerika ist unzweifelhaft zu einer culturgeschichtlichen Dreitheilung prädestinirt. Nicht daß aus dieser Dreitheilung gerade drei Staaten hervorgehen müßten welche nicht noch andere neben sich duldeten; es ist vielmehr vorauszusetzen daß zwischen drei den Meeren zugewandten nordamerikanischen Machtgebieten ein mittlerer Kern von rein binnenländischem Charakter sich erhalten werde. Aber es liegt in der Entstehungsgeschichte überseeischer Kolonien daß in ihnen maritime Interessen die ersten und mächtigsten sind. In Nordamerika ist dies im höchsten Grade der Fall. Die Blicke der Menschen werden dadurch von diesem Continente nach drei Richtungen hinausgelenkt, und das Leben der atlantischen Staaten, der Golfstaaten und der pacifischen Staaten erhält dadurch die erste Grundlage seines unterscheidenden Charakters. Den Blicken der einen liegt jenseits des Meeres Europa, denen der anderen Südamerika, Centralamerika und Westindien, denen der dritten die Inselwelt des großen Oceans, Australien, China, Japan und der äußerste Osten Rußlands gegenüber. Dieses Verhältniß entspricht nun allerdings weder genau dem Gegensatze des Nordens und Südens der Union, noch der Stellung Mexiko's zu beiden; aber es hat einen großen Einfluß auf den Trieb zu einer Dreitheilung des amerikanischen Staatensystemes, welchem noch andere mächtige Bedingungen zu Hülfe kommen. Die nördlichen Staaten, die südlichen Staaten und die Staaten des stillen Meeres, — Mexiko zu den letzteren gerechnet, wie es in der That den mächtigsten Grundlagen des Lebens entspricht, — stellen nach ihrem politisch-historischen, socialen und ethnologischen

Charakter drei wesentlich verschiedene Gesellschaftstypen dar: im Norden den Racenpurismus der Demokratie mit freier Arbeit, im Süden die Racenaristokratie mit unfreier Arbeit, im Westen die Racenmischung mit Ansätzen zu ständischer Gliederung und einem auf die freiwillige Thätigkeit niederer Racenelemente, welchen das Emporsteigen in der Gesellschaft offen steht, gegründeten Arbeitssysteme. Verschiedenartige Grundlagen der Volkswirthschaft helfen diese Zustände befestigen.

Es ist also nicht schwer zu erkennen daß die großen Lebensbedingungen, so weit menschliche Voraussicht reicht, der Selbstständigkeit Mexiko's, und also auch dem neuen Kaiserthum zu statten kommen. Denn daran darf das Urtheil festhalten, was auch sonst ungewiß sein mag, daß die Selbstständigkeit Mexiko's und der Bestand des Kaiserthums einerlei ist. Aus dem Scheitern des letzteren würde, so weit menschliche Voraussicht reicht, früher oder später entweder die politische Einheit Nordamerika's, oder aber eine Republik des stillen Meeres von Oregon bis Guatemala hervorgehen.

Das Gelingen eines von Frankreich ausgegangenen und im französischen Interesse entworfenen Unternehmens wird, wenn es Bestand hat, selbstverständlich zum Vortheile Frankreichs ausschlagen. Wir haben schon angedeutet wie dadurch Frankreich seine Mittelstellung befestigt, seine Vermittlerrolle geltend macht, seinen Einfluß verstärkt, seine Machtbedingungen vermehrt. Nächstdem muß der Vorgang dazu beitragen die romanischen oder lateinischen Völker der alten und neuen Welt wieder mehr in den Vordergrund der Geschichte zu bringen. Die katholische Welt mag, richtig verstanden,

daraus einen Vortheil ziehen. Wenn sich aber unzweifelhaft von Anfang an im weltlichen und geistlichen Sinne die Hoffnungen und Wünsche der Reaction an die in mancher Beziehung wunderbare Begebenheit geheftet haben, so sagen wir diesen voraus daß sie getäuscht werden müssen. Das neue mexikanische Kaiserreich vermag diese Wünsche und Hoffnungen nicht zu erfüllen, und dem Versuche es zu thun würde unzweifelhaft ein schneller Untergang folgen. Amerika ist der schlechteste Boden für Anachronismen; und das mexikanische Reich hat keine Wahl als den Imperialismus vollständig zu amerikanisiren, die Nachwirkungen der durch die Spanier hinüber getragenen orientalischen Krankheit wegzuschaffen und sich zu einem entschiedenen Repräsentanten jenes occidentalen Geistes zu machen für welchen Amerika überhaupt prototypisch ist. Jeder andere Weg müßte bei der Concurrenz der Vereinigten Staaten zu einem unglücklichen Ausgange führen. Mexiko hat sich bisher nicht durch sein Verdienst neben den Vereinigten Staaten erhalten, sondern diese haben für gut befunden die Frucht von selbst ihrer Ernte zureifen zu lassen, ihr Abfallen zu erwarten statt sie mühsam vom Baume zu holen. Das wird mit der Errichtung des Kaiserthrones anders. Von jetzt an wird Mexiko seine Sicherheit und Unabhängigkeit nur noch seiner wirklichen Widerstandskraft verdanken können. Die Nothwendigkeit dem Lande diese Widerstandskraft zu geben, wird alle anderen Rücksichten überwiegen, und wird mit eiserner Gewalt zwingen an den frischen Quellen des Lebens zu schöpfen welche dem Welttheil und dem Jahrhundert fließen, statt mit der Wünschelruthe der Romantik an den dürren Felsen von Anahuak und auf der schwimmenden Rasendecke seiner

alkalischen Sümpfe fruchtlose und gefährliche Beschwörungsversuche zu treiben.

Die Monarchie und die Republik, auf der weiten amerikanischen Rennbahn im Wettlaufe um den Preis der Leistungen für ein neues Zeitalter: — das ist das große Schauspiel, welches sich der Welt mit der Gründung des mexikanischen Kaiserthums eröffnet.

IV.

Briefe über die deutschen National-Angelegenheiten.

Sechs von den folgenden sieben Briefen sind zwischen dem 25. November 1864 und dem 15. Februar 1865 in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erschienen. Der siebente, welcher den Schluß der Reihe bilden sollte und hier wirklich bildet, wurde vom Verfasser damals beabsichtigt, aber als unzeitgemäß zurückgehalten.

I.

Während die Wirkungen der in mehreren Bundesstaaten vorgegangenen Ministerwechsel sich noch nicht entwickelt haben, die Elbherzogthümer aus dem unrechtmäßigen Besitze Dänemarks in den Besitz seiner beiden deutschen „Rechtsnachfolger" übergegangen sind und noch ihres Schicksals harren, scheint ein passender Zeitpunkt zum Rückblick in die letzte Vergangenheit unserer Nationalangelegenheiten und zur Sammlung für ihre nächste Zukunft gegeben zu sein. Man wird wohlthun ihn rückwärts wie vorwärts zur Erkenntniß der Dinge zu benutzen, damit die Zukunft nicht diejenigen unvorbereitet finde welche unter Umständen zum Handeln berufen sein werden. Denn es kann dem aufmerksamen Beurtheiler nicht entgehen daß das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen

in mehr als einer Beziehung ein gefährliches ist, ebensowohl durch sein Bestehen als durch die Möglichkeit seines Bruchs. So unschätzbar für den deutschen Bund und alle vaterländischen Angelegenheiten die Freundschaft der beiden deutschen Großstaaten sein muß wenn sie sich auf eine Uebereinstimmung im Geiste nationaler Bundesgenossenschaft und zu Gunsten der berechtigten Forderungen und Erwartungen des Volks gründet, so unheilbringend muß sie werden wenn sie dualistischen Machtinteressen dient, oder wenn sich gegenseitige Täuschungen damit verbinden. Man kann freilich voraussagen daß das Verhältniß unter solchen Annahmen nicht dauern kann, und daß, insofern eben diese Annahmen nicht ganz unbegründet erscheinen, demselben überhaupt keine Dauer zu prognosticiren ist. Nichts scheint vorderhand in dieser Freundschaft sicher als daß ihr Bestand von beiden Seiten aus verschiedenen Gründen gewünscht wird, und es ist klar daß bisher die Bedingungen dieses Bestands nicht ohne Mühe von Fall zu Fall dem Verlauf der Dinge abgerungen worden sind. Je krampfhafter jedoch auf beiden Seiten, trotz den entgegengesetzten Zielen, daran festgehalten wird, um so gefährlicher stellt sich ein endlich eintretender Bruch dar.

So unwahrscheinlich es ist daß die preußische Politik ihren bisherigen Zielen entsagt, ebenso unwahrscheinlich ist es daß Oesterreich in irgend einer größeren und wesentlichen Angelegenheit deren Erreichung zuläßt, und die einzige Hoffnung der Vermittlung besteht nur darin daß von Seiten Oesterreichs mit der Ueberlassung eines kleineren Machtzuwachses an Preußen für den Augenblick ein gutwilliger Rückzug der preußischen Politik erkauft wird. Reicht dieses Mittel zur Abwendung der Gefahr aus, so mag sie für jetzt vorüber-

gehen. Oesterreichs Zustimmung zur Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen aber würde so viel heißen wie der Verzicht auf die Erhaltung des deutschen Föderativsystemes, die endliche Auflösung des Bundes und die Verwirklichung des großpreußischen Programms: ein Ergebniß über welches man in Wien nicht unklar sein kann, und dessen freiwillige Zulassung dort als eine Unmöglichkeit betrachtet werden muß. Aber abgesehen von der vorliegenden speciellen Frage, müßte Preußen auf seine bisherige deutsche Politik aufrichtig verzichten, oder sich über eine die Erhaltung und Ausbildung des deutschen Föderativsystems verbürgende Modification desselben mit Oesterreich verständigen, wenn nicht die beiden Großstaaten früher oder später an den Scheideweg kommen sollen wo der Abschied welchen sie von einander nehmen kein friedlicher sein wird. Man sagt, wir wissen nicht mit welchem Recht, Herrn v. Bismarck nach, daß er der Meinung sei Deutschland habe für seine Gesundheit schon allzulange des inneren Friedens genossen. So ist für den Vaterlandsfreund aller Grund vorhanden sich um eine klare Einsicht in den Zusammenhang der Ursachen und Wirkungen zu bemühen, durch welche der letzte Verlauf der deutschen Angelegenheiten bestimmt worden ist und der nächstkommende bestimmt werden wird.

Die kurze Periode die zwischen dem Frankfurter Fürstentag und dem Abschluß des Wiener Friedens liegt, ist eine Zeit verworrener Interessen, sich kreuzender Absichten, verfehlter Bestrebungen und zweideutiger Erfolge gewesen: der Grundton aber war der einer reactionären Coalition, in welcher drei Hauptgruppen von Beweggründen, die preußischen, die österreichischen und die katholisch-kirchlichen, in

Betracht gezogen werden müssen. Der allgemeine Vorgang aber welcher über den Verlauf der deutschen Angelegenheiten entschieden hat, ist der gewesen daß die preußischen und die katholisch-kirchlichen Interessen sich verbunden haben die österreichische Politik zu beherrschen, dem österreichischen Liberalismus ein Ende zu machen, und in Wien eine reactionäre Mainlinienpolitik an die Stelle eines liberal großdeutschen Programms zu setzen. Die Absicht ist, soweit sich urtheilen läßt, mißlungen, obschon noch nicht aufgegeben. Aber im Verhältniß zu dieser Absicht war Oesterreich nicht treibend sondern getrieben. Die österreichischen Beweggründe können ursprünglich, der Natur der Sache nach, nur conservative, nicht reactionäre gewesen sein. Als Grundlage einer conservativen Politik schien sich für Oesterreich, welches sich in Galizien, in Italien und an der unteren Donau bedroht sah, die preußisch-russische Allianz zu empfehlen. Die Zwecke einer wirklichen inneren und äußeren Reaction scheinen sich aber auch hier allerdings sogleich eingemischt zu haben. Absichtlich wurden die in den Donaufürstenthümern vom Wind zusammengewehten Strohhalme als ein furchtbarer Brennstoff dargestellt und an der Schärfung des Gegensatzes mit Ungarn gearbeitet. Der deutschen Bewegung zu Gunsten Schleswig-Holsteins wurden die gefährlichsten revolutionären Motive untergeschoben. Patriotische Fürsten wurden verleumdet oder als machtlose Opfer eines radicalen Schwindels dargestellt, und die Zwecke einer französischen Politik, der es zunächst doch nur darum zu thun sein konnte sich zwischen der Revolution und der Reaction zu behaupten, wurden als die Quintessenz der Bosheit und Verrätherei dargestellt. Bei alledem läuft aber in Oesterreich die Reaction allen Interessen

des Staats und der Dynastie entgegen, und ist vom Standpunkt dieser Interessen eine einfache Thorheit. Beweggründe die dem Wohl des Staats wie der Dynastie vollständig fremd sind, müssen hier ins Spiel kommen um die öffentlichen Angelegenheiten in rückläufige Bahnen zu lenken. Weder die Dynastie noch der Adel sieht sich in Oesterreich durch den Bürgerstand oder die Demokratie bedroht. Die Haltung der Opposition kann gelegentlich eine unüberlegte sein, sie ist aber in ihren letzten Absichten gewiß so loyal wie die der „allerloyalsten Opposition J. Maj. der Königin von England." Die Gefahr daß die natürliche Entwicklung des liberalen Staatslebens, auf deren Bahn sich Oesterreich befindet, die richtigen Gränzen überschreite, besteht nicht, während es umgekehrt für jeden Verstand ersichtlich ist daß ohne Hilfe des Liberalismus der Kaiserstaat sich aus seinen inneren und äußeren Schwierigkeiten nicht frei machen kann.

Was der Adel durch Aufhebung der Feudalverhältnisse eingebüßt hat, kann er durch keine Reaction, wie weit sie auch getrieben werden möchte, wieder gewinnen. Allerdings erleidet seine exclusive Stellung durch die aus dem natürlichen Verlauf der Culturgeschichte hervorgehende Entwicklung des Bürgerstandes einen unvermeidlichen Abbruch, und in Oesterreich, dessen großes Uebel gerade in der zurückgebliebenen Ausbildung dieses Standes zu suchen ist, mag die Wirkung im Augenblick lebhafter gefühlt werden als anderwärts. Der Vorgang aber welcher dort sich auf dem Gebiet des industriellen, commerciellen und socialen Lebens vollzieht, entspricht so sehr den klarsten und lautesten Bedürfnissen des Reichs daß nur der Wahnsinn darauf verfallen könnte ihm durch ein reactionäres Regierungssystem in den Weg zu treten. Was

endlich die Verfassungspolitik betrifft, so ist durch die österreichische Februarverfassung die politische Bedeutung und damit auch die sociale Stellung des Adels im großen Kreise des Reichs nicht herabgedrückt sondern erhöht. Nur in den engern Machtbezirken des autonomen Provinciallebens kann von Einbuße an Stellung durch eine Verfassung die Rede sein, welche allerdings den früheren centralisirenden Einfluß der Bureaukratie auf eine viel tiefer eindringende, aber dafür aus dem Volk selbst hervorgehende Weise übernimmt. So ist es begründet daß reactionäre Adelsbestrebungen in Oesterreich sich vorzugsweise an den ungarischen und böhmischen Separatismus anschließen. Diese Bestrebungen, ihrem ganzen Ursprung nach undeutsch, mußten freilich auch naturgemäß die deutsche Politik des Kaiserstaats aus der correcten Bahn abzulenken suchen, und der Graf Rechberg scheint solchen Bestrebungen nicht den nöthigen Widerstand entgegengesetzt zu haben. Ohne selbst der eigentlichen feudalistischen Partei anzugehören, von der er sich sogar bedroht sah, ließ er sich in ihre Interessen hineinziehen, und die Herabstimmung welche auf den Bundesreformversuch folgte, scheint diese Wirkung befördert zu haben. Die mächtigen Hebel der kirchlichen Interessen, zu denen der abgetretene Minister des Auswärtigen sich ähnlich verhielt wie zu den feudalen, kamen endlich hinzu. So erhielt die österreichische Politik ihren in Deutschland so sehr beklagten Charakter.

In den nächsten praktischen Wirkungen wurde damit dieselbe für preußische Ziele in Bewegung gesetzt. Die Reaction verhält sich zum preußischen Staatsinteresse anders als zum österreichischen. Oesterreichs Machtstellung hat bei einer rückgängigen Bewegung der Politik nur zu verlieren; Preußen

konnte unter Umständen durch innere Reaction an äußerer Macht gewinnen und seinen deutschen Zielen näher kommen. Für Oesterreich giebt es in Deutschland keine andere Propaganda als die liberale; für Preußen könnte unter Umständen ein militärischer Absolutismus viel wirksamer sein; die vorausgegangene liberale Propaganda hätte diesem immer noch als Vorarbeit gedient, und die Gewalt könnte zu jeder Zeit den populären Charakter einer revolutionären Maßregel annehmen, wie es in Italien geschehen ist. Herr v. Bismarck ist ja auch kein Reactionär aus Liebhaberei oder doctrinärer Marotte. Sein Charakter als Staatsmann ist der daß er die Politik ausschließlich mit den Mitteln der Macht betreibt und den Einwendungen des Rechts weniger Gehör giebt. Das paßt für die preußischen Bedürfnisse ganz gut, wenigstens für eine gewisse Zeit, und die deutsche Einheitspartei hat ja lange genug für ihre Zwecke von Preußen gerade dieß verlangt. Die Allianz der Revolution mit dem Militärabsolutismus ist überhaupt nichts neues; überraschender ist es wenn sich die conservativen Interessen so weit düpiren lassen daß sie am letzteren eine Stütze zu haben glauben. Und räumt man im übrigen dem preußischen Staat ein daß er Recht habe im deutschen Bund seine Interessen nicht befriedigt zu sehen, daß er Recht habe eine seinen Interessen entsprechende Reform des Bundes für unmöglich zu halten, daß er also Recht habe in der Existenz des Bundes eine seinen Interessen widersprechende Thatsache zu erkennen — räumt man dieß, was wir freilich nicht thun, ein, so ist auf preußischem Standpunkt die Bismarck'sche Politik gerechtfertigt; denn daß für eine solche Politik weder der preußische noch der mittelstaatliche Constitutionalismus zu brauchen ist,

sieht jeder Unbefangene ein. Der Charakter dieser Politik ist Concentration und Mobilisirung der Staatsmacht für preußische Vergrößerungsplane. Der Zweck rationalisirt hier das Mittel. Wie sehr für Oesterreich die Verhältnisse anders liegen, erkennt jeder Verständige. Wenn aber die österreichische Politik nach einer reactionären Periode zum Liberalismus zurückkehren wollte, würde die Welt ihr auch diesen Wechsel nicht zu gute anrechnen. Man würde denselben als durch die Noth oder einen unehrlichen Beweggrund veranlaßt betrachten, während man der preußischen Politik, sobald sie zum Liberalismus zurückkehrt, bereitwillig die Absolution für einige reactionäre Sünden geben würde, von denen sich behaupten ließe daß sie einem großen patriotischen Zweck gedient.

II.

Weder im innern Staatsinteresse noch im Verhältniß zu Deutschland und zu Europa können für Oesterreich Beweggründe zu einer reactionären Gemeinsamkeit mit Preußen gefunden werden. Da aber diese Gemeinsamkeit das ist was der letzten kurzen Periode der deutschen Nationalangelegenheiten den Charakter giebt, so muß man nach weiteren Ursachen der auffallenden Erscheinung suchen, und wir werden damit zunächst auf die dritte Interessengruppe geführt, welche für den Verlauf der Dinge entscheidend geworden ist: auf die Interessen der katholischen Kirchenpolitik. Es handelt sich dabei um die Thatsache daß gleichzeitig mit der zunehmenden Fühlbarkeit einer reactionären Stimmung in der österreichischen Staatspolitik auch in der katholischen Kirchenpolitik eine Wendung im reactionären Sinn vor sich gieng; daß beide Reactionen

sich gegenseitig erkannten und zu fördern suchten, und daß auf diese Weise die erstere einen Zuwachs an Macht erhielt, welcher dazu beitrug für die praktische Behandlung der Verhältnisse den Ausschlag zu geben.

Im allgemeinen haben in unsern Tagen die Anschauungen einer veralteten gesellschaftlichen Ordnung, durch übermächtige neue Interessen auf der ganzen Linie des weltlichen Lebens geschlagen, sich auf den kirchlichen Standpunkt zurückgezogen, und bekämpfen von diesem aus, dabei keine Allianz verschmähend, die vordringenden modernen Lebensmächte. An und für sich stehen nun der katholischen Kirche zwei Wege offen sich mit dem Gange der Welt abzufinden: die Ausbreitung — mit Liberalisirung der Kirchenpolitik — Duldsamkeit und Anschluß an die Bildung des Jahrhunderts, oder die Zurückziehung auf die engsten Gebiete der Ausschließlichkeit, mit unbeugsamem Beharren auf dem Widerstand gegen das ganze Wesen der modernen Gesellschaft. Zwischen denen welche diese beiden Wege gehen wollten, bestand in den letzten Jahren ein lebhafter Kampf im Innern der Kirche. Der großdeutsche Gedanke, welcher im Bundesreformplan sich formulirte, setzte kirchliche Duldung im ausgedehntesten Sinn voraus, und konnte also nur auf die Unterstützung des katholischen Liberalismus rechnen. Die katholische Reaction hatte keine Gunst für den Plan. In diesem besondern Sinn hatte der liberale Instinct Deutschlands wohl recht wenn er dem kirchlichen Einfluß in der großdeutschen Reformpartei nichts gutes zutraute; aber eben dieser Instinct übersah den Werth einer Bundesgenossenschaft mit dem linken Flügel des politischen Katholicismus, welcher auf die Bundesreformbestrebungen den förderlichsten Einfluß

ausübte. Eine andere gleichzeitige Bewegung — der polnische Aufstand — gehörte, obschon von beiden katholischen Parteien begünstigt, doch nach seinem eigentlichen Wesen der Reaction an. Er war, soweit die Kirchenpolitik ins Spiel kam, auf die politische Absonderung eines katholischen Gebiets berechnet, wie einst die Losreißung Belgiens von Holland, wie die Behauptung der Tiroler Glaubenseinheit gegen den Geist der neueren österreichischen Staatsordnung und gegen das Recht des deutschen Bundes, und wie andere Plane, die sich vielleicht in näherer oder fernerer Zeit noch verrathen werden. Die Mainlinienpolitik in Deutschland scheint, sei es vorübergehend sei es dauernd, in den Kreis dieser Plane aufgenommen worden zu sein.

Nach dem Scheitern der deutschen Bundesreform und des polnischen Aufstands fiel auf der einen Seite der kirchliche Liberalismus in frühere Ohnmacht zurück, und kam auf der anderen die kirchliche Reaction in die Lage offen mit ihm brechen zu können. Im Interesse der Kirche selbst ist diese Wendung in hohem Grade zu beklagen. Dem Radicalismus, in der That, konnte es nur erwünscht sein die Kirche als unverbesserlich darstellen zu können. Zum Erstaunen des Jahrhunderts wurde von ihr neuerdings der Freiheit des Denkens und der wissenschaftlichen Forschung der Krieg erklärt. Mit dieser Freiheit aber, wie einst in ihren älteren Zeiten mit jedem geistigen und materiellen Fortschritt, muß die Kirche das innigste Bündniß schließen, wenn sie sich geschickt erhalten will ihre große culturgeschichtliche Aufgabe weiter zu verrichten. Aber jenseits der Alpen scheint man keinen rechten Begriff von dem zu haben was diesseits gehen und stehen kann, und es scheint auch nicht

an diesseitigen Rathgebern zu fehlen, welche unser Süddeutschland wenigstens noch als ein nicht ganz verlorenes Feld für kirchliche Reaction dargestellt haben. Was die katholische Bewegung im allgemeinen betrifft, so verloren die Lasaulx, Döllinger, Montalembert, Acton und andere Männer ähnlicher Richtung den kirchlichen Boden unter den Füßen. Die Welt hat nur Andeutungen der Vorgänge erhalten durch welche sie sich plötzlich in ihren Bestrebungen gehemmt gesehen haben. In den deutschen Verhältnissen aber wurde der Rückzug vom großdeutschen Programm auf die Mainlinie, also das Aufgeben des protestantischen Norddeutschlands, der leitende Gedanke für die katholische Kirchenpolitik, welche nun in diesem Sinn in die österreichische Staatspolitik eingriff und darin den Ausschlag geben half. So kam es daß man in Wien sogar da auf die preußische Vormachtspolitik eingieng wo eigentlich der Preußenhaß so recht zu Hause ist; daß man an eben dieser Stelle mit Leidenschaft eine Politik unterstützte welche entschlossen war Schleswig-Holstein den Dänen zu lassen; daß man den österreichischen Einfluß in Sachsen, Kurhessen und Hannover vernachlässigte und so der großdeutschen Handelspolitik ihre Niederlage bereitete, und daß man in München sich des Herrn v. Schrenck zur Nullificirung des mittelstaatlichen Willens bediente. Die reactionäre Kirchenpolitik also war es welche den Rückzug der österreichischen Staatspolitik vom großdeutschen Standpunkt auf die Mainlinie bewirken half. Die österreichische Staatspolitik hat keine Antwort auf die Bemerkung daß die Mainlinie für Oesterreich keinen Gewinn zuläßt: die Kirchenpolitik aber verfolgt ihre eigenen Interessen, indem sie eine Scheidung des katholischen Süddeutschlands vom protestantischen

Norddeutschland zu fördern sucht. Sie weiß freilich daß zwar möglicherweise nicht nur Schleswig-Holstein, sondern selbst Hannover, Kurhessen und die andern norddeutschen Bundesstaaten einmal an Preußen, nicht leicht aber Bayern an Oesterreich fallen könne; aber für ihre Zwecke bedarf es keiner politischen Einverleibung. Die Ausschließlichkeit des geistlichen Einflusses erscheint ihr als volles Aequivalent für den weltlichen Machtzuwachs welchen sie einstweilen Preußen zu gestatten sich veranlaßt sieht, wie überhaupt die Staatenverhältnisse ihr nur als Mittel zum Zweck gelten.

Es ist interessant und lehrreich zu sehen wie die katholische Kirchenpolitik, während sie so an Aussonderungen arbeitete bei denen es auf ungetheilte Herrschaft, wenn auch auf verengtem Gebiet, abgesehen ist, zugleich mit leidenschaftlicher Hast auf die Bundesgenossenschaft nicht nur gerade mit dem stockprotestantischen Zweige des Preußenthums, sondern selbst mit dem ihr sonst so verhaßten Czarenthum eingieng. Es war aber auf der ganzen Linie der Reaction Parole geworden daß — wie man es euphemistisch genannt hat — die Solidarität der conservativen Interessen alle Gegensätze zurückdrängen müsse, und während man so in der Sympathie für die aufständischen Polen noch nicht wieder kalt geworden war, während in Polen katholische Klöster aufgehoben und griechische Kirchen gebaut wurden, während, um alles auf einmal zu sagen, das Zerwürfniß zwischen der Petersburg im Norden und der Petersburg im Süden die äußerste Schärfe annahm, faselte man von einer Interessengemeinschaft mit dem für hochconservativ gehaltenen Rußland, welches langsame Geister, die niemals der Zeit nachkommen, sich noch diese Stunde, nach den radicalsten Reformen die

jemals von einer Regierung unternommen wurden, nicht anders als in dem Zustand unter Nikolaus denken können.

Es ist natürlich daß ein auf so ungeschickte Combinationen gegründeter Reactionsplan von Anfang an verfehlt sein mußte, um so mehr als ihm zur Kraftentwicklung durchaus der Gegner mangelte. Dieß sahen die klareren Köpfe der agirenden Partei auch vollständig ein. Die Solidarität der conservativen Interessen, welche gegen den Drachen der Revolution sichern sollte, war aber ein Gedanke der zur Animirung furchtsamer Geister allzu wirksam ist, als daß man ihn nicht hätte mit Eifer benutzen sollen. Der Drache der Revolution war zwar schon längst so zahm geworden daß er sich als Hausthier benutzen ließ, und mit seinem Eigenthümer kann man sich gewiß ohne große Schwierigkeiten so verständigen daß er ihn nicht vor die Kanone sondern vor den Pflug und den Wagen spannt. Wahre und geheuchelte Furcht aber wollte dieß nicht zulassen, und man hätte den Drachen lieber wieder etwas wild gesehen. Deßhalb sollte und mußte auch die vollkommen legitime Theilnahme des deutschen Volkes für die schleswig-holsteinische Sache als revolutionärer Schwindel gelten, dem selbst deutsche Fürsten verfallen sein sollten, und nichts wäre erwünschter gewesen als einige Excesse welche diese Behauptung bekräftigt und einen Vorwand zum Einschreiten dargeboten hätten.

Sie blieben aus. Auch die Voraussetzungen in Bezug auf die ganze europäische Lage zeigten sich als irrig. Rußland war nicht mehr was es hätte sein müssen um zu einer reactionären Allianz brauchbar zu sein. Es war damit beschäftigt in liberalen Reformen die Kraft für seine Zukunftspolitik zu suchen, und blieb damit auf sich selbst zurückgezogen.

Nachdem es den polnischen Aufstand besiegt, hatte es kein Interesse mehr für Doctrinen und Bestrebungen welche nicht auf seine Zustände und Bedürfnisse passen. Es hatte eben den radicalsten Schritt gethan die Macht seines Adels zu brechen: was kümmerte es sich um die Hülferufe der österreichischen Feudalen und der preußischen Krautjunker? Es hatte eben die Feindschaft des Katholicismus in ihrer ganzen Stärke kennen gelernt: was konnte ihm zum Beweggrund werden zur Erreichung katholischer Zwecke mitzuwirken? Es hatte unlängst kennen gelernt wieviel ihm an innerer Entwicklung fehlte um sich mit dem Gewicht des ungeheuren Reichs geltend zu machen: was sollte es sich in der Arbeit an dieser inneren Entwicklung stören lassen? England aber, auf dessen conservative Partei man zur Mitwirkung in einer reactionären Coalition gerechnet hatte, wußte man so wenig zu beurtheilen wie Rußland. Auch England war ein anderes geworden als unsere reactionären Anachronisten sich träumen ließen. Der Parteiwechsel den man erwartet hatte trat nicht ein, und wäre er eingetreten, er hätte die Sache nicht anders gemacht. Das England auf welches man gerechnet hatte bestand nicht mehr; und während die österreichische Politik bei der Londoner Conferenz sich auf jenes alte England zu stützen glaubte, schlug sich die neue englische Politik plötzlich auf Seite Frankreichs und des deutschen Bundes. Und alles dieß nicht genug! — Selbst Preußen, von dem der Reactionsgedanke ausgegangen, trieb damit nur eine Art von Revolutionsgeschäft. Welcher Unterrichtete hätte von Herrn von Bismarck etwas anderes erwartet? Selbst Preußen hatte nicht im Ernst daran gedacht Schleswig-Holstein den Dänen zu lassen. Wenn Bismarck der deutschen Volksbewegung für die

Trennung von Dänemark nicht günstig war, so war es ja nur weil er Scharfsicht genug hatte zu sehen daß der deutsche Volksgeist allein im Stande sein werde ihm die Beute streitig zu machen. Was blieb den Reactionärs welche die österreichische Politik beeinflußt hatten, übrig? Auf allen Seiten sahen sie sich düpirt. Zuletzt mußten sie es erleben daß alle die mit denen sie gemeinsam hatten gegen Frankreich gehen wollen, sich mit Frankreich in ein mehr oder minder freundschaftliches Verhältniß setzten. Die Convention vom 15. September machte endlich der ganzen verfehlten Lage ein Ende.

III.

Die Dinge hätten unmöglich den Verlauf nehmen können der in den beiden ersten Briefen dargestellt ist, wenn die deutschen Mittelstaaten ihre Aufgabe begriffen hätten. Es soll damit nicht auf ihre Lauigkeit und theilweise Zweideutigkeit in der Bundesreform hingewiesen werden. Diese Eigenschaften sind freilich vorhanden gewesen, und es unterliegt kaum einem Zweifel daß wenn die Fürsten der Mittelstaaten fest zum Kaiser von Oesterreich gestanden und diesen ermuntert hätten auf dem betretenen Weg weiter zu gehen, der Zweck, trotz dem Fernbleiben Preußens, erreicht worden wäre. Manches was im Reformplan sich nicht ihren Beifall erwerben konnte, hätte sehr wohl abgeändert werden können; und wäre man in den Abänderungen im nationalen Geist vorwärts statt rückwärts gegangen, der Wille zum Guten wäre auch für Preußen unwiderstehlich geworden. So ernsthaft haben freilich die Fürsten die Angelegenheit nicht genommen. Daß es sich um ihre Zukunft handelte, daß der österreichische Reformplan ein Versuch war das deutsche

Föderativsystem und mit diesem die Existenz der kleineren deutschen Staaten zu retten, scheint ihnen nicht klar geworden zu sein. Von der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage bei fortgesetzter Passivität scheinen sie keine Ahnung zu haben. Aber wenn wir über diesen Mangel an Einsicht und einer der Lage entsprechenden praktischen Haltung hinweggehen, so bleibt es immer doch unbegreiflich daß sie nicht aufgerüttelt wurden als im Verlauf des dänischen Streites das deutsche Föderativsystem auf das gefährlichste erschüttert ward. Wie konnten sie es geschehen lassen daß die dänische Angelegenheit ganz in die Hände der beiden Großstaaten überging, und der Bund von seinen zwei mächtigsten Gliedern unter Vormundschaft gestellt wurde? Kam keinem der Gedanke daß dieß schon eine dießmal vielleicht noch vorübergehende Mediatisirung war, die Preußen und Oesterreich in Compagnie ausführten? In der That: man sah sich beim Anblick der Mattherzigkeit, Muthlosigkeit, Unentschlossenheit und Zerfahrenheit, welche in diese großen Schicksalsfrage an den Tag gelegt wurden, zu der Ansicht verleitet die Altersschwäche des heiligen römischen Reichs sei vorzugsweise auf seine kleineren Kinder übergegangen. Dürfen die Regenten der Mittel- und Kleinstaaten sich wundern, wenn ihre Bevölkerungen sich täglich mehr dem Interesse für ihre besondere staatliche Existenz und dem Glauben an das Föderativsystem abwenden, und täglich mehr sich mit dem Gedanken befreunden in Zukunft einmal in dem norddeutschen Staat aufzugehen, der nun einmal im Vaterland vorzugsweise die jugendliche Thatkraft zu repräsentiren scheint? In Frankreich, sagt man, ist eine Sache verloren welche lächerlich geworden ist; in Deutschland, könnte man sagen, ist eine Sache verloren deren die Nation sich ernsthaft zu

schämen anfängt. Lassen die kleineren deutschen Staaten es dahin kommen daß das Gefühl der Scham über ihre Stellung und nationale Rolle im Volk allgemein wird, so sind sie verloren. Diese Scham wird ihnen gefährlicher werden als alle reellen Nachtheile der Kleinstaaterei, welche durch eben so viele Vortheile aufgewogen werden. Ihr theoretisches Recht wird sie nicht retten; denn die Ohnmacht dieses Rechts wird eben die Ursache der nationalen Scham sein die ihnen den Untergang bringt.

Es ist klar daß die kleineren Bundesstaaten mit dem Bund stehen und fallen. Keiner von ihnen, selbst nicht Bayern, kann sich für sich allein die Sicherheit eines unabhängigen Daseins verschaffen. Das Interesse des Bundes also ist, in einem ganz anderen Sinn als für die beiden Großstaaten, ihr Interesse, die Ehre des Bundes ihre Ehre, die Gefahr des Bundes ihre Gefahr. Von dieser Erkenntniß sind aber in den folgenreichen Vorgängen des dänisch-deutschen Streites nur sehr vereinzelte und ungenügende Wirkungen verspürt worden. Wie hätten sonst die kleineren Bundesstaaten es eben geschehen lassen können, daß die Entscheidung der so eminent deutsch-nationalen Angelegenheit Schleswig-Holsteins von den beiden großen Bundesgliedern usurpirt wurde? Es war eine Lebensfrage für das Föderativsystem daß so etwas nicht geschehen durfte, und die Existenz des Bundes selbst mußte daran gesetzt werden es zu verhindern.

Und es wäre nicht so schwer gewesen dieß zu erreichen, wie es scheinen mag. Hätte der Bund Dänemark den Krieg erklärt und die gesammte Bundesarmee unter den preußischen Oberbefehl gestellt, wogegen Oesterreich sich nicht aufgelehnt haben würde, so hätte der Bund, und der Bund allein, den Frieden

mit Dänemark geschlossen. Daß Oesterreich einer solchen Führung der Angelegenheit nicht zuwider gewesen sein würde, kann positiv behauptet werden, sofern nur von der Bundesmajorität dieses Ziel mit festem Willen ins Auge gefaßt worden wäre. Oesterreich hat sich Mühe gegeben die Einwendungen zu beseitigen welche von Seiten mehrerer Bundesstaaten gegen die Betheiligung des Bundes an den Londoner Conferenzen gemacht wurden, und von Herrn v. Schmerling wenigstens ist es bekannt daß er im ganzen Verlauf des dänischen Streites für den Bundeskrieg gewesen ist, den er noch in den späteren Stadien für das einzige Mittel gehalten hat die ganze Angelegenheit wieder auf correcten Weg zu bringen.

Uebrigens sollten die kleineren Bundesstaaten doch unschwer einsehen daß es in ihrer Hand gelegen hätte und vielleicht noch liegt, dem Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen den rechten Charakter zu geben. Ihre politische Machtlosigkeit, solange sie vereinzelt sind, auf der einen Seite, und die Untauglichkeit des Bundes bei ihrer Zusammenkettung mit den beiden Großstaaten auf der andern, ist die Situation in welcher Oesterreich allein sich zu der Vormachtsallianz mit Preußen konnte bestimmen lassen, welche Beweggründe dazu auch sonst wirksam sein mochten. Selbst auf dem deutschen Standpunkt welchen wir einnehmen, müssen wir hierin gegen Oesterreich gerecht sein. Wir rufen Oesterreich immer und immer wieder zu daß es sich nur auf Deutschland zu stützen brauche um seine europäische Stellung gesichert zu sehen; aber so klar es ist daß die Erfahrung von 1859 nichts entscheidet, weil die Vorbedingungen zu einer günstigen Lösung der damaligen Lage von österreichischer Seite seit langer Zeit gänzlich vernachlässigt waren, und so

unzweifelhaft es ist daß auch die bloße Möglichkeit einer Unterstützung von Seiten des Bundes für Oesterreich, in jeder Lage die einer Entscheidung vorausgeht, werthvoll sein kann, so ist doch ebenso einleuchtend daß der Werth dieser Möglichkeit, auf eine praktische Probe gestellt, sehr leicht in nichts oder in sehr wenig zusammenschmelzen kann, und daß der deutsche Bund in seiner jetzigen Beschaffenheit keine verläßliche Stütze ist. Oesterreich, welches sich im deutschen Staatensystem nach einer solchen Stütze umsah, konnte sie im Bundesorganismus nicht finden. Der Versuch diesen Organismus zu bessern schlug fehl, weil sich Preußen demselben widersetzte. Die kleinern Bundesglieder, welche das größte Interesse daran hätten nehmen sollen die Reform zu Stande kommen zu lassen, machten aus Mangel an Einsicht in ihre eigene Lage, aus Mangel an Entschlossenheit und Muth, Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten. Vor allem fürchteten sie Preußen, vor welchem doch die Bundesreform durch Sicherstellung des Föderativprincipes sie schützen sollte. Aus Furcht vor der Gefahr wagten sie nicht sich vor der Gefahr zu schützen; was konnte Oesterreich von solchen Bundesgenossen erwarten?

Hätten die Mittelstaaten nach dem Fehlschlagen der Bundesreform wenigstens Ernst damit gemacht den Triasgedanken an die Stelle des großdeutschen Programms zu setzen, so konnten wir Oesterreich zumuthen in ihnen den deutschen Stützpunkt zu suchen. Ein solches Verhältniß hätte die Vormachtsallianz mit Preußen ebenso unmöglich wie unnöthig gemacht. Aber die Kraft zu einer solchen Maßregel fehlte, und in Bayern muß man einräumen daß Herr von Schrenck es gewesen ist der bewirkt hat daß die Absichten der

Herren v. Roggenbach und Beust, welche ein Parlament der Mittel- und Kleinstaaten zusammengerufen haben wollten — ein Plan der die Zustimmung des Königs Max gehabt — nicht verwirklicht werden konnte. Württemberg unter dem damaligen Minister v. Hügel und Hessen-Darmstadt unter Dalwigk wären unzweifelhaft dabei gewesen. Hannover hätte freilich im Anfang schwerlich den Muth gehabt an der Bewegung theilzunehmen. Zur Zeit des Fürstentages, und selbst einige Zeit danach, agitirte es, wie schon früher, wo Graf v. d. Decken zu diesem Zweck eine Rundreise machte, für eine Militärconvention der Mittelstaaten gegen Preußen. Es schien der wahre Vertreter der praktischen Triasidee zu sein, noch fast in demselben Augenblick in welchem auch der Graf Platen seinen „Burzelbaum" schlug, und als stiller Parteigänger der österreichisch-preußischen Vormachtspolitik wieder auf die Beine kam. Aber Hannover hätte sich einfach in die Alternative gesetzt gesehen sich dem engern Bund der Mittel- und Kleinstaaten anzuschließen und deren Parlament zu beschicken, oder sich von Preußen mediatisiren zu lassen und seinen Volksvertretern ein Mandat nach Berlin zu geben, was vom dynastischen Standpunkte betrachtet doch wohl als das weniger empfehlenswerthe erschienen sein würde.

Oesterreich, dessen Politik sich zur Triasidee niemals gegnerisch verhalten hat, und dessen Kaiser sogar nach seinen persönlichen Anschauungen dem Bundesreformplan einen triadischen Charakter gegeben hätte den derselbe nur unter den Händen seiner Bearbeiter verloren, würde die Bildung einer dritten deutschen Machtgruppe eher befördert als erschwert haben. Preußen hätte sich unter solchen Umständen genöthigt gesehen einer verständigen Anordnung beizustimmen. Etwas

unbilliges hätte man ihm überhaupt nicht ansinnen dürfen; das ist für den ruhigen Politiker selbstverständlich. Eine engere Verbindung gewisser norddeutschen Bundesstaaten mit der preußischen Macht hätte, als in der Natur der Dinge liegend, anerkannt werden müssen; und hätte die dritte Machtgruppe einmal einen Kern gehabt, so wäre die Möglichkeit zweckmäßiger Abmachungen gegeben gewesen, aus denen ein lebensfähiges deutsches Gesammtsystem auf der Basis der Trias hätte hervorgehen können. Auf diesem Wege hätten die Mittelstaaten nicht nur sich alle die Demüthigungen der letzten Zeit ersparen und ihre Zukunft sichern, sondern auch Oesterreich von dem Betreten des falschen Weges abhalten können, auf den es durch die Vormachtsallianz mit Preußen, unzweifelhaft zu seinem eigenen wie zu Deutschlands Schaden, gekommen ist. Eben wieder ist der Conflict in den Herzogthümern ausgebrochen, welcher die Ohnmacht der Mittelstaaten vollends zur Erscheinung bringt.

IV.

Nach der Analyse eines abgelaufenen kleinen Zeitabschnitts, welche den Inhalt meiner drei ersten Briefe ausmacht, sollen nun die folgenden den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gewidmet sein. Durch eine Reihe von Vorgängen, wie durch die in mehreren Bundesstaaten eingetretenen Thronwechsel und Ministerkrisen, durch den Abschluß des Friedens mit Dänemark, die Erneuerung des Zollvereins auf Grundlage des preußisch-französischen Handelsvertrags, endlich die französisch-italienische Uebereinkunft, ist die Lage in Deutschland und zum Theil in Europa in wesentlichen Beziehungen eine andere geworden. Gewiß hat sie

ihren neuen Charakter noch nicht entwickelt; aber eben diesem Umstand ist es zuzuschreiben daß es sich der Mühe verlohnt darüber zu sprechen. Sind die Dinge in bestimmter Richtung einmal im Flusse, dann hat die Stimme der Beurtheilung keine Einwirkung mehr auf ihren Verlauf.

Ich habe in meinem ersten Briefe den Zustand der deutschen Angelegenheiten einen gefährlichen genannt; vielleicht ist es richtiger zu sagen daß die Erlebnisse des letzten Jahres die in diesen Angelegenheiten liegenden Gefahren einmal wieder recht klar gezeigt haben. Diese Gefahren werden fortdauern bis das deutsche Staatensystem eine befriedigendere Gesammtverfassung erhalten hat. Und diese Gefahren sind allgemeine für alle Glieder des Systems. Preußen kann nicht zu uns sagen, die Zustände seien nur gefährlich für uns — die großdeutsche Partei; oder nur gefährlich für die Mittel- und Kleinstaaten; oder auch nur für Oesterreich. Oesterreich kann ebensowenig sich rühmen, es liege in seiner Macht den Bund unter allen Umständen zu erhalten, dem preußischen Einflusse darin die Spitze zu bieten, eine rückhaltslose Verbindung der preußischen Staatsgewalt mit den radicalen Einheitsbestrebungen in der deutschen Nation zu verhindern, noch auch, diesen Bestrebungen aus dem Wege gehend, sich von Deutschland zurück zu ziehen und auf sich selbst zu beschränken. Die Mittelstaaten können nicht sich trösten daß der Gegensatz der beiden deutschen Großmächte, oder auch russische Dynastenverwandtschaft und französische Politik, sie sicher stelle. Bayern kann nicht behaupten daß, wenn preußische Annexionen oder preußische Hegemonie an seinen Gränzen stillständen, damit seine Stellung als unabhängiger Staat gesichert sein würde. Die sämmtlichen deutschen Staaten mit einander können nicht

behaupten daß ein großer europäischer Sturm, durch die Thorheiten einer reactionären Coalition hervorgerufen, nicht sie alle auf dem kahlgefegten Boden einer demokratischen Einheitsbewegung niederzustrecken vermöchte, und das deutsche Volk kann nicht behaupten daß ein solcher Sturm nicht dennoch der Untergang Deutschlands werden könnte. Alle diese Möglichkeiten werden vielleicht denen welche sich noch immer mit dem après nous le déluge trösten, sehr fern zu liegen scheinen, und doch könnte ein einziger desperater Entschluß, an der Seine gefaßt, und durch einen einzigen thörichten Entschluß der europäischen Reaction hervorgerufen, oder eine einzige Begebenheit die in jedem Augenblick eintreten kann, die schlimmste dieser Möglichkeiten in die nächste Nähe rücken.

Der eigentliche Sitz der Gefahr für Deutschland liegt aber in der in meinem letzten Brief besprochenen bisherigen Unfähigkeit der Mittelstaaten ihre Aufgabe zu begreifen und zu erfüllen. Diese Aufgabe ist keine andere als die Rettung und Fortbildung des deutschen Föderativsystems. Es widerspricht der Natur der Dinge die Erfüllung dieser Aufgabe von Oesterreich oder Preußen, oder von beiden in Gemeinschaft zu erwarten. In welcher Form und unter welchen Umständen es auch sei, werden diese beiden Großmächte bei dem Versuche dieselbe zu lösen sich immer in eine Vormachtspolitik getrieben sehen. Hegemonie, von einer der beiden Großmächte allein oder von beiden in Gemeinschaft ausgeübt, wird immer das thatsächliche Verhältniß sein in welches die österreichische wie die preußische Bundespolitik, solange das deutsche Föderativsystem von den beiden Großstaaten abhängig ist, auslaufen wird. Damit ist aber, sofern sich kein anderer Schutz finden läßt, der Untergang dieses Systems

gegeben. Hegemonie ist der Gegensatz des wahren Föderalismus. Jedermann weiß wie am Kampfe dieser beiden Gegensätze Griechenland zu Grunde gegangen ist. Mit dem Föderalismus jedoch kann es eine Macht die sich stark genug fühlt allein zu stehen, oder die den Ehrgeiz besitzt allein stehen zu wollen, naturgemäß nicht ehrlich meinen. Wenn es Oesterreich mit der Erhaltung des Bundes redlich meint, so täuscht es sich selbst, oder es betreibt damit nichts als eine Politik des Augenblicks, und betreibt selbst diese auf die ungeschickteste Weise. Preußen ist nicht nur ehrlicher, sondern auch klarer. Es weiß und verhehlt nicht zu wissen daß bei ihm die Hegemonie in Herrschaft übergehen muß. Es weiß daß sein Staatsgeist dem Föderativsystem ungünstig ist, und daß für seine deutsche Politik die Hegemonie der Uebergang zur Herrschaft ist. Bewußt und unbewußt arbeitet darum die preußische Politik unablässig an der Untergrabung des deutschen Bundes. Bundesgenossenschaft ist das natürliche System kleiner und bescheidener Mächte, wie Association überhaupt der Trieb der Schwäche. Wie der heranwachsende junge Mensch sich den Banden der Familie zu entringen und eine eigene unabhängige Existenz zu gründen sucht, so liegt es im politischen Naturtrieb daß Staaten welche wie Oesterreich und Preußen entstanden sind, sich aus den Beschränkungen des nationalen Familienlebens zu befreien, entweder also dasselbe zu beherrschen oder aus ihm auszuscheiden bestrebt sind. Der Trieb sich zum Mittelpunkt eines eigenen politischen Interessenkreises zu machen, dem alles andere, fremdes wie verwandtes, dienen muß, ist ihnen natürlich. Oesterreich und Preußen, wenn auch noch an der deutschen Staatenfamilie theilnehmend, haben sich doch schon längst selbständig neben derselben etablirt.

Die übrigen deutschen Staaten sollten sich doch die Bedeutung dieser historischen Thatsache endlich einmal klar machen, und sollten sich sagen daß ihnen nichts als die Wahl bleibt entweder in der engern Schließung des Familienbandes unter sich einen Ersatz für den Verlust der ausscheidenden Kräfte zu suchen, oder sich aufzugeben: — sei es daß sie dann wie arme und niedrige Verwandte bei emporgekommenen Vettern ein Unterkommen suchen, oder fremde Unterstützung annehmen. Die Erkenntniß dieser Lage ist die Summe der Weisheit für das außerösterreichische und außerpreußische Deutschland.

So natürlich allerdings wie das Dasein dieser Lage ist es, daß das deutsche Nationalgefühl auf den ersten Anlauf sich gegen die Erkenntniß derselben empört. Unzweifelhaft schließt diese Erkenntniß eine hart ankommende Herabstimmung der nationalen Ansprüche und Erwartungen in sich. Der politische Verstand aber kann sich durch dieses Gefühl um so weniger irre machen lassen, als er ihm schwerwiegende günstige Erwägungen gegenüberzustellen weiß. Soll die politisch so tief daniederliegende deutsche Nation wieder aufgerichtet werden, so muß dieß von einem Mittelpunkt aus geschehen der dem eigentlichen unverfälschten deutschen Leben angehört. Weder in Preußen noch in Oesterreich ist dieß zu finden. Es ist mit dem Wachsthum und der Ausbildung politischer wie mit der Entwickelung natürlicher Körper. Was sie an sich ziehen, müssen sie sich assimiliren. Auf das Wesen des Kerns von dem die Bildung ausgeht, kommt es an für die Natur des weiteren Entwicklungsgangs und seiner Ergebnisse. So wenig von Berlin als von Wien aus kann ein regenerirtes Deutschland entstehen. Was Preußen von Deutschland seinem Einfluß unterwirft, kann nur zur Bildung eines großpreußischen

Staats verbraucht werden. In Bezug auf Oesterreich ist das entsprechende Urtheil zu fällen. Ist es im Gang der Geschichte bestimmt daß Deutschland vom politischen Schauplatz verschwinde: — wohl, so werden wir uns in das unvermeidliche Schicksal finden müssen. Solange jedoch zu einer solchen Resignation kein genügender Grund vorhanden ist, so lange bleibt die Aufgabe einem verjüngten Deutschthum zu seiner Entwicklung den festen organischen Kern zu verschaffen, welcher, wie oben gezeigt wurde, weder in Preußen noch in Oesterreich gegeben sein kann, und welchen auch keiner der Mittel- und Kleinstaaten für sich allein darzubieten vermag. Alle Hoffnung welche die deutsche Nationalpartei auf einen der kleinern deutschen Staaten — auf Coburg, auf Baden oder selbst auf Bayern für sich allein — stützen wollte, sind unüberlegt. Zur beabsichtigten Wirkung gehört eine stärkere Anziehungskraft und ein Körper in welchem bereits der kleinstaatliche Separatismus durch das Föderativsystem überwunden ist. Nur eine Association so vieler Mittel- und Kleinstaaten wie dafür zusammen zu bringen sind, kann den Kern bilden von welchem eine Regeneration Deutschlands ausgehen muß.

Stellt sich nach dieser Erwägung der von der Noth vorgezeichnete Weg zugleich auch als der einzig zweckmäßige dar, so gewinnt die Lage der Dinge durch weitere Erwägungen eine noch viel günstigere Gestalt. Die politischen Verhältnisse Europa's sind, zum Glück für Deutschland, so beschaffen, daß die beiden deutschen Großmächte, bei aller großen Meinung von ihrer Macht, die engste Freundschaft mit einer dritten deutschen Machtgruppe doch nicht entbehren können. Jede dieser beiden Großmächte ist unter den jetzigen Weltverhältnissen doch nicht groß genug um für sich allein stehen

zu können. Preußen sieht sich durch seine ungünstigen Territorialverhältnisse, Oesterreich durch das Nationalitätsprincip bedroht; jeder von beiden Staaten aber bedroht durch seine bloße Existenz den andern. Die Zeit mit ihren riesenhaft sich entwickelnden technischen Hülfsmitteln drängt auf die Bildung großer Machtgebiete hin. Der Gedanke aber daß Oesterreich und Preußen in Gemeinschaft Europa den Frieden dictiren können — ein Gedanke welcher das Geheimniß der Zähigkeit des jetzigen Einverständnisses zwischen beiden ist — muß als ein durchaus trügerischer betrachtet werden. Ein trügerischer in doppelter Beziehung. Das Einverständniß selbst, auf Erhaltung des Friedens berechnet, kann nur so lange dauern als der Friede beiden Theilen vortheilhaft erscheint, und muß sich lösen sowie ein Theil durch eine veränderte europäische Combination im Friedensbruch einen Vortheil zu erwarten Ursache erhält. Aber auch wenn das Einverständniß solchen Versuchungen widerstände, könnten andere Mächte sich durch sein Bestehen doch nur unter zwei Voraussetzungen in ihrer Politik gehemmt sehen: unter der Voraussetzung daß diese andern Mächte immer so viele anderweitige Gründe zur Beobachtung einer vorsichtigen Politik haben werden wie in diesem Augenblick, und unter der zweiten Voraussetzung daß die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unter allen Umständen den beiden Großstaaten willenlos zur Verfügung stehen. Beide Voraussetzungen entbehren jedes Grads von Sicherheit.

Hieraus folgt daß die Allianz von Oesterreich und Preußen einen durchaus trügerischen Werth hat, solange das übrige Deutschland nicht eine dritte deutsche Macht darstellt — daß die beiden deutschen Großstaaten durch das Dasein einer

solchen dritten Macht erst mit einigem Grad von Sicherheit auf einander zählen, in der deutschen Trias allein also erst zur wahren europäischen Macht werden können. Die Dreitheilung Deutschlands, sage ich demnach, ist der einzige sichere Weg zur deutschen Einheit; der Weg also welchen die Reform des deutschen Föderativsystems einschlagen muß um etwas zu Stande zu bringen.

V.

Indem zufällige Umstände mich auf einige Wochen an der Fortsetzung dieser Briefe gehindert haben, sehe ich wie schnell die Dinge ihren Verlauf nehmen und die Situationen sich ändern. Vieles von dem was ich vor wenigen Wochen sagen wollte, ist der heutigen Lage nicht mehr angemessen. Indessen ist mein Standpunkt nicht nur unverrückt geblieben, sondern er hat sich durch die Entwicklung der Verhältnisse befestigt. Ich habe mich bemüht so viel Licht wie mir zu Gebot steht, oder ich zu verwenden mir gestatten darf, auf den Satz zu concentriren: daß die Mittelstaaten es sind von deren Haltung jetzt das Schicksal Deutschlands abhängt, und daß durch ihr entschlossenes thatenbereites Zusammenstehen allein das deutsche Föderativsystem gerettet werden kann. Der Standpunkt dieser Ueberzeugung ist es welcher sich täglich mehr befestigt hat. Ich bin weit davon entfernt der österreichischen Politik Ziele zuzuschreiben welche zu thöricht sein würden um für möglich gehalten zu werden, auch wenn sie nicht allzusehr einer politischen Moral widersprächen die Oesterreich, bei manchen Sünden, doch nie ganz und offen verläugnet hat. Aber solange die Mittelstaaten sich gegen Preußen auf den österreichischen Schutz verlassen, ist der höchste Vortheil

dessen sie sich versichern können der, daß sie sich einer milden und schlaffen statt einer hochfahrenden und gebieterischen Oberherrschaft zu unterwerfen haben, — wenn von einer Sicherheit die Rede sein kann da wo, wie in Oesterreich, die widerstrebenden Richtungen der Racenbestandtheile und der Regierungs- und Hofparteien, wie die unberechenbaren Wandelungen der großen Weltpolitik jede Zuverlässigkeit des Systemes ausschließen. Im allgemeinen aber muß nicht vergessen werden daß, wer sich unter Schutz begibt, sich unter Herrschaft begibt — es sei denn der Schutz ein gegenseitiger.

Im deutschen Bund ist diese Gegenseitigkeit im Verhältnisse seiner Glieder nicht vorhanden, so lange die Mittel- und Kleinstaaten nicht einen vereinten Machtkörper bilden welcher den beiden Großstaaten ebenbürtig zur Seite tritt. Erst wenn dieß der Fall ist, können die in ihrer Vereinzelung schwachen Bundesglieder einen Verlaß auf Oesterreich haben, weil erst dann Oesterreich einen Verlaß auf sie haben kann. Preußen aber braucht sich nur seine bösen Gelüste abzugewöhnen um in das nämliche Gegenseitigkeitsverhältniß einzutreten, welches dann von selbst sich zu einem dreifachen steigert.

So viel ist heute klar, daß von einer Bundesreform nur noch im Geiste der Trias die Rede sein kann. Wenn von österreichischer Seite, selbst nach allen Vorgängen des vorletzten Jahrs und bei dem krampfhaften Festhalten an dem preußischen Separatbündniß, dann und wann noch mit einer in Aussicht gestellten Rückkehr zur großdeutschen Reformpolitik im Geiste des dem Frankfurter Fürstencongreß vorgelegten Planes Gunst gesucht wird, so kann kein verständiger Politiker dergleichen verstohlene Kundgebungen ernsthaft nehmen.

Ein Zurückgehen auf den Bundesreformplan von 1863 ist eine vollständige Unmöglichkeit. Dieser Plan hat an sich Eigenschaften genug gehabt die ihn nicht empfehlen konnten. Der Grundgedanke mochte populär sein, die Ausführung war es nicht. Der Grundgedanke war der einer Regeneration des deutschen Reichs im modernen Geiste; — die Ausführung hat daraus eine Art von Restaurationsprojekt gemacht, welches, so sehr es mit Zugeständnissen an die Gegenwart umhüllt war, doch einen gewissen altmodischen Geruch nicht verläugnen konnte. Nichtsdestoweniger würden die Vortheile der neuen Gestaltung so groß gewesen sein daß die Mängel und Anachronismen dagegen zurückgetreten wären. Eine rasche und energische Durchführung würde die Nation mit fortgerissen haben; ein großer Schritt zur bessern Organisation des nationalen Körpers wäre immerhin gethan gewesen; dem Ausland gegenüber hätte das deutsche System mit so großer Macht dagestanden, das die innere Fortentwicklung von außen keine gefährlichen Hemmungen mehr zu befürchten gehabt haben würde, — und die Zukunft hätte wenigstens uns selbst gehört.

Anders dagegen stellt sich die ganze Sache nachdem der Plan nicht durchgeführt worden ist. Alle Welt hat seitdem Zeit gehabt über die Wirkungen nachzudenken welche die Durchführung gehabt haben würde, und je längere Zeit diesem Nachdenken eingeräumt worden ist, desto größer und stärker ist die Zahl und Macht seiner Gegner geworden. Es gehörte zu den Verdiensten des Plans daß seine Vorschläge auf viel tiefere Wirkungen berechnet waren als Betheiligten und Unbetheiligten auf den ersten Blick klar sein konnten. Gab man der Welt Zeit zum Nachgrübeln, so war das

Unternehmen verloren. Zugleich hat sich, theils in Folge gerade dieser Wirkungen, theils aus anderweitigen Ursachen, die Lage Europa's wesentlich verändert. Obschon die Zeit der Ausführung im Sommer 1863 bereits auf sehr nachtheilige Weise verspätet war, muß doch die damalige Lage sowohl in Deutschland als in Europa immer noch als eine dem Unternehmen außerordentlich günstige betrachtet werden, welche so leicht nicht ähnlich wiederkehren wird. War unter jener Gunst der Umstände die Ausführung des Plans nicht möglich, wie soll sie nun und fernerhin möglich sein? Die österreichische Politik hat seitdem verhängnißvolle Fehler begangen, die deutsche Nation bittere Erfahrungen gemacht. Preußen hat seine Stellung in hohem Grad befestigt, seinen Einfluß und sein Ansehen gesteigert, und beherrscht durch den Zollverein Deutschland vom nationalökonomischen Standpunkt. Die mittelstaatlichen Fürsten, Staatsmänner, Kammern und Bevölkerungen haben, durch die wenn auch gelinde Oberherrschaft welche Preußen und Oesterreich in Compagnie über sie ausgeübt, einen unangenehmen Vorschmack von dem bekommen was sie zu erwarten haben, wenn durch eine Bundesreform eine berechtigte Centralgewalt von stärkerer Macht geschaffen und einem der Großstaaten oder beiden in Gemeinschaft übergeben würde. Sollen sie aber einmal sich einer solchen Centralgewalt fügen — dann sprechen hundert Gründe für einen zu Gunsten Preußens gegen Oesterreich, oder gegen die Doppelherrschaft beider in Compagnie. Das ist die große praktische Wahrheit welche von Oesterreich in verhängnißvoller Weise übersehen worden ist, daß jede Untergrabung des mittelstaatlichen Selbstbewußtseins durch geringschätzige und übermüthige Behandlung von Seiten der beiden Großstaaten

ausschließlich zu Gunsten Preußens wirkt. Jede Unzufriedenheit, jedes Mißvergnügen wirkt in Deutschland in unitarischer, niemals in föderalistischer Richtung. Mit jedem Monat, mit jedem Tag möchte man sagen, welchen Unzufriedenheit und Mißvergnügen über den Gang der deutschen Nationalangelegenheiten fortdauern, wird die preußisch-unitarische Partei größer, die österreichisch-föderalistische kleiner. Mit rühmlicher Treue sucht in diesem Augenblick die letztere noch an ihren Zielen und Anschauungen festzuhalten. Umsonst! Sie ist verloren wenn sie sich nicht durch eine Fortentwicklung ihres Grundgedankens neu zu beleben weiß. Und dieser Sachverhalt ist ganz natürlich. Die Fehler des Föderativsystems, wie es sich im deutschen Bunde darstellt, sind so groß, daß der Wunsch nach einem würdigeren nationalen Zustand, alle Reformen überspringend, unmittelbar zum Unitarismus seine Zuflucht nimmt.

Selbst in Bayern und Württemberg trägt auf diese Weise das durch stete Kränkung gereizte Selbstbewußtsein zum Fortschritt preußisch-unitaristischer Anschauungen und Bestrebungen bei. Einer unitaristischen Bewegung des deutschen Volksgeistes vermag aber Oesterreich nicht zu folgen. Die österreichische Politik hat nur die Wahl einer solchen Bewegung sich zu widersetzen, oder sie gewähren zu lassen und sich von Deutschland zurückzuziehen: — ein Uebel fast so groß wie das andere!

In dieser Richtung haben die Dinge sich in Deutschland seit dem Sommer 1863 bewegt, nachdem auf die durch den Fürstentag erregten großen Erwartungen erst nichts, dann aber die geflissentliche Kränkung aller föderativen Interessen und die Gemeinschaft der österreichisch-preußischen Vormachts-

usurpation gefolgt ist. Unter solchen Umständen kann von einer Wiederaufnahme des Reformplanes von 1863 unter verständigen Menschen so wenig die Rede sein wie von der Rückkehr zur Reichsverfassung von 1849.

Gleichzeitig mit diesem Verlauf der Dinge, und als positive Ergänzung zum negativen Charakter desselben, hat unter dem Theil der Nation welcher dem Föderativsystem treu geblieben ist, der Triasgedanke die entschiedensten und entscheidensten Fortschritte gemacht. Ein triadischer Plan ist demnach der einzige durch welchen, wie nun die Verhältnisse sich gestaltet haben, noch eine Rettung des deutschen Föderativsystems auf dem Weg einer Bundesreform möglich ist.

Viel ist schon über den Gedanken Deutschland dreigliederig zu gestalten gesprochen und geschrieben worden, und man darf, indem man abermals darüber schreibt, nicht hoffen die Wiederholung von schon ausgesprochenen Urtheilen zu vermeiden. Es handelt sich indessen jetzt nicht mehr um eine theoretische Erörterung dessen was als wünschenswerth und abstract möglich erscheinen mag, sondern um praktische Nothwendigkeiten und Unvermeidlichkeiten, welche uns hart auf den Leib gerückt sind. Unter solchen Umständen stellt sich der Gedanke in einem viel schärferen Licht dar als in den Jahren zwischen 1859 und der Abtrünnigkeit Oesterreichs von der großdeutschen Reformpolitik, und es ist gerechtfertigt ihn in diesem schärferen Licht neu zu betrachten. Es muß dieß von fünf verschiedenen Standpunkten geschehen: vom deutschen Nationalstandpunkt, vom mittel- und kleinstaatlichen Standpunkt, vom österreichischen, vom preußischen und vom europäischen Standpunkt. Auf jedem von diesen werden Gunst und Ungunst für den Plan sich anders vertheilt darstellen;

die Ergebnisse der Prüfung aber, zusammengefaßt, werden erst eine richtige praktische Beurtheilung zulassen. Und diese allein ist es um die es uns hier zu thun ist. Die unitarische Partei stößt den Plan zurück; die föderalistische hat keine andere Wahl mehr übrig wenn sie nicht sich selbst aufgeben und sich mit jener verschmelzen will. Für die föderalistische Partei also ist die Frage der Ausführbarkeit des Triasgedankens die Lebensfrage. Im Bewußtsein dieser Wichtigkeit soll der Gegenstand in den beiden folgenden Briefen aus den fünf bezeichneten Standpunkten betrachtet und beurtheilt werden.

VI.

Von fünf verschiedenen Standpunkten — habe ich in meinem letzten Brief gesagt — muß man den Gedanken einer dreigliederigen politischen Gestaltung Deutschlands ins Auge fassen: vom deutsch-nationalen, mittel- und kleinstaatlichen, österreichischen, preußischen und europäischen.

Die Forderungen und Erwartungen des deutschen Volks können allerdings durch die Trias nicht befriedigt werden. Damit ist jedoch über den praktischen Werth des Triasplanes wenig oder nichts gesagt. Nur wenige Wünsche und Hoffnungen der Menschen werden überhaupt befriedigt. Die Aufgabe des praktischen Lebens aber bleibt es unterdessen den Forderungen des Gedankens so nahe wie möglich zu kommen, was in der Regel nur schrittweise geschehen kann. Je größer die Kluft ist welche den Gedanken von der Wirklichkeit trennt, desto höher nimmt er seinen Flug, und aus nationalem Elend können die höchsten Ideale nationaler Wiedergeburt hervorgehen. Je rücksichtsloser aber auch umgekehrt der Gedanke über die Thatsachen der Wirklichkeit

hinwegfliegt, desto weiter ist er in der Regel von seiner eigenen Verwirklichung. Es ist schön und in der Ordnung, daß auch die nationalen Ideale nach hohen Maßstäben gebildet sind, aber die Arbeit zu ihrer äußern Darstellung muß mit Entsagungen und Beschränkungen beginnen.

Die Beschränkungen welche sich das deutsche Volk im Betrieb seiner nationalen Angelegenheiten auferlegen muß, betreffen auf der einen Seite das System seines politischen Organismus, auf der andern den Umfang in welchem dieses System durchgeführt werden kann. Im System können wir für jetzt nicht über den Föderalismus hinauskommen, zugegeben daß dieß wirklich ein Zurückbleiben hinter dem Ideal nationaler Einheit sei, wogegen ich vieles einzuwenden hätte, wenn es hier zur Sache gehörte. Den Umfang der vollkommeneren Durchführung des Föderativsystems aber müssen wir zunächst auf die Mittel- und Kleinstaaten, oder vielmehr sogar auf einen Theil derselben beschränken. Nach meiner Ueberzeugung muß sich die deutsche Nation für ihre politische Gesammtverfassung den Gang zum Muster nehmen welchen die Ausbildung der Bundesverfassung der Schweiz genommen hat. Der Unterschied zwischen monarchischer und republikanischer Staatsform hat nichts mit der Sache zu thun. Wenn unsere Fürsten sein wollen was sie sein sollen, und was ihnen nicht nur die Demokratie zumuthet, sondern als was sie selbst der Kaiser von Oesterreich zu Frankfurt bezeichnet hat, indem er sie als die „Häupter der deutschen Nation" angeredet, stehen sie der Ausbildung einer wahren föderativen Nationalverfassung so wenig im Wege wie es die herrschenden Aristokratien einer Gruppe von Republiken oder die separatistischen Interessen lokaler Demokratien zu thun brauchen.

Im Gegentheil können sie die Aufgabe erleichtern. Auch die Ungleichheit der Macht ist an sich bei monarchischen Bundesgenossenschaften so wenig ein dem Föderativprincip hinderlicher Umstand wie bei republikanischen, solange in beiden Fällen der Unterschied nicht so groß ist daß einzelnen Bundesgliedern nicht das Bundesverhältniß, welches ihre Souveränetät beschränkt, ganz überflüssig erscheint. In dieser letzten Meinung können sie recht haben, aber auch sich täuschen, wie es unzweifelhaft bei Oesterreich und Preußen der Fall sein würde wenn sie eine solche Meinung hegten. Die Thatsachen lehren aber daß sie dieselbe nicht hegen. Sie glauben nur des Bundes weniger zu bedürfen als die übrigen, und darin haben sie unzweifelhaft Recht. Wenn eine Abstufung in der Bundesbedürftigkeit herrscht, so folgen daraus nicht für die größere Macht größere Rechte, sondern, weil die größere Macht ein kleineres Bundesbedürfniß und ein größeres Selbstständigkeitsbedürfniß hat, folgt nur daß ihren Interessen ein loseres Band der Bundesgenossenschaft entspricht als den Interessen der kleineren Bundesglieder. Diese ihrerseits aber, während keines von ihnen für sich allein irgend eines Grades politischer Sicherheit sich rühmen könnte, haben das natürliche Bedürfniß unter sich enger verbunden zu sein als mit den großen, deren allzu innige Intimität ihnen gefährlich werden kann. Die Weiterbildung des deutschen Föderativsystems setzt also für die Mittel- und Kleinstaaten ein anderes Verhältniß voraus als für Oesterreich und Preußen. Das lose Band des Bundes wie es jetzt ist, vielleicht in mancher Beziehung etwas anders gezogen, soll auch fernerhin die dreigliederige Nation umfassen, und ein Ganzes einschließen in welchem der nationale Gedanke in seiner weitesten Ausdehnung

sich erhalten und entwickeln kann. Aber innerhalb dieser weiteren Gränzen bedarf dieser Gedanke eines Gebietes auf welchem er sich in seiner vollen Schärfe, Reinheit und Macht darstellen und ausbilden kann. Es ist sehnlich zu wünschen daß sich für diese Erfordernisse und ihre Beziehungen zur allgemeinen Weltlage im deutschen Volke der nöthige historisch-politische Instinkt finde. Nicht alle einschlägigen Erwägungen in dieser großen Schicksalsfrage sind discutirbar: es gibt darin sehr gewichtige Gründe, welche man besser verschweigt als ins Feld führt. Der praktische Sinn, welcher ein Ding an dem Ende anfaßt wo es den Stiel hat, ist das was noth thut. In diesem Satz ist eigentlich alles enthalten was ich über das Verhältniß des Triasgedankens zur öffentlichen Meinung Deutschlands, als des Trägers der nationalen Idee, zu sagen habe oder zu sagen hier für zweckmäßig halte.

Wie aber stellt sich die Trias auf dem Standpunkte der Mittel- und Kleinstaaten dar? Wird nicht der Trieb der Selbsterhaltung diese kleineren Glieder des Bundes veranlassen sich einer Maßregel zu widersetzen welche ihnen als der erste Schritt ihres Aufgehens nicht in Preußen und Oesterreich, wohl aber in eine dritte deutsche Macht erscheinen könnte? Wird es ihnen nicht nach wie vor als höchste Weisheit mittelstaatlicher Politik erscheinen sich zur Erhaltung des gegenwärtigen Bundesverhältnisses wie es ist auf die Nebenbuhlerschaft Oesterreichs und Preußens zu stützen und zu verlassen? So scheint es in der That gewesen zu sein; aber nur bei gänzlicher Verkennung des von der Geschichte vorgezeichneten Laufes der Dinge und der wahren Bedingungen der Sicherheit wirklich begründeter Separatinteressen, nur bei

gänzlicher Blindheit, möchte ich sagen, könnte ein solches Verhalten weiter fortgesetzt werden. So lange die beiden Großstaaten selbst, ein jeder in seiner Weise, mit diesem Schaukelsystem vortheilhafte Geschäfte machen zu können glaubten, so lange die unitarischen Bestrebungen noch nicht von Preußen zum Hebel seiner Machterweiterung, von Oesterreich zum Träger wenn auch vorsichtiger Restaurationsideen gemacht worden waren; so lange noch nicht die Vormachtspolitik ernsthaft mit der Main-Demarcationslinie gedroht hatte, mochten die mittel- und kleinstaatlichen Existenzen aus dem Dualismus, welcher den nationalen Gedanken in Frage gestellt hielt, Nutzen ziehen zu können glauben. Dieser Zeitraum liegt aber jetzt hinter uns. Es gehört kein weiter Blick mehr dazu den Zeitpunkt herannahen zu sehen wo die kleinen Bundesglieder, wenn sie nicht zur rechten Zeit auf der einen Seite ihr Recht, auf der andern ihre Macht zusammengethan, dem Rechte des nationalen Einheitsgedankens von unten und der Macht der Usurpation im Namen dieses Gedankens von oben werden weichen müssen. Daß die Einheit selbst dadurch nicht hergestellt werden wird, könnte ihr Schicksal nicht aufhalten. Auch die Triebe welche nicht bestimmt sind zum Ziel zu gelangen, haben zuweilen eine entscheidende Gewalt in der Geschichte; und nicht selten zeigt sich diese Gewalt darin daß sie das Gegentheil von dem hervorbringen helfen was sie hervorbringen wollen. Der Trieb zur Einheit, unter falschen Bedingungen wirksam, kann die Theilung herbeiführen. Es ist wahr, Oesterreich hätte bei einer Theilung Deutschlands wenig zu gewinnen; aber auch an der Theilung Polens hat Oesterreich nur mit Widerstreben Antheil gehabt. Bayern ist allerdings ein nicht leicht

zu verdauender Brocken. Seine Macht, nicht schwer genug für sich allein eine europäische Wagschale niederzudrücken, ist immer schwer genug als Zulage zu andern Gewichten eine entscheidende Wirkung auszuüben. In diesem Umstand aber eine Gewähr dafür finden zu wollen daß dieser Staat aus einem großen Conflikt der deutschen Verhältnisse unversehrt hervorgehen werde, scheint mir sanguinisch zu sein. Und in welcher Lage befände sich Bayern wenn es wirklich unversehrt, aber isolirt, aus der Gefahr entkäme? Wäre es beneidenswerth der Kampfplatz des rivalisirenden Einflusses von Preußen, Oesterreich und Frankreich zu sein, vielleicht mit einer unter solchen Umständen heranwachsenden Partei für den Anschluß an die Schweiz?

Wie aber sollen die Mittel- und Kleinstaaten es anfangen zu einer engeren Verbindung unter sich zu gelangen? Stille Verabredungen für mögliche Fälle gemeinsamer Bedrängniß können dem Bedürfniß nicht entsprechen. Ihr engerer Bund muß eine offene staats- und völkerrechtliche Thatsache sein, muß seine Form und seine Organe haben, wenn der Zweck erreicht werden soll. Dazu gehört eine gemeinsame Executivgewalt, eine gemeinsame Repräsentation, eine gemeinsame Diplomatie, ein gemeinsames Heer. Die beiden entscheidenden Erfordernisse aber sind die Herstellung der parlamentarischen und der diplomatischen Einheit. Natürlich muß eine Anzahl von Fürsten und Staatsmännern von der Erkenntniß der Nothwendigkeit durchdrungen sein; dieß ist die erste Voraussetzung. Die Herstellung einer Uebereinstimmung über den Weg welchen sie einschlagen wollen, ist das nächste. Ihr erster praktischer Schritt aber wird der sein müssen durch das Mittelglied ihrer Kammern die

Mitwirkung des Volks zu suchen, ohne welche ihre Kraft zur Vollbringung des Werks gewiß nicht ausreichen wird. Die Grundgedanken des Bundesreformplans von 1863 auf den engeren Kreis der Mittel- und Kleinstaaten angewandt, scheinen mir das System zu bezeichnen dessen Ausführung erstrebt werden muß; nur würden gewisse Abschwächungen dieser Grundgedanken zu vermeiden sein welche den Plan von 1863 charakterisiren. Der Gedanke der Delegirtenversammlung als eines Bundesunterhauses ist freilich nicht populär. Ich halte ihn aber dennoch unter den herrschenden Verhältnissen für den einzigen ausführbaren. Ein Bundesoberhaus gehört dazu, und wenn die Fürsten sich die stärkste Gewähr ihrer Stellung dem radicalen Einheitsdrang gegenüber verschaffen wollen, so entschließen sie sich dieses Oberhaus selbst zu bilden. Es ist dieß nach meiner innigsten Ueberzeugung der conservativste Gedanke welcher für diese Verhältnisse möglich ist. Eine Bundesexecutive kann in verschiedener Weise gebildet werden. Das wesentliche ist daß eine actionsfähige Collectivsouveränetät der Mittel- und Kleinstaaten, oder des größeren Theils derselben begründet wird, welche dann im Verein mit Oesterreich und Preußen den weiteren Bund bildet.

Wenn von gewisser Seite die militärische Einigung der Mittel- und Kleinstaaten, oder eines Theils derselben, als der erste Schritt zur Verwirklichung bezeichnet worden ist, so bin ich anderer Meinung. Auf dem Weg des Kriegs oder einer Revolution wäre es richtig, auf dem Weg einer ruhigen Bildung ist es falsch. Auf diesem Weg ist die diplomatische Einigung viel wichtiger als die militärische, und die parlamentarische geht allem voraus. Die süddeutschen Kammern können weder

umgangen noch kann ihre Mitwirkung entbehrt werden, wenn etwas zu Stande kommen soll, und zum Glück sind sie weiter über die Schuljahre hinaus als die Repräsentationen der beiden deutschen Großstaaten, so daß ihre Mitwirkung keine Besorgniß erregen kann. Ein in ihrer längern Geschichte begründetes Selbstgefühl muß ihnen zur Quelle eines starken conservativen Interesses werden — des Interesses an ihrer eigenen Erhaltung. Durch diese längere Geschichte sind sie zu festen Elementen eines jeden föderativen Baues geworden in welche ihre Staaten sich einfügen sollen, und ich müßte mich gänzlich irren wenn sie nicht eben so weit davon entfernt sein sollten sich von einem rein unitarischen Volksparlament verschlucken lassen zu wollen, wie von ihren Regierungen die Abdication zu Gunsten der absoluten nationalen Unification zu verlangen. Es ist hundertmal gesagt worden daß der deutsche Geist die Einheit in der Besonderheit oder die Besonderheit in der Einheit verlangt, und es ist hundertmal gleich wahr und gleich richtig. Jenseits der Gränzen einer Delegirtenversammlung als eines Bundesunterhauses würde auch für den engeren Bund der Mittel- und Kleinstaaten eine schiefe Ebene beginnen die in unbekannte Tiefen führt, und auf die sich freiwillig kein besonnener Politiker begeben wird.

So stellt sich nach meiner Auffassung der Triasgedanke vom Standpunkte der Mittel- und Kleinstaaten selbst dar. Zu seiner Ausführung müßte im Südwesten der Anfang gemacht werden. Die kleineren Bundesglieder Norddeutschlands befinden sich dem Plane gegenüber in einer ganz anderen Stellung, welche auf die Betrachtung der Frage vom preußischen Standpunkt führen.

VII.

Vom Standpunkte der österreichischen Interessen kann der Triasplan nur günstig beurtheilt werden. Ohne Oesterreich zu einer gewagten Action zu nöthigen, schiebt dieser Plan jenen Zielen der preußischen Politik, die Oesterreich, ohne sein eignes Dasein zu gefährden, nicht einräumen kann, einen Riegel vor. Zwar scheint es als ob bei der Ausführung für Oesterreich die erste Rolle im deutschen Staatensysteme verloren gehen müsse; und es ist natürlich daß gewisse traditionelle Anschauungen und Gefühle, von denen sich im österreichischen Volke wie in der österreichischen Dynastie immer noch einige Reste erhalten haben, durch diese Aussicht verletzt werden. Eins muß sich indessen in unsern Tagen jeder Staat und jede Dynastie klar machen, und die Versäumniß kann nur zum eignen Nachtheile gereichen: — daß unsere Zeit, in der äußeren Politik so wenig wie in der inneren, keine bloßen Würden und Sinecuren mehr verträgt. Eine Macht, sei sie eine sociale die sich im Innern der Staaten, oder eine politische die sich im Verhältniß der Staaten unter einander geltend zu machen sucht, gilt heut zu Tage nur noch als das was sie leistet. Dies ist in der That ein großer Fortschritt. Die sittliche Welt hat sich über die bloße Symbolik erhoben, deren Apparate abgenutzt sind und dem heutigen Geschlechte nur noch als kindischer Hokuspokus erscheinen. Nicht was man vorstellt, sondern was man ist, kommt in Betracht. Was man ist, drückt sich aber aus in dem was man vermag, was man vermag in dem was man leistet. Unsere hochconservativen Staatsmänner haben so oft der Partei der Bewegung und des Fortschrittes einen unpraktischen

Idealismus vorgeworfen, daß wir wohl ein Recht erworben haben sie selbst und ihre Leistungen mit dem Maßstabe der Realpolitik zu messen. Für diese aber besteht selbst die Legitimität nur in der Fähigkeit sich für die eingenommene Stellung durch wirkliche Leistungen täglich neu vor der Welt zu legitimiren, und in dieser Legitimation selbst. Die Gelegenheit dazu wird Oesterreich in der Trias nicht verloren gehen sondern sie wird ihm darin erst in Wahrheit geboten, während sie in der jetzigen Bundespräsidialwürde kaum zu entdecken sein dürfte. In einem aus Oesterreich, Preußen und einer deutschen Union bestehenden dreigliedrigen Deutschland ist eine Concurrenz eröffnet, durch welches jedes dieser drei Glieder die gleiche Gelegenheit erhält sich nach seinem wahren Verdienste um das ganze deutsche Staatensystem geltend zu machen. Für Oesterreich ist ein solches Verhältniß immer noch mit einer besonderen Gunst der Umstände verbunden. Dem rücksichtsvolleren Gange seiner von föderalistischen Principien geleiteten deutschen Politik kommt naturgemäß von Seiten der Staaten der dritten Gruppe ein größeres Vertrauen entgegen, als Preußen mit seinem abstracten Staatsbegriffe und corporalsmäßigen Unitarismus zu finden hoffen darf. Jene Concurrenz aber würde ganz besonders durch eine Einrichtung fruchtbar gemacht werden, nach welcher eine jede der drei Mächte des deutschen Systemes — Oesterreich, Preußen und die Union kleinerer deutscher Staaten — der Reihe nach auf gleiche Zeitdauer die gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Systemes zu leiten hätte. Diese gemeinsamen Angelegenheiten müßten auf das Nothwendigste beschränkt und auf das Genaueste festgestellt werden. Die Stellung einer „Vormacht,“ welche in der schleswig-holstein'schen

Angelegenheit von Seiten Oesterreichs und Preußens usurpirt worden ist, würde durch die Abwechslung mit den unverfälschten Principien des Föderalismus in Einklang gebracht werden. Man hat auch in der That die Vortheile einer solchen Einrichtung, welche an die drei Vororte der ehemaligen Schweiz erinnern würde, zu Zeiten in Wien zu würdigen gewußt; freilich ohne daß darum diese Würdigung zu einem praktischen Entschlusse hätte führen können. Auf die wiederholten Zumuthungen einer zwischen Preußen und Oesterreich getheilten Directorialmachtsstellung ist indessen doch von österreichischer Seite mehr als einmal mit dem Triasgedanken geantwortet worden, und Oesterreich hat Minister gehabt welche in dem Zeitraume zwischen dem Frühling 1861 und dem Sommer 1863 für die Verwirklichung dieses Gedankens den dreifachen Turnus in der Leitung der Gesammtangelegenheiten als die zweckmäßigste Einrichtung betrachteten. Für den Kaiserstaat insbesondere bietet aber die Trias überhaupt noch den unschätzbaren Vortheil, ihn in der Lösung seiner schwierigen und verwickelten inneren Aufgaben frei und unbeirrt zu lassen. Alles in Allem muß gesagt werden, daß was Oesterreich in Deutschland erreichen wollen kann und zu erreichen hoffen kann, sich durch die Trias besser und sicherer als auf jedem anderen Wege erreichen läßt.

Vom Standpunkte der preußischen Interessen scheint das Urtheil über den Triasplan minder günstig ausfallen zu müssen. Ich glaube indessen behaupten zu dürfen daß es nur scheint, und es fehlt auch keinesweges ganz an preußischen Stimmen welche sich günstig ausgesprochen haben. Die preußische Partei, welche Verstand genug hat ihre

Annexionsplane nicht südwärts über den Main auszudehnen, steht an sich schon dem Triasgedanken sehr nahe. Wenn es für möglich gehalten wird die norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten an Preußen zu annektiren, so ist eine solche Annahme, begründet oder unbegründet, noch sehr weit entfernt von der Voraussetzung der Möglichkeit einer Einverleibung des ganzen außerösterreichischen Deutschlands, und schließt zugleich auf keine Weise die Ueberzeugung in sich daß die süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten ihrerseits in Oesterreich aufgehen würden. Die Politik welche eine Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich empfiehlt, ist auf österreichischer Seite, sofern sie hier existirt, ein Selbstbetrug, auf preußischer Seite aber geht sie auf einen Betrug Oesterreichs aus. Sie weiß daß Oesterreich die Hälfte auf welche man es großartig anweist, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erhalten wird. Und kann also weder Preußen das Ganze noch Oesterreich einen Theil erhalten, so bleibt eine Gruppe von Staaten übrig denen zur Wahrung ihrer bedrohten Existenz nur die Bildung einer engeren Union offen steht.

Ich behaupte daß es auch für Preußen am klügsten und würdigsten wäre diese Sachlage klar ins Auge zu fassen. Auch für den „Starken," wie Preußen sich so gern selbst nennt, ist es gefährlich zu viel zu wollen.

Daß Preußen einer Trias widerstrebt welche Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, die Hansestädte und Schleswig-Holstein, mit Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen zu einer Gesammtmacht, — einem wahren und actionsfähigen Bundesstaate vereinen würde, muß, so lange das norddeutsche Königreich auf der einen und der österreichische

Kaiserstaat auf der anderen Seite europäische Großmächte für sich sein wollen, als naturgemäß und damit als gerechtfertigt erscheinen. Anders freilich müßte geurtheilt werden wenn es möglich wäre für das ganze deutsche Statensystem, alle Bestandtheile der beiden Großstaaten eingerechnet, die wahren Grundsätze eines ächten Föderalismus zu Macht und Geltung zu bringen. Dazu muß aber leider die Hoffnung abgesprochen werden. Die Territorialinteressen, welche für die Glieder einer wahren Bundesgenossenschaft nur eine untergeordnete Bedeutung haben können, behalten also für Preußen ihr ganzes Gewicht, — ein Gewicht welches beinahe eben so groß ist als ob Preußen ganz für sich allein dastände. An einen Gebietsaustausch zur Arrondirung ist in unseren Tagen hier schwerlich zu denken. Preußens Zustimmung, wenn überhaupt, kann also wohl nur zu einer solchen Ausführung des Triasgedankens zu erlangen sein, welcher nicht auf eine die preußischen Lebensinteressen bedrohende Weise in die norddeutschen Territorialverhältnisse eingreift. Innerhalb einer solchen Beschränkung aber sollte sich der preußischen Politik der Triasplan nicht nur als annehmbar sondern sogar als vortheilhaft empfehlen.

Viel zweifelhafter ist es ob unter solchen Voraussetzungen die Union der übrigen Mittel- und Kleinstaaten noch stark genug sein würde den von ihr erwarteten nationalen Beruf zu erfüllen. Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Thüringen, die beiden Hessen, Nassau, Frankfurt, und Hohenzollern, durch welches letztere Preußen den zusammenhängenden Territorialcomplex der Union nicht dürfte unterbrechen wollen während ihm selbst viel wichtigere Territorialinteressen eingeräumt werden, würden immerhin einen nur schwachen

Bundesstaat darstellen. Die mittel- und süddeutschen Staaten können sich aber nicht verhehlen daß die Hoffnung, Hannover und die weiter nördlich gelegenen Bundesglieder in ihren engeren Verband zu ziehen, immer eine sehr geringe sein und bleiben müßte. Die Ueberzeugung der Unmöglichkeit dies zu thun, ist bisher eins der Haupthindernisse gewesen welche sich der Verwirklichung des Triasgedankens in den Weg stellten. Hatte die Trias oder hatten die in anderer Form gedachten großdeutschen Programme ihre Vorposten im Norden, so hatte dafür Preußen die seinigen im Süden. Die taktischen Erfolge auf beiden Seiten neutralisirten sich, oder brachten in beiden Lagern nur Verwirrung hervor. Es verspricht keinerlei Gewinn auf diese Weise weiter zu operiren. Ein Gewährenlassen von Seiten Preußens ist für die Trias nur unter der Voraussetzung einer Beschränkung auf diejenigen Bundesstaaten denkbar, welche weder preußisches Territorium unterbrechen noch durch preußisches Territorium von dem Gesammtgebiete der südwestlichen Gruppe abgetrennt werden.

Auch hiermit indessen würden noch nicht alle Vorbedingungen der Möglichkeit erfüllt sein. Schwerlich würde auch die Annexion rein norddeutscher Bundesstaaten an Preußen vor sich gehen, ohne daß der Bund als solcher seine letzte Widerstandskraft versucht oder das ganze außerpreußische Deutschland sich dagegen erhoben haben würde. Unwahrscheinlich ferner ist es daß Europa solchen Vorgängen ruhig zusehen würde. Der Ausgang würde daher für Preußen im höchsten Grade zweifelhaft sein, und es ist klar daß dieses einen anderen Weg einschlagen muß um seinen Territorialinteressen in Norddeutschland Genüge zu leisten.

Nicht die Annexion sondern die Gründung eines engeren norddeutschen Bundes ist das Mittel diese Interessen sicher zu stellen.

Das heißt: die deutsche Trias kann ohne gewaltsame Vorgänge nur die Form eines dreitheiligen Systemes annehmen, dessen drei Glieder Oesterreich, ein preußisch-norddeutscher Bundesstat und eine mittel- und westdeutsche Union sein würden.

Hiermit wäre allerdings den preußischen Ansprüchen das Höchste eingeräumt was sich vom Standpunkte der Gesammtinteressen des deutschen Staatensystemes ihnen einräumen läßt. Um mehr zu erlangen, müßte Preußen den Weg der Gewalt betreten, welcher als ein sehr gewagter betrachtet werden müßte, und an dessen Ende für Preußen ein ungewisses Schicksal liegen würde.

Mit Schleswig-Holstein aber müßte Preußen im Uebergange von der Annexions- zur Föderationspolitik den Anfang machen. Preußen selbst müßte die Hand bieten Schleswig-Holstein als unabhängigen Staat zu constituiren, zugleich mit diesem Staate in das Bundesverhältniß treten in welches mit den übrigen norddeutschen Staaten zu treten es bereit sein müßte, und dessen Annahme von diesen erwartet werden dürfte. Bei der Begründung dieses Verhältnisses, welches dem weiteren Bunde der drei Glieder des deutschen Gesammtsystemes keinen Abbruch thun dürfte, würde ganz so wie bei der Union der mittel- und westdeutschen Staaten, alles auf die genaue Feststellung und strenge Ausscheidung der gemeinsamen Angelegenheiten ankommen.

Die Trias als Ganzes müßte sich auf ein gemeinsames

Zollsystem — ganz Oesterreich natürlich eingeschlossen, — und auf das Verhältniß einer engen völkerrechtlichen Allianz beschränken. Der Gedanke eines Gesammtparlamentes und einer eigentlichen Gesammtregierung müßte aufgegeben werden. Die abwechselnde Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten könnte kaum als Regierung bezeichnet werden. Jedes der drei Glieder aber müßte eine wirkliche parlamentarische Regierung darstellen. Im Auslande würde die Trias durch die dreifachen Gesandtschaften Oesterreichs, des preußisch-norddeutschen Bundes und der mittel- und westdeutschen Union repräsentirt, welche, wo es immer am Platze wäre, collegialisch und collectiv zu verfahren hätten.[1]

In diesem Geiste und Sinne könnte allerdings die schleswig-holstein'sche Frage mit der deutschen Gesammtfrage in Verbindung zu glücklicher Lösung gebracht werden. Die außerdeutschen Mächte aber könnten und würden gerade einer solchen Lösung am allerwenigsten eine Schwierigkeit in den Weg stellen. Einmal angenommen daß es eine deutsche Frage gibt welche gelöst werden muß, würde für Frankreich und Rußland zugleich gerade diese Lösung die erwünschteste sein müssen, während England dafür zum mindesten nicht weniger Gunst als für eine andere haben könnte. Im Ganzen aber baut die deutsche Trias für das ganze europäische System eine Brücke aus einem völkerrechtlichen Zustande der nicht mehr zu halten ist,

[1] Ein Theil der diesem Briefe zu Grunde liegenden Anschauungen ist von einem mir unbekannten Verfasser in der Schrift: „Bayerns Beruf. I." München. Lentner'sche Buchhandlung, 1861, begründet worden. Ich schließe mich in Vielem, nur nicht im preußischen Obercommando, an dessen Stelle ich den Turnus setzen würde, an diese Schrift an.

in einen neuen der die Möglichkeit des Seins in sich trägt. Die Verwirklichung des Gedankens würde daher im wahrsten Sinne eine europäische Angelegenheit sein, — ein Vorgang durch welchen die größten Gefahren des Nationalitätsprincipes beseitigt und dem gewaltsamen Umsturze aller europäischen Staatenverhältnisse vorgebeugt werden würde.

V.

Ein Memoire über die Benutzung und Leitung officiöser Blätter.

Das hier folgende kleine Memoire, welches den Geist bezeichnet in dem der Verfasser, in Uebereinstimmung mit einem aufgeklärten und freisinnigen Minister, seine eigene mehrjährige Wirksamkeit aufgefaßt, hat einen halb officiellen Ursprung. Es wurde im Februar vorigen Jahres eben diesem Minister übergeben, dessen volle Zustimmung die darin ausgesprochenen Ansichten fanden.

Die Nothwendigkeit mit der öffentlichen Meinung zu regieren, ist in unserer Zeit anerkannt. Die verschiedenen Ansichten welche man über den moralischen und intellektuellen Werth des Urtheils der Massen hegen kann, vermögen nichts an dieser Nothwendigkeit zu ändern. Die Kunst des Regierens mit der öffentlichen Meinung und unter Umständen sogar durch die öffentliche Meinung ist ein wesentlicher Bestandtheil der modernen Regierungskunst geworden.

Dieser Sachverhalt ist verhältnißmäßig neu, und nicht jede Regierung hat es bis jetzt gelernt ihm gegenüber gleich gut das richtige Verfahren zu finden. So unselbständig das Urtheil der Massen sein mag, läßt sich doch die öffentliche Meinung nicht beliebig machen oder lenken. Gleich der

Volkswirthschaft hat sie ihre natürlichen Bedingungen, welche aus den Bedürfnissen der Gesellschaft entspringen und in ihrer Entwickelung an einen psychologischen Proceß gebunden sind. Diese Bedingungen müssen verstanden werden wenn eine Einwirkung beabsichtigt wird, und das einzige Mittel sie mit Sicherheit zu erzielen muß in der Aufklärung der Gesellschaft über ihre wahren Interessen und in der dazu nöthigen Offenheit der Regierung gesucht werden. Diese Offenheit hat unzweifelhaft ihre Grenzen, welche zuweilen werden sehr eng gezogen sein müssen. Immer aber wird es als zweckwidrig bezeichnet werden müssen, aus bloßer Geringschätzung, oder aus zweckloser Vorliebe für die Heimlichkeit des Regierens, der öffentlichen Meinung die thatsächliche Kenntniß vorzuenthalten deren sie zu ihrer Urtheilsfähigkeit bedarf. Eins der besten Mittel mit der öffentlichen Meinung zu regieren, wird immer das sein soviel wie möglich durch dieselbe zu regieren.

Da die öffentliche Meinung in unserer Zeit sich vorzugsweise in der Tagespresse ausspricht, sind auch für die Regierungen die Tagesblätter das große Mittel auf sie einzuwirken. Die Zeitungen eines Landes können aber in viererlei Verhältnissen zur Regierung stehen. Sie können sein:

1) officielle Blätter,
2) officiöse Blätter,
3) befreundete unabhängige Blätter,
4) Oppositionsblätter.

Von diesen gehören die letzten am wenigsten in den Kreis gegenwärtiger Bemerkungen; indessen ist immerhin darauf aufmerksam zu machen daß eine Regierung ihrer nicht entbehren kann. Ohne die Oppositionsblätter würde eine Regierung die öffentliche Meinung, also auch was darin ihr

gegnerisch ist, gar nicht vollständig kennen lernen, und den ihr befreundeten oder dienenden Organen würde ganz der Gegenstand für ihre Wirksamkeit fehlen. Die öffentliche Meinung aber würde damit nicht aufhören zu existiren, und die oppositionellen Elemente würden sich nur um so mehr anhäufen.

Die befreundeten unabhängigen Blätter sind die Organe nicht der Regierung sondern der Regierungspartei, mit deren Organisation ihre Entstehung zusammentreffen wird. Eine Subvention von Seiten der Regierung nimmt ihnen ihren Charakter; denn die Partei der Regierung soll so unabhängig dastehen wie die der Opposition. Die Regierung kann diesen Blättern in der Mittheilung von Nachrichten und Aufschlüssen gefällig sein, — das ist alles was sie für dieselben thun kann. Das Entstehen eines unabhängigen Blattes welches demungeachtet die Regierung unterstützen und das Organ der Regierungspartei im Reichsrathe sein würde, könnte zu einem wichtigen Mittel des politischen Fortschrittes in Oesterreich werden.

Der Charakter und die Verrichtungen der officiellen Blätter sind scharf und klar bestimmt. Ihre Veröffentlichungen sollen amtliche Bekanntmachungen, Proklamationen, Manifeste sein. Die Diskussion ist nicht ihr Feld. Indem sie sich auf diese einlassen, verlieren sie den amtlichen Charakter, weil in der Diskussion jede Partei ein gleiches Recht hat. Auch reizen sie damit zu einem verstärkten Widerspruch, mit welchem sie den Streit nachher doch nicht ausfechten können. Es liegt also im Interesse der Regierung ihre officiellen Organe vom Felde der Diskussion fern zu halten.

So bleibt das Gebiet der officiösen Blätter als ein wolbegränztes übrig, und ihre Unentbehrlichkeit tritt klar an den Tag. Die Diskussion im Geist und Interesse der Regierung ist ihre unterscheidende Aufgabe. Wird es anerkannt daß die Regierung sich in die öffentliche Diskussion einlassen soll, so wird auch anerkannt daß es officiöse Zeitungen geben muß. Aus dieser Aufgabe der officiösen Zeitungen gehen aber naturgemäß die Bedingungen ihrer erfolgreichen Wirksamkeit hervor.

Im Allgemeinen müssen die officiösen Blätter im Vertrauen der Regierung stehen, und je höhere Leistungen von ihnen erwartet werden, um so intimer muß dieses Vertrauen sein. Es wäre ein Irrthum zu glauben daß dazu die tägliche Mittheilung einer Parole für die Behandlung der Tagesfragen hinreichend sein könne. Die officiöse Presse soll im Geist und Interesse der Regierung in die Diskussion eingreifen, sie muß also diesen Geist und dieses Interesse kennen. Sie soll der publicistische Advokat der Regierung sein, und hat als solcher ein Recht die Angelegenheiten welche sie vor der Oeffentlichkeit führen soll der Wahrheit gemäß zu kennen. Der Leiter eines officiösen Blattes ersten Ranges muß, wenn er den an ihn ergehenden Anforderungen genügen soll, in den Zusammenhang der Ansichten und Absichten der Regierung eingeweiht sein. Verdient er nicht das dazu nöthige Vertrauen, so ist er nicht der Mann für die Stellung. Daß er die Feder zu führen weiß, kann bei ihm nur als eine Fähigkeit zweiten Ranges in Betracht kommen. Er muß sogar das Vertrauen verdienen welches gestattet ihn mit Freiheit nach eigener Diskretion verfahren zu lassen.

Diese Freiheit ist die zweite Grundbedingung einer

ersprießlichen Wirksamkeit der officiösen Presse. Die Verwechslung der Aufgabe dieser letzteren mit der Aufgabe der officiellen Blätter kann hier leicht eine Regierung zu falschen Maximen verleiten. Die officiellen Blätter bedürfen weder eines besonderen Vertrauens noch der Freiheit ihrer publicistischen Bewegung. Sie gehören in den Organismus der Verwaltung, und haben zu publiciren was ihnen aufgetragen wird. Mit den officiösen Zeitungen verhält es sich anders. Wollte eine Regierung ihnen auf der einen Seite das Vertrauen auf der andern die Freiheit entziehen, so würden sie in die Stellung officieller Regierungsorgane gedrängt werden, ohne doch, bei dem Mangel des amtlichen Charakters, auch dieser Stellung entsprechen zu können. Sie würden unbrauchbare Zwitter werden.

Es wird sich zeigen lassen daß die Freiheit der publicistischen Bewegung officiöser Blätter selbst bis zur Gestattung einer mäßig oppositionellen Haltung gehen soll. Die officiöse Presse soll diskutiren. In der Natur jeder Diskussion aber liegt es daß sie es mit Urtheilen zu thun hat die noch nicht zum Abschlusse gekommen sind. Auch innerhalb einer Regierung bestehen verschiedene Meinungen, von denen sowol die eine wie die andere zum Siege kommen kann.

Es ist aber nicht im Interesse einer Regierung diese Thatsache zu verleugnen, welche eine im Innern derselben vor sich gehende geistige Arbeit erkennen läßt. Indem diese Arbeit mit einem entsprechenden Vorgange im Volke parallel läuft, werden, dadurch daß sie erkennbar wird, Volk und Regierung einander näher gerückt, und das Zutrauen des ersteren zur letzteren wird nicht gemindert sondern gemehrt. Sodann gewährt es der Regierung einen unverkennbaren

Vortheil bei einem Wechsel ihrer Politik nicht vor der Oeffentlichkeit den Faden ihrer Continuität verlieren zu müssen. Die Ansicht welche bei einem solchen Wechsel zur Geltung kommt, hat schon vorher zu den Erwägungen der Regierung gehört, während die außer Geltung gekommene Ansicht nicht auf einmal gänzlich alles Gewicht verloren haben kann. Indem diese zweifache Thatsache in den officiösen Organen zur Erscheinung kommen darf, was in den officiellen nicht möglich ist, gewinnt die Regierung den Vortheil nicht vor der Welt mit Sprüngen auftreten zu müssen, die den Eindruck der Unsicherheit, der Principlosigkeit oder der Falschheit machen.

Endlich liegt es auch im Interesse der Regierung daß die Welt, obschon sie sich genöthigt sieht der Sprache der officiösen Presse Aufmerksamkeit zu schenken, doch nicht genau wisse wie weit dieselbe die Ansichten der Regierung ausspricht. Die Regierung bedarf eines Organes für publicistische Demonstrationen, deren Auslegung dem eignen Publikum wie den fremden Mächten überlassen bleiben muß. Die officielle Presse kann ihr den Dienst eines solchen Organes nicht leisten. Der Zweck aber die Gedanken der Regierung durch die Sprache der officiösen Blätter zu verbergen oder auch zum Errathen dieser Gedanken Anleitung zu geben, kann nur erreicht werden wenn diesen Blättern die erforderliche Freiheit der Bewegung gelassen wird.

VI.

Oesterreich und der Freihandel.

Die folgende Abhandlung ist im Sommer vorigen Jahres bei Braumüller in Wien erschienen. Sie hatte die volle Zustimmung der leitenden Staatsmänner des damaligen österreichischen Cabinettes, wie nicht minder die des darauf folgenden, unter welchem der englisch-österreichische Handelsvertrag — eine kleine Abschlagszahlung an den Freihandel — zum Abschlusse kam. Der Verfasser darf vielleicht sagen daß er den Weg zu dieser Station in der Richtung auf das fernere größere Ziel durch seine Schrift hat ebnen helfen.

I.

Die Handelspolitik bildet im gegenwärtigen Augenblicke den wichtigsten Gesichtspunkt der österreichischen Staatskunst. Die Regierung des Reiches steht in dieser Beziehung vor der Nothwendigkeit entscheidender Entschlüsse. Durch die Umstände genöthigt ihre Aufmerksamkeit für einige Zeit vorzugsweise den Bedingungen der materiellen Kraft und Wohlfahrt des Staates zuzuwenden, hat sie als nächste Aufgabe die Heilung einer finanziellen Krankheit vor sich. Die Ursache dieser

Krankheit aber ist weit davon entfernt ausschließlich oder auch nur vorzugsweise in einem schlechten Staashaushalte zu liegen, es sei denn daß man unter diesem ein ganzes Regierungssystem, sammt der dadurch aus früheren Zeiten wie aus der Gegenwart benachtheiligten Volkswirthschaft verstehen will.

Die Nothwendigkeit eines verbesserten Staatshaushaltes soll hiermit für den Kaiserstaat nicht geläugnet werden. Wieviel man auch auf Rechnung oppositioneller Schwarzfärberei, unredlichen Hereintragens vergangener Geschichten in die Gegenwart, und parteiisch-engherziger Beurtheilungen staatlicher Bedürfnisse setzen mag deren Befriedigung der Gegenpartei so schwer wie möglich zu machen gesucht wird, so bleibt immer noch Grund genug zum Tadel und zu sorgsamer finanzieller Einschränkung übrig, und der Nachdruck welcher von Seiten des Reichsrathes auf Ersparnisse gelegt wird, ist gewiß gerechtfertigt. Demungeachtet ist durch bloße staatswirthschaftliche Einschränkungen den Finanzen eines Staates mit unzulänglicher Volkswirthschaft nicht zu helfen. Ganz abgesehen davon daß diese Einschränkungen, um wahrhaft wirksam zu sein, sich in die Privatwirthschaft des Volkes erstrecken und auf seine Sitten und Gewohnheiten ausdehnen müßten, verhält es sich mit dem Staate in solcher Lage wie mit einer herabgekommenen Familie welche, statt sich zu Fleiß und productiver Thätigkeit zu entschließen und diese auf die nöthige Höhe zu bringen, durch die bloße Herabsetzung ihrer Bedürfnisse sich retten zu können glaubt, während sie schon längst von einem sich täglich mindernden Kapitale zehrt. Bis auf einen gewissen Punkt kann freilich unter solchen Umständen durch Einschränkung die Katastrophe des ökonomischen

Ruines hinausgeschoben aber nicht aufgehalten, die Rettung erleichtert aber nicht herbeigeführt werden. Aber selbst diese bescheidene Wirkung hat ihre Grenzen. Wenn der einzelne Mensch die ökonomischen Einschränkungen soweit zu treiben sucht oder zu treiben gezwungen ist daß er die in ihm liegende Arbeitskraft zu unterhalten aufhört, so greift er gerade durch die Ersparniß auf die unglücklichste Weise sein Urkapital an, und diese beabsichtigte Ersparniß wird zur unheilbringenden Verschwendung. Dem nämlichen Schicksale geht der Staat entgegen, wenn er die Einschränkungen in seinem Haushalte auf solche Vorgänge ausdehnt welche mit der Productivität des wirthschaftlichen Lebens der Nation in bedingendem Zusammenhange stehen. Volkswirthschaft und Staatswirthschaft sind gleichsam die beiden Kreise einer doppelten nationalökonomischen Blutcirkulation, zwischen welchen ein Gleichgewicht bestehen muß. Die eine Hälfte dieser doppelten Werth- und Kraftbewegung kann nicht nach Inhalt und Ausdehnung vermehrt oder vermindert werden, ohne daß die andere eine entsprechende Veränderung und unter Umständen der ganze politische Organismus eine tiefe Störung erleidet.

Unter eine gewisse Höhe können die Bedürfnisse eines Staates nicht hinabgesetzt werden, ohne daß damit eben sowohl die Volkswirthschaft und der allgemeine Wohlstand im Innern wie das äußere Ansehen und die Stellung unter den übrigen politischen Mächten geschmälert wird. Es wäre kurzsichtig zu verkennen, daß in den meisten Fällen der letzte Nachtheil, selbst wenn man ihn gering achten wollte, wiederum verstärkend auf den ersten zurückwirken muß. Beide Nachtheile mit einander können aber bis zur Gefährdung der Existenz des Staates gehen.

Wenn eine Nation — Volk und Regierung zusammengefaßt — die Mittel für ihre Gesammtzwecke nicht mehr auftreiben kann, so ist klar daß zwischen der nationalen Production und Consumtion ein Mißverhältniß besteht, dessen Hebung allein dem Uebel abzuhelfen vermag.

Dabei kann einer der folgenden Fälle stattfinden, oder es können mehrere derselben oder alle zusammenwirken: 1, der Staat kann an das Volk überspannte Ansprüche machen, oder, mit anderen Worten, das Volk kann sich selbst eine politische Rolle zumuthen, oder es kann ihm dieselbe zugemuthet werden, der es wirthschaftlich nicht gewachsen ist; 2, der Abzug von Mitteln aus dem Kreise der Volkswirthschaft zur Verwendung für Staatszwecke kann an sich zwar nicht unverhältnißmäßig groß sein, aber er kann auf eine die Production der Volkswirthschaft benachtheiligende Weise vor sich gehen; 3, dieser Abzug mag weder zu groß sein noch auf unzweckmäßige Weise geschehen, die Verwendung der dadurch gewonnenen Staatsmittel kann aber eine mehr oder minder unproductive sein. Sind endlich diese drei Umstände weder einzeln noch in Verbindung vorhanden, so muß 4, die Productivität der volkswirthschaftlichen Thätigkeit selbst ungenügend sein. Es wird in diesem letzteren Falle nicht vom Staate zu viel ausgegeben oder falsch ausgegeben, sondern es wird vom Volke nicht genug oder nicht richtig gearbeitet. Der Fehler liegt dann nicht an der Staatswirthschaft sondern an der Volkswirthschaft, deren Schwäche und Mangel an Productivität freilich wiederum die Folge eines fehlerhaften Regierungssystemes, und eines dadurch wie durch andere mächtige Einflüsse fehlerhaft entwickelten Volkscharakters sein können.

In welchem dieser Fälle befindet sich Oesterreich? Welche

der hier bezeichneten Umstände sind es, denen wir den ungünstigen Zustand seiner Finanzen zuschreiben müssen?

Jedenfalls gehört nicht der unter 1, angenommene Fall einer Ueberspannung der politischen Rolle hierher. Eine solche Ueberspannung könnte man vielleicht Preußen Schuld geben, und doch befinden sich die preußischen Finanzen in günstigem Zustande. Oesterreich hat seine politischen Ansprüche nicht überspannt, und hat keine Veranlassung auf eine bescheidenere Stellung in der politischen Welt herabzusteigen. Seiner Bevölkerung kommt es, bis zu welcher politischen Ehrvergessenheit es auch der bloßen Opposition willen eine Partei treiben möchte, nicht in den Sinn dies zu verlangen, und in dieser Richtung liegen weder die Gründe des Uebels noch die Mittel der Besserung für Oesterreich. Es sind die unter 2, 3, und 4, bezeichneten Umstände welche von uns ins Auge gefaßt werden müssen. Es dürfte aber nicht gewagt sein zu sagen daß sie in Oesterreich zusammenwirken, und daß also eine gründliche Besserung für uns nur aus drei großen Maßregeln hervorgehen kann: erstens aus einer Reform des Steuersystems, sowohl im Gebiete der directen wie der indirecten Steuern, also auch der Zölle; zweitens aus einer durch Sicherstellung des Friedens ermöglichten Reduction der Armee, einer durch die Ausbildung der Selbstregierung in Gemeinden und Provinzen verringerten Last der Verwaltung und einer so ermöglichten Verminderung des Beamtenstandes; drittens endlich aus einer Steigerung der gesammten volkswirthschaftlichen Thätigkeit und Reform der volkswirthschaftlichen Zustände, durch welche die Erhaltung des Staates wohlfeiler gemacht und zugleich die Steuerkraft des Landes erhöht wird.

II.

Es ist nicht die Absicht dieser kleinen Schrift, dem Gedanken dieser dreifachen Reform in seiner ganzen Tragweite und nach allen Richtungen zu folgen. Die öffentliche Aufmerksamkeit soll vielmehr auf diesen wenigen Seiten nur für ein einzelnes Mittel der Durchführung — allerdings nach unserer Meinung das wirksamste von allen — nämlich für einen Fortschritt unserer Handelspolitik auf der Bahn des Freihandels in Anspruch genommen werden.

Wenn wir hiermit einen Ausdruck gebrauchen welcher uns mitten in den Streit der Schulen wie der praktischen Interessen versetzt, so haben wir keinen Grund die Auslegung des Sinnes den Gegnern unserer Ueberzeugungen und Bestrebungen zu überlassen.

Der Freihandel ist die internationale Form der Gewerbsfreiheit. Beide gehören zusammen, und wie unzweifelhaft ein Land ohne vollständige Gewerbsfreiheit unfähig ist die freie Concurrenz mit anderen Nationen zu ertragen, so bedarf die Gewerbsfreiheit der Handelsfreiheit um vollständig ihre Vorzüge zu entwickeln, und manche gesellschaftliche Nachtheile, namentlich der Uebergangszustände zu besiegen.

Soll die Industrie eines Landes die durch die Handelsfreiheit eröffnete fremde Concurrenz überwinden können, so bedarf sie zu Hause der freiesten Bewegung des gesammten wirthschaftlichen Lebens, und soll die durch diese letztere hervorgerufene heimische Concurrenz nicht neben ihren Vortheilen viele nachtheilige Wirkungen ausüben deren Vermeidung wünschenswerth ist, so muß ihr durch die Handelsfreiheit der fremde Absatz erleichtert sein. Die heimische Concurrenz ist

gefährlicher als die fremde, weil sie für den engeren wirthschaftlichen Kreis unter ganz übereinstimmenden Bedingungen die gleichen Artikel liefert, also zu keiner Theilung der Arbeit Veranlassung gibt. Die Gewerbsfreiheit wird darum nur dann wahrhaft wohlthätig, wenn ihr die Handelsfreiheit zu Hilfe kommt und den Blick der Producenten auf den auswärtigen Markt lenkt.

Beide aber — Gewerbsfreiheit und Handelsfreiheit — sind der zweifache Ausdruck des ökonomisch-politischen Systems, welches auf der Ueberzeugung beruht daß die gouvernementale Bevormundung des wirthschaftlichen Lebens im Volke und zwischen den Völkern nicht im Stande ist den beabsichtigten Zweck zu erreichen, und daß der Staat weise verfährt wenn er den verwickelten Proceß dieses Lebens der Natur überläßt, die dafür gesorgt hat daß in der großen Triebkraft aller wirthschaftlichen Thätigkeit — dem Bedürfnisse — auch der große Regulator desselben vorhanden und wirksam ist.

Die zwei Systeme welche sich im Freihandel und Schutzzoll auf dem empfindlichen Gebiete volkswirthschaftlicher Vorgänge einander gegenüber stehen, sind im ersten die sich selbst und der Natur vertrauende freie Thätigkeit des Volkes, im zweiten ein anmaßliches und zweckwidriges Vielregieren, welches dem Staatshaushalte wie der Volkswirthschaft gleicher Weise nachtheilig ist.

Wenn daher die Anhänger des Schutzzollsystemes behaupten Liberale zu sein, so beweisen sie nur daß ihr Liberalismus gerade soweit reicht wie ihr Eigennutz dabei seine Rechnung findet oder zu finden glaubt. Vielleicht ist dies ganz in der Ordnung. Einen solchen Liberalismus indessen entdeckt man auch bei dem größten Egoisten. Wo es sich

darum gehandelt hat die Vorrechte des Adels zu brechen, da sind die schutzzöllnerischen Herren Fabrikanten in der Regel mit allem Eifer und aller Consequenz auf der liberalen Seite gewesen. Wie Ein Mann stehen sie gegen alle Ueberreste des Feudalismus, in denen sie den Gipfel der Ungerechtigkeit und die Quelle großer volkswirthschaftlicher Uebel erblicken. Daß sie aber mit dem Monopole welches sie durch den Schutzzoll in Anspruch nehmen, — mit dem Vorrechte dem Volke um künstlich gesteigerte Preise seine Bedürfnisse an industriellen Erzeugnissen zu liefern und ihm den Bezug aus wohlfeileren Quellen abzuschneiden, — daß sie damit einen neumodischen Industrie-Feudalismus zu gründen, sich selbst zu Industrie-Baronen zu machen streben, werden sie nicht eingestehen wollen. Und doch ist es so. Leider ist die große Mehrzahl unseres Volkes noch eben so wenig über seine eigenen wirthschaftlichen Interessen aufgeklärt, wie die große Masse des englischen Volkes zur Zeit der beginnenden Agitation für die Abschaffung der Korngesetze es war. Die hungernden Millionen Englands waren damals die Feinde einer Maßregel welche ihnen wohlfeiles Brod zu verschaffen versprach, und welche dieses Versprechen gehalten hat ohne den Grundbesitzern etwas Schlimmeres als eine unfreiwillige Erhöhung ihrer Bodenrente zuzufügen. Ganz so verhält es sich mit dem Volke und den schutzzöllnerischen Fabrikanten in der Freihandelsfrage. Wir sind der festen Ueberzeugung daß die Industrie in ihrem schutzzöllnerischen Egoismus eben so sehr sich selbst im Lichte steht, wie sich die englischen Grundbesitzer zur Zeit ihres Kampfes gegen die freie Einfuhr des Kornes gestanden sind. Das wäre allerdings wohl ihre eigene Sache, wenn sich der Nachtheil eines einzelnen

Gliedes im wirthschaftlichen Organismus, selbst ein Nachtheil aus Schuld eigener Blindheit, nicht auf das Ganze erstreckte. Wir sind wahrhaftig weit davon entfernt die Industrie unseres Landes den einseitigen Interessen anderer Zweige der Volkswirthschaft und dem einseitigen Vortheile bestimmter Volksklassen opfern zu wollen; wir sind aber eben so wenig geneigt gutwillig uns und Andere und das allgemeine Wohl des Staates den einseitigen Interessen der Industrie, oder vielmehr einiger wenigen Zweige derselben opfern zu lassen, am allerwenigsten wenn diese Interessen noch dazu sich nicht einmal selbst verstehen.

Im Allgemeinen erkennen wir an, daß es unrichtig ist die Interessen der Consumenten in einer Nation denen der Producenten feindlich entgegen zu stellen, denn wir sehen ein daß im Großen genommen Producenten und Consumenten die nämlichen Menschen sind. Jeder ist mit Naturnothwendigkeit Consument, und irgend eine productive Wirkung schreiben wir dem Leben jedes Menschen, wir möchten sagen selbst des unnützesten zu. Die Summe aller heimischen Consumenten ist die Nation, und die Summe aller heimischen Producenten ist die nämliche Nation. Unter gewissen Voraussetzungen kann man also allerdings einräumen daß der Vortheil der Producenten zugleich der der Consumenten ist, d. h. daß die Nation als Consument sich wohl dabei befinden muß, wenn die Nation als Producent gute Geschäfte macht. Dahin gerade streben wir indem wir den Freihandel empfehlen. Daraus folgt aber keineswegs daß gerade der Herr Hinz oder der Herr Kunz mit seinem Geschäft und seiner Betriebsart floriren müsse wenn die Nation sich wohl befinden soll. Was würden die schutzzöllnerischen

Fabrikanten sagen, wenn die Grafen und Barone der Feudalpartei mit dem Satze auftreten wollten: „Der Staat braucht Macht, also müssen wir mächtig sein?“ — Wäre aber diese Logik eine andere als die der Herren Fabrikanten, welche uns sagen: „Die Industrie soll floriren, also müssen wir floriren?“ — Der Vortheil der Producenten ist der Vortheil der Consumenten: — dieser Satz ist richtig soweit er sich auch umkehren läßt. Wenn die Producenten ihren Vortheil im Vortheile der Consumenten zu suchen und zu finden gelernt haben, dann, aber auch erst dann, ist der Vortheil der ersten wirklich der Vortheil der letzten.

Hat das Schutzzollsystem jemals einen Versuch gemacht den Vortheil Aller im Auge zu haben? — Nein! — Niemals und nirgends ist dieses System mehr gewesen und hat es mehr sein wollen, als die Bevorzugung einiger wenigen Productionszweige zum Nachtheil aller übrigen! — Immer und überall war es ein System von Monopolen auf Kosten der Nation und des Staates, ohne entsprechenden Nutzen für die Bevorzugten, welche unter der moralischen Mißwirkung des Monopoles, überall wo das Verhältniß bestanden hat, am Ende selbst haben leiden müssen. Nur das strenge und gleichmäßige Prohibitivsystem ist mindestens seiner Absicht nach gerecht und consequent, wenn auch niemals weise darin gewesen daß es dem Handel die freie Bewegung verweigert hat. Das Prohibitivsystem, in der Form einer allgemeinen und unterschiedslosen chinesischen oder japanischen Grenzsperre, kann sich rühmen consequent zu sein, und gerecht wenigstens in dem formalen Sinne einer unterschiedslosen Behandlung aller Glieder und Classen der Nation. Wenn die Eisenindustrie, die Wollenindustrie, die Baumwollenindustrie,

und wie alle die großen Industrien heißen mögen, von Staatswegen gegen fremde Concurrenz geschützt sein sollen, weßhalb nicht auch der Landbau, dessen Bedeutung doch wahrlich kein Mensch von gesundem Urtheil unter die des Fabrikwesens wird stellen wollen, — weßhalb nicht die Handarbeit des Taglöhners, weßhalb nicht die geistige Arbeit des Schriftstellers, des Dichters, des Gelehrten, des Künstlers? Haben nicht diese producirenden Classen die nämlichen Ansprüche auf den Schutz des Staates wie die Herren Spinner, die Herren Weber, die Herren Schmiede u. s. w.? — Ein Schutzzollsystem, gerecht und gleichmäßig durchgeführt, zu dem Zwecke die nationale Arbeit in jeder Richtung gegen fremde Concurrenz zu schützen, würde zu einer solchen Grenzsperre führen. Jedermann erkennt aber in unseren Tagen daß ein solches System ein Wahnsinn wäre. In China und Japan, wo es innerhalb gewisser Schranken aufrecht erhalten worden ist, hat die neueste Zeit es gebrochen. Auch unsere Hochschutzzöllner denken nicht daran, — natürlich — weil jeder von ihnen nur an seinen besonderen Geschäftszweig denkt, und höchstens in Folge eines eigennützigen Compromisses auf seinen Mitmonopolisten Rücksicht nimmt. Der allgemeine national-politische Gedanke aber welcher den Ansichten und Bestrebungen eines Friedrich List zu Grunde lag, hat seine Anwendbarkeit auf die Volkswirthschaft im heutigen Weltverkehre längst verloren. „Die Zeit wird kommen wo selbst Oesterreich zum Freihandel übergehen wird“ hat List einst gesagt, und damit selbst den Schlüssel zur Beurtheilung seiner Bestrebungen für das deutsche Schutzzollsystem gegeben. Es war ihm um den patriotischen Zweck zu thun vor Allem die volkswirthschaftliche Einheit

Großdeutschlands herzustellen. Zudem fiel die Bildung der Ansichten List's in die Zeit in welcher die warmen Vertreter deutscher Nationalinteressen, wie neuerdings die Ungarn, in der geistigen und materiellen Abschließung von allem Ausländischen einen Gewinn an nationaler Kraft suchen zu können glaubten, die Zeit in welcher man eine deutsche Nationaltracht einzuführen suchte, und Eichelkaffee zu trinken für patriotisch hielt. Das hat sich geändert.

Der national-politische Standpunkt wäre indessen doch der einzige gewesen auf welchem sich, unter Voraussetzungen jedoch die im westlichen Europa nicht mehr existiren, der Ausschluß fremder Concurrenz in der heimischen Industrie vorübergehend hätte rechtfertigen lassen. Aber, wie gesagt, die Voraussetzungen dazu sind im westlichen Europa, welches sich täglich mehr dem Charakter eines eng verbundenen Staatensystemes nähert, nicht mehr vorhanden. Was müßte jedoch, von allem dem abgesehen, unser Volk, wenn es seine wirthschaftlichen Interessen verstände, zu den Vertheidigern des Schutzzolles sagen?

„Ihr empfehlt" — müßte es sagen — „die Bevormundung der Volkswirthschaft, und behauptet zu wissen daß eure Tarife dem Wohle der Nation dienen. Wir glauben das nicht! — Wir glauben nicht daß Jemand im Stande ist der Wirkung eines willkürlichen Eingreifens in die Vorgänge der Volkswirthschaft sicher zu sein. Die Volkswirthschaft gehört zu den verwickeltsten Processen des Natur- und Menschenlebens, und ihr maßt euch mehr an als ihr rechtfertigen könnt indem ihr diesen Proceß leiten wollt. Zudem thut ihr es auf unsere Kosten. Steht ab von dem hoffnungslosen Unternehmen! Das Bedürfniß ist es, welches die

Triebkräfte aller wirthschaftlichen Thätigkeit enthält, also Industrie und Handel in Bewegung setzt. So laßt das Bedürfniß wirken und für sich selbst sorgen. Wie das vor sich geht, verstehen wir Beide, ihr und wir, nur sehr im Allgemeinen. In der Gewährung der inneren Gewerbs- und Handelsfreiheit habt ihr bereits den Satz anerkennen müssen daß es am weisesten ist die Volkswirthschaft sich selbst zu überlassen. Es sollte nicht allzuschwer sein einzusehen, daß dieß von der Völkerwirthschaft oder Weltwirthschaft, welcher das Schicksal jeder einzelnen Volkswirthschaft untergeordnet ist, ebenso gilt. Mit den Egoisten unter euch, welche uns ausbeuten wollen, sprechen wir nicht. Wir werden versuchen ihrer Meister zu werden, wie wir schon so mancher anderen Bedrücker Meister geworden sind."

Das ungefähr wäre es, was ein seine wirthschaftlichen Interessen wohl verstehendes Volk den Parteigängern des Schutzzolles sagen müßte.

III.

Die gouvernementale Bevormundung des Handels und der Gewerbe auf höheren Entwicklungsstufen des wirthschaftlichen Lebens, ist unter allen Umständen ein Unternehmen welches nur aus Mangel an Verständniß der Natur dieses letzteren entspringen und nicht ohne nachtheilige Wirkungen auf dasselbe bleiben kann. Es verhält sich damit genau so, wie es sich mit dem Einfalle verhalten würde den thierischen Organismus durch eine ins Einzelne gehende polizeilich vorgeschriebene Diät zu regeln. Die Aufgabe ist durch die verwickelte Natur der Vorgänge den Fähigkeiten unserer Wissenschaft und Kunst überlegen, und beide müssen daran zu

Schanden werden. Die Natur läßt sich nicht ungestraft mit Vorwitz behandeln. Wenn dies auch ausnahmlos von dem Menschen auf gewissen niederen Culturstufen geschieht, weil der Vorwitz der Willkür immer mit der Unkenntniß in gleichem Verhältniße steht, so wird dadurch die Sache nicht besser. Das willkürliche Eingreifen in den regelmäßigen Naturverlauf entspricht bestimmten elementaren Bildungsbedürfnissen unseres Geschlechtes, ungefähr so wie die Entstellungen des Körpers durch welche der Wilde seine Schönheit zu erhöhen glaubt. Aber höhere Bildung führt überall uns zur Natur und zur Achtung ihrer Gesetze zurück.

So geschieht es auch im wirthschaftlichen Leben, nachdem von der national-ökonomischen Theorie so viele Thorheiten erschöpft worden sind; und so kehren gebildete Völker zu den freieren Bewegungen des Volkslebens überhaupt zurück, von denen die politische Cultur ausgegangen als sie die Irrfahrten ihrer Theorien und Experimente begonnen. Das Schutzzollsystem, in dieser großen culturhistorischen Verbindung aufgefaßt, ist nur eines der Symptome jener Krankheit der Willkür und des Zuvielregierens, die mehr oder minder heftig in allen europäischen Staaten grassirt hat, überall nur einen Durchgangspunkt von der unbewußten zur bewußten Freiheit bezeichnend, und die überall wo man sich der letzteren nähert, im Abnehmen begriffen ist.

Dem natürlichen Verlaufe des wirthschaftlichen Lebens widerspricht es daß im Schutzzollsystem das Angebot der Industrie als das Erste, die Nachfrage des Handels aber als das Zweite betrachtet wird. Nach dem Schutzzollsysteme soll sich der Handel nach der Industrie richten, während die Natur es umgekehrt gewollt hat. Nach der Natur ist das

Bedürfniß früher als seine Befriedigung. In höheren gesellschaftlichen Zuständen spricht sich aber das Bedürfniß im Großen durch den Handel aus. Durch die natürliche Regulirung der Preise kommt es allein zur Kenntniß der Industrie. Auf diese Weise nur kann die Industrie erst lernen was sie zu thun, mit was sie sich zu beschäftigen hat. Daß es aber Menschen einfällt gewisse Dinge zu fabriciren, auf die unbegründete Forderung hin daß sie gebraucht werden sollen, und dem Handel zuzumuthen daß er sich nach dieser launenhaften Production richte, dem Staate zuzumuthen daß er sie beschütze, heißt die natürliche Ordnung des wirthschaftlichen Lebens auf den Kopf stellen. Das Erste in allen wirthschaftlichen Vorgängen ist das Bedürfniß. Es ruft die Arbeit hervor durch welche dessen Befriedigung bewirkt wird. Aus dem constanten Bedürfniß entspringt eine constante Arbeit, welche constante Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse hervorbringt. So entsteht eine constante, wenn auch qualitativ und quantitativ schwankende Nachfrage, auf welche das Angebot constanter Arbeitserzeugnisse nur die Antwort ist. Naturgemäß aber ist es, daß das Bedürfniß zu seiner Befriedigung aus denjenigen Quellen des Naturreichthums und der menschlichen Arbeit schöpft die ihm am leichtesten und reichlichsten fließen, und darein hindernd einzugreifen, kann nur mit allgemeinem Nachtheil verbunden sein.

Für den Politiker im höheren Sinne ist der Handel einer der Hauptvorgänge der Culturgeschichte und Culturpolitik und der dominirende Vorgang des wirthschaftlichen Lebens. In dieser höheren, wir müssen sagen sittlichen Bedeutung, ist der Handel überhaupt nur in der Form des

Freihandels denkbar. Gerade seinen höheren und sittlichen Beruf kann der Handel nur erfüllen wenn er frei ist. Es geht ihm in dieser Beziehung wie der Wissenschaft, der Religion, der Kunst. Wie die letztere, sogar dem Sprachgebrauche nach, erst als freie Kunst zu ihrer Würde kommt, so der Handel erst als Freihandel; und wie wir nur der freien Wissenschaft die Erkenntniß, nur der freien Religion den Glauben verdanken können, so können wir nur dem freien Handel die Enthüllung des praktischen Werthverhältnisses der Güter und Kräfte, die Entdeckung des relativen Dranges der menschlichen Bedürfnisse, und die allmälige Gestaltung der Welt nach diesem wahren Werthverhältnisse verdanken. Das also was zu einem wohlthätigen oder auch nur unschädlichen Eingreifen des Staates in den natürlichen Gang des Handels vorausgesetzt werden müßte, das kann der Handel durch seine freie sich selbst überlassene Bewegung allein erst entdecken, und am sichersten, am schnellsten und am vollständigsten selbst allein schaffen.

Die Culturwirkungen welche der Handel hervorzubringen berufen ist, sind große und wesentliche. Der Handel soll die erfolgreichste Arbeit zur Erzeugung der vollkommensten Güter mit den wohlfeilsten Preisen in Bewegung setzen, diese Güter nach Maßgabe des relativen Bedürfnisses über die Erde vertheilen, und damit den ganzen Apparat der Mittel zur Vervollkommnung des menschlichen Lebens für jeden gegebenen Zeitpunkt der menschlichen Culturgeschichte so zweckmäßig wie möglich gestalten, seine Gesammtwirkung so hoch wie möglich steigern. Der Handel kann dieß nur leisten indem er die Freiheit hat: erstens die Güter da zu suchen wo ihre Erzeugung am billigsten ist, sei es weil die Natur daselbst diese

Erzeugung besonders begünstigt, sei es weil die Arbeit für bestimmte Zwecke daselbst ihre höchsten Leistungen vollbringt, — zweitens aber die Güter dahin zu bringen wo sie den höchsten Preis haben, also, im großen Zusammenhange der Dinge geurtheilt, vergleichungsweise den größten Nutzen bewirken.

IV.

Der Gedanke die Volks- und Völkerwirthschaft in der doppelten Form der Gewerbs- und der Handelsfreiheit sich selbst zu überlassen, hat zahlreiche und mächtige Gegner. Nicht alle diese Gegner sind in ihrer Gegnerschaft eigennützig. Die uneigennützigen aber haben wenigstens sämmtlich eine nicht rühmliche Eigenschaft mit einander gemein — den Mangel an Muth und Vertrauen. Aus persönlicher und nationaler Muthlosigkeit entspringen die wesentlichsten Einwendungen gegen die Gewerbs- und Handelsfreiheit. Sie haben alle mehr oder minder einen kleinmüthigen Charakter und enthalten ein Bekenntniß der Schwäche. Ehrlos aber sind sie, wenn dieses Bekenntniß ein falsches ist; wenn man sich elend stellt, wie der Bettler der sich eine künstliche Wunde unterhält, ein gesundes Auge verklebt, oder ein krankes Kind borgt, — und wenn hinter dem erheuchelten Elend sich nichts als die Faulheit, die Genußsucht und eine schamlose Selbstsucht verbirgt. Beispiele eines solchen Verfahrens liegen uns leider nicht ganz fern. Da ertönt ein industrieller Schmerzensschrei, der ein Geschäft als unfähig darstellt eine erhöhte Concurrenz auszuhalten, während sich gelegentlich ergibt daß die Aktien desselben 50 oder 60 Procent abwerfen. — Sollte man, wenn man den Ueberschuß der Ausfuhr

unserer Industrieerzeugnisse über die Einfuhr fremder Waaren in der officiellen Statistik erblickt, nicht fast glauben die Mehrzahl unserer schutzzöllnerischen Industriellen schäme sich nicht den pauvre malheureux zu spielen und den Staat um Zollschutz anzubetteln, um in Bequemlichkeit auf dem Wege des industriellen Schlendrians weiter zu bummeln, während die officiellen Zahlen ein so glückliches actives Bilanzverhältniß aufweisen daß andere Völker uns beneiden sollten, statt geringschätzig auf uns herabzusehen? — Wir wollen nicht allzu nachtheilig von dem Ehrgefühle der Herren denken. Wir werden weiter unten auf diesen Gegenstand zurückkommen und uns auf eine andere Erklärung jener merkwürdigen Zahlen geleitet sehen, — eine Erklärung indessen die der Sache des Schutzzolles nicht minder ungünstig ist.

Die unvermeidliche Folge des Freihandels ist allerdings die gesteigerte fremde Concurrenz auf dem einheimischen Markte und die dadurch hervorgerufene Nothwendigkeit einer Erhöhung der moralischen und technischen Arbeitskraft. Diese Erhöhung ist das dringendste Bedürfniß der österreichischen Volkswirthschaft überhaupt; aber gerade die Abneigung gegen ihre Nothwendigkeit, oder die Furcht vor derselben, ist die hauptsächlichste Triebfeder der Feindschaft gegen den Freihandel. Oesterreichische Schutzzöllner haben sich nicht geschämt zu erklären das Beispiel der freihändlerischen Schweiz sei auf uns nicht anwendbar, da wir weder so fleißig noch so sparsam seien wie die Schweizer! — Wir fürchten fast daß es im Großen genommen so sei. Aber, wenn es so ist, dann ist auch die Wirkung einer verstärkten Concurrenz das einzige Mittel die moralisch-ökonomische Besserung unseres

Charakters zu bewirken. Oder sollten die Gegner des Freihandels bei uns gerade die sein, welche gar nicht Lust haben diese Besserung mit sich vorgehen zu lassen? — Wie mit der moralischen Besserung verhält es sich auch mit der technischen und geschäftlichen Vervollkommnung. Sind wir, wie behauptet wird, geschäftlich zurück, so kann nur die Concurrenz uns in das nöthige Tempo des Fortschrittes bringen.

Wir sind weit entfernt zu behaupten daß keine besseren Einwendungen gegen den Freihandel, als die der Trägheit, der Muthlosigkeit und der gemeinen Selbstsucht gemacht werden können. Es gibt auch Einwendungen der Vorsicht, des Vorurtheils und der vom letzteren beherrschten Doctrin. Irrige Ansichten über die Natur des wirthschaftlichen Lebens und über die natürlichen Mittel der Correction seiner Abirrungen sind die Ursachen des Widerstrebens von dieser besseren Seite.

Es wird uns eingeräumt daß die durch den Freihandel hervorgerufene Concurrenz eine Steigerung der moralischen und technischen Arbeitskraft zur Folge haben kann, es wird aber auf der einen Seite befürchtet daß wir auch mit dieser Steigerung der Concurrenz nicht gewachsen sein werden. Auf der anderen Seite aber wird eingewendet daß der Erfolg dieser Steigerung nur die unglücklichen Folgen jeder freien Concurrenz, die immer größere Macht des großen und den Untergang des kleinen Capitals zur Folge haben müsse, so daß wir nur die Wahl zwischen einem socialen und einem nationalen Uebel zu haben scheinen.

Was den letzten Standpunkt betrifft, welcher der einer socialistischen Theorie ist die wir nicht theilen, so suchen

wir die Hilfe gegen die Mißwirkungen der freien Concurrenz zwischen Individuen wie zwischen Völkern niemals in der Beschränkung, sondern immer nur in der Ausdehnung eben dieser Concurrenz, — nie in einer Einengung sondern immer in einer Erweiterung der Freiheit, sowohl auf dem nationalen wie auf dem internationalen Gebiete: dem freien Ab- und Zugang, der freien Aus- und Einwanderung, Niederlassung, Berufswahl, Association und gegenseitigen Assecuranz. Zur Herbeischaffung des großen Capitals hat sich in den verschiedensten Ländern die Association als wirksam und heilsam erwiesen, und dessen Zusammenfassung für Zwecke der Industrie durch die Verbindung von Capitalkräften welche vereinzelt unzulänglich sind, ist ein großer Vortheil und ein ganz naturgemäßer und gesunder wirthschaftlicher Vorgang; denn nur mächtige Industrien können ihren socialen und wirthschaftlichen Beruf erfüllen. Auf die Besorgniß aber, daß in der freien Concurrenz der Völker ganze Nationen zu Grunde gehen könnten, haben wir Folgendes zu erwiedern:

Die freie Concurrenz der Völker ist so wenig wie die der Individuen darauf berechnet, daß Alle darauf ausgehen das Nämliche zu treiben. Sie empfiehlt sich vielmehr umgekehrt dadurch, daß sie zu einer internationalen, nationalen und privaten Theilung der Arbeit zwingt, in welcher eines der großen Geheimnisse quantitativer und qualitativer Productivkraft, also Concurrenzfähigkeit, wie nicht minder socialer und politischer Ordnung liegt. Durch das Princip der internationalen Arbeitstheilung ist jedoch eine Nation der freien Concurrenz gegenüber ungleich günstiger gestellt als ein Individuum. Durch geographische Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit, Volkscharakter und Geschichte ist ein Volk in

diesen oder jenen wirthschaftlichen Beziehungen immer günstiger gestellt als die anderen, und ein jedes wird darum in der großen internationalen Theilung menschlicher Arbeit seinen vortheilhaften Platz finden, wenn es sich nur nicht durch die Marotte wirthschaftlichen Selbstgenügens verleiten läßt, etwas zu thun wofür Natur und Geschichte ihm die günstigsten Bedingungen versagt haben.

Wir gehen nicht so weit zu leugnen, daß für Völker wie für Individuen die Theilung der Arbeit ihre sittlich-anthropologischen Grenzen habe. Der Mensch ist mehr als ein Zahn im Rade einer Maschine, und Nationen haben vielleicht noch mehr als Individuen das Recht, das menschliche Wesen als etwas Ganzes für sich darzustellen. Sie laufen aber auch in der That viel weniger Gefahr als die Individuen, durch die Theilung der Arbeit um dieses Recht zu kommen. Für ein Land wie Oesterreich endlich verschwindet diese Gefahr gänzlich. Welcher größeren Mannigfaltigkeit der Naturanlagen und Hilfsquellen könnte sich ein europäisches Reich rühmen? Es ist keines vorhanden welches in diesen Vorzügen dem unsrigen auch nur nahe käme. Wir sind in der That nicht solche Thoren, Oesterreich durch den Freihandel zu einem einseitigen Agriculturstaate machen zu wollen; aber eben so wenig halten wir es für verständig, wenn von schutzzöllnerischer Seite gesagt worden ist Oesterreich sei bestimmt ein Industriestaat zu werden. Nicht zu einer einseitigen Rolle der einen oder der andern Art ist Oesterreich bestimmt. Wenn irgendwo die Gefahr der Einseitigkeit und ihrer nachtheiligen Folgen vorhanden ist, so ist es in England, oder in jungen Kolonieländern welche einer wirthschaftlichen Specialität ihren Ursprung verdanken. Oesterreich aber hat Anlage und

Anregung zu Allem wodurch eine Nation sich eine würdige Stelle in der wirthschaftlichen Welt sichern kann. Daraus folgt aber nicht, daß es sich gerade darauf versteifen müsse die nämlichen Artikel zu fabriciren welche in England oder Frankreich fabricirt werden, während es viel bessere Geschäfte zu machen im Stande ist, wenn es seine Productionskraft auf Dinge richtet mit denen es eine Lücke in jenen Ländern ausfüllen oder sich einen Platz in den Einfuhren derselben erzwingen kann. Das gestehen wir aber ohne Zögern ein, daß wenn Oesterreich gezwungen wäre in der Völkerwirthschaft zwischen ausschließlichem Landbau und ausschließlicher Industrie zu wählen, wir dem ersteren den Vorzug geben würden. Unzweifelhaft ist der Landbau unter allen Zweigen der Volkswirthschaft der edelste, — der, welcher den Menschen an Leib und Seele am gesündesten erhält und das größte Maß menschlichen Glückes in sich birgt. Unzweifelhaft halten wir es für ein glücklicheres Loos einem reinen Agriculturstaate als einem reinen Fabrikstaate anzugehören. Daß der eine so reich werden kann wie der andere, wenn sie mit einander ihre Produkte austauschen, ist ein begründeter Satz der Nationalökonomie. Ein solcher Handel gehört zu den allervortheilhaftesten für beide Theile; er kann also unser Urtheil über die vergleichungsweise Wünschbarkeit des einen oder des anderen volkswirthschaftlichen Hauptcharakters nicht bestimmen. Aber von der Nothwendigkeit einer solchen Wahl ist für Oesterreich, mit oder ohne Freihandel, keine Rede. Das günstige Schicksal hat uns die Bedingungen jener Mannigfaltigkeit, jener Vielseitigkeit und jenes Gleichgewichtes der Interessen und Thätigkeitsrichtungen gewährt, auf welche eine Nation die günstigste Stellung in der

Gesellschaft der Völker gründen kann. Durch Willkür erzwingen lassen sich diese Bedingungen nicht. Uns aber hat sie die Natur gewährt.

Die Theilung der Arbeit aber ist der wirksamste Schutz gegen die möglichen üblen Folgen einer ungehemmten Concurrenz. Um jedoch diese Theilung zwischen Nationen richtig zu verstehen und ihre Vortheile ganz zu begreifen, muß man sich allerdings von den beschränkten Anschauungen des älteren Mercantilsystemes losmachen, dessen nachwirkende Einflüsse es sind die wir im Schutzzolle zu bekämpfen haben. Nachdem das System schon längst gestürzt ist, setzen sich seine Nachwirkungen fort, wie eine Krankheit deren Entstehungsgrund gehoben ist, die aber ihren gefährlichen Verlauf nimmt bis auch dieser an seinem Ziele anlangt. Es gab eine Zeit wo die höchste volkswirthschaftliche Weisheit darin bestand, daß jedes Land nur Waaren aber nicht Geld hinaus, und nur Geld aber nicht Waaren herein zu lassen strebte. Daß diese Maxime, durchgeführt, eine allgemeine Absperrung aller Nationen gegen einander zur Folge gehabt haben müßte, werden bessere Köpfe auch vormals eingesehen haben; die eine Nation glaubte aber damals die andere übervortheilen zu können. Unsere Zeit ist über diese Trivialitäten hinaus. Wir haben verstehen gelernt daß die Bezahlung in Geld die unvortheilhafteste ist welche wir für unsere Exporte erhalten können. Wir begreifen daß wir importiren müssen um exportiren zu können, daß wir kaufen müssen um zu verkaufen, und andere Völker die im Handel erfahrener sind als wir, begreifen dies noch viel besser. Schon im Jahre 1820 hat der Londoner Handelsstand in einer an das Parlament gerichteten Petition den Grundsatz ausgesprochen,

„daß keine Einfuhr in ein fremdes Land auf die Dauer fortgesetzt werden kann ohne eine entsprechende Ausfuhr aus eben diesem Lande“, — mit anderen Worten: daß sich an kein Land auf die Dauer gegen Geldzahlung verkaufen läßt, und daß wir also, um einen dauerhaften Handel mit einem anderen Lande zu begründen, unseres eigenen Vortheiles wegen am liebsten Waaren als Rimesse nehmen müssen. Nur auf Länder welche edle Metalle in solcher Masse produciren, daß Gold und Silber, geprägt oder ungeprägt, wesentliche Ausfuhrartikel sind, findet dies keine absolute Anwendung, und doch hat sich selbst der mexikanische Handel durch den Umstand erschöpft daß er vorzugsweise die fremden Waaren in Geld bezahlt. Wie naiv sind daher diejenigen, welche meinen die Engländer könnten unser Holz, unser Getreide, unsere Weine kaufen, ohne daß wir ihren Manufacturwaaren durch eine Herabsetzung unseres Tarifes unserer Markt öffnen!

Es zeugt von Mangel an Verständniß des natürlichen Ganges der Volks- und Völkerwirthschaft, wenn gefürchtet wird ein Reich wie Oesterreich könnte durch das Mittel des Freihandels wirthschaftlich ausgesogen werden. Die Geschichte mag Beispiele der Aussaugung durch eine tyrannische und monopolistische Handelspolitik haben; ein solches Beispiel durch Befreiung des Handels von seinen Fesseln ist dagegen der Welt unbekannt. Der Kolonialpolitik der europäischen Staaten fehlt es wenigstens der Absicht nach nicht an Beispielen der ersten Art. Spanien ließ in seinen sämmtlichen amerikanischen Kolonien die Weinberge zerstören und die Oelbäume umhauen. Es war dies stupid und brutal genug verfahren: wenn aber dennoch Peru und Mexiko

dabei eine Zeit lang Schätze gehäuft haben, so haben sie es dem Umstande zu danken daß das gewaltthätige Eingreifen in die koloniale Volkswirthschaft doch auf eine gewisse naturgemäße Theilung der Arbeit zwischen Kolonie und Mutterland hinauslief.

Uebrigens ist es leicht zu begreifen, daß selbst Kolonien wie die englischen, welche niemals ganz so wie die spanischen wirthschaftlich tyrannisirt worden sind, um die Zeit ihrer Ausbildung zu selbständigen Staaten, — vor, während und nach ihrer Absonderung vom Mutterlande — geneigt sind sich mit Zollschranken zu umgeben und sich wirthschaftlich auf sich selbst zurückzuziehen. Die Erscheinung, wie sie sich in der neuesten Handelspolitik der Vereinigten Staaten und in den Schriften ihres Volkswirthschaftslehrers Carey, ganz neuerdings auch in Australien und Canada an den Tag gelegt hat, gehört naturgemäß zu den Wirkungen einer allgemeinen Reaction gegen den Kolonialzustand und einer scharf gefühlten ganz allgemeinen Eifersucht gegen Europa. Wenn heute Canada von England getrennt wäre, — die Vereinigten Staaten würden schwerlich etwas dagegen haben mit ihnen in einen Zollverein zu treten, und wenn Mexiko nicht von einem europäischen Prinzen regiert wäre, wir zweifeln keinen Augenblick daß auch dieses Reich eben so bereitwillig in einen solchen großen volkswirthschaftlichen Körper aufgenommen werden würde. Ein volkswirthschaftliches Gebiet von einem halben oder ganzen Continente, mehrmals den Flächenraum von Europa umfassend, kann aber, wie es sich auch gegen die übrige Welt wirthschaftlich abschließen möge, gewiß nicht als ein gutes Beispiel für die Anwendung des Schutzzollsystems gelten. Wir

unsererseits wären in der That einstweilen ganz zufrieden, wenn wir die Staatengruppe des westlichen Europa's sammt Oesterreich und dem Zollverein auf reine Finanzzölle zurückgeführt sehen könnten, — das deutsche System darin als deutscher Finanzzollverein in sich besonders abgegrenzt. Dies ist wohl auch das positive handelspolitische Gebilde auf welches die Triebe unserer Zeit zunächst hinauslaufen. Der Nordamerikaner Carey aber würde folgerichtig ein System empfehlen müssen welches die Volkswirthschaft bis zum Verkehr zwischen einzelnen Dörfern unter polizeiliche Aufsicht stellt. Les extrêmes se touchent! — muß man hier in der That ausrufen.

In Nordamerika hat unzweifelhaft neuerdings der Krieg und die dadurch nothwendig gewordene äußerste nationale Selbstbeschränkung dem Schutzzollsysteme zu einem vorübergehenden großen Siege verholfen; man wird sich aber eben darum schwerlich irren anzunehmen, daß dieses System in der Handelspolitik der Vereinigten Staaten nicht lange über den Frieden hinaus seine Herrschaft behaupten wird. Der Glaube an eine von Amerika ausgehende volkswirthschaftliche Reaction wird so sehr sich als Täuschung erweisen, wie der Glaube an den Zerfall der Union und den Untergang des amerikanischen Republicanismus. Unzweifelhaft ist bei der Carey'schen Schule aber auch eine socialistische und hypergouvernementale Reaction gegen den absoluten Individualismus des amerikanischen Lebens wirksam. Diese der eigentlichen Frage fremden Gesichtspunkte kommen bei uns in keinerlei Betracht. Im Gegentheile, was das richtige Maß für die individuelle Freiheit betrifft, so nähern sich unsere gesellschaftlichen Zustände weit eher den russischen als den

amerikanischen. Die Selbstständigkeit des Individuums, der Muth des „Hilf dir selbst!“ — und die Lust am Wettkampfe des Lebens, welche in Nordamerika im Uebermaße wirken mögen, sind bei uns wahrhaftig nicht im Uebermaße ausgebildet. Diese Eigenschaften sind es vielmehr deren wir am allermeisten bedürfen. Unsere ganze Entwickelung geht, überhaupt einigermaßen der russischen ähnlich, den umgekehrten Gang der Vereinigten Staaten. Eine Kolonie beginnt mit dem auswärtigen Handel; — wir dagegen haben für unsere moderne Entwickelung mit dem Abschlusse gegen außen begonnen. Wenn unser Handel sich zu emancipiren strebt, so ist es von den inneren Fesseln welche ihm ein beschränktes Regierungssystem auferlegt hat; wenn dagegen der Handel einer selbstständig gewordenen Kolonie sich frei und unabhängig zu machen sucht, so ist es von der Dictatur des auswärtigen Handels und der daran klebenden Abhängigkeit der wirthschaftlichen Sitten und Uebungen, in welchen das Volk moralisch die Reste der Kolonialabhängigkeit empfindet. Dies sind ganz entgegengesetzte Standpunkte. [1]

V.

Indem wir nach diesen allgemeineren Erwägungen auf den österreichischen Standpunkt zurückkehren von welchem wir ausgegangen sind, so müssen wir ausdrücklich erklären daß wir weder allgemeinen Theorien noch kosmopolitischen Idealen

[1] „Der einzige Fall in welchem aus rein volkswirthschaftlichen Gründen Schutzzölle vertheidigbar sein können, ist der, wenn sie (besonders in einer jungen und emporwachsenden Nation) in der Hoffnung eine an sich den Umständen entsprechende fremde Industrie zu naturalisiren, vorübergehend eingeführt werden.“ So spricht sich John Stuart Mill aus.

zu Liebe das kleinste Theilchen wahren österreichischen Interesses aufopfern würden. Vor allem ist das wirthschaftliche Leben einer Nation die Grundlage ihrer Existenz, und kann, so lange diese Nation nicht selbst sich für überflüssig hält, keiner ihr äußerlichen wenn auch noch so hohen Rücksicht aufgeopfert werden. Niemand kann aber weiter als wir von der Meinung entfernt sein daß Oesterreich überflüssig sei. Niemand kann fester als wir überzeugt sein daß Oesterreich zum Wohle der Menschheit einen großen Beruf zu erfüllen hat. Wir wünschen Oesterreich stark und mächtig und blühend zu sehen, und eben weil wir den Freihandel als eines der großen Mittel betrachten zu diesem Ziele zu gelangen, empfehlen wir denselben.

Wenn man also den Einwurf gegen den Freihandel für Oesterreich vorbringt, daß zwar im Allgemeinen alles zu dessen Gunsten Gesagte in der Theorie und für die Menschheit im Großen richtig sei, daß aber für die Theorie und das Wohl der Menschheit Oesterreich nicht geopfert werden solle, so stimmen wir dem rückhaltslos bei. „Wenn in Folge der Gewerbsfreiheit“ — hat man gesagt — „durch die heimische Concurrenz Individuen, Geschäftszweige oder Localitäten zu Grunde gehen, so sind sie dem Wohle der Nation geopfert und müssen sich das gefallen lassen. Wenn aber Oesterreich durch den Freihandel und die fremde Concurrenz wirthschaftlich zu Grunde gerichtet werden sollte, so würden wir uns — wie richtig auch im Allgemeinen die Freihhandelstheorie sein mag — keineswegs damit zu trösten wissen. Wir wiederholen, daß wir damit vollkommen übereinstimmen. Nicht einmal für die innere Gewerbsfreiheit können wir ganz jene Opfertheorie billigen; wie viel weniger für die Freiheit

des auswärtigen Handels. Aber nur die halbe und sich selbst widersprechende Freiheit verlangt ihre Opfer; die ganze und folgerichtige trägt ihre Schutzmittel in sich selbst, und auf dem wirthschaftlichen Felde schafft eben sie, und sie allein, die Harmonie der Interessen durch die naturgemäße Theilung und freiwillige Organisation der Arbeit. Wenn also nur unsere volkswirthschaftliche und handelspolitische Reform durchgreifend genug ist um uns den Nachtheil halber Wirkungen zu ersparen, wird unzweifelhaft gerade das Gegentheil von dem eintreten was von den ängstlichen Gemüthern besorgt wird.

Nach unseren Ueberzeugungen hat kein Land der Welt in diesem Augenblicke von einer liberalen Reform seiner Handelspolitik so große Vortheile zu erwarten wie Oesterreich. Wenn man uns sagt: „Der Freihandel mag für viele Länder passen; er paßt aber nicht für Oesterreich:“ — so kehren wir unbedenklich den Satz um und sagen: Der Freihandel paßt für kein Land besser als für Oesterreich, und ist für keines nothwendiger als für Oesterreich. Wir könnten allenfalls, wenn wir casuistisch urtheilen wollten, bei seiner Anwendung auf Preußen und den Zollverein Bedenken hegen oder wenigstens dafür an der Nothwendigkeit zweifeln, — in Bezug auf Oesterreich sind wir aber vollkommen klar und entschieden daß im Freihandel allein für unsere Volks- und Staatswirthschaft das Heil enthalten ist.

Diese Ueberzeugung geht auf der einen Seite aus unseren Ansichten von den Ursachen unseres wirthschaftlichen Rückstandes, auf der anderen aus den Erwartungen hervor die wir von den Wirkungen des Freihandels auf unser Volksleben, auf unsere gesammten gesellschaftlichen und politischen Zustände zu hegen berechtigt zu sein glauben.

Wir haben vielfach und aus hochachtbarem Munde die Einwendung gehört, daß der Freihandel viele und wichtige Voraussetzungen habe die bei uns nicht existiren. Wohin wir sehen, stoßen wir noch auf die Ueberreste eines Verwaltungssystemes welches der freien wirthschaftlichen Bewegung Hindernisse in den Weg wirft: hier auf den schleppenden Gang der Concessionsertheilung, welcher allein hinreichend wäre unternehmenden Geschäftsleuten die Lust an einem österreichischen Domicil zu verleiden; da auf den moralischen und juristischen Zopf der Wuchergesetze; dort auf die Nachwirkungen einer für den Mond berechneten Volkserziehung und eines daraus wie aus anderen Ursachen entsprungenen Volkscharakters. In diesen Gebieten, sagt man, sollten bei uns die Reformen anfangen, wenn wir nicht ein neues Gebäude mit dem Dache beginnen wollen statt mit der Grundmauer.

Wir erwiedern:

Ob es besser ist mit dem Dache oder mit der Grundmauer zu beginnen, ist eine Frage deren Beantwortung von den Umständen abhängt. Wir können uns Umstände denken wo das erste die unerläßliche Bedingung des Gelingens ist. Wie, wenn die Reformen, von denen behauptet wird daß sie die Vorbedingungen des Freihandels seien, nur durch den Freihandel erzwungen werden könnten? Gar vieles in der Culturgeschichte geschieht nur dadurch daß die Consequenzen den Prämissen voraus geschickt werden, und daß die Welt aus rückwärts laufenden Folgewirkungen zur Nachholung der Prämissen sich genöthigt sieht. Haben wir den Freihandel, so werden wir auch die Einrichtungen und Zustände erhalten müssen ohne die der Freihandel nichts werth ist. Ohne Fleiß, Intelligenz, Geschicklichkeit und Sparsamkeit z. B. ist der

Freihandel in der That ein zweifelhaftes Geschenk; aber eben darum hat sich der Freihandel überall als ein treffliches Mittel bewährt diese schätzenswerthen Eigenschaften hervorzurufen. Wäre die Concurrenz nicht die große Triebfeder menschlicher Anstrengungen, dann hätten die Socialisten und Communisten recht welche ihr so Feind sind. Aber eben weil die Concurrenz persönliche Thatkraft voraussetzt, bringt sie dieselbe hervor. Wenn die Vortheile des Freihandels erst vor aller Augen und Füßen liegen aber altmodische Gesetze und Vorstellungen daran hindern dieselben zu ergreifen, dann wird sich bald eine mächtige Partei bilden diese Hindernisse zu beseitigen, und in Tagen oder Wochen werden weitere Reformen vor sich gehen die sonst in Jahren nicht vor sich gehen würden.

Unter den Wirkungen des Freihandels die wir insbesondere für Oesterreich erwarten, und um deren willen wir den Freihandel insbesondere für Oesterreich als Erforderniß betrachten, steht die Steigerung der sittlichen Leistungsfähigkeit, des verständigen Fleißes und auf das Nützliche gerichteten Geistes oben an. Wir wissen so gut wie andere Leute, daß es auch bei uns fleißige, geschickte und strebsame Menschen gibt, die in jedem Lande als tüchtig gelten können; wir wagen aber zu behaupten daß sie doch nur Ausnahmen vom herrschenden Tone unseres Volkslebens sind. Jedem Fremden welcher aus dem Westen Europas in unser Land kommt, fällt bei uns die außerordentliche Proportion müßiggehender Menschen auf, und wer z. B. die Verrichtung öffentlicher Arbeiten in andern Ländern, wir wollen nicht einmal sagen in England und Amerika gesehen hat, und sie nachher bei uns sieht, begreift mit einem Male den Zustand unserer

Volkswirthschaft wie unserer Finanzen. An der Verrichtung gewisser Erdarbeiten die vor aller Augen vor sich gegangen sind, kann man die letzten Gründe unseres Deficits studiren. Unter hundert Arbeitern welche beschäftigt waren, sah man gewöhnlich die Hälfte wenn nicht ein noch größeres Verhältniß unthätig, — schwatzend, gähnend, rauchend oder gar nichts thuend, — und wenn nicht die Weiber wären, von welchen die Männer der arbeitenden Classe im Fleiße beschämt werden, daß Verhältniß würde ein noch viel ungünstigeres sein. Man denke aber darüber nach was das heißt! Wenn von hundert Menschen welche arbeiten sollen, immer nur fünfzig und diese träge und lässig arbeiten, während alle hundert doch essen müssen, woher soll der Volkswirthschaft der Ueberschuß der Production über die Consumtion kommen, ohne welchen kein Wohlstand möglich ist? Erscheinungen die wir nicht in den Kreis unserer Beispiele ziehen wollen, beweisen daß das Uebel welches so häufig den Anblick der hier an öffentlichen Arbeiten beschäftigten Menschen widerwärtig macht, auch in andere Gebiete des wirthschaftlichen Lebens reicht. Olmsted hat bewiesen daß man in den südlichen Staaten der nordamerikanischen Union im Durchschnitte zwölf Negersklaven brauchte um die Arbeit eines einzigen freien weißen Arbeiters gethan zu erhalten. Es wäre wichtig zu wissen wie viele österreichische Arbeiter man braucht um die Arbeit eines Engländers oder Amerikaners zu erzielen. Daraus allein würde sich ein richtiges Urtheil über Arbeitspreise ergeben, die aus den Arbeitslöhnen nicht zu erkennen sind. Wir möchten diese Frage der Aufmerksamkeit von Männern empfehlen deren Weisheit die Wichtigkeit der Beantwortung für die Beseitigung des Deficits

unmöglich entgehen kann. Wen aber der sich diese Frage annähernd beantwortet hat, kann es Wunder nehmen daß unsere Volkswirthschaft den steigenden Bedürfnissen der Zeit nicht zu genügen im Stande ist? Wir haben auf der anderen Seite keine Statistik österreichischer Volksersparnisse zur Hand, um sie mit denen anderer Länder vergleichen zu können; soviel wir aber im täglichen Leben beobachten können, muß auch diese Vergleichung zu unseren Ungunsten ausschlagen.

Den hier berührten moralischen Grundlagen der Volkswirthschaft kann bei uns nur durch eine gesteigerte innere und äußere Concurrenz in Folge der Gewerbs- und Handelsfreiheit geholfen werden. Es ist eine Reform des Volkscharakters, welche die unterste Grundlage gebesserter nationalökonomischer Zustände bilden muß. Die Gewerbsfreiheit haben wir zum Glück, und sie übt allmälig, zum Theil vielleicht unmerklich, ihre wohlthätigen Wirkungen aus. Die Handelsfreiheit ist die nothwendige Ergänzung dazu, ohne welche jene nur eine halbeMaßregel mit gehemmtem Erfolge bleibt.

Auch die technische Leistungsfähigkeit kann nur durch eben diese Triebfeder auf die erforderliche Höhe gebracht werden. Große technische Geschicklichkeit setzt großen Fleiß, lebhaftes Interesse an der Arbeit und ihren Erfolgen, und jene Beschränkung auf bestimmte Geschäftskreise voraus welche zum ausgebildeten Systeme der Arbeitstheilung gehört. Wird diese letztere international durchgeführt, so bilden sich aus Naturanlagen und Localbedingungen sehr bald nationale Geschicklichkeiten und Virtuositäten heraus, denen die Concurrenz nicht leicht mehr etwas anhaben kann.

An diese Wirkungen schließt sich die Vermehrung der Capitalkräfte und des Credites an. Auch in dieser Beziehung

stellen die Gegner des Freihandels die Verhältnisse auf den Kopf. Wir sollen zum Freihandel nicht befähigt sein, weil uns die Capitalkräfte und der Credit fehlen. Weßhalb aber sollte das Capital nicht dahin fließen wo es mit Nutzen angewandt werden kann? Das Capital hat keine Sympathien und Antipathien, außer die welche aus dem Ertrage seiner Anlage und Verwendung hervorgehen. Ist es nicht aber die Verurtheilung unseres bisherigen handelspolitischen Systemes, daß einem Lande von so reichen natürlichen Hilfsquellen in solcher geographischen Lage die Capitalien nicht zuströmen? Und was den Credit betrifft, so mag unter seinen Bedingungen die Sicherheit eine noch so große Rolle spielen, es gibt dennoch keinen Grad von Unsicherheit durch den der Credit sich von seinen Gewährungen abhalten läßt. Wir wollen als Beispiel den Landhandel aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko anführen, wo werthvolle Unternehmungen, ohne Möglichkeit der Assecuranz und der Sicherstellung gegen zahlreiche im europäischen Land- oder Seehandel unbekannte Gefahren — wie Mangel an Nahrungsmitteln und an Wasser für Menschen und Zugthiere, Krankheiten beider, Angriffe wilder Indianer, Prairiebrände, Flußübergänge u. s. w. — über den Credit des Großhandels, und selbst des Wagners, Sattlers, Provisionslieferanten und Zugthierverkäufers verfügen, bloß weil sie reichen Gewinn versprechen. Die Aussicht auf Gewinn verfügt über den Credit in jeder Ausdehnung und unter allen denkbaren Gefahren. Der Credit geht noch viel mehr dahin wo er Unternehmungsgeist, Thätigkeit und freie Bewegung, als wo er ängstliche Sicherheit findet, und wenn der Freihandel uns jene Bedingungen schafft, bringt er uns auch den Credit und die

Capitalien. In welcher Ausdehnung sind europäische Capitalien, selbst von den vorsichtigsten Capitalisten, wie den Schweizern, in amerikanischen Unternehmungen, selbst unter den gefährlichsten Umständen, wie sie das Leben in Californien darstellt, angelegt worden? — Und die Kraft welche jene Millionen an die Ufer des stillen Meeres bringen konnte, sollte Oesterreich nicht, woher immer es sei, seinen vollen Capitalbedarf für alle nutzbringenden Unternehmungen zuführen können? — Verlangt Oesterreich daß ihm fremde Capitalien zuströmen und daß seiner gesammten Volkswirthschaft der erforderliche Credit zu Theil werde, so steigere es seinen Handelsverkehr mit fremden Nationen: die Erfüllung seines Verlangens wird von selbst die natürliche Folge sein.

Wenn man unter den Vorbedingungen des Freihandels für Oesterreich auch die leichten und vervielfältigten Verkehrsmittel aufführt, so verhält es sich damit ganz ebenso wie mit dem Fleiße, der Geschicklichkeit, dem Capital und dem Credit. Zur Verbesserung unserer Verkehrsmittel brauchen wir Capital, zum Capital Credit; der Credit aber folgt dem Fleiße, der Geschicklichkeit, der Intelligenz, und dies alles der ungehemmten Volkswirthschaft, d. h. dem Freihandel. Das was als Voraussetzung gefordert wird, kann der Natur nach nur die Folge sein, und fast möchte man sagen, jenes Dach mit dem man nicht gerne beginnen will, sei eigentlich die Grundmauer, und was man als Grundmauer ausgibt, sei in Wahrheit das Dach des Gebäudes.

VI.

Haben wir soweit von denjenigen Wirkungen des Freihandels gesprochen welche zu den Grundbedingungen

wirthschaftlicher Erfolge im Allgemeinen wie für Oesterreich insbesondere gehören, so müssen wir nun auf die abgeleiteten Folgen kommen welche daraus sowohl nach innerer Nothwendigkeit wie nach den Erfahrungen anderer Länder für uns hervorgehen müssen.

Daß der Freihandel eine gesteigerte wirthschaftliche Thätigkeit zur Folge haben muß, läugnen auch seine Gegner nicht; sie behaupten oder fürchten nur daß diese Wirkung eine einseitige und darum für einzelne Zweige der Volkswirthschaft unheilbringende sein werde. Wir kommen auf diese besondere Seite der Frage weiter unten zurück. Hier ist uns zunächst wichtig auf Folgen aufmerksam zu machen die nur zu den günstigen gerechnet werden können. Die gesteigerte Concurrenz des Freihandels muß mit der erhöhten wirthschaftlichen Volksthätigkeit, mit der Vervollkommnung aller technischen und mercantilischen Processe, mit der Erleichterung des Credites und dem Zuströmen des Capitals, mit der Beschleunigung der Umlaufsbewegung aller Güter und Werthe, was auch die Wirkung für einzelne Geschäftszweige sein möge, eine allgemeine Erhöhung des Nationalwohlstandes zur Folge haben deren Einfluß auf die politischen Zustände von selbst in die Augen springt. Zwei große volkswirthschaftliche Ergebnisse treten uns auf den ersten Blick entgegen: eine Steigerung des Erwerbes, zum Theile in der Form einer Erhöhung der Arbeitslöhne, und die Verwohlfeilung der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse. Die Concurrenz des Freihandels zwingt zu besserer und fleißigerer Arbeit, welche natürlich besser bezahlt werden muß. Die Theilung der Arbeit, welche damit zusammenhängt, wirkt gleichfalls auf höhere Löhne. Die getheiltere Arbeit bedient sich ganz specieller Fähigkeiten für einzelne

Specialverrichtungen, die bis zur Virtuosität getrieben werden müssen, dann aber, weil sie viel mehr leisten als bei einem anderen Systeme geleistet werden kann, nicht nur besser bezahlt werden können, sondern auch besser bezahlt werden müssen, weil die Virtuosität in der Specialverrichtung nicht nur werthvoller sondern auch unentbehrlicher ist als eine allgemeine mittelmäßige und nicht besonders qualificirte Arbeitskraft. Kleine Kinder, die als allgemeine Arbeitskraft gar nicht in Betracht kämen und unfähig sein würden irgend etwas zu verdienen, können eine einzelne kleine Verrichtung in einer Fabrik zu solcher Vollkommenheit bringen daß sie dafür verhältnißmäßig gut belohnt werden können. England liefert dafür die vielfältigsten Belege, und die Ansicht daß Kinder, zweckmäßig beschäftigt, ohne physischen und geistigen Nachtheil sich selbst müssen ernähren können, ist in den vereinigten Staaten allgemein, wo selbst die Lehrlinge der Handwerker Lohn erhalten, statt wie bei uns Lehrgeld zahlen zu müssen. Gute Arbeit und fleißige Arbeit ist aber für den Arbeitgeber dennoch wohlfeile Arbeit, obschon er sie gut bezahlen muß. Man weiß dies sehr gut in Amerika, wo der Arbeiter welcher halb so viel leistet wie ein anderer, keinesweges für den halben Lohn Arbeit findet, und wo jeder Arbeitgeber den besten Arbeiter selbst um den höchsten Lohn sucht. Darum ist wohl amerikanische freie Arbeit, trotz ihres hohen Preises, der Wirkung nach immer die wohlfeilste in der Welt, und die Sklavenarbeit als die schlechteste auch die theuerste überall wo sie existirt. Besser bezahlte Arbeiter nähren sich besser, und können dann in erhöhter Proportion mehr leisten. Man hat sich von dem Vortheile dieses Systemes z. B. in Frankreich durch die Vergleichung der

Bedürfnisse und Leistungen französischer und englischer Arbeiter überzeugt.

Die Verbindung aber der durch den Freihandel bewirkten Wohlfeilheit der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse mit der besser bezahlten aber productiveren Arbeit muß eine tiefgehende volkswirthschaftliche Wirkung ausüben. Die durchschnittliche Einnahme der großen Volksclassen wird gesteigert, während ihre Ausgaben vermindert werden. Durch diesen Erfolg sind mit Einführung des Freihandels, zum unendlichen Vortheile des Landes und zur Wohlthat für das Volk, die ökonomischen Bedingungen des ganzen englischen Lebens umgeändert worden. Der englische Arbeiter ist in diesem Augenblicke besser bezahlt als je vorher, und er lebt verhältnißmäßig wohlfeiler als je vorher.

So ist ein erhöhter Wohlstand und eine allgemeine Erleichterung des Lebens eine sichere Folge der Befreiung des Handels und der Industrie von dem willkürlichen Eingreifen des Staates in die Preisverhältnisse der Waaren und der Arbeit. Es ist aber leicht einzusehen daß damit auch eine mächtige und vortheilhafte Wirkung auf den Staatshaushalt ausgeübt wird. Die von uns gekennzeichnete sociale Wirkung ist den Fortschritten der Selbstregierung günstig und hilft die Reduction des Beamtenheeres erleichtern, zu welchem, mit der allgemeinen Steigerung der bürgerlichen Erwerbsmittel, auch der Zudrang sich vermindert. Während so eine steigende Zahl von Menschen von wenig productiven Beschäftigungen hinweg zu productiveren geführt wird, erleichtert sich die Bürde des Staatshaushaltes in dem gleichen Augenblicke in welchem die Kraft des Volkes zur Tragung dieser Bürde sich steigert. Beide Bewegungen in Verbindung

multipliciren den günstigen Erfolg. Wir sind aber damit noch keineswegs am Ende der vortheilhaften Wirkungen. Mit der Verwohlfeilung der Lebensbedürfnisse wird dem Staate die Erhaltung der Armee erleichtert. Auch die Gehalte der Beamteten erhalten dadurch einen größeren ökonomischen Werth. Schon durch diese bloße relative Werthveränderung verbessert sich ihre Lage, und dem Staate werden die Mittel erleichtert dieselbe noch weiter zu verbessern. Daß sie dadurch sowohl physisch wie geistig besser befähigt werden ihre Pflicht zu erfüllen, und daß in Folge dieser ganzen Umgestaltung der Staat in die Lage kommt wenigere aber bessere Beamtete zu haben, wird von jedem verständigen Verwaltungsmanne als ein hoher Gewinn betrachtet werden.

Diese Wirkung wird sich ganz unmittelbar im Gebiete der Zollverwaltung geltend machen, und im Zusammenhange damit wird überhaupt die Vermehrung der reinen Zolleinkünfte hoch anzuschlagen sein.

Der jetzige Rohertrag unserer Zollhäuser von weniger als 15 Millionen Gulden [1] muß als ein unverhältnißmäßig niedriger betrachtet werden. Wieviel davon als Reinertrag der Staatskasse bleibt, möge hier unerörtert gelassen werden. Viel wird davon über die Kosten des der Industrie gewährten vermeintlichen Schutzes nicht erübrigt werden. Die geringe Wirksamkeit dieses Schutzes, auch wenn man die bezweifelte Nützlichkeit künstlicher Beförderung durch Schutzzölle theoretisch einräumen will, ergibt sich nicht nur aus dem Umstande daß trotz dem unsere Industrie so allgemeinen Grund zur

[1] Von sämmtlichen im Jahre 1864 zur Verzollung gelangten Ein- und Ausfuhr-Artikeln sind nur 13,147,233 Gulden eingeflossen, wovon auf die Einfuhr 12,652,324, die Ausfuhr 494,909 Gulden kommen.

Klage findet, sondern auch viel unzweifelhafter aus dem Verhältniß der officiellen Werthe unserer Einfuhr und Ausfuhr, namentlich an Industrie-Erzeugnissen. Der Ueberschuß der Menge und des Werthes unserer Ausfuhr, nicht nur an Erzeugnissen unseres Landbaues und unserer Wälder, sondern auch, und ganz besonders, unserer Industrie, ist so groß, daß wenn die officiellen Zahlen das wahre Verhältniß ausdrückten, jede Klage unseres Gewerbfleißes eine Lächerlichkeit oder eine ehrlose Heuchelei wäre, Oesterreich aber sich des glänzendsten Ergebnisses seiner Volkswirthschaft rühmen könnte und Metallgeld im Ueberfluß haben müßte. Gehen wir, um dies zu beweisen, auf einige wenige Thatsachen ein.

Im Jahre 1863 fanden nach officiellen Angaben folgende Ein- und Ausfuhrverhältnisse statt. Es betrug von den beistehenden vier Waarenclassen in Oesterreich:

	die Einfuhr	die Ausfuhr
Von Baumwollwaaren	3,818 Centner	20,838 Centner
„ Leinenwaaren	742 „	78,957 „
„ Wollenwaaren	10,777 „	67,679 „
„ Seidenwaaren	3,974 „	7,548 „
	19,311 Centner	175,022 Centner.

Oesterreich also verkaufte ins Ausland mehr als neunmal soviel von diesen vier Waarenklassen als es von diesem kaufte. Werden unsere Schutzzöllner zu behaupten wagen daß unsere Industrie, wenn diese Verhältnißzahlen richtig sind, des Schutzes bedürfe oder ein Recht habe zu klagen?

Vielleicht aber haben sich seit 1863 die Verhältnisse verschlechtert? Die Klagen unserer Industriellen mehren sich ja mit der wachsenden Nothwendigkeit einer Reform unseres

Zolltarifs. Ist diese heranrückende Nothwendigkeit der Grund ihrer Schmerzensrufe, oder haben die Zeiten sich verschlechtert? Nehmen wir die Zollstatistik von 1864 zu Hilfe. In diesem letztgenannten Jahre betrug von den nämlichen vier Waarenklassen in Oesterreich:

	die Einfuhr		die Ausfuhr	
Von Baumwollwaaren	3,223	Centner	23,294	Centner
„ Leinenwaaren	1,542	„	130,801	„
„ Wollenwaaren	11,240	„	74,304	„
„ Seidenwaaren	3,790	„	7,945	„
	19,795	Centner	236,344	Centner

und Oesterreich verkaufte also nach officiellen Zahlen 1864 von den vier genannten Waarenclassen nahezu zwölfmal soviel als es kaufte!

Dieses in Wahrheit oder scheinbar so unerhört vortheilhafte Verhältniß gilt keineswegs für diese Waarenclassen allein. Der Werth der in Oesterreich eingeführten sogenannten kurzen Waaren z. B. im Jahre 1864 betrug 2,837,893 Gulden; der Werth der Ausfuhr der nämlichen Waarenclasse aber 38,820,760 Gulden, oder über 13mal den Werth jener.

Fremde und einheimische Kenner von Handelsverhältnissen und nationalökonomischen Zuständen zweifeln an der Möglichkeit, daß diese Zahlen sämmtlich richtig seien. Wenn sie aber nicht richtig sind, — wodurch entsteht, muß dann gefragt werden, der Schein eines so vortheilhaften Verhältnisses?

Es gibt dafür keine andere Erklärung als den Schmuggel, der also unserer Volks- und Staatswirthschaft und unseren gesammten gesellschaftlichen und politischen Zuständen die empfindlichsten Nachtheile zufügen muß. Glaubt Jemand

der Schmuggel könne, wenn der dadurch mögliche Gewinn eine gewisse Höhe erreicht, durch Gewaltmittel verhindert werden? — Vielleicht ist es möglich — aber gewiß nicht anders als um einen Preis der den Schaden für die Staatswirthschaft ins Unendliche vervielfältigen würde. Vielleicht ist es aber auch ganz unmöglich. Die Beispiele anderer Staaten welche günstiger situirt waren als Oesterreich, scheinen das letztere zu lehren. Als die Einfuhr von Seidenwaaren in England verboten war und die strengsten Maßregeln dagegen in Kraft standen, wurde die englische Seidenindustrie wesentlich mit durch den Schmuggel zu Grunde gerichtet, und es kam so weit daß man englische Seidenwaaren nach England schmuggelte, um sie unter französischer Etiquette nur verkäuflich zu machen. Wie bei uns die Verhältnisse sind, muß der unserer Industrie durch den gegenwärtigen Tarif zugedachte Schutz in sehr wichtigen Handelszweigen als illusorisch betrachtet werden, und die großen Opfer welche wir nach allen Richtungen hin einem imaginären Vortheile bringen, sind verloren. Selbst dies aber ist nur die geringere unter den schädlichen Folgen des Schmuggels. Dieser letzte macht nicht nur den Schutz illusorisch und betrügt nicht nur den Staat um einen großen Theil seiner rechtmäßigen Einkünfte, — er vermehrt nicht nur, zum Schaden der gesammten Volkswirthschaft, die Masse der unproductiven Thätigkeit durch das erforderliche und doch unwirksame Heer der Zollwächter, — er demoralisirt auch das Volk und die Beamteten politisch wie wirthschaftlich, und vermehrt jene Neigung zum Glücksspiel welche schon durch Lotterie und Lotterieanleihen eine so tiefgreifende unglückliche Wirkung auf den wirthschaftlichen und sittlichen Geist unseres Volkes ausübt.

In allen Richtungen also sind wir berechtigt von der Reform unserer Handelspolitik eine Verminderung der Staatsausgaben und eine Erhöhung der Staatseinnahmen, in einzelnen Beziehungen mindestens eine Bereicherung der Hilfsquellen der Nation zu erblicken, aus denen der Staat nach Maßgabe seiner Bedürfnisse zu schöpfen hat, und in dem Uebergange zu dem von uns empfohlenen liberalen Systeme müssen wir das einzige ausreichende Mittel erkennen, die Finanzen des Reiches auf gesunde Zustände zurückzuführen und die Bedürfnisse des Staates mit dem wirthschaftlichen Wohle des Volkes in Einklang zu bringen.

VII.

Wir treten nicht der Ansicht entgegen daß die Verbesserung der Reichsfinanzen für Oesterreich der große Zweck ist welchem, so weit die Freiheit der politischen Wahl reicht, für den Augenblick alle anderen Rücksichten nachstehen müssen. Wir sind vielmehr von diesem Satze ausgegangen. Die Partei aber welche sich einen besonderen Beruf daraus macht, die ganze innere und äußere Politik, Verwaltung und Diplomatie, Wissenschaft und Kunst, Kriegsheer und öffentliche Bauten, kurz Alles in Allem was ein Staat zu betreiben hat, der finanziellen Rücksicht nachzustellen,[1] macht allein mit der Industrie, d. h. mit einigen wenigen größeren Industriezweigen eine Ausnahme, als ob der Landbau, die Viehzucht und der auswärtige Handel nicht auch zu den

[1] „Die Einstellung der Sanitätsbereisungen für Oesterreich ist, wie die Zeitschrift für praktische Heilkunde erfährt, aus ökonomischen Rücksichten für das laufende Jahr beschlossen" — so lesen wir z. B. in diesem Augenblicke in hiesigen öffentlichen Blättern.

Quellen des Nationalreichthums gehörten, oder Oesterreich nichts als eine große Fabrik und die Fabrikanten die einzigen Steuerzahler wären. Diese Auffassung glauben wir bekämpfen zu müssen. Wenn aber die nämliche Partei in einer Reform des Steuersystemes und der Verwaltung, in der Verminderung der Beamtenzahl und Erweiterung des Gebietes der Selbstverwaltung, endlich in der Verringerung des Armeebestandes [1] wirksame Mittel zur gründlichen und nachhaltigen Besserung der Reichsfinanzen erblickt, so haben wir gezeigt daß gerade diese großen Maßregeln durch den Uebergang zum Freihandel im höchsten Grade erleichtert, ja nach unserer Ueberzeugung allein möglich gemacht werden können.

Wir haben dies nur noch nach der Seite der rein politischen Interessen nachzuweisen.

Niemand wird läugnen — und wir sind durch harte Erfahrungen darüber belehrt worden — daß in der Gunst oder Ungunst der öffentlichen Meinung bei fremden Nationen eine wichtige Bedingung unserer Politik enthalten ist. Wir machen uns Vorwürfe wenn wir uns über einem Beweggrunde der Gemüthspolitik ertappen; und doch, spielt nicht diese z. B. bei den Engländern und Franzosen eine größere Rolle als

[1] Selbst die hiesige „Presse" beginnt indessen in ihrer Nummer vom 22. Jänner dieses Jahres einen Leitartikel mit den Worten: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn das Deficit gänzlich und für immer behoben werden soll, Reductionen im Militärbudget dazu keineswegs ausreichen", — und das genannte Blatt geht hierauf dazu über klar zu machen, daß nur Reformen in der Richtung weiter entwickelter Selbstregierung leisten können was die wirksamste aller Reductionen im Budget nicht zu leisten vermöge. Sehr wohl! Gehört aber nicht der Schutzzoll zu den wesentlichsten Theilen des bureaukratischen Systems und des von der „Presse" bekämpften Vielregierens?

bei uns selbst? Wir werden wohlthun auch diesen Gesichtspunkt nicht außer Augen zu lassen.

Nicht nur die englische, auch die französische Regierung ist in ihrer Politik von den Volksstimmungen abhängig. Aus welchen Beweggründen entspringen die Sympathien der Engländer für Italien? Hat nicht das schöne Land, das einladende Klima, das Interesse an den Alterthümern und die Vertrautheit des Touristen, hat nicht der kirchliche Liberalismus des neuen Italiens den größten Antheil daran? Und sind dies alles nicht Beweggründe der Gemüthspolitik? Das Gefährlichste für eine Nation in Bezug auf die Stimmung anderer Nationen ist es aber, isolirt und ungenügend bekannt zu sein.

Ein freierer und gesteigerter Handelsverkehr mit fremden Völkern hat jedoch noch positivere politische Vortheile in seinem Gefolge. Unsere fremden Geschäftsfreunde erhalten ein Interesse an unserer Sicherheit und Wohlfahrt, und unsere steigende Prosperität erhöht die Achtung welche wir andern Völkern und ihren Regierungen einflößen. Man wird nicht behaupten wollen daß dies gering anzuschlagen sei.

Was unsere innere Politik betrifft, so wird deren wichtigste Frage, die ungarische, unmittelbar durch die Wahl des Systems unserer Handelspolitik bedingt, und der Uebergang vom Schutzzoll zum Freihandel kann zu einem wichtigen Schritte in der Harmonisirung der Interessen beider Reichshälften werden. Unsere schutzzöllnerischen Liberalen müssen in der That auf die östliche Reichshälfte einen sehr geringen Werth legen und ihre Gerechtigkeitsbegriffe müssen sehr mangelhaft sein, wenn sie über die Interessen Ungarns und Galiziens hinweggehen zu können glauben. Die

Sympathie schöner Worte ist freilich wohlfeiler. Aber hier sind Realitäten. Hic Rhodus, hic salta!

Ein besonderer Gesichtspunkt endlich bleibt uns noch übrig, welcher in diesem Augenblicke in die Ferne gerückt sein mag, welcher aber ein darum nicht minder wichtiges Ziel bezeichnet. So lange der Verfasser glaubte die volkswirthschaftliche Einheit des deutschen Staatensystems sei vielleicht auf der Basis des älteren Zollvereinstarifs zu begründen, bekämpfte er den an und für sich vielen Einwendungen Raum gebenden preußisch-französischen Handelsvertrag, und stand im Interesse der damaligen Polemik auf der Seite des Schutzzolles. Die Dinge haben sich geändert, und wir betrachten die Aenderung als eine glückliche, an der wir nur beklagen daß sie nicht von Oesterreich ausging und von Oesterreich politisch ausgenützt wurde. Wie jetzt die Dinge stehen, sind wir in der glücklichen Lage daß unsere volkswirthschaftlichen Ueberzeugungen mit den Zielen der österreichisch-deutschen Politik, wie wir sie verstehen zu müssen glauben, übereinstimmen. Das deutsche Staatensystem als deutscher Finanzzollverein: — das ist uns nun das Ziel für die gesammte deutsche Handelspolitik mit Einschluß der österreichischen geworden, und wir erkennen darin die materielle Grundlage einer zukünftigen Bundesreform. Wenn unsere Schutzzöllner diese Rücksichten für chimärische halten, dann würden sie wohlthun uns in Zukunft auch im Reichsrathe mit Interpellationen und Reden zu Gunsten der deutschen Politik zu verschonen. Sie können, wenn nichts weiter dahinter ist als die Beweggründe der Opposition, unmöglich zur Ehre und zum Einflusse Oesterreichs beitragen.

Daß aber befriedigende Verhältnisse der inneren und

äußeren Politik auf die wirthschaftliche Wohlfahrt einer Nation Einfluß ausüben, daß die Garantien der Ruhe und des Friedens welche in einem liberalen Handelssysteme enthalten sind, auf die Blüthe der Volkswirthschaft zurückwirken, liegt so klar auf der Hand daß es keiner besonderen Erklärung bedarf, und daß die Declamationen Derer sinnlos verhallen, welche die Anklage erheben zu können glauben die Interessen der Industrie seien in Gefahr den politischen Rücksichten geopfert zu werden. Wir glauben mit Recht den Frieden für ein hohes Interesse der Politik, zugleich aber auch für ein eben solches der Industrie zu halten.

VIII.

Unsere Betrachtung führt uns nun auf die Erwägung der Wirkungen welche durch eine Herabsetzung unseres Tarifes auf die inländische Industrie werden hervorgebracht werden, und auf die Rücksicht welche der Staat auf diese Wirkungen nehmen soll. Indem wir von der wohlbegründeten Ueberzeugung ausgehen daß unsere Industrie im Großen und Ganzen durch eine solche Reform nicht nur nicht leiden sondern umgekehrt zu größeren Leistungen befähigt und größerer Erfolge versichert werden wird, bestreiten wir nicht daß einzelne Zweige, ganz besonders wenn sie sich der Nothwendigkeit eines verbesserten, in manchen Fällen veränderten Betriebes widersetzen, dadurch werden benachtheiligt werden, und läugnen nicht die Verpflichtung des Staates in der Methode des Vorgehens darauf gewisse Rücksichten zu nehmen. Es handelt sich nur darum daß vor allem das Ziel des Freihandels, d. h. des Ueberganges zu bloßen Finanzzöllen, anerkannt und festgestellt wird. Die Methode der Bewegung

durch welche dieses Ziel erreicht werden soll, ist dann eine offene Frage deren Erörterung mit verständiger und billiger Berücksichtigung aller Interessen geführt werden kann. Wenn die ihrer Meinung nach durch die Reform bedrohten Industriezweige ihren Widerstand auf die Anwendung einer zu rücksichtslosen Methode, und ihre Forderungen auf die Pflicht des Staates beschränken ihnen soviel wie möglich für unmittelbare Nachtheile einen Ersatz zu verschaffen, so haben sie recht. Wenn sie Beförderung der technischen und mercantilischen Bildung, Reform der volkswirthschaftlichen Gesetzgebung, Erleichterung und Hebung des Credites, Vervollständigung unserer Verkehrsmittel und Erweiterung unserer auswärtigen Handelsverbindungen, überhaupt verbesserte Bedingungen der Erzeugung und des Absatzes verlangen, so stehen wir mit ihnen in keinem Gegensatze. Wir erkennen vielmehr innerhalb dieser Beschränkung ihrem Widerstande die Berechtigung und ihren Forderungen die Billigkeit zu. Nur halten wir dabei an den beiden Bedingungen fest, daß das Ziel des Freihandels als eine für das Wohl des Reiches und unserer Industrie selbst bestehende Nothwendigkeit anerkannt werde, die bedrohten Interessen aber sich nicht für mehr als sie sind, nämlich für einzelne wenn auch noch so bedeutende Privatinteressen ausgeben.

Wir räumen ein daß auch diese letzteren Berücksichtigung verdienen. Werden jedoch diese beiden Bedingungen nicht erfüllt, dann treten wir allerdings als die absoluten Gegner eines persönlichen, oder, wenn man lieber will, eines Classen-Egoismus auf, welchen wir eben so sehr für bornirt wie für schädlich, dem allgemeinen Wohle feindlich erklären müssen. Wir verhalten uns dabei genau so, wie

wir uns verhalten würden wenn es sich in diesem Augenblicke um Abschaffung feudaler Vorrechte auf der einen und feudaler Dienstpflicht auf der anderen Seite handelte. Ob die der Gesellschaft im Ganzen schädlichen Vorrechte dem Feudalbarone oder dem Industriebarone zu Gute kommen, und ob das Volk dem ersten oder dem zweiten den Zehnten zahlen oder Robot leisten soll, achten wir in volkswirthschaftlicher Beziehung für gleichbedeutend. Und wir sind weit entfernt damit nur eine allgemeine Vergleichung machen zu wollen. Ein Schutzzoll von zehn Procent des Werthes erhöht den Preis der Waaren zu Gunsten des inländischen Fabrikanten um zehn Procent, zwingt den Consumenten um zehn Procent theurer zu kaufen als er es außerdem thun könnte, und ist ganz genau das Gleiche wie wenn der Gutsherr oder die Kirche dem Bauer die zehnte Garbe nimmt, und wenn der Consument aus dem Volke, um den theureren Preis zu zahlen, um zehn Procent mehr arbeiten muß, so ist diese Arbeitsvermehrung ganz genau das nämliche wie wenn der Mann dem Fabriksherrn jeden zehnten Tag unentgeltlich arbeiten müßte. Wollte man behaupten daß die durch den Schutzzoll bewirkte Blüthe der Fabriken dem Volke wiederum zu Gute komme, so ist dieß nicht verständiger geurtheilt als daß das Volk in Folge einer durch Zehnten und Robot bewirkten Blüthe des Landbaues sich einer verbesserten Lage erfreuen müsse. Es ist dagegen in beiden Fällen ein doppelter Zweifel zu erheben: die günstige Wirkung auf die Lage des Volkes ist so zweifelhaft wie die Blüthe welche aus einem mißwirthschaftlichen Systeme entspringen soll. Wir hoffen daß das consumirende Volk allmählig sich über dieses Verhältniß klar, und die öffentliche

Meinung stark genug werden wird auch die Abschaffung der industriellen und commerciellen Dienstpflicht durchzusetzen. Der Selbstsucht des industriellen Feudalismus gegenüber kann der Freihandel mit Fug und Recht als das volksfreundliche System auftreten, welches für die große Mehrheit der Nation nichts als Recht und Billigkeit und Befreiung von einem wirthschaftlichen Drucke verlangt.

Das industrielle Monopol hat nichts dabei zu gewinnen wenn es nach Unterschieden zwischen seinem Vorrechte und dem ehemaligen grundherrlichen Feudalismus sucht. Der letzte stammte aus einer alten politisch-socialen Ordnung her welche gewiß mit Recht neuen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens weichen mußte; er hatte aber die volle staatsrechtliche Begründung als Erbtheil vergangener Jahrhunderte für sich, und die gesammten überkommenen Eigenthums- und Rechtsverhältnisse verschiedener Volksclassen waren darnach eingerichtet. Die Reform mußte historisch begründete Rechte angreifen, welche das industrielle Monopol nicht für sich anführen kann. War die Reform legitimirt im Namen des allgemeinen öffentlichen Interesses dies zu thun, um wie viel mehr wird sie legitimirt sein von Anfang an zu verhindern daß nicht ein der Gesellschaft mindestens eben so schädliches historisches Recht, welches zum Glück noch nicht existirt, sich herausbilde und festsetze? Hier haben wir dem Staate und der Gesellschaft ein lautes „principiis obsta!“ zuzurufen. Die Besorgniß ist, wenn der Gefahr nicht vorgebeugt wird, keine Chimäre; denn wenn nur eine Zeit lang die sonderbare Praxis fortgesetzt wird über industrielle Gesetzgebung ausschließlich die Producenten, nicht aber auch, und ganz vornehmlich, die Consumenten zu hören um deren

willen doch eigentlich producirt wird und nach deren Interesse sich doch naturgemäß die Frage entscheiden soll ob dieser oder jener Industriezweig bei uns überhaupt nöthig oder zweckmäßig ist, so dürfte selbst der Schritt zu einer industriellen Feudalgerichtsbarkeit für die Zukunft nicht als ein ganz undenkbarer erscheinen.

Der Grundsatz daß die Consumenten, indem ihnen der Kauf frei und offen steht, zu entscheiden haben ob ein Industriezweig bestehen soll oder nicht, — mit anderen Worten, daß ein Industriezweig sich durch seinen eigenen Erfolg in freier Concurrenz zu seiner volkswirthschaftlichen Berechtigung legitimiren muß, ist die Grundlage für die ganze Rechts- und Billigkeitsfrage zwischen den Erfordernissen des allgemeinen Wohles und dem Separatinteresse schon bestehender Industriezweige und Geschäfte. Unter der Herrschaft des Schutzzolles sind in vielen Fällen Industrien entstanden für welche von Natur die wirthschaftlichen Bedingungen nicht bestanden haben. Man sagt uns das Capital und die Arbeit seien also jedenfalls doch durch den Zollschutz auf die falschen Bahnen gelenkt worden, und die Protectivgesetzgebung trage demnach die Schuld der nationalökonomischen Mißbildungen welche nun in der Form kranker Industrien vorhanden sind. Ist aber jemand gezwungen worden auf der unsicheren Grundlage künstlicher Bedingungen das Gebäude seines wirthschaftlichen Wohlergehens zu errichten? Ueberhebt ein System der Gesetzgebung oder Verwaltung den Bürger des eigenen Urtheils? Oder hat jemand welcher unter einem solchen Systeme seine Privatwirthschaft eingerichtet hat, ein Recht dessen Unveränderlichkeit zu verlangen?

Man gestatte uns zwei hypothetische Beispiele. Ein Staat, nehmen wir an, habe schlechte öffentliche Schulen, neben denen Privatschulen blühen und eine große Ausdehnung erlangen. Die Leiter des Staates finden es aber für nöthig das öffentliche Unterrichtssystem zu verbessern. Unentgeltlich oder für geringe Kosten kann nun der Unterricht erlangt werden welcher in den Privatschulen theuer bezahlt werden mußte, und andere hinzukommende Vortheile entscheiden zu Gunsten der Staatsanstalten. Die Privatschulen können sich nicht länger halten. Das in Gebäude, Bibliotheken und andere Unterrichtsmittel gesteckte Privatkapital geht großentheils verloren. Wird jemand den Unternehmern der Privatschulen das Recht zusprechen sich über den Staat zu beklagen oder gegen einen Fortschritt der öffentlichen Erziehung zu protestiren?

Oder ein Gedanke welcher in der wirthschaftlichen Politik manches Uebel angerichtet hat — der Gedanke daß man Ehren halber, um nicht in Volkswirthschaft und Cultur zurück zu sein, diesen oder jenen Industriezweig doch auch haben müsse, — verleite eine Regierung in den Flüssen des Landes Goldwäschen anzulegen. Bekanntlich gehört Gold zu den sehr allgemein verbreiteten Substanzen; nur kommt es an den wenigsten Orten in Quantitäten vor welche seine Gewinnung mit Vortheil gestatten. Aber weßhalb sollte ein Land, wenn überhaupt seine Flüsse Gold führen, nicht so gut wie Californien und Australien seine Diggings und Washings haben? — Freilich, sie bezahlen sich nicht! — Gut, so legen wir also einen Schutzzoll auf die Einfuhr des Goldes, und lassen das Silber den ausschließlichen Werthmesser unserer Preise bilden! Was brauchen wir fremdes

Gold? Wir erhöhen durch den Schutzzoll den inländischen Goldwerth zu der Höhe, welche erforderlich ist unsere Goldwäschen rentabel zu machen. — Hält jemand im Allgemeinen ein solches Verfahren für unmöglich? — Als ob nicht die Welt vor wenigen Jahren plötzlich erlebt hätte daß in Japan das Gold im Verhältniß zum Silber, wenn wir uns recht erinnern, ungefähr nur halb so viel werth war als in dem Handelsgebiete der europäischen Civilisation! — Und wäre ein solches Verfahren im Principe nicht vollkommen dasselbe wie das, welches bei uns ganz willkürlich und gegen die natürlichen Bedingungen diesen oder jenen Zweig der Fabrikation aufrecht erhalten will bloß damit er doch auch bei uns existirt? — Weßhalb errichten wir nicht ausgedehnte Gewächshäuser und bauen unsern eigenen Kaffee? — Bei einem Schutzzolle von einigen hundert Procenten auf Kolonialkaffee würde das Geschäft Aussicht auf schönen Gewinn darbieten. Und wenn man durchaus einheimischen Zucker consumiren will, weßhalb nicht auch einheimischen Kaffee?

IX.

Das was beim Uebergange vom Schutzzoll zum Freihandel gewiß nicht nur im Interesse der Einzelnen sondern auch des Staates als wünschenswerth betrachtet werden muß, ist die Erhaltung der in den schon bestehenden Geschäften steckenden Capitalien. Wir hegen aber die feste Ueberzeugung daß der wirkliche Untergang dieser Werthe, welcher das gänzliche Erlöschen der Geschäfte voraussetzen würde, in den seltensten Fällen eintreten wird. Wir haben schon viele Ruinen von Ritterburgen aber bisher noch keine von Fabriksgebäuden gesehen, weder in England wo der

Freihandel nun seine Wirkungen vollständig hat entwickeln können, noch in Frankreich wo sie eben anfangen in die volkswirthschaftlichen Zustände einzugreifen; und wir sind überzeugt daß auch in Oesterreich das Aufgeben des Schutzzollsystemes keine solchen Denkmäler hervorbringen wird.[1] Ob ein Geschäft in der einen oder der anderen Hand ist, und durch welche Umstände es aus der einen in die andere übergeht, kann nationalökonomisch von keiner großen Wichtigkeit sein, vorausgesetzt daß es nur fortbesteht. Hat der alte Besitzer, welcher sich nicht halten konnte, bei dem Uebergange an einen neuen, Capitalverlust zu erleiden, so arbeitet sein Nachfolger unter um so vortheilhafteren Bedingungen, und wird um so leichter im Stande sein eine nationalökonomische Scharte wieder auszuwetzen. Daß damit seinem Vorgänger nicht geholfen ist, sehen wir recht gut ein, und wissen auch daß jeder Privatverlust immerhin auch ein öffentlicher Schaden ist. Alle Privatunglücksfälle lassen sich aber unter keinem Systeme vermeiden, und die Frage ist nur ob sie sich bei dem Uebergange vom Schutzzolle zum Freihandel merklich häufen werden.

[1] Der Verfasser hat, seitdem dies geschrieben wurde, in Oesterreich allerdings wenigstens stillstehende Fabriken und verfallende Fabriksgebäude gesehen. Daneben aber waren andere gleicher Art in blühendem Betriebe. Die Eigenthümer der ruinirten hatten, so bescheiden auch die Geschäfte ihrer Anlage nach waren, kostbare Equipagen gehalten, den Winter in der Residenz zugebracht, die großen Herren und großen Damen gespielt, und als eine Geschäftsstockung eintrat, sahen sie sich bankrott. Im gleichen Thale, eine Meile davon, stand das blühende Geschäft eines fleißigen, sparsamen und bescheidenen Mannes, eines gebornen Schweizers, dem nämlichen Industriezweige angehörend. Da ist es freilich richtig daß das Beispiel eines fleißigen und sparsamen Volkes für Oesterreich nicht paßt. Aber es ist ein Glück für das Land wenn das genußsüchtige, eitle und faule Volk zu Grunde geht.

Wir bezweifeln dies und kommen darauf zurück. Was aber das sogenannte „Herausziehen" der Capitalien betrifft, so ist es damit eine eigene Sache. Wie sollen wir ermitteln ob sie nicht längst herausgezogen waren, bevor sie überhaupt gefährdet wurden. Der Schweizer Baumwollenfabrikant Hürlimann hat vor einer Reihe von Jahren das öffentliche Bekenntniß abgelegt, daß man in der Schweiz, also ohne Hilfe des Zollschutzes, in guten Jahren 40 bis 50 Procent Anlagecapital abschreibe. Angenommen daß in Ländern mit Zollschutz das Verhältniß nur halb so günstig sei, steckt immerhin nach fünf bis sechs guten Jahren kein Anlagecapital mehr in einem solchen Geschäfte. Fordert man aber auch zehn Jahre zu einem ähnlichen Resultate, so könnte nach dieser Zeit doch nur vom Verlust erhofften Gewinnes die Rede sein. Haben die Fabrikbesitzer es durchgebracht anstatt es anderweit anzulegen oder zur Verbesserung ihres Betriebes zu verwenden, so sind sie dafür sich allein selbst verantwortlich. Es wird daher schwer sein zu ermitteln was die Grenzen eines billigen Anspruches auf Berücksichtigung der engagirten Capitalien sein würden, selbst wenn man in Folge des Ueberganges zu einem liberaleren handelspolitischen Systeme den Eingang ganzer Industriezweige vorauszusetzen hätte. Wir behaupten aber daß dies kaum jemals der Fall ist. Die Erfahrungen in verschiedenen Ländern haben vielmehr gezeigt, daß Industriezweige welche unter dem Prohibitiv- oder Protectivsysteme gänzlich verkommen waren, unter dem Freihandel oder einem wesentlich erniedrigten Tarife wieder aufblühten. Es wohnt einer bestehenden Industrie eine viel größere Zähigkeit und Widerstandskraft inne als man uns von Seite der Gegner des Freihandels glauben machen will; und wenn diese

Widerstandskraft ausdauern kann bis die Production sich den Erfordernissen und Bedingungen der neuen Lage anzupassen und aus beiden Vortheil zu ziehen vermag, dann ist die Wirkung eine Belebung, eine Erhöhung der gesammten Leistungsfähigkeit, und ein besseres Eingehen auf die Bedürfnisse der Handelswelt, in welchem eine Hauptbedingung jedes glücklichen Erfolges liegt. Die Zeit zu diesem Fortschritte, nicht zum „Herausziehen der Capitalien" soll man geben. Capitalien müssen bei einem solchen Uebergange gewiß nur in den seltensten Fällen einer ganz neuen Verwendung gewidmet werden — was im Allgemeinen unzweifelhaft die ungeschickteste Art sein würde sich mit der veränderten Lage abzufinden. Die Aufgabe wird vielmehr in der Regel die sein, der fortdauernden Verwendung im gleichen Geschäfte die nöthigen Modificationen zu geben, sich im Gebiete dieses Geschäftes auf diejenigen Specialitäten zu werfen zu denen besonders günstige Bedingungen vorhanden sind, andere Geschäftsrichtungen fallen zu lassen, jene aber durch verbesserte Methoden und Hilfsmittel auf die höchste Stufe zu heben. In dieser Beziehung bringt der Freihandel Vortheile mit sich die den dadurch auf einer Seite momentan bedrängten Geschäftszweigen auf der anderen Seite wieder wirksam zu Hilfe kommen. Er liefert z. B. vollkommenere und wohlfeilere Werkzeuge und Maschinen. Die Fabriken bedürfen derselben so sehr wie der Landbau und die kleinen Gewerbe, welche ihrerseits bei erhöhtem Gedeihen wieder zu bessern Abnehmern der Fabrikate werden. Im Allgemeinen zwingt er zur Annahme der vollkommensten Hilfsmittel und Methoden, und zum Sturze jeder Art von Schlendrian, welcher der ärgste Feind alles wirthschaftlichen Fortschrittes und Gedeihens ist.

Er führt aber auch dem Lande fremde Capitalien und geschäftskundige fremde Unternehmer zu, welche beide sich gern dahin wenden wo sich eine vortheilhafte, in der Natur begründete Specialität ausbildet. Nicht zu dem was man auch vortheilhaft in England machen kann, wohl aber zu dem was man vortheilhaft dort nicht machen kann, wird ein Engländer Geld in Oesterreich anlegen und sich selbst dahin begeben. Der Geschäftsmann sucht die vortheilhaftesten Localitäten.

Die ganze Rechnung welche von schutzzöllnerischer Seite gemacht zu werden pflegt um die Benachtheiligung der Industrie durch eine Tarifreduction zu beweisen, ist eine so plumpe Einseitigkeit, daß man diejenigen in der That für beschränkt halten muß auf welche man dadurch einzuwirken hofft. Zur Ehre des Verstandes Derer welche ihre eigene Sache so unvollständig darstellen, müssen wir annehmen daß sie es absichtlich und mit vollem Bewußtsein thun. Es ist freilich sehr einfach für feststehende Productionskosten und eine feststehende Absatzmenge aus der Erniedrigung der Preise die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit der Concurrenz, und auf diese Art die Gefährdung eines Industriezweiges oder bestimmten Fabriksgeschäftes durch die Beseitigung des ihm bisher gewährten Zollschutzes rechnungsmäßig nachzuweisen. Man hat uns oft genug auf diesen „Calcül“ hingewiesen, in welchem der Triumph der handelspolitischen Wissenschaft liegen zu sollen scheint. Nur wird eben von freihändlerischer Seite ein Feststehen der Productionskosten, und ein Gleichbleiben, wenn nicht gar ein nothwendiger Rückgang der Absatzmenge bei dem Aufgeben des Zollschutzes nicht eingeräumt. Es wird von dieser Seite vielmehr ganz umgekehrt behauptet daß der

Systemwechsel eine Verminderung der Productionskosten und eine Vermehrung des Absatzes zur natürlichen Folge haben müsse. Die Erniedrigung der Preise durch die auswärtige Concurrenz wird von freihändlerischer Seite nicht bezweifelt sondern vielmehr erstrebt; aber es wird von dieser Seite behauptet daß die Verminderung der Productionskosten und die Vermehrung des Absatzes, beide als Folgen eben dieser Veränderung, den Ausfall vielfach ersetzen. Zur Zeit als in der Schweiz über Schutzzoll und Freihandel gestritten wurde, weil es damals dort einige Leute gab welche die Einführung des ersteren empfahlen, war es das vorherrschende und entschiedene Urtheil der Schweizer Fabrikanten, welche doch gewiß einigen Anspruch darauf haben als praktische Männer und gute Rechner zu gelten, daß der Schutzzoll ihre Fabrikationskosten erhöhen und daher ihre Concurrenzfähigkeit auf den auswärtigen Märkten verringern würde. Für die Schweiz also wurde vorausgesetzt daß eine Verminderung der Fabrikationskosten und eine erhöhte Concurrenzfähigkeit die Wirkung des Freihandels sei. Wir vermögen nicht einzusehen, weßhalb dies nicht für Oesterreich wie für die Schweiz gelten soll.

Die durch den Freihandel möglich gemachte und zugleich durch den Freihandel erzwungene Verwohlfeilung der Fabrikate ist es, welche in Verbindung mit der ebenfalls aus dem Freihandel hervorgehenden allgemeinen Verwohlfeilung des Lebensbedarfes und Hebung der ganzen Lage der großen Volksmasse jene den Verlust am Preise vielfältig ersetzende Vermehrung des Absatzes hervorbringen muß, und da wo das Experiment gemacht worden ist auch hervorgebracht hat. Es verhält sich damit genau wie mit den Ergebnissen der

Herabsetzung des Briefportos. Mit dieser Herabsetzung mehrt sich zunächst für gegebene Verhältnisse die Zahl der Briefe. Damit aber steigt die Bildung, steigt das Bedürfniß der Correspondenz, steigt abermals die Zahl der Briefe. Und mit der zunehmenden Cultivirung des geistigen Verkehres auf dem Wege der Correspondenz steigt die Zahl derer welche die kleine Ausgabe dafür nicht scheuen und zu scheuen brauchen: nochmals also steigt die Zahl der Briefe. So haben durch die Herabsetzung des englischen Briefportos auf die kleinste englische Münze die Einkünfte der englischen Post sich in das Unglaubliche gesteigert. Ganz so muß sich mit der Erniedrigung der Preise in Folge des Freihandels die Consumtionsfähigkeit des Volkes, der Absatz der Fabrikate, das Geschäft der Fabriken steigern, und man darf nur den außerordentlich tiefen Stand der jetzigen Consumtionsfähigkeit eines großen Theiles unserer Bevölkerung in Betracht ziehen, um zu erkennen daß unsere Industrie selbst im Innern ein fast unbegrenztes Feld vor sich hat, welches fast noch gänzlich unangebaut ist. Wir haben im Reiche einige Millionen Menschen deren Bedürfnisse an Kleidungsstoffen und Eisen bis heute kaum über die der nordamerikanischen Indianer hinausgehen. Die Aufgabe des Freihandels und seiner industriellen, mercantilischen und socialen Folgewirkungen ist es, diese Menschen für die Bedürfnisse des civilisirten Lebens empfänglich zu machen und zu deren Erwerbung ökonomisch zu befähigen.

Wenn die jetzige Lage unserer Industrie unter dem Schutze des bestehenden Tarifs eine unbefriedigende ist, so muß bei der in den officiellen Zahlen nachgewiesenen beträchtlichen Ausfuhr ein Theil der Ursachen in der geringen inneren Consumtionsfähigkeit gesucht werden. Die Production

scheint unter den gegebenen Preis- und Culturverhältnissen an den Grenzen der heimischen Consumtionsfähigkeit angelangt zu sein. Hieraus folgt daß auf der einen Seite die Blicke unserer Industrie sich mehr auf den Absatz ins Ausland richten, auf der anderen unsere Handelspolitik auf die Hebung der inneren Consumtionsfähigkeit durch Förderung der Interessen des Ackerbaues und Hebung der ökonomischen Lage der großen Volksmassen bedacht sein muß. Durch nichts kann dies wirksamer geschehen als durch die Herabsetzung des Tarifes. Daß aber die Vermehrung des Absatzes in das Ausland nichts weniger als ein hoffnungsloser Wunsch ist, läßt sich ohne Schwierigkeit thatsächlich nachweisen.

Es ist nach allem was wir weiter oben auseinandergesetzt haben klar, daß das Ausland um so mehr von uns kaufen kann und kaufen wird, je mehr es an uns verkauft. Von den Artikeln also welche wir schon jetzt ausführen, ist durch den Freihandel unzweifelhaft ein vermehrter Absatz in das Ausland zu erwarten. Mögen die jetzt ausgeführten Quantitäten klein sein: — auch eine kleine Quantität beweist daß unser Artikel auswärts einem Bedürfnisse entspricht. Daß dieses Bedürfniß gesteigert, daß es auf unsern Artikel aufmerksam gemacht, daß die Geneigtheit zur Annahme des letzteren durch die Annahme von Gegenwerthen in ausländischen Waaren auf unserer Seite zur Entscheidung gebracht werde: dafür müssen wir sorgen um die Ausfuhrmenge zu erhöhen. Ganz ohne unsere Bemühungen dürfen wir eine solche Wirkung nicht erwarten. „Agenten österreichischer Häuser sieht man bei uns niemals, und dieser Mangel an Geschäftseifer erstreckt sich selbst auf den Weinhandel, welcher bei uns eine so bedeutende Ausdehnung zulassen würde": — diese

Stelle lesen wir in einem Memoire der Bradforder Handelskammer über den Handel mit Oesterreich. Wir könnten hinzufügen daß sich unser Handel und unsere Industrie auch einer erhöhten Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit befleißigen müßten um im Auslande sich auszubreiten. Wir haben Oesterreicher gehört, welche z. B. daran gezweifelt daß ungarische Weine, ins Ausland geschickt, immer genau mit den Proben übereinstimmen würden. Je entfernter aber ein Absatzgebiet ist, desto schädlicher auf die Kundschaft wirkt die Unzuverlässigkeit des Verkäufers ein. Wenn wir jedoch auf die richtige Weise verfahren und es nicht an Thätigkeit und Eifer fehlen lassen, kann auch die kleinste bisherige Ausfuhr eines Artikels, namentlich wenn sie schon eine gewisse Probe bestanden, eine für jetzt unberechenbare Ausdehnung erhalten. Wie viel mehr gilt dies von solchen Artikeln deren Ausfuhr, wie die unserer kurzen Waaren, unserer Wollen- und Leinenwaaren und mancher anderen Gegenstände, schon eine sehr achtungswerthe Höhe erreicht hat. Der Absatz österreichischer Waaren nach England ist nichts weniger als unbedeutend. „Die Vermuthung daß England von Oesterreich viel mehr kauft als man gewöhnlich glaubt, wird durch die Thatsache unterstützt daß österreichische Waaren fast in jedem anständigen englischen Kaufladen zu sehen sind": so spricht sich hierüber das schon erwähnte Memoire der Handelskammer von Bradford aus.

An Eisenwaaren führte Oesterreich im verflossenen Jahre 66,984 Centner ein und 155,058 Centner aus, erstere Gewichtsmenge für 4,662,622, letztere für 8,949,188 Gulden, und die gemeinen Eisenwaaren Oesterreichs weisen in den elf Jahren 1854 — 1864, allerdings mit beträchtlichen

Schwankungen, eine von 34,886 auf 83,709 Centner zunehmende Ausfuhr, gegen ein Steigen der Einfuhr von 7799 auf 20,782 Centner auf. Wie auch das Verhältniß beurtheilt werden mag und was die Gründe der in dieser Reihe vorkommenden Schwankungen sein mögen, die die Ausfuhr bezeichnenden Zahlen beweisen daß unsere Eisenindustrie Artikel hat welche im Auslande steigend gesucht werden, gleichviel welche anderen Eisenwaaren wir vom Auslande zu beziehen uns veranlaßt sehen mögen. Der Absatz dieser Artikel aber kann bei Concentrirung unserer Aufmerksamkeit auf eben dieselben unzweifelhaft hoch gesteigert werden. Die internationale Theilung der Arbeit ist das praktische Princip auf welches wir hier wie bei der ganzen Frage der Concurrenzfähigkeit unserer Industrie wiederholt zurückweisen müssen. In allen Zweigen soll sich unsere Industrie eben auf die Artikel concentriren in denen uns die Umstände einen Vorsprung gegeben. Daß wir solche Artikel haben, beweisen unsere Ausfuhrlisten. Mit diesen Artikeln sollen wir nach der Herrschaft auf dem Weltmarkte streben, und Muth genug haben auf diesem Markte damit selbst England verdrängen zu wollen. Und England wird sich in diesen unseren Specialitäten sogar ohne Widerrede verdrängen lassen, vorausgesetzt daß wir umgekehrt auch *seinen* Specialitäten bei uns eine gute Aufnahme gewähren.

Die Gefahren welche unserer Industrie aus der fremden Concurrenz drohen, zerrinnen in nichts und verwandeln sich in Vortheile, sowie wir darauf eingehen unsere Stellung in einem Weltverkehre zu nehmen, der auf dem Austausche nationaler Specialitäten beruht. Das ist es was von uns der Freihandel verlangt, und wofür er uns wichtige volkswirthschaftliche und politische Vortheile verspricht.

X.

Die Frage ist — wird man sagen — ob er seine Versprechen zu halten im Stande ist.

Wir könnten darauf im Allgemeinen erwiedern, daß der Zweifel an den günstigen Wirkungen der Freiheit in einer Sphäre nicht besser beurtheilt zu werden verdient als in der anderen. Die falschen Liberalen, welche auf dem Gebiete der Volkswirthschaft gegen die nämliche Freiheit sind die sie für andere Interessen so dringend fordern, sollten nicht außer Acht lassen daß es Personen, und nicht einflußlose Personen gibt, welche schon oftmals die Frage aufgeworfen ob die constitutionelle Regierungsform, ob die Preßfreiheit, ob der politische Liberalismus überhaupt seine Versprechen erfüllt hat. — Wir fühlen freilich daß mit dieser Mahnung wenig gedient ist. Nützlicher wird es sein, auf praktische Eefahrungen hinzuweisen welche andere Nationen zum Besten der Welt an sich selbst gemacht haben.

Von dem Aufgeben des Prohibitiv- und Protectivsystemes datirt in England ein volkswirthschaftlicher und commercieller Aufschwung mit einer Verbesserung socialer und finanzieller Zustände, welche das frühere schon so mächtige wirthschaftliche Leben des britischen Inselreiches weit hinter sich gelassen. Unsere schutzzöllnerischen Parteigänger haben die Behauptung in Umlauf gesetzt, die englische Industrie sei schon vor dem Uebergange zum Freihandel stark genug gewesen die Concurrenz der ganzen Welt auszuhalten; der Erfolg hat dies aber nur in dem Sinne bestätigt in welchem eine jede Industrie mit mehr oder minder Zuversicht dasselbe leisten kann. Die englische Industrie hat, so gut wie jede andere bei dem

gleichen Uebergange, sich neuen Verhältnissen anbequemen und verstärkte Anstrengungen machen müssen. Nicht das Bewußtsein dessen was sie war, sondern dessen was sie zu werden befähigt sei, gab ihr den Muth zu dem großen Schritte; und weil dieses Bewußtsein keineswegs in der ganzen englischen Industrie und in allen politischen Kreisen Englands lebte, gab es jenseits des Canales so gut zahlreiche und heftige Gegner des Freihandels wie bei uns, welche den Untergang des englischen Landbaues durch die Abschaffung der Korngesetze, den Verfall der englischen Schifffahrt durch die Aufhebung der Navigationsacte und den Ruin der englischen Industrie durch das Aufgeben des Schutzzolles erwarteten. Man lese doch, um sich davon zu überzeugen, die Geschichte der englischen Parlamentsverhandlungen zur Zeit als Huskisson seine Reden für Handelsfreiheit hielt und Peel noch der Gegner der freien Korneinfuhr war. Die freihändlerischen Bestrebungen und Maßregeln des ersteren wurden von Seite der einheimischen Schutzzöllner beinahe als Hochverrath an der Nation bezeichnet: soweit war man davon entfernt sich über die Wirkungen des neuen Systemes beruhigt zu fühlen. Immer und überall wiederholt sich, vor der besseren Belehrung durch die Erfahrung, das kleinmüthige Vorurtheil welches an der Freiheit zu Grunde zu gehen glaubt; und man kann wirklich sagen daß dem menschlichen Streben nach Freiheit nichts außer der menschlichen Furcht vor der Freiheit nahe kommt. Bei dem Freiwerden des amerikanischen Handels fürchteten die Kaufleute von Bristol ihr Hafen werde verödet werden, und wenige Jahre darauf konnte er die Menge der Schiffe nicht fassen. Die englische Seidenindustrie war durch die Folgen der Prohibition zu Grunde gerichtet, und datirt mit ihrem

neuen Leben erst von der Freigebung der Einfuhr mit mäßigen Tarifsätzen. Seit dem englisch-französischen Vertrage hat sie in bestimmten Zweigen einen neuen Anstoß zu erhöhten Leistungen und Erfolgen erhalten.

Wir werden mit diesen Bemerkungen allerdings die Einwendungen Derer nicht beseitigen welche das englische Beispiel für verdächtig halten. Sehen wir ob uns nicht die Erfahrungen Frankreichs seit dem Sturze des alten französischen Zollsystemes zu Hilfe kommen.

Noch im Jahre 1856 hatte der gesetzgebende Körper von Frankreich fast einstimmig einige kleine Reformen im damaligen Prohibitivsysteme verworfen. Die aufgeklärtesten Männer Frankreichs, oder die welche dafür gehalten wurden, waren also noch vier Jahre vor Einführung des neuen Systemes Hochschutzzöllner in der strengsten Bedeutung des Wortes. Das Jahr 1860 bezeichnet mit dem Handelsvertrage vom 23. Januar den großen Umschwung der Dinge. Bei der Adreßverhandlung im gesetzgebenden Körper von 1864 erhob noch Pouyer-Quartier mit seinen Freunden, den letzten Mohikanern des französischen Hochschutzzolles, einen forcirten Schmerzensschrei über den behaupteten Untergang der französischen Industrie in Folge des neueingeführten Systemes. Sie beantragten der gesetzgebende Körper möge über diese „übereilten Reformen" sein Bedauern ausdrücken! Sie behaupteten das Land sei mit fremden Waaren überschwemmt und sein Handel im Abnehmen. Das Land indessen hatte schon bei den Wahlen in den gesetzgebenden Körper anders gedacht. Die meisten Candidaten hatten sich gegen ihre Wähler verpflichten müssen das neue System zu unterstützen, und bei der Abstimmung hatten die Schutzzöllner nur 26 Stimmen

gegen 186. — In der Debatte zeigte Forcade de la Roquette daß die ungünstige Lage einzelner Industriezweige die Folge des amerikanischen Krieges und anderer mit der Herabsetzung des Tarifes in keiner Verbindung stehenden Umstände sei, welche vielmehr eine viel schädlichere Wirkung ausgeübt haben würden wenn dieselbe nicht eben durch die Tarifherabsetzung gemildert worden wäre. Diese Ueberzeugung stimmt ganz mit der der Engländer in Bezug auf die Wirkungen des Freihandels in ihrem Lande überein. Englische Staatsmänner ersten Ranges in Uebereinstimmung mit englischen volkswirthschaftlichen Autoritäten haben das Urtheil ausgesprochen, daß unzweifelhaft die schädlichen Rückwirkungen des amerikanischen Krieges auf die englische Industrie eine gefährliche, selbst eine die Ruhe des Staates bedrohende Höhe erreicht haben würden, wenn das alte Schutzzoll- und beziehungsweise Verbotssystem noch bestanden hätte.

Nicht ganze Industriezweige, wenn auch einzelne Geschäfte, wie einige Eisenwerke in ungünstiger Gegend gelegen, schlecht versehen mit altmodischer Maschinerie und mit unzulänglichem Capitale, haben in Frankreich gelitten. Daß aber diese Wirkungen nur als Ausnahmen gelten dürfen, ergibt sich unwiderleglich aus den allgemeinen Thatsachen. Der Ertrag der französischen Kohlenbergwerke stieg von 1862 auf 1863 von 94 auf 100 Millionen metrische Centner, ohne irgend eine Preiserniedrigung. Die Quantität des in Frankreich producirten Gußeisens, welche 1862 sich auf 10,530,000 metrische Centner belief, erhob sich 1863 auf 11,800,000 metrische Centner, und, was am allerschlagendsten gegen den befürchteten und behaupteten Rückgang des französischen Berg- und Hüttenwesens zeugt, es lagen Ende Septembers

1863 nicht weniger als 120 Concessionsgesuche für neue derartige Unternehmungen, darunter 31 für neue Kohlenbergwerke vor.

Die folgende Tabelle zeigt den steigenden Werth der französischen Waarenausfuhr für eine gewisse Zahl von Hauptartikeln in den drei auf die Zollreform zunächst folgenden Jahren.

Werth französischer Waarenausfuhr:

Artikel	1861	1862	1863
	Millionen Franken	Millionen Franken	Millionen Franken
Seidengewebe	322.9	363.2	375.8
Wollengewebe	188.0	221.7	283.3
Weine	196.0	210.0	240.9
Möbeln und verwandte Waaren .	85.3	130.6	146.7
Seide	37.1	49.8	99.9
Modewaaren	77.8	94.7	85.6
Raffinirter Zucker	41.9	50.6	75.5
Lederwaaren	59.3	65.8	72.3
Baumwollengewebe	56.3	63.3	69.1
Spirituosen	52.9	59.3	67.8
Getreide und Mehl	34.1	41.8	61.3
Gegerbte Häute	38.2	38.9	54.1
Zusammen .	1189.8	1384.7	1631.3

Die hier nachgewiesene Bewegung setzte sich im letzten Jahre fort. Aus England führte Frankreich 1863 für 338 Millionen Franken, 1864 aber nur noch für 297 Millionen Waaren ein, während die Ausfuhr von Frankreich nach England von 660 Millionen Franken im Jahre 1863 auf

741 Millionen im Jahre 1864 stieg. Das nähere Eingehen in die Einzelnheiten: vermehrte Einfuhr der Rohstoffe, — vermehrte Ausfuhr der Fabrikate — Alles zeigt den Fortschritt der französischen Industrie seit dem Systemwechsel.

Hätten wir es dabei auf den Nachweis der Wirkungen der französischen Zollreform auf die gesammte französische Volkswirthschaft abgesehen, so würden wir die Bewegung der Einfuhr nach Frankreich ebenfalls näher in Betracht ziehen, und auch aus dieser das allgemeine günstige Ergebniß darthun können. Wir würden dann im Detail zeigen, wie hauptsächlich die Einfuhr von Rohstoffen, wie von Seide, Wolle, rohen Häuten, und von einigen Nahrungsmitteln, wie von Vieh, Kaffee und Zucker gestiegen ist, eine Bewegung welche durchweg einen der Industrie günstigen Charakter zeigt. Wenn die Einfuhr der Baumwolle von 1861 auf 1862 nicht stieg sondern fiel, so brauchen wir nicht zu sagen daß dies andere Ursachen als einen geringeren Bedarf der Fabriken hatte, wie denn sogar die obige Liste in der entsprechenden Zeit, trotz der ungünstigen Verhältnisse des Baumwollenmarktes, immer noch ein Steigen der Ausfuhr von Baumwollenwaaren darthut. Es war uns aber hier nur um den Beweis zu thun daß die Quantität der französischen Exporte nach dem Systemwechsel nicht abgenommen sondern zugenommen, und die Beschäftigung der französischen Industrie nicht gelitten sondern gewonnen hat. Im Uebrigen bezeichnet es den günstigen Stand jeder Nationalwirthschaft wenn Einfuhr und Ausfuhr einander im Werthe so ziemlich gleichstehen, zusammengenommen aber im Steigen sind. Einem solchen Zustande führt augenscheinlich der in Frankreich vorgenommene Systemwechsel das Land näher.

Mit Recht hat sich daher auch die öffentliche Meinung Frankreichs in dem Urtheile festgestellt, daß die von den Protectionisten vorausgesagten schrecklichen Folgen nicht eingetreten sind, sondern daß umgekehrt der französische Handel und die französische Industrie durch den Uebergang zu einem liberalen Zollsysteme günstige Anstöße und verbesserte Bedingungen erhalten haben.

Wir haben keinen Grund anzunehmen daß nicht Oesterreich bei dem gleichen Schritte die nämlich günstigen Erfahrungen machen werde.

XI.

Wenn also die Herabsetzung unseres Tarifes, wie wir behauptet haben, in unserem eigenen volkswirthschaftlichen Interesse vorgenommen werden muß, weßhalb, hat man gefragt, interessiren sich fremde Nationen so lebhaft für diese Veränderung?

Die welche diese Frage erhoben haben, denken dabei zunächst an England, welches mit uns einen Handelsvertrag auf der Basis wesentlicher Tarifherabsetzungen auf unserer Seite abzuschließen wünscht.

Um von Anfang diese Frage auf den richtigen Boden zu stellen, müssen wir an die Thatsache erinnern daß Oesterreich unter dem auswärtigen Ministerium des Grafen Rechberg es war, welches bei dem Londoner Kabinete den ersten Antrag zum Abschlusse eines Handelsvertrages machte, und daß dieser Schritt von englischer Seite ziemlich spröde aufgenommen wurde. Der Graf Rechberg also war im österreichischen Interesse von der Nothwendigkeit eines solchen Vertrages und einer damit zusammenhängenden Tarifreform lebhafter überzeugt als damals die englische Regierung.

Sodann möchten wir bei der Beantwortung uns an einen wenn auch der Sache gegnerischen, so doch wenigstens von Argwohn und Mißtrauen freien, die Dinge objectiv beurtheilenden Geist wenden. Die Erfahrung des gewöhnlichen Lebens lehrt daß argwöhnische Furcht vor Uebervortheilung in der Regel kein Zeichen besonderen Verstandes ist, und daß man aus übermäßiger Schlauheit am ersten Gefahr läuft eine Dummheit zu begehen. Wir finden daß Oesterreich nicht genug Aehnlichkeit mit einer Maus hat um sich bei jedem Schritte vor einer englischen Falle fürchten zu müssen.

An und für sich geht, wie wir gezeigt haben, das ganze System des Freihandels von der Ueberzeugung aus, daß im großen Verkehre der Völker der Vortheil der einen Nation zugleich der der anderen ist. Durch diesen Satz unterscheidet sich das neue Mercantilsystem — wenn wir diesen Ausdruck gebrauchen dürfen — von dem alten, welches von dem Wahne beherrscht wurde daß das Wohl des einen Theiles der Menschheit nicht ohne Nachtheil für den anderen befördert werden könnte; denn die vortheilhafte Handelsbilanz der einen Nation war nach jener beschränkten Anschauung nicht denkbar ohne eine nachtheilige für die andere. Zu den Fundamentalsätzen des Freihandels gehört es dagegen, wie wir ebenfalls gezeigt haben, daß auf irgend eine Dauer keine Nation an eine andere verkaufen kann ohne von ihr in entsprechendem Maße zu kaufen. Hat man diese gegenseitige Stellung handeltreibender Völker einmal begriffen, so versteht es sich von selbst daß es ein Interesse fremder Nationen wird so viel sie vermögen unser wirthschaftliches Wohl zu fördern. Wie ein Staat wünschen muß daß sein

politischer Alliirter so mächtig wie möglich sei, so muß ein Handelsvolk wünschen daß das fremde Volk welches seinen Geschäftsfreund bildet, sich wirthschaftlich wohl befinde. Der wahre Großhandel versteht dies auch im Verhältniß des einen Hauses zum anderen. Das eine Haus steht dem anderen mit welchem es gute Geschäfte machen kann, in der Noth mit seinem Credite bei, nicht aus einer philanthropischen Schwärmerei, sondern weil es weiß daß mit dem Sturze des Geschäftsfreundes die vortheilhaften Geschäfte mit demselben ein Ende haben.

Es ist ferner von selbst einleuchtend daß die internationale Theilung der Arbeit, auf welche das System des Freihandels sich gründet, nur in der Uebereinstimmung mehrerer Völker durchgeführt werden kann. Wenn die eine Nation sich auf die eine Hälfte wirthschaftlicher Verrichtungen beschränken soll, so muß die andere Nation zu ihrer Beschränkung auf die zweite Hälfte geneigt sein. Die Engländer haben den Muth gehabt ihren Tarif einseitig, ohne von anderen Völkern Aequivalente zu verlangen, auf die Höhe bloßer Finanzzölle herabzusetzen. Sie haben freiwillig, bis auf einige Specialitäten, Alles gewährt was sie den anderen Nationen gewähren konnten. Sie haben es des Vortheils wegen gethan welchen nach ihrer Ueberzeugung der Handel aus der Theilung der Geschäfte zu erwarten hat. Dieser Vortheil muß der Natur der Sache nach den Handel überhaupt treffen, gleichviel wer an dem neuen Systeme Antheil nimmt; er wird aber für alle Betheiligten um so größer sein, je größer die Zahl Derer ist die sich daran betheiligen. Der Gesichtspunkt der Engländer ist dabei weit mehr ein streng mercantilischer als ein industrieller. Die Engländer

sind vor Allem Kaufleute, und auch ihre Fabrikation ordnet sich den mercantilischen Gesichtspunkten unter. Sie müssen also wünschen daß dies bei anderen Nationen ebenfalls eintrete. Diese Auffassung der Dinge halten wir, wie wir schon gezeigt haben, überhaupt für die richtige; nicht nur eine richtige für die Engländer, sondern für alle Völker welche in dem großen System der civilisirten Völkerwirthschaft eine selbstständige Rolle zu spielen berufen und entschlossen sind.

Es gibt vielleicht einen einzigen Staat in der Welt welcher den Uebergang Oesterreichs zum System des Freihandels nicht wünscht, nämlich Preußen. Nichts Unangenehmeres hätte ganz gewiß der preußischen Politik begegnen können, als wenn Oesterreich den preußisch-französischen Handelsvertrag und den darauf gegründeten neuen Zollvereinstarif in freihändlerischer Richtung überboten hätte. Aufrichtige Freunde Oesterreichs, welche zugleich berechtigt sind eine volkswirthschaftliche Stimme abzugeben, wie z. B. Schäffle, haben dies gerathen, und sie sind gewiß weit davon entfernt gewesen damit der österreichischen Volkswirthschaft einen schlechten Rath geben zu wollen.

Wenn aber diejenigen handeltreibenden Völker welche aufrichtig dem Systeme des Freihandels zusteuern oder zugethan sind, ein Interesse daran haben den Kreis der Geltung dieses Systems zu erweitern und also auch Oesterreich hineinzuziehen, so hat allerdings England noch seine besonderen Gründe dafür. England, mit seiner außerordentlichen Capitalmacht und technischen Erfahrung, ist der große Unternehmer materieller Verbesserungen in der Welt geworden. Es sucht für seine Capitalien, für die ihm der Raum des

englischen Machtgebietes zu klein geworden, Verwendung in den Gebieten anderer Nationen. Nur die beschränkteste Ansicht kann verkennen daß dies ein richtiger und für das Menschengeschlecht wohlthätiger Gang der Culturgeschichte ist. Oder sollten wir dem widerstreben daß eine unverhältnißmäßige Capitalmacht, die sich in der Hand einer einzelnen Nation concentrirt hat, durch ihr eigenes Interesse sich genöthigt sieht ihren der Arbeit und Civilisation wohlthätigen Einfluß wieder über die Welt auszubreiten? Immer hören wir die Klage daß fremde Capitalien nicht im erwünschten Grade Oesterreich zufließen. Das englische Interesse ist es aber, eben bei uns Zustände herbeigeführt zu sehen in denen das englische Capital eine hinreichend starke Veranlassung finden kann sich der österreichischen Volkswirthschaft zuzuwenden. Der Freihandel, mit einem Worte, ist die Grundbedingung ausgedehnter englischer Capitalanlagen in unserem Lande. Diejenigen österreichischen Staatsmänner welche in der Beförderung unserer wirthschaftlichen Interessen durch englisches Capital eine Bedingung der Möglichkeit des von englischer Seite angeregten handelspolitischen Systemwechsels erkennen zu müssen glauben, haben mit der Verknüpfung beider Angelegenheiten, welche innerlich wirklich in nahem Zusammenhange stehen, gewiß Recht, wenn sie auch mit dem Gedanken des Aequivalentes für ein vermeintliches Opfer noch auf dem Boden des alten protectionistischen Systemes stehen bleiben, und das als Bedingung fordern was um so mehr die natürliche Folge sein muß, als die Absicht sogar zu den wesentlichen Triebfedern der Engländer in der Sache gehört. Immerhin mag aber den herrschenden Anschauungen in dieser Beziehung eine Concession gemacht

werden; und wenn nun einmal das Vorurtheil, welches in der Herabsetzung des Tarifes ein dem Auslande gebrachtes Opfer sieht für das man ein Aequivalent zu fordern veranlaßt und berechtigt sei, — wenn dieses Vorurtheil sich einmal geltend machen muß, so ist mit diesen Andeutungen ganz gewiß die einzige in dieser Beziehung mögliche Uebereinkunft zwischen den zwei Nationen als solchen bezeichnet.

England hat ferner ein politisches Interesse daran daß Oesterreich mächtig und in seiner Volkswirthschaft gesichert dastehe. Die Besorgniß daß es die Engländer auf eine Aussaugung unseres Landes abgesehen haben, gehört zu den politischen Anschauungen welche man kaum ernsthaft behandeln kann. Die Geschichte hat allerdings, wie schon weiter oben berührt worden ist, namentlich in der Kolonialpolitik, Beispiele daß durch die Monopole des Mutterlandes und die rücksichtslose Ausbeutung der Kolonialwirthschaft auswärtige Besitzungen ausgesogen worden sind. Spanien, welches seinen Kolonien jeden Verkehr mit andern Ländern verbot, und welches in Peru, Chili und Mexiko den Oelbaum und den Weinstock ausrotten ließ, zeigt uns ein solches Verfahren. Daß aber jemals durch die Freiheit des Handels ein selbstständiges Land ausgesogen worden wäre, dafür wird man vergebens in der Geschichte des menschlichen Verkehres ein Beispiel suchen. Wenn England gegen Capital- und Creditgewährungen Monopole bei uns suchte — welche unter Umständen gewiß zu erhalten gewesen wären, — dann hätten wir Grund besorgt zu sein, nicht aber indem es dazu beiträgt das System volks- und staatswirthschaftlicher Monopole überhaupt bei uns zu stürzen.

Wenn die Parteigänger des Schutzzollsystemes die Ueber-

zeugung aussprechen, England habe das System des Freihandels ausdrücklich zum Zwecke der Aussaugung anderer Länder ersonnen, so ist das von dieser Seite vielleicht nur folgerichtig und gerade so klein und eng gedacht, wie die ganze Weltansicht aus welcher das System entsprungen. Stößt man dagegen bei Bekennern von Freihandelsideen gelegentlich auf die Aeußerung, England habe den Freihandel erst zu empfehlen angefangen als er ihm vortheilhaft geworden sei, so kann man, wenn dies auf die englische Freihandelsagitation ein zweideutiges Licht werfen soll, nur sagen, daß es in einem Kopfe aus welchem solches Licht hervorgehen soll, mit der Erleuchtung noch sehr zweideutig aussieht. Daß die Engländer den Freihandel nicht früher empfahlen als bis sie fanden daß er vortheilhaft sei, sollte sich doch wohl von selbst verstehen. Das theoretische Verdienst der Engländer ist es nur diese Wahrheit früher als andere Völker klar erkannt zu haben; ihr praktisches Verdienst, daß sie ihre Volkswirthschaft hoch genug entwickelt zu dieser Erkenntniß früher als andere zu gelangen und zu ihrer ersten Anwendung besser als andere geschickt zu sein. Der Meinung Derjenigen können wir also nicht beistimmen, welche glauben die Natur der englischen Interessen im Gegensatze zu den Interessen anderer Nationen habe sich verändern müssen, bevor England sich selbst zum Freihandel bekehrt habe und sodann dazu fortgeschritten sei für das neue System Proselyten zu machen. Der allgemeine Fortschritt der Welt vielmehr hat naturgemäß das über die Interessen des Handels aufgeklärteste Volk zuerst dahin führen müssen alte Vorurtheile zu überwinden. Nicht weil ein besonderes englisches Interesse am Freihandel neuerdings

erst entstanden wäre, sondern weil die Engländer in der mercantilischen Bildung und Einsicht uns voraus sind, haben sie mit dem Uebergang zu dem neuen Systeme den Anfang machen müssen. Es ist klar daß sie, wenn etwas zu wagen war, damit mehr gewagt haben als irgend ein ihnen nachfolgendes Volk noch zu wagen haben kann; denn sie haben, nach den Anschauungen der alten Schule, welche jede Tarifherabsetzung als ein dem Ausland gebrachtes Opfer betrachtet, so ziemlich alle ihre Mittel für die Unterhandlung mit anderen Völkern weggeworfen, ohne sich dafür der sogenannten Aequivalente zu versichern. Daß aber alle anderen Völker an sich selbst erst noch nachträglich die Erfahrungen machen sollen welche die Engländer zum Vortheile Aller uns voraus gemacht haben, wäre gerade so weise wie daß wir das Beispiel politisch reiferer Völker in Verfassungsfragen von uns stoßen sollen. In den Staatsformen befördern die Engländer überall die verfassungsmäßige Betheiligung des Volkes am politischen Leben. Was würde man dem antworten, welcher die Welt warnen wollte nicht in diese Falle zu gehen, eine Falle die von England nur erfunden sei um die anderen Nationen, welche zur Selbstregierung nicht reif sind, zu Grunde zu richten? „Standet ihr früher nicht selbst unter absoluten Herren, bis ihr fandet es sei besser frei zu sein, und nun wollt ihr uns verleiten euch nachzuahmen, weil ihr wißt daß was für euch gut war, uns zu Grunde richten wird." Das wäre gerade so weise gesprochen wie man zuweilen in Bezug auf den Freihandel spricht. In der Handelspolitik wie in der Verfassungspolitik, und in beiden wie in der Mechanik, in den Wissenschaften, in der Philosophie, sollen nicht die Entdeckungen

des Einen von den Uebrigen ignorirt werden; denn es ist selten daß ein wesentlicher Schritt auf der Bahn der Culturgeschichte an mehr als einem Orte selbstständig gethan wird, und es würde mit den Fortschritten der Menschheit schlimm stehen, wenn nicht die Errungenschaften Derer die in ihren Bestrebungen besonders begünstigt gewesen sind, dem ganzen Geschlecht zu Gute kommen sollten.

XII.

Steht uns nach allem Vorhergehenden der Freihandel für Oesterreich als handelspolitisches Ziel fest, von dessen baldiger Erreichung wir die günstigsten volks- und staatswirthschaftlichen Folgen erwarten, so bleibt uns zum Schlusse die Erörterung der Frage übrig nach welcher Methode wir uns diesem Ziele entgegen bewegen sollen.

Zwei Meinungen machen sich in dieser Beziehung geltend. Die eine hält den langsamen die andere den raschen Uebergang, — die erste einen stufenweisen die zweite einen plötzlich durchgreifenden Systemwechsel für vortheilhafter. Und zwar meinen die Vertreter der letzteren Ansicht daß der von ihnen empfohlene schnellere und entschlossenere Gang nicht nur für die Staats- und Volkswirthschaft im Ganzen, sondern selbst für die unmittelbar betroffenen Industriezweige der bessere sei. Ganz besonders ist Cobden dieser Meinung gewesen. In einer seiner öffentlichen Reden hat er das sehr populäre Bild gebraucht, daß es gewiß die bessere Methode sei den Schwanz des Hundes auf einmal statt allmälig und stückweise abzuhauen, die Bemerkung hinzufügend daß freilich gewisse Gemüther sich nicht hindern lassen würden das letzte Verfahren vorzuziehen. Unsere Schutzzöllner werden es hoffentlich

nicht unternehmen das von dem großen englischen Reformator gebrauchte Bild gegen die Reform anzuwenden, und uns zuzurufen daß also doch Etwas abgehauen werden solle: sie würden damit nur bekennen daß sie die nothwendige Reform vom Standpunkte des Hundes beurtheilen, während der Herr des Thieres in der beabsichtigten Operation doch unstreitig eine Verbesserung der Natur und Verschönerung der Creatur im Sinne hat. Das Bild paßt aber insofern nicht, als es keineswegs der Freihandel ist welcher die Natur gewaltsam verbessern will. Dies ist vielmehr die Anmaßung des Schutzzollsystemes, welches schon längst den Hund nach chinesischer Schablone zugestutzt hat, und der Freihandel will umgekehrt den Schwanz des Thieres wieder wachsen lassen, vermag aber nicht einzusehen daß dies durchaus langsam und in Unterbrechungen geschehen müsse.

Ist der Uebergang vom Schutzzoll zum Freihandel einmal als nöthig erkannt, so wäre es nach der Meinung einiger Nationalökonomen für Handel und Industrie am vortheilhaftesten, wenn die Nation sich als Schutzzöllner zu Bette legen und als Freihändler erwachen könnte. Annähernd nach diesem Grundsatze verfährt auch heute die englische Regierung in den Zollherabsetzungen welche sie in Folge der verbesserten Staatsfinanzen von Jahr zu Jahr im Budget vornimmt. Diese Herabsetzungen pflegen stets Ueberraschungen zu sein. Wo, wie in England, die Zölle nur noch eine Angelegenheit der Finanzverwaltung sind, empfehlen sich Zollreductionen als Steuerermäßigungen in so hohem Grade der Nation im Ganzen, daß die Einwendungen welche von Seite der dadurch berührten Industriezweige erhoben werden könnten, daneben verschwinden. So freilich liegen

bei uns die Dinge noch nicht. Aber in England ist man doch allgemein jetzt der Meinung daß eine den Handel und die Industrie überraschende Zollherabsetzung besser sei als eine längere Zeit voraus bekannte, weil die Erwartung einer vorausbestimmten Veränderung der Preisverhältnisse die Speculation theils lähmen muß theils irre leiten kann. Mit dem fait accompli wissen sich Handel und Industrie besser abzufinden als mit der lange vorausgehenden Erwartung.

Zudem ist eine künstliche Verlangsamung politischer und gesellschaftlicher Vorgänge eine sehr zweifelhafte Weisheit. Das Rechte und Vernünftige braucht leider Zeit genug sich durchzusetzen, und der Widerstand der Trägheit, des Vorurtheiles und des bösen Willens ist von selbst stark genug um jede Besorgniß einer Uebereilung im Guten zu verscheuchen. Eine solche Uebereilung jedoch gleichsam selbst der Vorsehung schuld zu geben und dieselbe gut machen zu wollen, ist unzweifelhaft der Gipfel menschlicher Superklugheit. Aber auch undankbar ist diese zweideutige Weisheit; denn der superkluge Politiker, welcher der Menschheit den Fortschritt wie der Doctor die Medicin — alle zehn Jahre zwei Tropfen — vorschreibt, hat Dank weder bei denen welche den Fortschritt wollen, noch bei denen welche ihn nicht wollen.

VII.

Staat und Nationalität im Kampfe um die österreichische Verfassung.

(Allgemeine Zeitung, Juli und August 1865.)

I.

Wien, 24. Juli.

Als im vorigen Jahre Graf Rechberg vom Amt zurücktrat und die öffentliche Meinung Oesterreichs und Deutschlands einen Systemwechsel erwartete, wurde der Welt ausdrücklich versichert daß von einem solchen nicht die Rede sei. Und genau genommen ist diese Versicherung richtig gewesen. Graf Rechberg, welcher vor allem Herrn v. Bismarck fürchtete, hat gewiß aufrichtig gehofft seinen gefährlichen Rivalen jenseits des Mains zu überlisten, und im Ziele dasselbe gewollt wie sein Nachfolger, dessen geradere und minder nervöse Politik nur den Vorzug gehabt hat sich nicht in den eigenen Schlingen zu fangen. Nichtsdestoweniger sehen wir unser Verhältniß zu Preußen, in welchem doch in Wahrheit das „System" von damals bestand, gänzlich umgeändert. Wie es sich auch noch gestalten möge, es wird anders sein als projectirt war; und wenn der Ministerwechsel vom October vorigen Jahres kein Systemwechsel hat sein sollen, so ist der Verlauf der Dinge seitdem, neben dem Wechsel der Methode, zum mindesten ein Beweis für die Macht der Umstände und der natürlichen Interessen, und eine Darstellung der uralten Wahrheit gewesen daß der Mensch denkt, aber Gott lenkt.

Vielleicht sind die neuesten Wendungen in der österreichischen Politik bestimmt zu einer abermaligen Darstellung der nämlichen Urwahrheit zu führen. Der Verlauf ist dießmal der umgekehrte. Es ist dießmal ausdrücklich erklärt worden daß ein Systemwechsel stattfinde. Wie aber wenn auch dießmal die Macht der Dinge stärker wäre als die des bewußten Willens? Wie, wenn sich zeigte daß das System von welchem man abspringen zu müssen glaubte, nicht aufgegeben werden kann ohne feindliche Kräfte der gefährlichsten Art gegen einander loszulassen?

Als vorgestern im Herrenhaus der Antrag des Grafen Leo Thun, zu erklären daß eine wesentliche Veränderung bestehender Einrichtungen nöthig sei, in der Minorität blieb, so viel Wahres neben dem Falschen auch in diesem Antrag enthalten sein konnte, — war es nicht schon diese Erkenntniß welche dieses Ergebniß zuwege brachte? — Man hat dem geschmähten System vorgeworfen daß es keine Partei zufrieden gestellt, und darum die Gegnerschaft aller hervorgerufen habe. Sollte aber dieß nicht mehr ein Ruhm als ein Tadel, sollte der alte Spruch: „Viel Feind' viel Ehr'" — nicht auch hier anwendbar sein? Ist ein politisches System dazu bestimmt eine einzelne Richtung zu absoluter und ausschließlicher Geltung zu bringen, oder soll es nicht vielmehr der Compromiß aller vorhandenen Richtungen und Kräfte sein? Und ist das System von welchem man abspringen will nicht wirklich in seinen Grundgedanken der Compromiß zwischen Aristokratie und Bürgerthum, bureaukratischer Centralverwaltung und constitutioneller Selbstregierung, dem Staatsprincip und dem Nationalitätsprincip, dem Centralismus, Föderalismus und Dualismus? Worin hat die Lebenskraft

und hohe Dienlichkeit der englischen Verfassung gelegen? Darin daß sie nicht die Verwirklichung eines einfachen politischen Gedankens, sondern der Compromiß aller vorhandenen und hinreichend starken gesellschaftlichen Mächte mit ihren Interessen und Lebensrichtungen gewesen und dauernd geblieben ist!

Wie mit dieser Verfassung eines in politischen Dingen uns vielfach voranleuchtenden Volks große Veränderungen vorgegangen sind, ohne daß von dem ganzen ihr zu Grund liegenden Compromißsystem abgesprungen wurde, so scheint es auch mit unserer Verfassung und dem ihr zu Grund liegenden System geschehen zu können, und im höchsten Interesse Oesterreichs geschehen zu müssen. Wenn Graf Leo Thun mit seiner geforderten „wesentlichen Veränderung bestehender Einrichtungen" sich also innerhalb der Umgränzung des bisherigen Systems halten wollte — wenn er und seine politischen Freunde nichts wollten als die Fortentwicklung dieses Systems in der antibureaukratischen und autonomistischen oder föderalistischen Richtung, welche, wie der Cardinal Rauscher im Herrenhaus hervorgehoben, wirklich schon in der Verfassung begründet ist, so würde der unbefangene Beurtheiler ihm Recht geben müssen; auch gegen den Cardinal, wenn dieser sagt: „das Geld möge für die Bedürfnisse des Staates, des Landes oder der Gemeinde entrichtet werden, der Steuerpflichtige nimmt es immer aus demselben Beutel." Denn wenn mit dieser an sich richtigen Bemerkung die Gründe für die Bevorzugung der localen Selbstverwaltung — bezahlt oder unbezahlt — geschwächt werden sollen, so wird die Absicht nicht erreicht.

Es handelt sich bei der localen Selbstregierung keineswegs

nur darum, oder auch nur hauptsächlich darum, aus welchem Beutel das Geld zur Bestreitung ihrer Unkosten genommen wird, sondern weit mehr darum in welchen Beutel es zurückfließt, welche Wege es dabei nimmt, wie viel Zeit es zur Rückkehr braucht, welche die Volkswirthschaft belebenden productiven Wirkungen es dabei ausübt, welche moralischen Einflüsse endlich aus der Ausübung autonomer Localpolitik für die wirthschaftliche und politische Leistungsfähigkeit des Volks entspringen. Es ist in den Reden des Cardinals keine Spur der Einsicht zu entdecken daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung mit zur Volkswirthschaft gehören und wie jede andere Ausgabenclasse productiv sein sollen; und wie Carey unzweifelhaft Recht hat daß Industrie und Ackerbau die vortheilhaftesten Geschäfte machen wenn sie einander nahe sind, so befinden sich auch Staats- und Volkswirthschaft am besten wenn der Austausch ihrer gegenseitigen Leistungen in zahlreichen localen Berührungspunkten vor sich geht, und nicht den langen, unfruchtbaren, tödtenden Umweg der administrativen Centralisation durchlaufen muß. Zu jeder Zeit haben die Bürger der Vereinigten Staaten, wenn man die der Gemeinde und dem Staat entrichteten Abgaben den von der Union erhobenen Zöllen hinzurechnet, eine große Steuerlast getragen — eine viel größere als die mancher europäischen Staaten welche sich über den Steuerdruck bitter beklagen. Die Bürger der Ver. Staaten haben dieß willig gethan; sie würden aber unzweifelhaft den äußersten Widerstand leisten wenn die Gesammtsteuerlast auf die Union als Ganzes centralisirt, und dafür aus den allgemeinen Unionsfinanzen ihre localen Verwaltungsbedürfnisse bestritten werden sollten.

So weit also muß man auf Seite des Grafen Leo Thun und seiner politischen Freunde im Herrenhause, wie der Fürsten Salm, Colloredo u. a., stehen, für deren finanz- und volkswirthschaftliche Ansichten ich schon anderwärts gegen eine beschränkte fiscalische Auffassung des Staatshaushalts und der Finanzwirthschaft Partei genommen habe. Auf diesen letzteren Standpunkt stellt sich der Cardinal Rauscher, wenn er den alten aber längst für unrichtig erkannten Satz wiederholt: daß im Staat wie im Privathaushalt „die Ausgaben nach den Einnahmen zu bemessen seien.“ Die Wahrheit ist vielmehr die: daß die Staatsausgaben sich nach der Productivität der Volkswirthschaft und nach der Rückwirkung eben dieser Ausgaben auf diese Productivität bemessen müssen. Die Erkenntniß dieser Wahrheit liegt in den Aeußerungen des Grafen Leo Thun und der andern genannten Herren in der letzten wie in einer früheren Sitzung des Herrenhauses. Aber wenn Graf Leo Thun mit Recht im Interesse der Volks- und Staatswirthschaft großen Werth auf die autonome Localpolitik legt, so ist nur leider seine autonome Localpolitik nicht von der wünschenswerthen Art.

Die Decentralisation des Absolutismus ist noch keine Freiheit, sondern im Gegentheil: wenn Absolutismus bestehen muß, ist seine Centralisation ein freiheitlicher Fortschritt, wie die Geschichte aller europäischen Staaten beweist. Die autonome Localpolitik ist ein gutes Ding, nur muß sie nicht im Geiste des Absolutismus verstanden sein. Im constitutionellen Geist aber liegt sie der Absicht nach in der Februar-Verfassung. Zu dem System aus welchem diese hervorgegangen, gehört sie als wesentlicher Bestandtheil, für den es sich nur

noch um ein Mehr oder Minder der Ausbildung handeln kann. Man hat es aber bei der vom Grafen Leo Thun geforderten „wesentlichen Veränderung der bestehenden Einrichtungen“ mit dem Bestandtheil eines ganz andern Systems zu thun, auf welches in einem folgenden Briefe eingegangen werden soll.

II.

Wien, 26. Juli.

Mein vorgestriger Brief sollte nur zur Einleitung dienen, indem er die Nothwendigkeit einer tiefern Begründung der Urtheile zu zeigen bestimmt war. Indem ich nun zur Sache selbst komme, wird es meine Aufgabe auf der einen Seite die Bedürfnisse des Reichs sammt den Ansichten und Wünschen der Hauptbestandtheile seiner Bevölkerung, auf der andern den Charakter des Systems darzustellen von welchem wie man sagt abgegangen werden soll. Es wird sich aus dieser Betrachtung ergeben in welchem Sinn und wie weit ein solches Abgehen nützlich und ausführbar ist, und wie sich dazu die Parteien des Reichs verhalten.

Der österreichische Staats- oder Reichsgedanke ist allmälich auf dem verfallenden Gemäuer des deutschen Reichs emporgewachsen, hat mit dem Zusammensturz des letztern einen ausgiebigern Boden gewonnen und seitdem seine volle Entwicklung erlangt. Gleichzeitig aber ist aus dem Schutte des zusammengebrochenen Baues der Nationalitätsgedanke aufgeschossen und hat seine Forderungen jenem Staatsgedanken entgegengestellt. Der Staatsgedanke und der Nationalitätsgedanke bilden seitdem den großen innern Gegensatz im politischen Leben Oesterreichs. Aus diesem Gegensatz sind

die wesentlichen Erscheinungen der österreichischen Politik zu erklären und zu würdigen: ihre ungelösten Probleme, ihre praktischen Schwierigkeiten, ihr conservativer Charakter mit der schwankenden und sprunghaften Methode, ihr höherer Rang im Vergleich mit der Politik anderer europäischen Staaten, ihre eigenthümlichen Vorzüge, Fehler und Sünden.

Die Doctrinärs des Nationalitätsstaats haben über diese verwickelten Erscheinungen leicht abgeurtheilt. Jener Gegensatz soll nach ihrer Lehre gar nicht bestehen. Die Staaten, nach dieser Lehre, sollen sich racen- oder stammesmäßig scheiden und abgränzen. Der Staat überhaupt, als ein ethisch-historisches Gebilde, wird von ihnen als ein Erzeugniß der Nationalität betrachtet. Wo er einen andern Ursprung hat, ist er ein Werk der Tyrannei. Solchen Beurtheilern sind freilich die Schwierigkeiten unserer politischen Entwicklung nichts als die gerechte und nur noch allzu milde Strafe für eine widernatürliche Politik. Solchen Beurtheilern sind die im österreichischen Kaiserstaat vereinten Nationalitäten nichts als unglückliche Opfer der Tyrannei; und sollten sie das selbst nicht fühlen und glauben — um so schlimmer — sie stehen dann vor der Welt da als abschreckende Beispiele der herabwürdigenden Wirkung des lange erlittenen Drucks, und sind ein Posten mehr im Sündenregister der Tyrannen. Zwar wiederholt so eben Franz Palazky, der große Wortführer der Tschechen, in seiner Schrift über „Oesterreichs Staatsidee“ seinen berühmt gewordenen Ausspruch von 1848: „Existirte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen ihn zu schaffen.“ Zwar bekennt auch so eben einer der großen Wortführer der Magyaren, Baron Eötvös,

in seiner Schrift über „die Nationalitätenfrage," daß weder in den ungarischen Ländern noch in der angrenzenden Türkei eine politische Eintheilung und Gruppirung nach Nationalitäten möglich sei. Hilft nichts! Diese Männer sind auch schon von der schlechten Staatsidee angesteckt und haben sich gegen das natürliche Gefühl der Völker abgestumpft. Nimmt man aber das Beispiel der Schweiz zu Hülfe, so kann man gegen dieses Beispiel belehrt werden daß nur die Republik einstweilen die in ihr vereinten Nationalitätsfragmente zusammenhalte, und daß sie auseinandergehen werden sowie ganz Europa republicanisch sein wird.

Diese Ansicht der Dinge ist zu oft schon kritisch beleuchtet worden, als daß ich mich hier veranlaßt sehen könnte sie nochmals zu würdigen. Ich ziehe es vor ihr eine andere schneidend entgegenzustellen. Ich glaube weder historisch noch ethisch-politisch zu irren, wenn ich sage daß es der Beruf Oesterreichs sei den Nationalitätsgedanken durch den Staatsgedanken zu überwinden; nicht, allerdings, ohne dabei den letzten durch den ersten weiter zu bilden und auf eine höhere Stufe zu heben. An dieser Aufgabe sehen wir in Oesterreich alle Parteien und innern Mächte thätig, und was ihr widerstrebt ist nur Ausnahme. Palazky erkennt vom tschechischen Standpunkt diese Aufgabe an, indem er erklärt die österreichische Staatsidee sei der Föderalismus. Eötvös erkennt vom magyarischen Standpunkt diese nämliche Aufgabe an, indem er, wie es überhaupt im ungarischen Geist liegt, die Nationalitäten der ungarischen Länder wenigstens der ungarischen Staatsidee, diese aber doch am Ende der österreichischen Reichsidee unterordnet. Der Dualismus in seinem Geist ist nur ein zwiefach gegliederter Föderalismus, über

den, wenn auch noch so schwankend, sich der Gedanke der Reichseinheit erhebt. Auch die deutschen Autonomisten, wie Kaiserfeld und Rechbauer im Abgeordnetenhaus, sofern sie nicht etwa im Geist ihren Blick ganz vom reellen Wien nach dem ideellen Frankfurt gewendet: — was können sie anderes thun als sich der nämlichen Aufgabe widmen — der Aufgabe den Nationalitätsgedanken unter dem Staatsgedanken unterzubringen? Die Centralisten constitutioneller, bureaukratischer oder militärischer Färbung mögen auf den Staatsgedanken einen zu starken Nachdruck legen; die Verhältnisse gestatten ihnen nicht den Nationalitätsgedanken unbeachtet zu lassen, sie müssen ihm das gebührende Opfer bringen. Alle schwächern Nationalitäten des Reichs aber, die Slovaken, Ruthenen, siebenbürgischen Sachsen, Rumänen, Croaten und Serben — suchen Schutz unter der Staatsidee gegen den Druck der mächtigern, wie namentlich der Magyaren.

Vom Nationalitätsstandpunkt aus arbeiten sie für den Sieg der Staatsidee über die Nationalitätsidee. Selbst die galizischen Polen sehen sich gezwungen dasselbe zu thun. Solange nicht ein neuer Polenstaat gegründet ist, müssen sie gegen ruthenische Sensen und Dreschflegel und gegen den Terrorismus der geheimen Revolutionsregierungen im russischen Polen bei dem österreichischen Staatsgedanken Schutz suchen. Theilweisen Erfolg im Kampfe des eigenen Nationalitäts- mit dem österreichischen Staatsgedanken haben nur die Italiener gehabt; die Verhältnisse sprechen aber nicht dafür daß auch hier ein dem ersteren günstiges reines Resultat errungen werde. Der von mir bezeichnete Beruf des österreichischen Kaiserstaates schließt die staatliche Vermittelung des Culturlebens der europäischen Hauptracen: der Germanen, Slaven,

Romanen und Tataren in sich, von denen jede ihre eigenthümlichen Naturanlagen und Lebensrichtungen in die Verbindung bringt, und von denen keine fehlen darf wenn die Ueberwindung des Nationalitätsgedankens durch den Staatsgedanken eine allgemeingültige Bedeutung erhalten soll.

Wie dieß auch sein mag, in allen diesen Elementen zeigt sich der österreichische Einheitsgedanke in Kampf und Wechselwirkung mit der Mannichfaltigkeit des nationellen Sonderlebens, und „die Mannichfaltigkeit in der Einheit" oder „die Einheit in der Mannichfaltigkeit" — gleichviel — die eine oder die andere dieser beiden Formeln muß den Charakter des österreichischen Staatswesens ausdrücken.

Es ist von hohem Interesse die günstige Wirkung des bezeichneten großen Gegensatzes im österreichischen Staatswesen zu erkennen. Es zeigt sich dabei wie das was das oberflächliche Urtheil als einen Fehler dieses Staatswesens betrachtet, in Wahrheit dessen großer Vorzug ist. Indem die Einheit des Staates gezwungen ist die Mannichfaltigkeit der Nationalitäten als entgegenstehender Sondermächte zu achten, muß die Macht dem Recht, die Centralisation der Autonomie, die Bureaukratie der Selbstregierung, die Gewalt und Autorität der Freiheit Concessionen machen, und indem umgekehrt jede einzelne Nationalität sich genöthigt sieht gegen die andern bei dem Staate Schutz zu suchen, erhält stets die Macht die nöthige Unterstützung gegen die Excesse der abstracten Rechtsforderungen, welche ungehemmt immer gefährlich sind, — die Autonomie der localen Interessen wird in den Gränzen der Gesammtinteressen des Reichs erhalten, und die Freiheitsbestrebungen, von wirklichen Mächten getragen, werden bewahrt den Boden der Thatsachen zu verlassen

und sich in unfruchtbare Principienkämpfe zu verlieren; denn es können wohl Princip und Thatsache, aber niemals Princip und Princip etwas mit einander erzeugen.

Diesen Wechselwirkungen innerhalb des großen Hauptgegensatzes im österreichischen Staatswesen — des Gegensatzes zwischen Staat und Nationalität — ordnen sich bei uns alle andern unter: die der Stände, der politischen Schulen und Systeme und selbst die der kirchlichen Glaubensbekenntnisse. Und mit der politischen verdanken wir ihnen zugleich die religiöse Toleranz in einem Staatswesen welches außerdem so viele Anlagen zum Gegentheil und so viele Erinnerungen entgegengesetzter Art trägt. Verdankt aber auf diese Weise das neuere Oesterreich dem Kampfe der Nationalitäten mit der Staatsidee fast alle seine Fortschritte auf der Bahn der Freiheit, so rechtfertigt sich umgekehrt auch gegen die Uebergriffe des Nationalitätsgedankens jenes „divide ed impera“ welches der Regierung dieses halbfertigen Reiches so oft zum Vorwurf gemacht worden ist.

III.

Wien, 27. Juli.

Der Kampf zwischen dem Staatsgedanken und dem Nationalitätsgedanken, welchen wir als das große Thema der innern Politik Oesterreichs bezeichnet haben, muß seine Schwankungen durchlaufen. Auch die jetzige Krisis gehört nur zu ihnen. Das was man die politischen Principien zu nennen pflegt, nach denen sich in den meisten andern Ländern die Parteien sondern, spielt dabei nur eine Rolle zweiten Ranges. In dem Kampfe mit dem österreichischen Staatsgedanken aber verhalten sich die verschiedenen Nationalitäten

der Bevölkerung sehr verschieden. Dieses Verhalten richtig zu beurtheilen, und die Art zu erkennen wie sich damit die Interessen verschiedener Volksclassen, die politischen Schulen und Systeme verbinden, ist das Erforderniß um den Zusammenhang der politischen Vorgänge in Oesterreich zu verstehen.

Als nach dem Sturze des ersten Napoleon sich die neueren Staatsverhältnisse Europa's gestalteten, sah Oesterreich zunächst das wieder erwachte deutsche Nationalgefühl gegen sich auftreten. Dieses Gefühl indessen vermochte sich nicht bis zur Höhe eines politischen Bewußtseins zu erheben. Hätte es dies vermocht, der deutsche Staatsgeist hätte sich einer Zahl parasitischer Staatsbildungen gegenüber gestellt gesehen die er abzustoßen gehabt haben würde. Statt dessen brachte es das deutsche Volk in diesem ersten Anlaufe nach 1815 nicht über den Nationalitätsgedanken hinaus, welchem die Einzelstaaten des deutschen Systems siegreich den Staatsgedanken entgegenstellten. Auch der deutsche Bund war mindestens ebenso sehr ein Verein zur Vertheidigung des Staatsgedankens gegen den Nationalitätsgedanken, wie zur Geltendmachung des letzteren gegen den ersteren. Allerdings liegt in der Bundesgenossenschaft die Möglichkeit einer Vermittlung der widersprechenden Forderungen beider. Aber in dem ganzen Zeitraum zwischen 1815 und 1848 war die Vertheidigung des Staatsgedankens gegen den Nationalitätsgedanken der entscheidende Beweggrund der ganzen deutschen und vor allem der österreichischen Politik. Oesterreich widersetzte sich der deutschen Nationalbewegung nicht darum weil sie liberale Elemente hatte, sondern es bekämpfte den Liberalismus weil er dem Nationalitätsgedanken förderlich zu

werden drohte. Erst als in der Februarverfassung es zu gelingen schien den Liberalismus für den österreichischen Staatsgedanken gegen den Nationalitätsgedanken ins Feld zu führen, wurde in Wien ein ernsthafter Versuch des Uebergangs zum constitutionellen Systeme gemacht. Es war der Staatsgedanke an sich welcher dem Nationalitätsgedanken an sich Widerstand leistete — beide liberal oder reactionär, gleichviel!

Eine Veränderung dieser Sachlage trat durch die äußere Bedrängniß des Reiches ein. Der Widerstand gegen das constitutionelle System gieng fortdauernd hauptsächlich aus der Beziehung auf Deutschland hervor. Der Parlamentarismus, welcher 1848 sich mit dem deutschen Nationalitätsgedanken verbunden hatte, bedrohte damals die Existenz des österreichischen Staates. Durch 1859 und seine Nachwirkungen aber sah sich Oesterreich gezwungen ganz umgekehrt bei der deutschen Nationalität Hülfe zu suchen. In der Februarverfassung wurde, genau genommen, der deutsche Nationalitätsgedanke zu Gunsten des österreichischen Staatsgedankens gegen sich selbst benutzt. In der deutschen Politik des Hrn. v. Schmerling hat darum immer auch ein Widerspruch gelegen, welcher nur durch die Trias hätte gelöst werden können, und sollte dieser Staatsmann jemals wieder das Steuer des österreichischen Staatsschiffs zu führen bekommen, so wird es nur mit einem klar ausgesprochenen deutschen Triasprogramm geschehen können. Die Ungarn dagegen, deren Anschauungen und Wünschen jetzt so viel nachgegeben wird, würden natürlich jede andere Formel für die Lösung der deutschen Frage vorziehen. In dem Fürstencongresse von 1863 schien ihnen für ihre eigenen Interessen

ein wahrer Hoffnungsstern aufgegangen zu seyn. Sie natürlich wünschen eine Lösung der deutschen Frage die in Oesterreich den Dualismus fest begründet.

Praktisch entscheidet überhaupt das Verhältniß zwischen der deutschen und der ungarischen Nationalität über die innere, und nächstdem über die deutsche Politik Oesterreichs. Dieses Verhältniß gab der Bewegung von 1848 ihre entscheidenden Anstöße, ihren Charakter und ihr Schicksal. Die Ungarn waren darin die Bundesgenossen des deutschen Nationalitätsgedankens, weil dieser eine centrifrugale, dem österreichischen Staatsgedanken feindliche Wirkung ausübte. Ganz anders stellte sich den österreichischen Slaven der Nationalitätsgedanke dar. Weder die Tschechen noch die Südslaven konnten, gleich den Deutschen und Ungarn, ein Interesse daran haben den Nationalitätsgedanken praktisch auf die Spitze zu treiben, während die Aussicht den Kaiserstaat in eine wesentlich slavische Macht zu verwandeln, also eine Art von südlichem Rußland daraus zu machen, ihnen nicht ganz fern lag. Durch die Croaten unter Jellachich wurde daher auch die Bewegung von 1848 gegen die Ungarn und die Deutschen gleichzeitig mit Erfolg bekämpft; von den Tschechen würde sie angefeindet, während die Ungarn, um den Preis des Dualismus, bereit waren dem deutschen Element zu Hülfe zu kommen. Die Polen allerdings nahmen damals zwischen den Deutschen und den Ungarn eine zweideutige Stellung ein: natürlich, denn es ist für sie zweifelhaft gewesen und zweifelhaft geblieben ob der Nationalitätsgedanke, wie sie ihn verstehen, seine Befriedigung innerhalb oder außerhalb Oesterreichs suchen soll.

Den Tschechen dagegen, denen es auf dem schleichenden

Wege des Staatsdienstes von der Pike auf schon halb gelungen schien den Kaiserstaat zu erobern, hat niemals ein Zweifel kommen können daß für sie, auf welchem Dorf sie auch geboren seyn mögen, Prag nur eine Station auf dem Wege nach Wien ist. Sie sind nach wie vor in letzter Instanz, sey es in der einen oder der andern Form, bureaukratisch oder autonomistisch, für das Zusammenhalten des Kaiserstaats, für welches so eben, dem ungarisch-dualistischen Geist des Augenblicks gegenüber, Franz Palazky erneuert auftritt. Er nennt in der eben erschienenen Schrift „Oesterreichs Staatsidee," welche sich selbst einen Zukunftscharakter beizulegen scheint, da sie schon die Jahreszahl 1866 auf dem Titel trägt, Kossuth den „ärgsten slavischen Renegaten," und hält es für zeitgemäß sein vom 11. April 1848 datirtes Antwortschreiben an den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt a. M. wieder abdrucken zu lassen, in welchem nicht nur Böhmen sich gegen die Zumuthung verwahrt ein Theil Deutschlands zu seyn, sondern auch jener von mir schon citirte Ausspruch enthalten ist: daß Oesterreich, wenn es nicht bestände, geschaffen werden müßte.

Diese Reminiscenzen von 1848 sind charakteristisch für die gegenwärtige Lage, die man wahrhaftig ein in hohem Grad abgeschwächtes und soweit friedliches 1848 nennen könnte. Es würde nicht schwer werden einen interessanten Parallelismus nachzuweisen. Wichtig ist es im allgemeinen hervorzuheben daß auch jetzt wieder zwischen den Ungarn und den Deutschen gewisse gemeinsame und gewisse sich widerstreitende Interessen vorhanden sind, deren Abwägung einen schicksalsmäßigen Einfluß ausüben wird. Was aber Palazky betrifft, so ist die Kriegserklärung welche er S. 77

seiner genannten Schrift dem Dualismus und damit, wie er es versteht, den Deutschen und den Ungarn ins Gesicht schleudert, in diesem Augenblick nicht ohne praktische Bedeutung. „Der Tag," sagt er, „an welchem der Dualismus proclamirt wird, wird zugleich der Geburtstag des Panslavismus in seiner am wenigsten erfreulichen Gestalt werden. Wir Slaven waren vor Oesterreich da, wir werden es auch nach ihm sein."

IV.

Wien, 1. August.

Längere Zeit war für Oesterreich der Liberalismus mit dem Nationalitätsgedanken, der Absolutismus mit dem Staatsgedanken solidarisch verbunden gewesen. Endlich aber hatte der letztere, durch den ersteren auf das äußerste bedrängt, bei dem Princip seines Gegners Hülfe suchen müssen. Der Staatsgedanke selbst mußte liberal werden. Oesterreich wurde constitutionell, parlamentarisch. Die Februarverfassung sollte der Damm gegen die zerstörende Gewalt der Nationalitätswogen sein. Dieß ist die praktische Idee der Februarverfassung. Wie verhielten sich dazu die verschiedenen Nationalitäten des Reichs?

Die italienische wurde nicht davon berührt. Sie kannte den österreichischen Staatsgedanken nur in der absolutistischen Form, sie konnte ihn nicht anders denken. Sie stieß ihn außerdem von sich. Die übrigen wurden mehr oder minder tief berührt; in sehr verschiedener Weise.

Die Ungarn haben den Nationalitätsgedanken immer nur politisch aufgefaßt. Die magyarische Race allerdings wollte ihre bevorzugte Stellung nicht aufgeben. Aber ein

Ungar sollte doch jeder sein welcher Bürger der Länder der ungarischen Krone war. Eötvös bezeichnet in seiner schon erwähnten Schrift über die Nationalitätenfrage diese Auffassung ausdrücklich als die ungarische. Namen auf welche jeder Ungar stolz ist, werden für nicht der magyarischen Race angehörig erklärt. Zrinyi, wird gesagt, war ein Croate, Hunyady ein Wallache, Dugonics ein Serbe; Kossuth wird von Palazky ein slavischer Renegat genannt. „Unius linguae uniusque moris regnum imbecille et fragile est" — wird von Eötvös als ein Ausspruch des heil. Stephan angeführt. Den Ungarn also ist eine Nation ein politisch-constituirtes Volk, und es scheint daß sie in dieser Fassung des Begriffs Recht haben und damit den übrigen österreichischen Nationalitäten politisch voraus sind. Für die Ungarn hat zwischen dem Staatsgedanken und dem Nationalitätsgedanken kein Gegensatz bestanden. Die Besonderheit welche sie geltend zu machen suchten war eine rein politische: die Einheit und Selbstständigkeit der Länder der ungarischen Krone. Will Croatien, was wiederum eine aus vier Racen: Croaten, Serben, Deutschen und Italienern, zusammengesetzte Bevölkerung hat — will Croatien sich von Ungarn absondern, so können wir, sagt Eötvös, dies nicht hindern; wir können aber nicht darein willigen, „denn," heißt es in der zweiten Landtagsadresse von 1861, „wir sind nicht berechtigt das Reich der Krone des heil. Stephan zu zerstückeln." Die Ungarn stehen also bei dem Kampf zwischen dem Staatsgedanken und dem Nationalitätsgedanken im Princip auf Seite des ersteren: dies ist eine Thatsache, die man wohl im Auge behalten muß. Sie sind in diesem Kampf die natürlichen Bundesgenossen der österreichischen Regierung,

soweit nur das abstracte Princip in Frage kommt. Sie werden dagegen in gewisser Beziehung ihre schärfsten Gegner, sowie es sich um praktische Anwendung handelt. Denn sie wollen ihrem eigenen Staatsgedanken folgen. Sie treten im Princip als Bundesgenossen, in der Praxis als Rivalen oder Concurrenten der österreichischen Regierung auf. So geht aus dem Kampfe des Staatsgedankens mit dem Nationalitätsgedanken für Oesterreich der Dualismus — der Gedanke eines Doppelreichs oder Zwillingsstaats hervor.

Das deutsche Element mußte sich naturgemäß ganz anders verhalten. Mit der Februarverfassung war der Liberalismus in Oesterreich centralistisch geworden. Ein Reichsparlament für Oesterreich war die Verkörperung dieser Thatsache. Darin war etwas das in hohem Grad dem Interesse des deutschen Elements entsprach. Der Absolutismus war eine Scheidewand zwischen Oesterreich und dem constitutionellen Deutschland gewesen. In Deutschland Sympathien zu erwerben gehörte zu den Beweggründen des Uebergangs zum constitutionellen System. Das deutsche Element in Oesterreich endlich bildet den Kern des österreichischen Bürgerthums. Nicht nur in den Ländern der ungarischen Krone, sondern auch in Galizien ist bekanntlich wenig von einem ausgebildeten Mittelstand vorhanden. Ein unabhängiges Bürgerthum ist aber auch in Böhmen vorzugsweise deutsch. Dieses Bürgerthum ist industriell, handel- und geschäftetreibend, oder wissenschaftlichen Berufen ergeben. Es hat moderne Interessen, ist für leichten Verkehr und Bequemlichkeit des Geschäfts, hat durchweg utilitarische Gesichtspunkte. Solchen Lebensbedürfnissen entspricht in hohem Grad ein centralistisch-parlamentarisches Regierungssystem. Dieses soll zwar nicht

die locale Selbstverwaltung ertödten, aber doch jene Gleichförmigkeit der Rechts- und Geschäftsverhältnisse schaffen und erhalten welche für das utilitarische Bürgerthum nicht nur einen politisch-doctrinären, sondern einen volks- und privatwirthschaftlichen Werth hat. Es handelt sich für die handel- und geschäftetreibenden Volksclassen, welche im modernen Leben täglich mehr vorherrschen, um mehr als um Liebhabereien; es handelt sich um ganz positive Vortheile oder Nachtheile des Systems. Das parlamentarische System ist das der modernen Volkswirthschaft vorzugsweise entsprechende, und nicht ohne Grund ist es daß die Börse ihm vorzugsweise Credit schenkt. Der Staatscredit folgt den besseren Bedingungen der Volkswirthschaft, und er findet sie im parlamentarischen Systeme. Dieses entspricht also den Interessen des Bürgerthums in Oesterreich wie anderwärts. Zu ihm gehört das Judenthum, welches nach oben und unten zu neuen Eroberungen dessen Pionier ist. Die Mittelclassen also sind vorzugsweise für die Februarverfassung, obschon damit das Daseyn eines liberalen Adels in Oesterreich nicht geläugnet werden soll, welcher sich besser als irgend anderswo auf dem Continent dazu anläßt eine parlamentarische Rolle zu spielen. Wie das aber auch sein mag — die Interessen der Mittelclassen sind vorzugsweise in der Februarverfassung befriedigt, und weil in diesen Classen das deutsche Element vorherrscht, ist die Februarverfassung vorzugsweise die dem deutschen Element zusagende politische Gestaltung geworden. Aus großdeutschen Föderalisten wurden die österreichischen Deutschen daher großösterreichische Centralisten, soweit der Februarverfassung Centralismus vorgeworfen werden kann.

Den Charakter des Centralismus aber finden jedenfalls

die Ungarn, Tschechen und Polen in der Februarverfassung, und so stellen sich die ersten mit ihrem Dualismus, die beiden andern Nationalitäten mit dem Föderalismus der deutschen Februarverfassungspartei entgegen. Von den Ungarn war schon die Rede. Was aber die Tschechen und Polen betrifft, so sind sie mindestens eben so entschiedene Gegner des Dualismus wie die deutschen Centralisten es sind, und es ist nicht zu läugnen daß die Februarverfassung mit gewissen autonomistisch-föderativen Anlagen welche eine Entwicklung zulassen, ihnen viel näher steht als das Ziel welchem die Ungarn nachstreben. Noch mehr aber ist klar und selbstverständlich daß der von den Ungarn erstrebte Dualismus eine um so straffere Centralisation der Länder diesseits der Leitha zur Folge haben müßte, innerhalb welcher der tschechischen und polnischen Autonomie ein geringerer Spielraum bliebe als ihn die Februarverfassung zuläßt. Nicht umsonst schreibt darum Palazky erbittert gegen den „nationalen Egoismus der herrschenden Stämme diesseits und jenseits der Leitha, der in den letzten Tagen immer nackter und rücksichtsloser auftritt." Er meint die Magyaren und die Deutschen, von welchen letzteren er voraussetzt daß sie sich mit den ersteren in ein dualistisches Compromiß einlassen werden. Was aber die Tschechen betrifft, so stimmen sie mit den Polen, den Croaten, den Serben, den Slovaken, den Rumänen und den siebenbürgischen Deutschen im Widerwillen gegen den magyarischen Reichsdualismus überein. Alle diese Nationalitäten hätten nur gemeinsam mit der Masse der deutschen Bevölkerung diesseits der Leitha unter der Februarverfassung für die Reichseinheit Schutz zu suchen gebraucht, um dem Doppelreichsgedanken die Spitze zu bieten.

Ueberall aber zeigten sich Mängel und Schwächen, wenn nicht Thorheiten, welche die Wirkung aufhoben, und diesen ist der jetzige Systemwechsel zuzuschreiben. Die deutschen Parlamentscentralisten mischten die Rechts- und Freiheitsfragen der demokratisirenden Zeitrichtung in die wichtigeren Machtfragen welche in der Zusammensetzungsform des Reiches enthalten sind, erweckten der Februarverfassung wachsenden Widerwillen, und sägten — wie ganz richtig gesagt worden ist — den Ast ab auf welchem sie saßen. Die Polen, deren eigener Staatsgedanke zwar nicht ganz so chimärisch ist wie der der Tschechen, sind zu sehr von auswärtigen Gesichtspunkten abhängig, um in der innern österreichischen Politik eine sichere und zuverlässige Haltung beobachten zu können. Um den Preis einer Amnestie würden sie thatsächlich in jüngster Zeit mit dem abgetretenen Ministerium gegangen seyn; aber bei dem erstern äußern Anstoß würden sie diese Amnestie mißbraucht haben. Die Croaten schwanken in sich selbst wieder zwischen Föderalismus, Dualismus und Centralismus. Den Slovaken fehlt die nöthige Kraft und Selbstständigkeit um eine Rolle zu spielen. Nur wenn das Schmerling'sche System bis zur Anwendung seines letzten Mittels, der Ausschreibung von Volkswahlen für den Reichsrath in Ungarn, gekommen wäre, hätten sie Gelegenheit erhalten für die Februarverfassung einzutreten. Die Tschechen endlich — und dies ist das entscheidende — haben sich durch die Chimäre eines großböhmischen Königreichs von der bescheidenern aber sicherern Bahn einer föderalistischen Entwicklung der Februarverfassung ablocken lassen, auf welcher doch so mancher werthvolle Erfolg für ihre autonomischen Interessen hätte gefunden werden können. Kurz gesagt: der

unpraktische Radicalismus der deutschen Opposition, die Thorheit der Tschechen, die Unsicherheit der Polen, die Unklarheit der Croaten und die geringe Bedeutung der übrigen Nationalitäten haben für die ungarische, d. h. die dualistische, Auffassung der österreichischen Staatsidee entschieden.

V.

Wien, 3. August.

In politischen Wendungen, wie so eben hier eine vor sich gegangen, suchen neben den großen und entscheidenden Bestimmungsgründen auch minder mächtige Interessen sich zur Geltung zu bringen. Zwecke die sich nicht durch sich selbst Anerkennung verschaffen können, versuchen dieß nur unter dem Schutz oder in Gesellschaft anderer zu thun denen dieß gelungen ist. So haben sich auch bei uns Interessen und Absichten verschiedener Art, denen vereinzelt die Macht fehlt, an die dualistischen Bestrebungen der Ungarn und ihrer Freunde angeschlossen. Es gehören dahin echte Freiheits- und Fortschrittsbestrebungen so gut wie reactionäre Absichten und Gelüste, und Bemühungen die auf Ziele der innern wie solche die auf Ziele der äußern Politik gerichtet sind. So bilden sich Coalitionen des Parteikampfs, die in Oesterreich vielleicht verwickelter sind als anderswo — die Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa ausgenommen. Soweit indessen die Verhältnisse sich schon beurtheilen lassen, sind in der Combination welche den eingetretenen Systemwechsel charakterisirt keine rückwärtsstrebenden Kräfte zur Heerschaft gelangt. Die eingetretene Veränderung bezeichnet keine rückgängige Bewegung. Sie stellt sich vielmehr als eine Ablösung gewisser Aufgaben des Staatslebens dar, wobei der Nachdruck jetzt

mehr auf die Besonderheiten der Reichsbestandtheile als auf die Einheit des Ganzen gelegt wird, wie bisher seit 1861 das umgekehrte geschah. Es läßt sich darin noch kein Uebel erkennen, solange nur der Einheitsgedanke nicht aufgegeben wird. Das rechte Maß im Verhältniß entgegengesetzter Lebensrichtungen macht sich in der Politik wie in andern Gebieten durch die Abwechslung des Vorherrschens geltend.

An sich ist dieses rechte Maß ein Ziel welches immer erstrebt werden soll, welches aber nie ganz erreicht wird, und in dessen Unerreichbarkeit gerade die Triebkraft der Bewegung und des Fortschritts liegt. So weit ist bei uns alles gut, und es fragt sich nur was eigentlich erreicht ist. Alles zusammengefaßt, hat im Augenblick der Gedanke föderalistischer Autonomie der Reichsbestandtheile über den Gedanken der parlamentarisch-gouvernementalen Centralisation die Oberhand gewonnen. Die Februarverfassung hat den Versuch gemacht das Gleichgewicht beider herzustellen. Man muß eingestehen daß sie wirklich schon ein medius terminus sein wollte; man muß aber auch eingestehen daß sie als Ausgleichswerk nicht glücklich gedacht ist. In welcher Richtung aber soll sie abgeändert oder fortgebildet werden? Der zur Herrschaft gelangte Geist ist im wesentlichen ein decentralisirender. Er will dem autonomisch-föderalistischen Gedanken einen größern Antheil verschaffen als die Februarverfassung ihm einräumt. Wie aber soll dieß näher bestimmt werden? Soweit die ungarischen Forderungen sich geltend machen, sucht die Decentralisation die dualistische Form anzunehmen. Einen allgemeinen Föderalismus autonomischer Provinzen, wie er bereits in den Landtagen und ihren Delegationen zum Reichsrath angedeutet ist, weisen die Magyaren von sich. Wollen

sie gegen die Nationalitäten der ungarischen Krone gerecht und ihrem allgemeinen Princip treu sein, so müssen sie jenseits der Leitha eine eigene Föderation autonomischer Provinzen bilden die sich diesseits der Leitha wiederholen soll. Aber wie auf dieser Seite die Tschechen mit der böhmischen Krone, so stehen auf jener Seite die Croaten mit dem dreieinigen Königreich ihre besondern Prätensionen erhebend da, und Siebenbürgen gesellt sich mit ähnlichen Anforderungen ihnen bei. Venetien habe ich bei allen diesen Betrachtungen außer Spiel gelassen. So gelangt man, dem autonomisch föderalistischen Gedanken folgend, in ein Chaos, in dessen Dunkel sich einzig die schwach erkennbaren Umrisse eines föderalistischen Doppelreichs unterscheiden lassen.

Eine solche Gestaltung, mit genügenden Lebensbedingungen geschaffen, würde an sich so wenig wie irgend eine andere aus der Natur der Dinge entspringende verwerflich sein. Ein doppelt föderalistischer Zwillingsstaat könnte alle nur wünschenswerthe Kraft, Freiheit und Bildung entwickeln und gewissen äußern Verhältnissen des Reiches in hohem Grad entsprechen. Es ist ein großer Irrthum daß Centralisation die Bedingung politischer Kraft und Wohlfahrt sei. Die Geschichte so sehr wie die politische Philosophie lehrt das Gegentheil. Fast überall und immer haben föderative Gemeinwesen ungewöhnliche Kraft und Zähigkeit entwickelt. Die politische Lebenskraft, in die kleinsten Theile der Gesellschaft vertheilt, leistet unendlich viel mehr als in einem Hauptorgane concentrirt. Wenn dieß vor allem volkswirthschaftlich gilt, so findet es gerade darum seine große Anwendung auf Oesterreich; und da die Volkswirthschaft auch die wahre Quelle der politischen Macht ist, so erhält der

Satz eine allgemeine Bedeutung und für uns eine hundertfältige Wichtigkeit.

Auch in der deutschen Politik ist der Föderalismus das von Oesterreich aufrecht erhaltene Princip, und ein dem entsprechender innerer Organismus des Kaiserstaats könnte seine Aufgabe in Deutschland nur erleichtern. So bleibt eben nur die große Frage übrig ob es dem dualistischen Föderalismus gelingen wird eine feste Gestalt zu gewinnen. Wäre dieß nicht der Fall, oder dächte man sich den Dualismus in anderm Geist ausgeführt, so müßte der neueste Versuch einer praktischen Lösung der österreichisch-ungarischen Frage ebenso scheitern wie die ihm vorausgegangenen Versuche gescheitert sind. Ein solches Ergebniß würde mit großen Gefahren verbunden sein. Allen Betheiligten gebietet daher die Vorsicht sich von dem Hafen der Februarverfassung nicht weiter zu entfernen als durchaus nöthig ist. Die Folgen einer Geringachtung dieser Vorsicht könnten auch die treffen welche nicht im Sinn haben sich dieser Zuflucht zu bedienen. Wir werden uns nicht überzeugen daß es nicht auch für diese das beste gewesen wäre zur Herstellung der nöthigen Bauten und Werke hilfreiche Hand zu leisten, um den allgemeinen Zufluchtsort preiswürdig zu machen. Sie haben es nicht gethan. Mögen sie darum sich doch nicht verleiten lassen allzu weit auf die hohe See zu gehen!

VIII.

Die österreichische Politik und ihre Wendungen.

(Allgemeine Zeitung, November und December 1865.)

I.

Die Methode der österreichischen Politik.

Die österreichische Politik zeichnet sich neuerdings durch eine sprunghafte Methode aus, welche mit der Behauptung eines conservativen Charakters nicht im Einklange steht. Octoberdiplom, Februarstatut, Septembermanifest, Fürstentag, preußische Allianz, Londoner Conferenz, Gasteiner Vertrag — welch' überraschende Sprünge! Welcher Wechsel der Richtung!

Es scheint Politiker zu geben für welche diese kühnen Wendungen nur unwesentliche Aeußerlichkeiten sind. Wer in ihnen innere Widersprüche erkennt, behauptet die Unmöglichkeit eines ihnen gemeinsamen leitenden Gedankens. Hat jemand ein Recht zu dieser Behauptung?

Ich glaube, ja! — Ich glaube jeder Mensch von klarem Urtheil hat ein Recht dazu! — Eine unveränderliche reservatio mentalis, auf welche jene Politiker vielleicht stolz sind, ist freilich hinter allen Widersprüchen denkbar. Wer immer etwas anderes dächte und meinte als was er durch Worte und Handlungen an den Tag legt, der könnte freilich immer das gleiche denken und meinen, was er auch thun und sagen mag. Aber der verstockte Gedanke einer reservatio mentalis

ist nur eine fixe Idee — nicht mehr! — Wenn der alte heidnische Spruch — der sich aber auch ins Christliche übersetzen läßt — wiederholt wird, daß die Götter verblenden wen sie verderben wollen, dann ist eine solche fixe Idee gemeint die als Irrlicht über einem Sumpfe scheint. Im übrigen ist die Behauptung eines Planes, da wo die Welt sehr wohl den unerwünschten Drang der Umstände kennt, eine nutzlose. Gestehen wir es offen ein: die Sprünge sind vorhanden — die Widersprüche nicht zu läugnen! Fassen wir sie lieber als eine historische Erscheinung auf die ihre objectiven Gründe hat.

Allerdings hat sie ihre historisch begründeten Ursachen. Diese sind nicht zufällige und persönliche, wie es dem leichtfertigen Urtheil erscheinen mag. Die geographische Lage Oesterreichs, dir Zusammensetzung des Reichs, das Material seiner Bevölkerung, der Zusammenstoß von allerlei Rückständen der Geschichte mit den von Westen nach Osten fortrückenden Neubildungen der Civilisation: alles dieß hat bei uns Gegensätze zusammengeführt welche im westlichen Europa nirgends vorhanden sind. Ein gütiges Geschick hat die Schärfe dieser Gegensätze durch ihre sich kreuzende Mannichfaltigkeit gemildert. Aber während ihnen so die Bösartigkeit erspart ist die ihnen eigen sein würde wenn sie jemals sich in zwei große feindliche Heerlager zusammenziehen könnten, machen sie auf der andern Seite eine folgerichtige Politik fast unmöglich, solange nicht der Compaß gefunden ist welcher durch ihren Wirrwarr von Klippen und Untiefen hindurchführt. Ueberall trifft der österreichische Staatsmann diese Gegensätze als Hindernisse und Gefahren auf seinem Wege. War nicht das Dogma des Stillstands ein scheinbar gerechtfertigtes unter

solchen Umständen? Wenn in jeder Richtung Gefahren und Hindernisse liegen, mußte es nicht am besten erscheinen ganz unbeweglich auf der gleichen Stelle zu beharren? Und als sich endlich dieß als unmöglich erwies — war nicht die experimentirende Unsicherheit einer ungern gewagten Bewegung etwas durchaus natürliches?

Dieß und anderes läßt sich zur Rechtfertigung der Methode sagen. Diese hat in der Politik einen Weg eingeschlagen den die Naturwissenschaften schon lange mit größtem Erfolg gegangen sind: den Weg des Experiments. Auch die Experimentalpolitik kann unter Umständen ihre glücklichen Resultate haben. So nützlich indessen das politische Experimentiren in solchen Fällen sich erweisen mag — jedenfalls ist es noch viel gefährlicher und kostbarer als das wissenschaftliche unter Umständen sein kann.

Zunächst muß darauf hingewiesen werden daß in ihren Wirkungen die Experimentalpolitik niemals conservativ ist. Darüber muß der sich ihrer bedienende Staatsmann klar sein. Insofern die österreichische Staatskunst, trotz allem Zurückweichen vor dem Andrang der Zeitideen, sich doch immer noch den stillen Glauben erhalten hat daß der Widerstand gegen diese letzteren ihr wahrer und besonderer Beruf sei, ist sie mit sich selbst im Widerspruch und über sich selbst im unklaren. Nicht als ob hiermit der Meinung derer beigepflichtet werden sollte welchen conservativ und stabil für gleichbedeutend, und jede muthige Bewegung für subversiv gilt. Im Gegentheil wird hier von der Ueberzeugung ausgegangen daß in Wahrheit nicht der Stillstand, sondern die Bewegung conservativ ist. Um es aber zu sein, muß doch die Bewegung in steter Richtung auf die Ziele naturgemäßer Entwicklung

losgehen. Nicht im Springen, wohl aber im Abspringen liegt was dem conservativen Interesse widerspricht.

Jene Menschen welche ihre Hintergedanken für productive Ideen halten, werden einer solchen Beurtheilung nur mit Geringschätzung folgen. Ich habe schon gesagt was ihre Gedankenvorbehalte werth sind. Eins aber muß man ihnen zu bedenken geben was sie außer Acht zu lassen scheinen, daß eine Rückkehr zum Absolutismus für Oesterreich nicht mehr möglich ist. Es ist dieß mehr als ein Gemeinplatz des Optimismus. Es ist eine Wahrheit selbst für den welcher sie verwünschen mag.

Solang eine Nation sich in die Herrschaft des Absolutismus fügt — sei es daß dieser ein weiser und wohlwollender ist, sei es daß das Volk sich der Kritik und des individuellen Willens entwöhnt hat — mögen die Widersprüche in der Regierungspolitik, mit oder ohne Hintergedanken, verhältnißmäßig geringen Schaden anrichten. Das Vertrauen in den vorausgesetzten Zusammenhang der Regierungshandlungen ist in diesem Falle noch ein blindes. In einem solchen Vertrauen findet das Volksleben Schutz gegen die schädlichen Wirkungen der Unzuverlässigkeit und der Besorgnisse. Anders wenn einmal eine Regierung das Volk nicht mehr am Prüfen, Vergleichem und Urtheilen hindern kann. In diesem Fall hat selbst ein nur scheinbarer Mangel an Stätigkeit und Zusammenhang in der Regierungspolitik eine Wirkung von weitreichenden und tiefeinschneidenden Nachtheilen. Zunächst liegen diese Nachtheile in den inneren Zuständen des Landes. Der Widerspruch und die Unzuverlässigkeit in den Zielen der Regierung untergraben die conservativen Gewohnheiten und Grundsätze im Volke, lähmen durch

Beunruhigung und Besorgnisse die Volkswirthschaft, schmälern damit die Production und brechen die Steuerkraft des Landes. Die Nachtheile bleiben aber hierbei nicht stehen. Von der innern Politik pflanzen sie sich auf die äußere fort. Auf die innere Unsicherheit bauen die äußeren Feinde ihre Plane. In der inneren Unsicherheit finden sie Ermuthigung zu ihren Angriffen, welche, wieder die inneren Zustände verschlechternd, auf diese zurückwirken. Auf der andern Seite lassen zuverlässige Freundschaften mit andern Nationen sich auch nur durch Ausdauer in der Befolgung einer steten Richtung begründen. Man hat neuerdings die Gelegenheitsallianzen als die Maxime der österreichischen Diplomatie bezeichnet, und eine Periode welche keine festen Ziele kennt, kann natürlich auch keine andern Allianzen als die des Augenblicks gebrauchen. Hat Graf Rechberg mit der preußischen Allianz etwa jener von ihm aufgestellten Maxime widersprochen? Ist etwa die preußische Allianz mehr als eine Allianz der vorübergehenden Lage? Oder wenn ihr ein weiter reichender und und ausdauernder Gedanke zu Grunde liegen sollte, könnte er mehr sein als jene reservatio mentalis von welcher ich schon gesprochen habe? Und in der äußern wie in der innern Politik hat selbst der bloße Schein der Unsicherheit einen Theil der Uebel zur Folge welche aus der vollen Wahrheit des Fehlers hervorgehen müßten. In beiden Gebieten zugleich auftretend multipliciren sie sich gegenseitig, und der Credit die Macht, die Sicherheit des Staats stehen auf dem Spiele wenn sie eine gewisse Höhe erreichen.

Diese Bemerkungen sollen darauf hinweisen wie sehr es durch die Interessen des Reiches geboten ist die durch das kaiserliche Manifest vom 20. September neu eröffnete Gelegenheit

endlich zum definitiven Bruch mit der Experimentalpolitik zu benutzen, und zu einer Methode stätiger Entwickelung auf feststehenden Grundlagen überzugehen.

Unter welchen Bedingungen darf man hoffen daß dieser Uebergang gelinge? Welches sind überhaupt die Voraussetzungen einer stätigen Politik?

Die wichtigste dieser Voraussetzungen — die Grundbedingung der Möglichkeit — ist die daß ihre Gesichtspunkte nicht in der Vergangenheit sondern in der Zukunft, ihre Ziele auf dem Wege des menschlichen Bildungsganges liegen. Nur wer die näheren oder ferneren Ziele der Culturgeschichte zu den seinigen macht, darf sich eines Berufs rühmen welcher mehr als launenhafte Zwecke zuläßt, und hat ein Recht zu erwarten daß der Verlauf der Geschichte im natürlichen Wachsen der Dinge ihn emporhebt. Die rückwärts gelegenen Zielpunkte erstarrter Doctrinen, in denen sich, wie im Bau todter Sprachen, vergangene Lebensstadien der Völker petrificirt darstellen, können so wenig wie die individuellen Einfälle des Augenblicks der Politik einen zuverlässigen Charakter geben. Denn fest und unverrückt stehen nur die Ziele der Zukunft welche als herrschende Culturideen den schaffenden Kräften ganzer Zeitalter die Richtung geben, während täglich von den Gebilden der Vergangenheit, auf die ein ohnmächtiger und hoffnungsloser Legitimismus seine Macht und Lehren stützt, eines um das andere wankt und zusammenbricht, und täglich die übrig bleibenden in andere Verbindung treten.

„Die Politik“ — soll kürzlich Napoleon III. gesagt haben — „entlehnt ihre Formen der Vergangenheit, ihren Stoff der Gegenwart, ihren Geist der Zukunft.“ — Seien diese Worte von wem sie wollen, sie sind der Ausdruck tiefer Einsicht

und enthalten den Inbegriff der höchsten Staatsweisheit. Kann man von der österreichischen Politik sagen: sie sei von einem der Zukunft entlehnten Geist erfüllt? — Nein! — Wir müssen es bekennen — sie ist es nicht: wenigstens bisher nicht gewesen. Nicht der Zukunft sondern der Vergangenheit ist der Geist entlehnt gewesen der als Irrlicht sie in Gefahren verlockt hat, und so ist die negative Thatsache — der Mangel an Initiative — begründet durch welche sie wie durch keine andere sich charakterisirt. Von der österreichischen Politik verlangen daß sie Initiative habe, heißt von ihr verlangen daß sie sich von den Gesichtspunkten der Vergangenheit denen der Zukunft zuwende. Denn kann wohl der vorangehen dessen Bestrebungen rückwärts gerichtet sind?

Das Verhältniß in welches sich die Politik eines Staates zu den werdenden Bildungen der Geschichte stellt, entscheidet über die Möglichkeit einer festen und sichern Haltung, und in letzter Instanz über jeden Erfolg. Hier liegen die schweren Irrthümer einer conservativen Politik, die nicht einsieht daß die Erhaltung des Wesens in der Veränderung der Erscheinung vor sich geht, und das Sein in einem ewigen Werden besteht. Den Geist und die Ziele der Politik aus der Vergangenheit statt aus der Zukunft zu entlehnen, ist eine Verkehrung der göttlichen Ordnung welche sich grausam rächt. In ihr liegt mit Nothwendigkeit der Verzicht auf jede Initiative, die Beschränkung auf ein hoffnungsloses Defensivsystem in welchem aus innerer Nothwendigkeit jede That zu spät kommt, jede Kraft unnütz verbraucht wird, die undankbarste Arbeit „pour le roi de Prusse;“ und selbst dem productivsten Genie läßt sie nur das dürre Feld einer politischen Scholastik und Casuistik offen.

So erklärt sich der Charakter und die Methode der österreichischen Politik aus einem einzigen Grund. Weil ihr der Sinn für die Zukunft fehlt, aus welchem die preußische, die französische, die amerikanische, die russische Politik ihre Beweggründe, ihre Kraft und ihre Zuversicht schöpfen, muß ihr die Initiative fehlen; und weil ihr die Initiative fehlt, muß ihr Geist ein scholastischer, ihre Methode eine casuistische, also unzusammenhängende sein.

Diese Erkenntniß lehrt uns die Bedingungen einer stätigeren, festeren, erfolgreicheren Methode kennen. Eine aufrichtige Befreundung mit den Ideen der neuen Zeit, ein williges Eingehen auf ihre Interessen, eine freudige Mitwirkung an ihren Schöpfungen, ohne jene reservatio mentalis, welche eine fixe Idee, aber kein leitender Gedanke ist: das sind diese Bedingungen aus deren Erfüllung für die österreichische Politik unberechenbare Erfolge hervorgehen können. Die Sprunghaftigkeit der Methode wird damit aufhören, und die Abwechselung in der Parteiregierung — ein Haupterforderniß zur Erhaltung politischer Gesundheit — wird nicht mehr wie jetzt die Verhältnisse tief erschüttern, nicht mehr die gereizten Stimmungen des gegenwärtigen Augenblicks zur Folge haben, sondern wird das sein was sie sein soll: ein gegenseitiges Sichablösen in verschiedenen aber gleich nothwendigen Arbeiten an der nämlichen unverrückbaren großen Aufgabe.

II.

Oesterreichs Beruf und die Bedingungen seiner Macht und Sicherheit.

Weder in gewissen politischen Formen welche für die besten ausgegeben werden, noch in Traditionen welche der Aberglaube politischer Altersschwäche sich als Amulet um den Hals hängt, sondern in der bereitwilligen Vollbringung eines geschichtlichen Berufs liegen für Staaten und Reiche die Bedingungen der Blüthe, der Macht und der Sicherheit. Die Anhänger einer ideenlosen Politik mögen zu diesem Urtheil eine geringschätzige Miene machen. Alle Weltmächte der Gegenwart aber die noch nicht von dem Gefühl durchdrungen sind ihren Höhepunkt hinter sich zu haben, sind sich einer Mission bewußt. Wenn für Oesterreich sich dieses Bewußtsein in der Zerfahrenheit des innern Lebens dauernd verloren haben sollte, so würde daraus nur der traurige Schluß gezogen werden müssen daß der Kaiserstaat in unaufhaltsamem Verfall begriffen sei. Das Bewußtsein einer Mission deren Erfüllung in der Zukunft liegt, schließt in der That ein eben so realistisches Interesse in sich wie die Beschäftigung mit der Gegenwart. Die Zukunft ist bestimmt zur Gegenwart zu werden, und läßt sich darum auch in der

Gegenwart escomptiren. Die bei den Engländern scharf hervortretende Neigung die Politik zu einer Kunst des Augenblicks zu machen, ist nichts als die Abspiegelung des Bewußtseins daß die brittische Macht eine fertige Größe ist, und daß es deßhalb für ihre Politik keine fernliegenden Ziele mehr gibt. Für eine Nation die, wie die brittische, starke Gründe hat mit sich zufrieden zu sein, mag ein solches Bewußtsein nicht ein unglückliches sein müssen. Das Gefüge des brittischen Machtbaues ist stark und dauerhaft, und wenn diese Macht auch nicht mehr wächst, so wird ihr Verfall ein langsamer und für das kurzlebige Urtheil der Menschen unmerklicher sein. Für uns liegen die Dinge nicht so günstig. Wenn wir schon alles geworden wären was wir werden können, hätten wir sehr wenig Ursache mit uns zufrieden zu sein. Selbstgefühl und Kraft können wir nur aus dem schöpfen was wir noch zu werden hoffen. Wissen wir die Hoffnung darauf nicht zu unterhalten, so versiegt unser Selbstgefühl und damit die Quelle unserer Kraft. Unterhalten aber läßt sich diese Hoffnung nur durch ein klares Bewußtsein der Aufgabe welche uns im Vorgange der Weltentwicklung durch Natur und Geschichte zugewiesen ist.

Es handelt sich dabei um die Stellung welche Oesterreich in einem erneuerten europäischen Staatensystem zufallen soll, um den Antheil an Leistung und Gewinn welchen es im System einer entstehenden Weltpolitik sich zu erwerben wissen wird. Denn es läßt sich nun einmal die Umgestaltung des Völkerrechtssystemes der Welt so wenig verhindern wie die des europäischen Staatsrechtes, und mit dem politischen non possumus ist noch viel weniger auszurichten als mit dem kirchlichen. Das letztere hat bis auf einen gewissen

Punkt wenigstens die Macht einer Verweigerung; das erstere entscheidet nur daß ein anderer thun wird was man selbst nicht zu thun vermag. Nicht können, heißt in der Politik so viel wie abdiciren.

Für Oesterreich wie für jede andere politische Macht gibt es innere und äußere Bedingungen der Berufserfüllung. Die letztern vereinigen sich in der großen Thatsache daß die Staaten des eigentlichen europäischen Systems, d. h. die Staaten der occidentalen Cultur — die europäischen Staaten mit Ausnahme Rußlands und der Türkei — täglich mehr einer engern politischen Verbindung, einer positiven völkerrechtlichen Bundesgenossenschaft entgegen gehen. Durch ein scheinbares gelegentliches Abspringen von dieser stätigen Bewegung muß sich das Urtheil über einen großen und unaufhaltsamen historischen Vorgang nicht irre machen lassen. Amerika auf der einen und Rußland auf der andern Seite entwickeln sich unaufhaltsam zu Weltmächten vor denen die Bedeutung einzelner europäischen Staaten zurücktritt. Der amerikanische Bürgerkrieg und die Befreiung der russischen Leibeigenen in Verbindung mit dem Ausgang des polnischen Aufstands haben in dieser Beziehung über die Zukunft der Welt entschieden. In dieser Zukunft neben oder zwischen diesen beiden Weltmächten eine Rolle spielen zu wollen, ist für einen einzelnen europäischen Staat eine Lächerlichkeit. In der culturhistorischen Bedeutung Europa's aber eine Sicherstellung unabhängiger Macht einzelner europäischer Staaten zu finden, ist eine Täuschung, nicht geringer als die welche z. B. das Großherzogthum Weimar begehen würde sich für eine deutsche Großmacht zu halten, weil es in der deutschen Literaturgeschichte eine glänzende Rolle gespielt.

Nur in ihrer Vereinigung zu einem geschlossenen europäischen Systeme werden die europäischen Staaten, selbst die welche bisher die erste Rolle in der großen Politik gespielt haben, das Schicksal der Staaten des griechischen Alterthums zwischen Macedonien und Rom vermeiden können.

Ein unverkennbarer Trieb zur engern Verbindung ist indessen unter den europäischen Staaten in der That auch wirksam. Nur geringe Zeit wird verstreichen bis sie, zwischen Rußland und Amerika, nur noch ein einziges handelspolitisches System ausmachen werden. Die Freihandelsfrage ist bereits zu einer Frage des positiven europäischen Völkerrechts geworden, von welchem sich die beiden außereuropäischen Weltmächte entfernt halten werden. Von da bis zur Verwirklichung des Gedankens europäischer Congresse — gegen den sich nur der europäische Separatismus eine Zeit lang sperren wird wie sich jetzt der ungarische Separatismus gegen die Beschickung des Wiener Reichsraths sperrt — ist kein großer Schritt mehr. Der stätig zunehmende materielle und geistige Verkehr, die Verflechtung aller Interessen und die Ausgleichung der Sitten, gehören zu dieser Bewegung. Die große Lebensfrage für jeden europäischen Staat ist nur noch die: welche Stellung und Bedeutung er in Zukunft als Kanton in dieser großen europäischen Eidgenossenschaft einnehmen wird. Dieß also ist auch die Lebensfrage für Oesterreich.

Die Interessen unsers Welttheils und der menschlichen Cultur überhaupt scheinen das Dasein einer politischen Machteinheit gerade auf dem vom österreichischen Kaiserstaat eingenommenen Gebiet zu fordern — einer Machteinheit deren Bestimmung es ist die sich widerstrebenden Raceelemente und

auseinanderlaufenden Lebensrichtungen des Nordens, Südens, Ostens und Westens durch Unterwerfung unter einen gemeinsamen Staatsgedanken in Wechselwirkung zu setzen und ihre Culturcharaktere zu verschmelzen. Insbesondere scheint Oesterreich die Werkstätte sein zu sollen in welcher die Staatsformen zur Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Staat und Nationalität für die alte Welt überhaupt ausgearbeitet werden. Ich sage: Oesterreich „scheint" die Werkstätte sein zu sollen, und die Interessen des Welttheils „scheinen" sein Dasein zu fordern. Das Urtheil von welchem Oesterreich diese Aufgabe zugewiesen wird, kann ein irriges sein. In dem großen Ganzen des europäischen Systems kann in der Form einer allgemeinen europäischen Bundesgenossenschaft eine Aufgabe gelöst werden, zu deren Lösung Oesterreich uns jetzt als Nothwendigkeit erscheint. Das ist möglich. Aber Oesterreich selbst würde damit aufhören eine Nothwendigkeit zu sein, und keine Macht bedarf wohl mehr zu ihrem Dasein des Beweises ihrer Nothwendigkeit als eben Oesterreich.

Ist aber das Urtheil von welchem Oesterreich die bezeichnete Aufgabe zugewiesen wird ein praktisch wie theoretisch begründetes, dann erhält der Beruf Oesterreichs einen ganz allgemeinen culturhistorischen Charakter, durch welchen der Kaiserstaat eine gewisse Charakterähnlichkeit mit der nordamerikanischen Union bekommt. Beiden ist dann das politische Problem der Verbindung individueller Freiheit mit massenhafter Gesammtmacht gemeinsam, obschon die Lösung für beide verschieden sein muß. Der amerikanische Widerstreit ist der zwischen der Idee und der Natur; der österreichische der zwischen der Idee und der Geschichte. In beiden Fällen aber ist die Lösung nicht durch den einfachen, sondern

nur durch den zusammengesetzten Staat möglich. Den zusammengesetzten Staat aber nennt man ein Reich.

Das „Reich“ unterscheidet sich vom „Staat“ im gewöhnlichen Sinn durch seine Zusammensetzung aus mehr oder minder eigenlebigen Theilen. Gewisse Grade der Autonomie, gewisse Formen localer Selbstregierung, in der Zusammensetzung also ein gewisser Grad von Föderalismus, gehören dem „Reich“ seiner Natur nach an. Um jedoch mit Bezug auf Oesterreich unbefangen zu urtheilen, muß man sich von Parteischlagwörtern emancipiren. Einen principiellen Sinn hat der Gegensatz zwischen Centralismus und Föderalismus für Oesterreich, insofern er den Gegensatz zwischen dem einfachen und dem zusammengesetzten Staat bezeichnet. Der Dualismus, welchen die Parteisprache westlich wie östlich von der Leitha dem Föderalismus entgegensetzt, ist nur ein besonderer Fall des letztern — nur eine besondere Art der Zusammensetzung, nämlich derjenigen aus der geringsten Zahl von Theilen. Nimmt man dagegen für Oesterreich als entschieden an daß es ein Reich, nicht aber ein einfacher Staat sein soll, dann bezeichnen Centralismus und Föderalismus nichts als Grade und Formen deren Werth sich nach Umständen und Bedürfnissen richtet, und für die es keine Musterform gibt, wie das Staatsrecht des constitutionellen Systemes nach Schulbegriffen sie zu besitzen so stolz ist. Dieses Staatsrecht aber gehört, wie alles was den einfachen Staat betrifft, nur den niedern Theilen der Politik an, und langt nirgend aus wo sich höhere politische Erfordernisse und Aufgaben darbieten.

Es ist vor einiger Zeit in einem Wiener Blatt ein „Credo“ des österreichischen Centralismus aufgestellt worden,

welches seine Grundforderung dahin formulirt hat daß Oesterreich vor allem ein Staat werde — „ein Staat vor Gott und Menschen." Der Ausdruck ist lehrreich für das Wesen des österreichischen Centralismus. Unter dem „Staat vor Gott und Menschen" kann doch wohl nur der einfache Staat nach dem Begriff der Schule verstanden sein. Mit dieser Forderung also stellt sich der österreichische Centralismus in Widerspruch gerade mit den Interessen der Culturgeschichte die in Oesterreich ihre Befriedigung suchen. Gegen die Ausführung des Schulbegriffs vom einfachen Staat empören sich in Oesterreich die innern Lebensmächte, und es widersetzen sich ihr ebenso sehr die äußern Interessen. Denn nichts kann irriger sein als zu behaupten, daß gerade diese letztern Oesterreich zwingen sich als einfacher Staat zu organisiren. Der Centralismus des einfachen Staates, sei er ein bureaukratischer oder parlamentarischer, muß unvermeidlich dahin wirken Oesterreich — wie jetzt die Dinge stehen — allmählig aus der Verbindung mit Deutschland zu lösen. Dieß jedoch bedeutet die Entstehung einer preußisch-deutschen Nationalmacht, welche später die deutsch-österreichischen Länder als deutsches Nationaleigenthum zurückfordern wird, und dieß mit viel mehr Recht thun kann als Italien auf Venedig geltend zu machen Grund hat. Wenn man bedenkt daß sich ein solches Verhältniß mit den centrifugalen Lebensrichtungen der italienischen, slavischen und ungarischen Reichsbestandtheile verbinden würde, so wird man nicht im Stande sein zu läugnen daß die Idee des „Staats vor Gott und Menschen" für Oesterreich nur Gefahren und gar keine Sicherheiten darbietet.

Daß im politischen Centralismus die besondere Bedingung

ausgezeichneter Macht liege, ist, wenn nicht von vorübergehenden Lagen und einer Anwendung der Macht gegen die Interessen der Nation selbst die Rede sein soll, einer der größten Irrthümer — ein Vorurtheil schädlichster Art. Niemand freilich bestreitet daß aus einer Decentralisation welche an die Auflösung gränzt nur Schwäche folgen kann, soweit nicht etwa umgekehrt sie die Folge der Schwäche ist. Daraus geht aber nicht hervor daß die Concentrirung politischer Initiative auf einen Punkt dauernd dem Staate zu einer ausgiebigeren Kraftquelle werden könne als die Vertheilung dieser Initiative durch den reicheren Organismus eines zusammengesetzten Staatswesens. Gerade das Gegentheil ist wahr. Immer und überall in der Geschichte haben die Bundesgenossenschaften oder Staaten mit ausgebildeter örtlicher Selbstregierung einen geschichtlichen und politischen Rang eingenommen, und einen Einfluß ausgeübt der weit über die ihnen nach dem centralistischen System zukommenden Machtbedingungen hinausreichte. So die Staaten Griechenlands. Im Föderativsystem lag ihre Stärke. Nicht dem Wesen dieses Systems, sondern ihrer Untreue gegen dasselbe, der sie sich nach den beiden entgegengesetzten Richtungen des Separatismus und der Herrschsucht ergaben, ist ihr Untergang zuzuschreiben. Scheint das Föderativsystem der Gefahr leichterer Auflösung ausgesetzt zu sein, so ist es dafür um so zäher und biegsamer. Mit welcher Sicherheit hat die Schweiz den Sonderbundskrieg bestanden, und in welchem riesenhaften Maß ist Nordamerika dem Beispiele gefolgt! Oesterreich dagegen war nicht im Stande mit eigenen Mitteln der ungarischen Secession von 1848 und 1849 Meister zu werden. Die Schweiz als ein Einheitsstaat würde nicht den zehnten

Theil der politischen Macht und Bedeutung haben den sie als Bundesgenossenschaft in der Geschichte entwickelt hat. Die Macht des brittischen Weltreiches geht von einer kleinen Insel aus deren Bewohner ihre ausnehmende Thatkraft der Gewohnheit örtlicher Selbstverwaltung verdanken, und dieses Weltreich hat seinen Vortheil darin gefunden mit seiner wachsenden Ausdehnung dem föderativen Princip im Verhältniß seiner Kolonien zum Mutterland immer mehr Einräumungen zu machen. Aus der mit Zerfall drohenden Krisis der nordamerikanischen Union glaubte man noch vor kurzem die stärksten Beweismittel für die behauptete Schwäche des Föderativsystems, also zu Gunsten des einfachen Staatsbaues, herleiten zu können. Der Ausgang hat den Irrthum dieser voreiligen Beurtheilung dargethan. Die Vereinigten Staaten sind aus der furchtbarsten Prüfung als eine der ersten Mächte der Welt hervorgegangen. Eine Empörung in riesenhaftem Maßstab, ein Bürgerkrieg für dessen Dimensionen die Geschichte kein Beispiel kennt, ist durch die Mittel des Föderativsystems überwunden worden, ohne daß dieses System dabei Schaden gelitten. Die durch den Krieg entstandene Staatsschuld sollte nach europäischem Urtheil auf lange Jahre hinaus dem Volke der transatlantischen Großmacht wenigstens die Flügel lähmen. Statt dessen sehen wir nach kaum wiedergekehrter Ruhe, in einem Zeitraum dessen Kürze in den centralisirten Staaten Europa's kaum zur Durchführung eines merkbaren Fortschritts auszureichen pflegt, das amerikanische Leben mit freudiger Zuversicht und erhöhtem Kraftgefühl den Weg seiner hoffnungsvollen Entwicklung fortsetzen, Ordnung und Gedeihen mit beispielloser Schnelligkeit wiederkehren, das Föderativsystem in seinen wesentlichen

Formen neubefestigt, und die Zeit nahe bevorstehend wo die Vereinigten Staaten von Amerika sich den vereinten Mächten des europäischen Abendlands ebenbürtig werden gegenüberstellen können. Der französische Centralismus hat, bescheiden zurückziehend, sich dieser Thatsache fügen müssen, und wird es noch weiter zu thun haben. Im Wettstreit zwischen Centralismus und Föderalismus auf der großen Schaubühne der Weltpolitik erweist sich letzterer als die größere und besonders die productivere Kraft.

Durch eine theoretische Betrachtung der Bedingungen politischer Macht sollte, ganz abgesehen von solchen Erfahrungen und Thatsachen, der politische Philosoph auf das nämliche Ergebniß geführt werden. Aus den tausendfachen Kraftquellen des örtlichen und individuellen Lebens muß der Staat, wie er auch organisirt sein möge, seine Gesammtkraft herleiten. Wie sich Regen- und Thautropfen zur befruchtenden Feuchtigkeit des Bodens, zu verborgenen Wasseradern, zu Brunnen, Bächen, Flüssen und Strömen vereinen, so fließt die Gesammtkraft des Staats aus tausend Lebensadern zusammen, welche an den zahllosen Punkten örtlicher und individueller Krafterzeugung saugen. Je freier und ungehemmter sich also an diesen Punkten das Leben bethätigen kann, um so reicher wird der Zufluß, um so mächtiger wird die Strömung in welcher die Gesammtkraft des Staats sich fortbewegt. Ursprünglich erzeugt werden die Kräfte in den zahllosen und endlosen Berührungen und Wechselbeziehungen der gesellschaftlichen Elemente, deren freies Spiel, durch innewohnende Anziehungen und Abstoßungen unterhalten und geregelt, viel größere Erfolge bedingt als durch die höchste Regierungskunst bewirkt werden kann. Es ist ein chemisch-

socialer Proceß zwischen Millionen Theilchen, der eine galvanische Kraft erzeugt, unberechenbar mächtiger als die mechanische Kraft die das Ganze zusammengefaßt als Masse ausüben könnte. Die vielfältige und andauernde Wiederholung der Wirkung kleiner Ursachen ist den massenhaften Kraftwirkungen im Erfolg unendlich überlegen. Dieß ist eines der großen Geheimnisse der Macht freier Staatsformen. Keine Staatskunst, wie weise und gut sie auch sein möge, kann durch ihre Leistungen, es sei denn daß diese in der Entbindung individueller und örtlicher Kräfte bestehen, auch nur einen kleinen Theil der Kraft hervorbringen welche durch die Selbstthätigkeit eines bis in alle seine Atome mit initiativem Leben durchdrungenen Volks erzeugt werden kann. Daß hiermit nicht gesagt sein soll die politische Gesellschaft könne für klar bestimmte Zwecke der Einheit des Willens entbehren, versteht sich von selbst.

Der zusammengesetzte Staat, welcher seiner ganzen Natur nach die freiere Bewegung eines reicher gegliederten Lebens darstellt, ist nicht schwächer sondern stärker als der einfache. Durch seine Machtinteressen kann daher Oesterreich nicht bestimmt werden sein Heil im Centralismus zu suchen, sei dieser ein bureaukratischer oder parlamentarischer. Den zusammengesetzten Lebenselementen, den vielartigen Bestandtheilen der Gesellschaft und der Volksmasse, entspricht für Oesterreich ein Staatsorganismus der mit gleichförmigen Forderungen gemeinsamer Interessen sich auf das Nothwendige beschränkt, dieses Nothwendige aber allerdings mit Nachdruck zu verwirklichen vermag. Ein solcher Staats- oder vielmehr Reichsorganismus entspricht zugleich dem wahren Liberalismus. Liberal regieren heißt so wenig wie möglich regieren,

gleichviel ob es bureaukratisch oder parlamentarisch sei. Der Liberalismus des Verfassungsrechts besteht darin daß es das Zuvielregieren unmöglich macht. Auf die Gefahr einiger Rohheiten des individuellen Lebens muß man es dabei ankommen lassen. Sie sind dem allgemeinen Interesse minder schädlich als die Rohheiten des geistlosen Formalismus welcher von oben in die individuelle Freiheit und die örtliche Selbstbestimmung eingreift. Man kann das politische Leben eine Selbsterziehung der Völker nennen; und wie in der Pädagogik, so ist es auch in der Politik eine unglückliche Verkehrtheit, der Furcht vor rohen Kraftäußerungen die Bedingungen der Kraftentwicklung zum Opfer zu bringen. Man hat dieses Bestreben irgendwo nicht ohne Glück den „Culturzopf" genannt Individuelle Selbstthätigkeit im Denken wie im Wollen und Thun — dieß ist es was den Grundgedanken aller österreichischen Reformen, von der Elementarschule bis zur Reichsverfassung, ausmachen muß, wenn der Lebensbaum des Reichs von seinen Wurzeln bis zu seiner Krone verjüngt werden soll. Auf einige wilde Reiser kommt es dabei nicht an. Daß Oesterreich vollständig und für immer dem Chinesenthum — sei es ein patriarchalisches, ein militärisches oder ein constitutionelles — entwächst: dieß ist das wesentliche in den Bedingungen seiner Macht und Sicherheit, die Voraussetzung zur Erfüllung seines Berufs.

III.

Oesterreichs Aufgaben und das Februarsystem.

Der österreichische Centralismus mit dem Ideal des einfachen Staates, sey er absolutistisch oder parlamentarisch construirt, ist so wenig wie der Separatismus der österreichischen Nationalitäten ein Erzeugniß unhistorischer Lebensrichtungen. Beide gehen mit einander naturgemäß aus dem Verfall des deutschen Reichs hervor, zu dem sie aber auch als vorausgehende latente Macht das ihrige mit beigetragen haben. Auf dem gleichen Schutthaufen mit einander emporgewachsen, mußten sie ebenso naturgemäß sich bald den Boden streitig machen. So wurden sie zu zwei feindlichen Principien, deren Kampf den kaum entstandenen österreichischen Kaiserstaat sogleich wieder in seinem Daseyn bedrohte. Die Schwankungen dieses Kampfs sind das Grundthema der neuesten österreichischen Geschichte. Auf die Gefahr des Zerreißens folgte ein doppelt straffes Zusammenziehen. Der Einheitsgedanke übte dabei seine Macht zuerst in absolutistischer Form aus. Es war der naturgemäße Rückschlag drohender Zersetzung. Als bloßer Rückschlag indessen konnte der Vorgang kein dauerndes Erzeugniß hervorbringen. Das was nichts als eine durch den Sturm erhobene Woge war,

konnte nicht zu Dauer und Festigkeit bestimmt seyn. Es sollte aber ein Damm aufgeführt werden an dem sich in Zukunft die Wellen brechen. Das war die Absicht welche dem Octoberdiplom und in anderer Weise dem Februarstatut zu Grunde lag. Die Absicht war eine durchaus conservative. Auch das Februarstatut war nicht auf die Freiheit, sondern auf die Einheit, die Sicherheit und die Macht berechnet. Von der größern Zahl seiner Anhänger wurde freilich die Sache anders aufgefaßt; aber darum war auch von Anfang der Zerfall der Partei prädestinirt. Von Anbeginn den Zwiespalt in sich tragend, hätte das Februarsystem auch dann noch nicht den Abschluß der Schwankungen des vorausgegangenen Kampfes bilden können, wenn das Statut für sich allein die Reichsverfassung dargestellt hätte. Aber das Februarstatut gründete sich auf das Octoberdiplom, welchem für die Lösung des Widerstreites zwischen dem Staatsgedanken und den autonomen Kräften des Reichs, seien sie Nationalitäten oder Volksclassen, eine ganz andere Anschauung zum Grunde lag. Beide — Februarstatut und Octoberdiplom — sind allerdings mit einander Bestandtheile der österreichischen Verfassung; aber beide gehören darum nicht minder sehr verschiedenen politischen Systemen an. Wer darin ein Uebel sieht — und es liegt allerdings darin ein Uebel — dem bleibt nichts übrig als redlich an der Lösung des Widerspruchs mitzuwirken, im übrigen aber sich mit dem öffentlichen Recht Englands zu trösten, welches aus so vielen incongruenten Theilen besteht. Wie das aber auch beurtheilt werden mag: die Wogen des Kampfs waren weder mit dem Octoberdiplom noch mit dem Februarstatut besänftigt, und eben so wenig bildeten diese Staatsrechtsbauten einen hin-

reichenden Fluthbrecher. Dazu fehlte namentlich dem letztern, welches als späteres Werk das ergänzende und entscheidende wurde, die Tüchtigkeit des Gefüges. Man kann in der Unterscheidung, Abgränzung, Zusammensetzung und Entstehungsart des engern und weitern Reichsrathes zwar die gute Absicht, aber auch die Unsicherheit in der Ausführung nicht verkennen.

Das Bestreben die Gegensätze zu versöhnen kann dem Februarstatut nicht abgesprochen werden. Man kann, wie klar es auch ist daß ihm der einfache Staat als leitender Gedanke vorschwebt, ihm doch nicht schuldgeben rein centralistisch zu sein. Mit der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses aus den Delegirten der Landtage ist dem Föderalismus eine Einräumung gemacht die sich bis jetzt in keiner monarchisch parlamentarischen Verfassung wieder findet. Die Verfassung des brittischen Reichs mit seinen Kolonien geht allerdings in einer gewissen Beziehung im Föderalismus noch weiter. Diese Kolonien, welche doch wesentliche Reichsbestandtheile sind, haben ihre eignen halbsouveränen Regierungen und Parlamente. Es wird von ihnen nicht verlangt sich im Reichsparlament zu London vertreten zu lassen. Es ist ihnen dies aber auch nicht gestattet, falls sie es wünschen sollten, und das Reichsparlament übt dennoch über sie die Oberhoheit aus. So ist das Februarstatut allerdings schon ein Mittelding zwischen Centralismus und Föderalismus, vielleicht auch — durch die Idee des engern Reichsrathes — ein Uebergang von beiden zum Dualismus. Durch den Umstand aber daß der weitere Reichsrath den engeren in corpore in sich aufnimmt, oder vielmehr daß der letztere wie er ist den Hauptbestandtheil desselben bildet und daß

das Abgeordnetenhaus beider aus den Landtagen hervorgeht, wird der föderalistische Gedanke wieder verfälscht und eine schädliche Verwirrung hervorgebracht, die dem Kampf entgegengesetzter Bestrebungen allen Vorschub leisten mußte. Der ganz verschiedene Geist des Octoberdiploms, welchem der Gedanke nicht des einfachen sondern des zusammengesetzten Staats vorschwebt, kam hinzu. Wo aber in einem Gedankenwerke wie hier verschiedene Ideen unorganisch neben einander liegen, da läuft naturgemäß die Entwicklung einseitig in der einen und der andern Richtung, und das Ergebniß ist ein ähnliches wie im Thierreich bei der Fortpflanzung der Bastarde, welche das Wiederauseinanderfallen der Racen zur Folge zu haben pflegt. Das Februarstatut ist nicht eigentlich centralistisch, aber centralistisch ist der Geist des Februarsystems von welchem das Statut auf seine Weise interpretirt wird. Das Reich zum einfachen Staat zu machen, ist das offen bekannte Ziel dieses Geistes. Die Partei welche sich von demselben leiten läßt, ist der österreichische Doppelgänger der großpreußischen, oder — was dasselbe sagt — der kleindeutschen Partei im außerösterreichischen Deutschland — die Schwester der in Deutschland sogenannten gothaischen Partei.

Der Geist dieser centralistisch-großösterreichischen Partei ließ so wenig eine Lösung der ungarischen wie der deutschen, und so wenig der polnischen wie der italienischen Frage zu. Dies ist der eigentliche Cardinalpunkt in der Beurtheilung derselben. Ihr System trat in Widerspruch mit der ganzen europäischen Bewegung, und zog sich instinctmäßig auf die innere Politik des Reichs zurück. Zu jenem Mangel an Initiative welchen man der auswärtigen Politik Oesterreichs

Schuld geben muß, und welcher seine Grundursache in den rückwärts gewendeten Interessen hat, mußte demnach das Februarsystem unvermeidlich das seinige beitragen, und wo immer die auswärtige Politik einen Aufschwung nehmen wollte, sah sie sich vielmehr durch die innere gehemmt, als das umgekehrte stattfand. Wenn das Februarsystem den Ungarn zurief: es könne warten, so war dies kein so großer Fehler als zu glauben es sei stark genug die Welt auf sich warten zu lassen.

Es ist öfters behauptet worden daß das Februarsystem das System der deutschen Partei und der deutschen Interessen in Oesterreich sei, und es ist Thatsache daß die deutsche Bevölkerung des Reiches den Sturz dieses Systems als eine Niederlage empfunden hat. Ist dieser Vorgang aber auch eine Niederlage der deutschen Sache im deutsch-nationalen Sinne gewesen? Das Gegentheil möchte der Fall seyn. — Es ist ein mit der Sprache getriebener Mißbrauch die centralistische Partei Oesterreichs, obschon sie hauptsächlich aus Deutschen besteht, die deutsche zu nennen. Sie ist vielmehr die Partei des östereichisch deutschen Separatismus, und hat sich selbst nur richtig bezeichnet wenn sie sich die großösterreichische Partei genannt hat. Diese Partei würde sich's, ohne dafür zu handeln, gefallen lassen daß Deutschland österreichisch, aber nicht gern daß Oesterreich wahrhaft deutsch würde, ganz so wie es mutatis mutandis die großpreußische Partei macht. Die letztere behauptet die deutsche Nation zu repräsentiren, um Deutschland zu annectiren; die großösterreichische macht von ihrem Deutschthum nur Profession wenn sie durch andere Nationalitäten ins Gedränge kommt, und hat mit ihrem parlamentarischen Einheitsstaat das undeutscheste

Ziel verfolgt welches in Oesterreich möglich war. Ein österreichischer Reichsrath nach dem Februarstatut, in welchem alle Nationalitäten des Reiches der Absicht gemäß vertreten gewesen wären, hätte den großdeutschen Hoffnungen vollständiger ein Ende gemacht als es durch die österreichisch-preußische Allianz hat geschehen können. Er würde selbst den Triasgedanken von sich gewiesen haben. Zu gleicher Zeit großösterreichisch und großdeutsch seyn zu wollen, kann nur ein gewissenloses Spiel mit Volksgefühlen und Volksinteressen oder eine beklagenswerthe Unklarheit der Ziele sein. Hätten die Vertreter des österreichischen Centralismus für die Reform des deutschen Staatenbundes wenigstens ein ehrliches und ernsthaft gemeintes Triasprogramm aufgestellt, dann hätte die Partei ihr politisches System mit dem beanspruchten deutschen Charakter in Einklang bringen können. Es gab in Deutschland Augenblicke in denen es nur von Wien aus einer ernsten Nachhülfe bedurfte um die in München, Dresden, Stuttgart und Darmstadt, selbst in Hannover und nachher in Karlsruhe, vorhandene Bereitwilligkeit bis zu Thaten vorwärts zu treiben, und die deutsche Frage wäre einer Lösung entgegengeführt worden nach welcher sie dem österreichischen Parlamentarismus nie mehr beschwerlich gefallen seyn würde. Es erforderte dazu nichts als daß von Wien aus die Berufung eines Parlaments der Mittel- und Kleinstaaten befürwortet, und gegen preußische Einsprache in Schutz genommen worden wäre. Statt diesen Weg zu betreten, hat der österreichische Centralismus die deutsche Frage durch die ungarische, und die ungarische durch die deutsche von sich abgehalten, um Entscheidungen zu entgehen denen er sich nicht gewachsen fühlte, und welche seine Träger

aus der imaginären Höhe ihrer parlamentarischen Stellung unvermeidlich hätten herabstürzen müssen. Es hat dem Centralismus nichts geholfen: der Sturz ist dennoch erfolgt.

Es ist von praktischer Wichtigkeit klar ins Auge zu fassen, daß, in der unvermeidlichen Verknüpfung deutscher und österreichischer Politik, das Februarsystem in letzter Folge auf die Zulassung der großpreußisch-kleindeutschen Einheitsplane führen muß. Ganz folgerichtig verfahren daher von ihrem Standpunkt jene preußischen Blätter welche so eben dem österreichischen Deutschthum zu seiner angeblich deutschen Haltung Glück wünschen. Diese deutsche Haltung arbeitet für Preußen, und da für die Herren innerhalb der schwarzweiß gestreiften Gränzpfähle Deutschland gleich Preußen und Preußen gleich Deutschland ist, so sagen sie keine Unwahrheit wenn sie unsere Centralisten loben. Den preußischen Planen das einzige wirksame System über das der österreichische Centralismus zu verfügen hatte — das der Trias — entgegenzustellen, war die Thatkraft unserer parlamentarischen Centralisten zu klein, ihr Dünkel zu groß. Mit Preußen sich über die Demarcationslinie für ein deutsches „Condominium" zu verständigen, hätte ihrer Sinnesart näher gelegen, wenn eine solche für die Macht und den Glanz eines Wiener Centralparlaments freilich viel versprechende Politik so leicht gemacht wie gedacht wäre. Jedenfalls ist das Verhalten Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eine ganz natürliche Folgeäußerung des österreichischen Centralismus gewesen, der, wenn er dieses Verhalten gelegentlich im Reichsrath einer Kritik unterwarf, theils damit sich dem Vergnügen der Oppositionsmacherei hingab, theils nicht einsah daß er die Consequenzen

seines eignen Systems angriff. Der österreichische Centralismus gehört mit Nothwendigkeit zu der Großmachtspolitik des Kaiserstaats, die ihm seine Stellung in der europäischen Pentarchie angewiesen und die auf der Abtrünnigkeit von Deutschland beruht. Daß er im Februarsystem einen parlamentarischen Charakter angenommen, konnte diese Abtrünnigkeit nicht schwächen sondern nur stärken, weil es den selbstgenügsamen und separatistischen Geist aus den Bureaux in das Volk verpflanzt. Die letzten Folgebildungen des pentarchischen Systems haben sich in Oesterreich geltend zu machen gesucht, nachdem das System selbst im Krimkriege schon seinen Todesstoß erhalten. Auch der preußische Parlamentarismus, der von Natur centralistisch ist, weil Preußen von der Geschichte nur zum Staat und nicht zum Reich prädestenirt wurde, hat der deutschen Sache in Preußen nicht nützen können, und Graf Bismarck hat unstreitig einen ganz praktischen Blick bewiesen, indem er angenommen daß die realen Interessen der preußischen Politik in Deutschland durch ein unparlamentarisches Vorgehen nicht gefährdet werden können. Vor Jahren hat ein scharfsinniger politischer Schriftsteller, Constantin Frantz, den Gang der Dinge vorausgesagt den wir nun in den beiden deutschen Großstaaten erlebt haben. Weniger Scharfsinn haben aber jene andern preußischen Politiker an den Tag gelegt welche in dem sogenannten Schmerling'schen Systeme das preußenfeindliche Princip der österreichischen Politik erkennen zu müssen glaubten. Man mag für dieses Urtheil einen Anhaltspunkt an den Anschauungen des Staatsmannes zu besitzen geglaubt haben welcher dem Systeme seinen Namen gegeben; aber Systeme sind stärker als die Anschauungen einzelner, selbst

bedeutender, Menschen. Die Donquixoterie des Kampfes gegen den Liberalismus im allgemeinen verleitet von Zeit zu Zeit die edlen preußischen Ritter zu Hieben die in die Luft fallen, während der wahre Feind sich ihren Blicken entzieht. Das centralistisch-parlamentarische Oesterreich ist ein Concurrent, nicht aber ein Gegner preußischer Plane in Deutschland. Es hat gegen Preußen die ganze Empfindlichkeit eines Rivalen, nicht aber das Gefühl eines Menschen der einem ganz andere Ideale huldigt. Dieses letztere Gefühl muß man bei der eigentlichen großdeutschen Partei suchen, der die Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen eine fremde Angelegenheit ist. Diese Partei aber ist nach ihrer ganzen innersten Natur föderalistisch. Freilich ist sie dies zunächst nur für Deutschland. Was sie aber auch für Oesterreich sein möge, sie hat keinen Grund ein Freund des österreichischen Centralismus zu sein, welcher, vollständig durchgeführt, nicht einmal die Verwirklichung des Triasgedankens zulassen würde. Die großdeutsche Partei muß vielmehr in Oesterreich einen gemäßigten und mit Verstand ausgeführten Dualismus ihrem Vortheil am meisten entsprechend finden. In den Ungarn, solange diese den dualistischen Bogen nicht überspannen, sieht sie ihre Bundesgenossen gegen die Preußen, deren deutsche Erfolge in Oesterreich nur zu Gunsten des Centralismus wirken können und darum dem ungarischen Interesse zuwider laufen. Wenn auch jetzt unsere centralistischen Organe mit Preußen zürnen, so ist es einzig weil von daher kein nach ihrer Ansicht annehmbares Theilungsanerbieten kommen will. Um einen ordentlichen Preis würden sie ohne Scheu für den Verrath an Deutschland stimmen. In jeder Richtung ist die centralistische Partei

Oesterreichs, die sich vorzugsweise die deutsche zu nennen wagt, den deutschen Interessen, wie man sie in Deutschland versteht, entgegen.

In den Zusammenhang welcher die ungarische und die deutsche Frage verbindet, ist auch die italienische und die polnische eingeschlossen. Das Grundverhältniß in diesem ganzen Gewebe ist dieses: daß die deutsche Frage dasselbe von außen, die italienische dasselbe von innen beherrscht. Die italienische Frage in ihrem Kern ist die römische. Die römische Frage verhält sich zur polnischen wie die deutsche zur ungarischen, und die polnische zur ungarischen wie die römische zur deutschen. Die deutsche und die ungarische sind Fragen der Macht, die römische und die polnische Fragen der Doctrin oder des mechanisch verstandenen Princips. In der Gemeinsamkeit des doctrinären Legitimismus liegt die Ungeheuerlichkeit jener naturwidrigen „Solidarität der conservativen Interessen" begründet welcher die Polen aufgeopfert worden sind, und der es bei dieser Gelegenheit gelungen ist sich das Februarsystem für ein illiberales Geschäft dienstbar zu machen und ihm damit eine Grube zu graben. So wenig dieses System auch seiner Natur nach mit dem Legitimismus geistlicher und weltlicher Art zu thun hat — in der polnischen Frage hat es sich zum Parteigänger desselben gemacht. Für den Gedanken daß die polnische Frage für Oesterreich auch etwas anderes als den Verlust Galiziens bedeuten könne, hatte das Februarsystem kein Verständniß. Die Theorie des einfachen Staates nach dem Schulbegriff sagt nichts darüber. Auf den Mangel dieses Verständnisses gründete sich seine Complicität mit dem doctrinären Legitimismus — eine Complicität welche zur Verständigung mit Preußen, zur

Annäherung an Rußland, zum Widerspruche mit sich selbst, endlich aber zur Spaltung des Systems in die beiden Elemente des Scheinconstitutionalismus und der radicalen Opposition trieb. Man darf nicht vergessen daß der tiefwirkende Conflict über §. 13 der Februarverfassung, in welchem der Scheinconstitutionalismus des Ministeriums klar zu Tage kam, sich an den polnischen Angelegenheiten entwickelte.

Dem doctrinären Legitimismus, welchem für „die Solidarität der conservativen Interessen" in gleicher Weise Petersburg und Rom als Heiligthümer gelten, ist im letzten Grund auch das Scheitern des deutschen Reformplans zuzuschreiben. Durch den Einfluß dieses Geistes hatte der Plan einen Beigeschmack von Restaurationspolitik erhalten, welcher nicht geeignet war die der lebendigen Gegenwart angehörigen Kräfte der deutschen Nation für sich zu gewinnen. Und als es klar wurde daß nur um den Preis einer Befreundung mit diesen Kräften und voller Hingebung an den Geist des modernen Lebens das begonnene große Werk zu vollbringen sei, wurde auch auf Seite seiner legitimistischen Freunde dieser Preis zu hoch befunden. Auf den Fürstentag folgte das Einverständniß mit dem Bismarck'schen Preußen, welches sich in Wien für gut legitimistisch auszugeben verstand, und an die Stelle der großdeutschen Politik trat hier die Demarcationslinie zwischen dem protestantischen und dem katholischen Legitimismus. Der polnische Aufstand zog Rußland wenigstens momentan in das Interesse, und überwand in Wien und St. Petersburg mindestens einen Theil der bestehenden Abneigung. Die deutsche und die polnische Frage, die sich gegenseitig hatten stützen sollen, dienten sich gegenseitig zu stürzen, weil das Februarsystem weder für die eine noch für

die andere ein wahres Verständniß zuließ. Das Februarsystem machte vielmehr alle diese reactionären Wandlungen mit, folgte im Anfang des dänischen Krieges dem von Europa im Londoner Vertrag adoptirten russischen, im weiteren Verlauf der Sache dem preußischen Interesse, und arbeitete so zu Hause und in allen vier Himmelsgegenden an seiner eigenen Untergrabung.

Der Ausgangspunkt für diesen Verlauf einer legitimistisch doctrinären Reaction liegt in der italienischen Politik, d. h. in der römischen Frage. In dieser letzteren handelt es sich für den Fortschritt der Welt darum die wahren Interessen der katholischen Kirche aus der Verbindung mit den legitimistischen Doctrinen und Zielen zu lösen. In dieser Verbindung sind jene Interessen gegen ihre wahre Natur befangen. Denn von Natur ist die Kirche dogmatisch, aber nicht doctrinär. Zwischen beidem ist ein großer Unterschied. Der doctrinäre Legitimismus ist ein Parasit, welcher an der Lebenskraft der Kirche saugt. Ob das so bleiben soll oder nicht: das ist die eigentliche italienische Frage. Indem das Februarsystem sich durch den Einfluß des polnischen Aufstands in „die Solidarität der conservativen Interessen“ treiben ließ und bis zum Scheinconstitutionalismus sich selbst untreu wurde, bewies es sich in der äußeren wie in der inneren Politik unfähig Oesterreichs Aufgaben zu lösen.

IV.

Die Auflösung des Februarsystems und die Elemente neuer Parteienbildung in Oesterreich.

Wie in jedem Lebensprocesse, kommt es auch in der Politik mehr auf die Bildungsrichtungen als auf die Bildungserzeugnisse an. Im Februarsystem aber sind ursprünglich zwei Richtungen zusammengetroffen welche weder Ausgang noch Ziel mit einander gemein haben.

Die eine dieser Richtungen hatte die Freiheit, die andere die Macht zum Ziele, und während jene von den Freiheitsforderungen ausgieng, nahm diese von den Machterfordernissen ihren Ausgang. Beide täuschten sich selbst oder einander, indem sie ihre gegenseitige Deckung als selbstverständlich annahmen.

Es gibt allerdings einen Weg durch die Freiheit zur Macht, wie durch die Macht zur Freiheit. Daraus folgt aber nicht daß immer auch die Freiheit zur Macht und die Macht zur Freiheit führen müsse. In der Freiheit liegt freilich das größte aller Machtmittel, wie in der Macht das größte aller Freiheitsmittel liegt; aber die Anwendung fordert tiefe Einsicht in das Wesen beider. Aus dieser Einsicht

kann auch nur das richtige Verständniß der Freiheitsforderungen und Machterfordernisse entspringen, ohne welches die beiden Richtungen des politischen Lebens sich nicht decken sondern nur vorübergehend kreuzen können.

Das Ergebniß einer solchen Kreuzung ist das Februarsystem. Von denen welche sich für dieses System entschieden, war es den einen nur um die Macht, den andern nur um die Freiheit zu thun. Jeder von beiden Theilen sah im Grundgesetz vom 26. Februar etwas anderes. Nicht aber der Freiheitszweck, sondern der Machtzweck gab den Ausschlag in der Entstehung und Verleihung des Grundgesetzes. Gegeben wurde es weil man in einem gewissen Maß von Freiheit ein gutes Machtmittel zu erkennen bereit war; begrüßt wurde es, weil man darin ein werthvolles Freiheitsmittel zu erhalten meinte. Den Gebern enthielt die neue Verfassung ein Maximum von Freiheit, den Empfängern, wenn nicht ein Minimum, so doch nicht mehr als eine Abschlagszahlung. Dessenungeachtet verschmolzen für den Augenblick beide Classen von Gönnern — die Geber und die Nehmer — den Mißbilligern und Feinden gegenüber zu einer einzigen Partei: der Verfassungspartei oder Februarpartei. In dieser muß man daher von Anbeginn die vom Machtgedanken und die vom Freiheitsgedanken erfüllte Fraction unterscheiden. In jedem ausgebildeten constitutionellen Leben würde dieser Unterschied die beiden großen Parteien der Nation bezeichnen, weil der Standpunkt außerhalb der Verfassung da gar nicht denkbar ist. Anders in Oesterreich. Hier, unter dem Drucke der Gegner des constitutionellen Lebens überhaupt, verschwanden bei den Anhängern desselben die Unterschiede der Auffassung und Interpretation, und

verschmolzen in einem Trugbild scheinbarer Partei-Einheit. Die Regierung war in den Händen der Machtmänner, die sich von ihren Vorgängern — den Schwarzenberg und Bach — nur durch eine neue Methode unterschieden, die man die liberale nennt, — und die Freiheitsmänner glaubten es seien ihre Leute. Diese letzteren füllten die Bänke des Abgeordnetenhauses, und die Machtmänner rechneten sie zu den ihrigen. Zu welchen bitteren Täuschungen mußte ein solches gegenseitiges Verkennen Anlaß geben! — Vom Standpunkt einer beiderseitigen Fiction ergoßen sich die gegenseitigen Vorwürfe: Mangel an liberaler Entschiedenheit und gutem Willen ward der einen, Mangel an staatsmännischem Tact und Urtheil der andern Seite Schuld gegeben. Man hatte sich verborgen daß jedem von beiden Theilen die Verfassung etwas anderes war, jedem von beiden ein anderes Ziel vorschwebte.

Der Zeitpunkt mußte kommen wo dieses klar wurde. Als er eintrat, standen sich die beiden auseinander geschiedenen Elemente als Schein-Constitutionalismus und radicale Opposition gegenüber.

Den entscheidenden Vorgang bildete die Discussion über Auslegung und Anwendung des §. 13 des Grundgesetzes vom 26 Februar. Dieser Paragraph sagt: daß „wenn zur Zeit als der Reichsrath nicht versammelt ist, in einem Gegenstand seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden müssen, das Ministerium verpflichtet ist dem nächsten Reichsrath die Gründe und Erfolge darzulegen." Es ist klar daß in der Anerkennung dieser untergeordneten Verpflichtung nur die Verläugnung einer höhern Verpflichtung liegt — der Verpflichtung die übergreifende Regierungshandlung dem nachträglichen Urtheil des Reichsraths zu

unterwerfen und diesem Urtheil gegenüber für das Gethane verantwortlich zu seyn. Mit dieser Ergänzung wäre der §. 13 zu rechtfertigen; und da ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, mit welchem diese Ergänzung sehr passend gegeben werden kann, von Seiten der Regierung in Aussicht gestellt war, so hätte von dieser Seite darauf hingewiesen und die Billigkeit der Forderung im Princip anerkannt werden können. Die Hartnäckigkeit der Vertheidigung des Paragraphen wie er ist, welcher rein im Licht einer Thüröffnung für den Absolutismus erschien, charakterisirt daher das Regierungssystem wirklich und wahrhaftig als Schein-Constitutionalismus. Gute Absichten auf die sich die Minister berufen, machen die Sache nicht besser. Sie mögen unbezweifelt gewesen seyn; das System bleibt was es ist. Die Berufung erinnert in merkwürdiger Weise an die „bonne politique," welche Guizot für sich in Anspruch genommen. Mit der Guizot'schen Politik hat überhaupt die des abgetretenen Ministeriums eine große Charakter-Aehnlichkeit. Wie stolz war Guizot darauf sich von den „entraînements" des liberalen Geistes frei zu halten! Diesen Geist in angemessene Schranken zu bannen, wollte er sich durch nichts aus der staatsmännischen Haltung bringen lassen, die ihm vorschrieb seine Zwecke nur durch wohlüberlegte Mittel zu erreichen. Es ist eine culturhistorisch bemerkenswerthe Erscheinung, wie unter den begründeten und unbegründeten Besorgnissen welche durch den Andrang der liberalen Ideen erregt werden, sich Charaktere bilden die es für ihre Aufgabe halten dem Strom des neuen Lebens Maß und Ziel vorzuschreiben. Es sind edle Männer, deren Absicht und Muth unsere Anerkennung verdienen. Aber ein Grundirrthum über die selbstgewählte

Aufgabe ist es zu glauben die Mäßigung könne anders als von innen heraus vor sich gehen. Wer die Bewegung lenken will, muß ihr selbst angehören. Gerade nur durch die „entraînements,“ vor denen sich der österreichische Staatsminister so sorgfältig hütete wie der französische, kann die Lenkung gelingen, wie der Schiffer ohne Wind oder Dampf nicht steuern kann. „So groß daher“ — hat mit Recht ein Kritiker der Guizot'schen Memoiren gesagt — „auch die Zwecke Guizots sind, so kommt doch zuletzt alles nur darauf hinaus daß der Minister sich und andern Glück wünscht wenn wieder eine Kammersitzung überstanden ist.“ Ganz gewiß — für einen Minister der seine Zwecke schon fertig und die „wohlüberlegten“ Mittel dazu bereit hat, muß die Nothwendigkeit sich zur Ausführung des constitutionellen Apparats bedienen zu müssen lästig und ermüdend sein. Der wahre Constitutionalismus ist aber ein ganz anderes System. Er setzt voraus daß durch die Volksvertretung nicht die Regierung dem Volke, sondern das Volk der Regierung die Richtung gebe und die Zwecke vorzeichne. Ein anderes System wird mit Recht Schein-Constitutionalismus genannt, man möge sonst über seinen Werth denken wie man will.

In dem Maß in welchem die innere Zersetzung der Februarpartei fortschritt, wurden die äußeren Feinde thätiger und kühner. Von Anfang an waren sie aufmerksam auf jede Unterlassungs- oder Begehungssünde des Ministeriums, auf jede Schwäche, jeden inneren Widerspruch des Systems gewesen. Je mehr sich diese häuften, um so leichter wurde es dem Systeme Fallen zu stellen. Keine große Frage trat in den Vordergrund mit der nicht versucht worden wäre dasselbe zu stürzen. Die italienische Frage, die

deutsche Frage, die polnische Frage, die dänische Frage gaben Veranlassung zu solchen Versuchen, während in den innern Angelegenheiten die Finanzfrage und die ungarische Frage allmählich vollständig den Boden unterwühlen halfen auf welchem das System stand. Am Ende durfte dieses nicht mehr sich zu bewegen wagen, und jene Stagnation trat ein welche dem Mangel an Arbeitslust und Arbeitskraft zugeschrieben worden ist, im wesentlichen aber die Folge wachsender Hindernisse war. Die Gegner des Systems hatten diesen Zustand gewollt, um damit die Nothwendigkeit des Parteiwechsels zu beweisen.

Der regelmäßige Verlauf des Parteiwechsels ist dieser, daß während der Dauer eines Parteiregiments naturgemäß die Aufgaben welche nach der Methode und innerhalb des Systems der herrschenden Partei sich lösen lassen, allmählich sich erschöpfen, die Fehler sich häufen, die Schwächen zu Tage treten, — während die Gegenpartei, auf die Beobachtung dieser Thatsachen gestützt, innerhalb eines andern Systems und nach anderer Methode vorgehend, ihr Programm ausbildet und dessen Ausführung vorbereitet. In dieser doppelten Bewegung muß es einmal zur Katastrophe kommen. Das ist naturgemäß und wiederholt sich so zu sagen täglich im politischen Leben freier Länder. Nicht in der Ordnung ist es nur wenn eine Partei der andern, selbst in denjenigen Maßregeln über deren Nützlichkeit kein Streit ist, Hindernisse in den Weg legt, um ihre Thätigkeit gänzlich zu lähmen, und nachher aus der Ausführung dessen Ehre und Macht zu ziehen was dem Gegner zu Stande zu bringen nicht gestattet wurde. Es ist dies auf dem politischen Boden ein Kampf mit Waffen die im Zweikampf anständiger

Menschen als unehrenhaft betrachtet werden, und welche im Parteikampf keine bessere Beurtheilung verdienen. Die Gegner des gestürzten Systems sind nicht frei von dem Vorwurfe sich solcher Mittel bedient zu haben. Bei allem dem haben sie aber doch wohl das Schicksal des Systems nur beschleunigt, nicht verursacht. Verursacht wurde dasselbe durch den engen Staatsbegriff welcher die beiden Fractionen der Partei vereinigte, und den Widerstreit zwischen dem Freiheits- und dem Machtgedanken welcher sie trennte.

Es ist für das Verständniß der durch den Systemwechsel entstandenen neuen Verhältnisse von Wichtigkeit, die Elemente zu kennen aus denen die Coalition der Gegner des gestürzten Systems bestanden hat. Es ist eine Coalition, mit welcher man es dabei zu thun hat — eine Coalition deren Bestandtheile auch unmöglich alle bei dem Wechsel ihre Rechnung finden können. An getäuschten Erwartungen und schmerzlicher Erkenntniß kann es auch hier nicht fehlen. Das alles jedoch braucht immerhin einige Zeit, und die Einsicht in die Bedingungen dessen was folgen muß ist unterdessen werthvoll.

In dem Widerstreit zwischen dem einfachen Staatsbegriff und den autonomen Kräften und Interessen einer Gesellschaft wie die der österreichischen Bevölkerung, steht der Militärgeist auf Seite des erstern. Ob absolutistisch oder constitutionell — der einfache Staat mit centralisirter Gewalt entspricht naturgemäß dem Militärgeist. Die centralistische Partei hat darum auch unzweifelhaft in diesem Geist eine Stütze gehabt, wobei von Seiten desselben der Constitutionalismus willig oder unwillig mit in den Kauf genommen worden ist. Der österreichische Militärgeist ist nicht anticonstitutionell; naturgemäß aber wendet er sich doch in seinem

Antheil mehr den Machtinteressen als den Freiheitsinteressen zu welche im constitutionellen Leben Befriedigung suchen. In der Theilnahme für die Bedingungen der Einheit und Macht liegt sogar ein absolutistischer Zug, welcher dem Militärgeist überall natürlich bleibt. Ist also ein Einfluß dieses Geistes auf die Richtung staatsrechtlicher Entwicklungen anzunehmen, so kann er nur zur Stärkung des Machtgedankens gegen den Freiheitsgedanken, und damit nur zur Schärfung des Gegensatzes innerhalb des Februarsystems gewirkt haben. Wichtig wird aber dieser Einfluß nur wenn er sich mit dem Einflusse eines andern Geistes verbindet, und in dieser Verbindung auf die auswärtigen Fragen angewandt, hat er auf die innern Stellungen zurückgewirkt. Auch hierbei indessen ist nur die Schärfung des Gegensatzes innerhalb des Februarsystems die Folge gewesen.

Dieser andere Geist ist der kirchliche, oder vielmehr der kirchenpolitische. Von Natur ist dieser nicht centralistisch. Aus mehr als einem Grund hat er vielmehr das stärkste Interesse an den autonomen Rechten der Classen, Nationalitäten und Landestheile. Der Centralismus der Staatsverwaltung und Staatsgesetzgebung ist ihm gefährlich und darum unerwünscht. Gegen den militärischen Absolutismus und Centralismus stellt er sich also von Natur auf die Seite der autonomen Freiheiten und des Föderalismus. Er ist bei uns von Natur nicht großösterreichisch sondern großdeutsch. Eine Wiederherstellung des deutschen Reichs entspräche so sehr seinen Anschauungen wie eine Losreißung Polens von Rußland. Aber gerade mit der Hinweisung auf Polen treffen wir auf einen der Punkte wo die Kirchenpolitik für gut fand sich für den Centralismus zu entscheiden. Und hier

liegt die Möglichkeit und Veranlassung zur Verbindung des kirchlichen Geistes mit dem Militärgeist. Der kirchliche Geist fürchtet allerdings die Centralisation der weltlichen Autorität; er haßt sogar die Vereinigung weltlicher und geistlicher Macht im russischen Czarenthum. Noch mehr aber fürchtet und haßt er die Revolution, sobald sie mehr ist als ein Krawall welcher die weltliche Autorität vorübergehend in die Enge treibt. Gegen eine ernsthafte Revolution opfert der kirchliche Geist alle seine übrigen Sympathien und Antipathien. So hat ihn denn der polnische Aufstand, für welchen er anfänglich Partei nahm, mit seinem Wachsthum und den sich daran knüpfenden Fragen der großen Politik jener „Solidarität der conservativen Interessen" zugeführt welche, mit Recht oder Unrecht, in der Petersburg im Norden und der Petersburg im Süden zwei gleich werthvolle Zwingburgen des Absolutismus schätzen zu dürfen glaubt. Mit dem Programm dieser „Solidarität der conservativen Interessen," welches über die Ausrottung der katholischen Kirche in Polen und über die Stacheln des Verhältnisses zwischen dem Czaren und dem Papste hinwegzugehen weiß, ist das der Coalition zwischen der Kirchenpolitik und dem Militärgeist entgegenstehende Hinderniß beseitigt, und beide vereint werden nun dem constitutionellen Centralismus als Bundesgenossen ebenso gefährlich wie als Gegner. Der schädliche Einfluß des damit begründeten doctrinären Legitimismus ist in einem frühern Abschnitte gezeichnet worden. Indem er dazu beigetragen die gouvernementale Fraction der Februarpartei gleichzeitig in centralistischer und absolutistischer Richtung weiter zu treiben (Polen und der §. 13), hat er über den Zufall dieser Partei definitiv entschieden, und damit einen Bruch in der Continuität der

Regierungspolitik hervorgerufen dessen Vermeidung wohl selbst für Ungarn vortheilhaft gewesen sein würde, da in einer liberalen Entwicklung des Februarsystems für den Gegensatz zwischen Staatseinheit und Autonomie immer eine Lösung hätte gefunden werden müssen.

Die autonomen Kräfte versöhnen sich mit dem Einheitsgedanken nur durch seinen Liberalismus, in welchem er sich selbst seine Gränze setzt. Nur durch seine Fehler also hat das Februarsystem sich mit ihnen in den schneidenden Widerspruch gesetzt. In diese Fehler aber wurde das System durch den in den Dienst des Legitimismus getretenen Machtgedanken immer tiefer hineingetrieben. Diese autonomen Kräfte bestehen in den Racen, Stämmen und Nationalitäten, den Ständen und Classen der Gesellschaft, den Orts- und Landesbevölkerungen — zuletzt sogar den Individuen mit ihren persönlichen Anschauungen, Zwecken und Mitteln. Der Vortheil aller dieser Elemente trifft allerdings auf der einen Seite in der Einheit des Staatswillens und der Allgemeinheit der Staatsordnung, auf der andern aber in verschiedenen Graden der Selbstbestimmung zusammen. Im engern oder weitern Lebenskreis eines jeden dieser Elemente will ein jedes die keinen Fremden berührenden Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken behandeln und ordnen. Von zweckloser Herrschsucht, überflüssiger Bevormundung und pedantischer Gleichmacherei wird das Recht dazu bestritten. Diese Leidenschaften aber beherrschen nicht nur den absolutistischen sondern auch den constitutionellen Centralismus, und so werden die autonomen Kräfte und Interessen auch zu Gegnern dieses letzteren. Es gibt auch einen parlamentarischen Absolutismus, welcher der Freiheit so hinderlich werden kann wie der

administrative, und die Allgemeinheit seiner Willensacte macht ihn, den individuellen und localen Bedürfnissen gegenüber, in vielen Fällen noch viel gehässiger. Je größer der Staat oder das Reich ist, je verschiedener die Theile aus denen es besteht, je mannichfacher die Elemente seiner Bevölkerung, um so drückender wird die Centralisation, um so lauter das Bedürfniß der localen Selbstverwaltung, um so mehr muß, wenn örtliches und individuelles Leben nicht ertödtet werden soll, das Gebiet der allgemeinen Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten auf das Unerläßliche beschränkt werden.

Von wichtigen Folgen für die Parteibildung ist nun die Thatsache daß in den Abwägungen zwischen den Competenzen des allgemeinen politischen Willens und der individuellen und localen Selbstbestimmung größerer und kleinerer Lebenskreise die Interessen verschiedener Classen, Stände und Localitäten verschieden sind. Im Allgemeinen sind die Nationalitäten, Racen und Stämme aus welchen eine Staats- oder Reichsbevölkerung besteht, dem freien Spiel localer Autonomie und besonderer Selbstbestimmung günstig und gewogen. Der Adel hat ein Interesse daran sich ihnen anzuschließen, theils weil er im engeren Kreise des öffentlichen Lebens eine größere Rolle spielen kann als im weiten, theils weil es überhaupt seinem Wesen und seiner Bestimmung entspricht selbständige gesellschaftliche Machtpunkte darzustellen um die sich anderes Leben gruppirt. Dabei ist aber auch der Adel eines der Verbindungsglieder zwischen verschiedenen Racen, Nationalitäten und örtlichen Lebenskreisen, wie er im Großen eines der Verbindungsglieder zwischen verschiedenen Völkern darstellt. Wenn der Adel die Autonomie so

versteht daß sie ihm Vorrechte der Herrschaft über andere geben soll, so ist das ein mit dem Geist und Leben der Gegenwart so unvereinbares Begehren, daß es hier gar nicht in Betracht kommen kann; aber schon in der Selbstverwaltung örtlicher und nationeller Lebenskreise hat er ein hinreichendes Interesse um als natürliches Element einer Autonomistenpartei angesehen werden zu müssen. Die Kirche verhält sich, wie wir gesehen haben, zu dieser Frage, wie zu allen weltlichen Fragen, zweifelhaft. Der Staat ist ihr überhaupt nicht Zweck an sich. Die untersten Volksclassen werden nach Umständen ihren Vortheil bald bei der örtlichen Selbstverwaltung, bald bei der centralisirten und alles umfassenden Staatsgewalt finden. Ihre Interessen sind von Natur örtlich eingeschränkte, ebenso wie ihre Kenntnisse und Befähigungen. Gegen den Druck des Adels und anderer übermächtigen Elemente werden sie Schutz bei der Staatsgewalt, gegen den Druck der Beamteten Schutz in der Selbstverwaltung suchen, soweit sie nämlich zu letzterer befähigt sind. Im ersten Fall weist ihnen ihr unzweideutiger Vortheil in dem Anschluß an die Mittelclassen den auch sonst für sie natürlichen Weg der Wahrung ihrer Interessen an.

Die Mittelclassen dagegen sind die natürlichen Parteigänger des parlamentarischen oder constitutionellen Centralismus. In socialer Beziehung muß in den Mittelclassen vorzugsweise der Gleichmachungstrieb vorherrschen. Ihr Interesse fordert daß sie das Niedere zu sich herauf zu heben, das Höhere auf die gleiche Standfläche mit sich herabzuziehen suchen. Sie sind die Classen der geschäftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Berufe, deren Bedürfnisse allgemeine und ziemlich gleichförmige sind. Was den Verkehr hemmt

oder erschwert, wie Verschiedenheit der Sprachen, der Trachten, der Sitten, der Gesetzgebungen, der Münzen, Maße und Gewichte, das widerspricht ihrem Vortheil. Zum Theil haben sie gar kein Vaterland sondern nur ein Domicil. Wenn aber auch ihr Sitz sie localisirt, so bannt der sie schaffende Geist sich an keinen Ort, und ihre Erzeugnisse sind bestimmt sich über die Welt zu verbreiten. Und indem so naturgemäß die locale Selbstverwaltung für sie nur ein untergeordnetes Interesse hat, welches kaum sich über die Gränzen des städtischen oder nächsten örtlichen Zusammenlebens hinaus erstreckt, sind die Geschäfte derselben ihnen eine Last. Auf der Scheidung der Berufsarten und Geschäftszweige beruht die Vollkommenheit ihrer Leistungen, und auch die Verrichtungen des öffentlichen Lebens überlassen sie gern bezahlten Vertretern oder den Beamteten des Staats. Nach dieser Richtung hin verändert sich mit dem wachsenden Uebergewicht der Mittelclassen selbst das englische Leben. Kurz das constitutionelle Repräsentativsystem mit seinem parlamentarischen Centralismus, seinen bezahlten Volksvertretern, verantwortlichen Ministern und bureaukratisch disciplinirten Beamteten ist das politische System der Mittelclassen, und da diese mit ihren Interessen das moderne Leben charakterisiren, werden nicht mit Unrecht diese Verfassungen als Ausdruck des modernen Geistes betrachtet, welcher das ist was man im conventionellen Sinn den Liberalismus nennt.

In Oesterreich gehört das aus diesen Mittelclassen bestehende Bürgerthum vorzugsweise dem deutschen Element an. Diese socialen Bestandtheile sind die specifischen Vertreter und Anhänger des parlamentarischen Centralismus, also des

Februarsystems, und ihnen stehen die in besonderem Grad in der localen Autonomie interessirten Elemente gegenüber. Gegen letztere Elemente vertheidigten sie das Februarsystem. Sie bildeten seine Armee. Indem aber das Februarministerium am Ende unverhehlt diesem System eine Auslegung gab die sich als Schein-Constitutionalismus charakterisirte, sah sich diese Armee von ihren Führern getäuscht. Ein in seinen Erwartungen betrogenes Bürgerthum wendete sich von einem Ministerium ab welches nun einen Generalstab ohne Armee darstellte. Das Schicksal des Februarsystems war entschieden. Die Coalition der autonomen Interessen und Kräfte hatte die Oberhand

V.

Der Systemwechsel in Oesterreich als Ausgangspunkt für die zukünftige Politik des Reichs.

Ich habe in meinem letzten Artikel gezeigt daß der Sturz des Februarsystems durch eine Coalition seiner Gegner bewirkt wurde, welche seinen innern Zwiespalt mit Glück zu benutzen wußten. Ist dieß richtig, dann müssen die verschiedenen Elemente der siegreichen Coalition von dem Systemwechsel sehr verschiedenes erwartet haben. Welches ist aber das Ergebniß das sich, so weit es zu erkennen, aus dem Widerstreit dieser Erwartung herausgebildet hat? Ich glaube man darf antworten daß es der Sieg der Reichsidee über die Staatsidee ist, welche genauer bestimmten Formen die Verwirklichung der erstern auch annehmen mag. Ist dieß so, und gibt es nicht einen Rückfall in die Schablone des einfachen Parlamentsstaats, mit welchem, so gut wie mit dem Rückfall in den absolutistischen Centralismus, die Trennung von Deutschland mit allen ihren weitern Folgen entschieden sein würde — dann darf der Systemwechsel, welche einzelnen Uebelstände er auch mit sich gebracht haben mag, als ein Fortschritt betrachtet werden.

Es handelt sich darum das Wesen des zusammengesetzten

Staats richtig zu verstehen, und seinen Geist für die große Politik zu verwerthen.

In dieser Beziehung wird das Urtheil vielfach durch die Macht politischer Schlagwörter getrübt. So sehen wir Autonomisten gegen Föderalisten kämpfen, während doch zwischen beiden kein principieller Unterschied sein kann. Die Föderalisten müssen Autonomisten sein wenn sie etwas haben sollen das der Mühe werth ist zu föderiren, und die Autonomisten müssen Föderalisten sein wenn ihre Autonomien ungefährdet zu einem Reich zusammengefügt werden sollen. Die Autonomie bezeichnet den Zweck, die Föderation ist das Mittel. Auch der Dualismus, in der Bedeutung die das Wort für die ungarische Frage angenommen hat, ist nichts als eine besondere Form in welcher eine Verwirklichung des autonomistisch-föderativen Systems beabsichtigt wird — eine Form die zugleich gar nicht ausschließt, sondern vielmehr es nöthig macht, daß jede der beiden Reichshälften für sich wieder föderativ gegliedert sei. Je mehr die beiden Hälften eines dualistisch zusammengesetzten Reichs jede für sich centralisirt sind, und sich der Natur einfacher Staaten nähern, um so schwächer ist das Band welches sie zusammenhält, um so unsicherer die Verbindung. Je mehr die Ungarn Autonomie verlangen, um so mehr ist es im Interesse des Reichsbestands wünschenswerth daß im Verhältniß der Glieder der ostleithanischen wie der westleithanischen Ländergruppe ein föderatives Verhältniß zur Geltung komme.

Wenn man unter Föderalismus den Geist eines Systems versteht nach welchem sich eine Bundesgenossenschaft aus souveränen Staaten zusammensetzt, so kann der Begriff auf ein Reich wie das österreichische natürlich keine Anwendung finden.

Ein solches System ist kein staatsrechtlicher, sondern ein völkerrechtlicher Organismus. Die Behauptung der Souveränetät der einzelnen Bundesglieder, die eben den völkerrechtlichen Charakter bedingt, beruht aber dabei auf dem Recht des freien Austritts. Nimmt man dieses Recht hinweg, so verschwindet auch die Souveränetät. Die südlichen Staaten der nordamerikanischen Union leiteten ein solches Recht aus der zum Glaubensbekenntniß einer dortigen Partei gehörigen Doctrin der Staatensouveränetät ab. Die Unionspartei antwortete: weil ihr nicht austreten dürft, seid ihr eben nicht souverän, und gerade damit ist eure Doctrin widerlegt. Ganz ebenso ergieng es den Kantonen des schweizerischen Sonderbunds, welche aus der Kantonalsouveränetät das Recht der Secession ableiten wollten. Sie wurden mit Waffengewalt bei der Eidgenossenschaft gehalten, und die Doctrin der Kantonalsouveränetät wurde dann auf ihren wahren Werth zurückgeführt. Der deutsche Bund soll ein Bund souveräner Fürsten — nach correcterem Sprachgebrauch: souveräner Staaten sein. Er ist aber zugleich als unauflöslich bezeichnet. Da im Bundesvertrag die einzelnen Bundesglieder auf das wichtigste aller Souveränetätsrechte — das Recht der Selbsthülfe — verzichtet haben, dieser Verzicht aber durch die ewige Dauer des Bundes zu einem absoluten geworden ist, so können sie für sich den Charakter der Souveränetät nicht mehr in Anspruch nehmen. Auch Oesterreich und Preußen sind als Bundesglieder keine souveränen Staaten, souverän sind sie nur als europäische Mächte. Bundesrecht ist nicht Völkerrecht, sondern Verzicht auf das Völkerrecht, ungefähr wie Staatsrecht nicht Naturrecht, sondern Verzicht auf das Naturrecht ist. Die Glieder einer festen Föderation sind

nicht Souveränetäten, sondern Autonomien. Damit verschwindet jeder principielle Unterschied zwischen dem Begriff der Föderation und dem des zusammengesetzten Staats selbst mit geringerer Autonomie seiner Theile. Jedes Reich, mit andern Worten, ist eine Art von Föderation, und jede Föderation verdient den Namen eines Reichs. „This great empire" — sagen daher auch nicht ungern die Nordamerikaner, während das „brittische Reich" mit seinen Colonien — „the British empire" — unbestreitbar eine Föderation ist. Ob ein Präsident, ein König oder Kaiser an der Spitze eines Reichs steht, ändert nichts an dieser Natur der Dinge. Die pragmatische Sanction ist ein Grundgesetz von durchaus föderativem Charakter. Freilich liegt das Staatsrecht des Föderativsystems als Theorie noch in den Windeln. In nichts kann sich aber das politische Organisationstalent eines Volks und seiner Staatsmänner glänzender bewähren, in nichts kann die Freiheit von den Fesseln der Schule und den Vorurtheilen der Routine schöner triumphiren als in der Hervorbringung eines richtig construirten Föderativsystems. Für Oesterreich heißt dieß so viel wie eine den Umständen und Bedürfnissen entsprechende Reichsverfassung. Hier ist Gelegenheit für die ungarischen Staatsmänner sich durch Leistungen geltend zu machen die über den Werth von Velleitäten und Intentionen hinausgehen. Hier heißt es wirklich für die magyarischen Herren: „hic Rhodus, hic salta!" — Auf geringen Ruhm würden sie Anspruch machen können, wenn sie weiter nichts wüßten als den separatistischen Interessen ihres Volks zu dienen.

Es gibt gewisse Verirrungen des Föderativsystems die dasselbe seiner Vorzüge berauben und seinen Charakter

abändern. Unter diesen ist am wichtigsten das System der Hegemonie. An der Hegemoniesucht ist Griechenland zu Grunde gegangen. An dem nämlichen Uebel hat das deutsche Reich gekrankt. In der Schweiz ist das Vorortssystem früher die Hauptquelle aller Gefahren und Zerwürfnisse gewesen. In Amerika giengen die Südstaaten darauf aus sich auf immer die Hegemonie über die Union zu sichern, und das Mißlingen dieses Plans reizte sie zur Empörung. Der deutsche Bund ist kaum im Stande sich der Hegemonie-Gelüste Preußens, und selbst Oesterreichs, zu erwehren. Er werde sich allerdings majorisiren lassen — hat zwar in einer glücklichen Stunde der Kaiser Franz Joseph gesagt; aber der unglückliche Einfall eines servilen Wiener Publicisten Oesterreich und Preußen die „deutschen Vormächte" zu nennen, hat dennoch in Wien ein gewisses Wohlgefallen gefunden, und hat denn auch in den deutschen Angelegenheiten unsägliches Uebel gestiftet.

Einer glücklichen Organisation des österreichischen Kaiserstaats kann der Hegemonie-Gedanke nur gefährlich werden in den Anmaßungen der Herrschaft einer Nationalität über die andern. Die Aufgabe dieß zu vermeiden ist eine schwierige, und bedarf Klugheit, Selbstbeherrschung und Vorsicht. Ein Reich braucht ein allgemeines Medium der Sprache und des Culturcharakters. Wie soll ein gemeinsamer Geist sich bilden wo nicht einmal eine gemeinsame Literatur möglich ist? Uebersetzungen, selbst wenn sie dem Mangel abhelfen könnten, sind große Zeit- und Kraftverluste. Eine polyglotte Literatur, mit der Nothwendigkeit viele Provincialsprachen für den gewöhnlichen Lebensbedarf zu erlernen, ist ein großer Nachtheil für die Volkswirthschaft und den Nationalreichthum.

Jede Sprache mehr im Reich vermehrt die Last der Steuern auf den Schultern derer welche sich den Spaß nicht nehmen lassen wollen eine Sprache zu reden die, außer ihnen sammt Kind und Kegel, niemand versteht. Es ist ein Spaß der ihnen im strengsten Sinn des Worts theuer zu stehen kommt, und der bei den Erforschungen der Gründe österreichischer Finanzplagen noch nicht gehörig gewürdigt worden ist. Die Schweiz hat auch ihre drei Sprachen; aber sie sind drei von den großen Culturſprachen der Welt, mit deren Gebrauch sich der allgemeine Verkehr der Menschheit erschließt. Das läßt sich, außer der deutschen und der italienischen, von keiner der in Oesterreich gebrauchten Sprachen und Mundarten sagen. Ihre Kenntniß erweitert nicht den geistigen Horizont und den Wirkungskreis im praktischen Leben, sondern sie verengt ihn. Nichtsdestoweniger sind auch hier Hegemonie-Gelüste vom Uebel. Der freien Concurrenz der Volksgeister und der Interessen muß auch in Sprache, Sitte und allem was sich damit verbindet die Lösung der Gegensätze überlassen bleiben. Die Sprache welche ihren Kennern die größten gesellschaftlichen, wirthschaftlichen und politischen Vortheile zu bieten vermag, wird sich im Verlauf der Zeit dem Gewicht dieser Vortheile gemäß geltend machen, und der Stärkere in diesem Wettkampf kann mit voller Gemüthsruhe der Thorheit des Schwächeren zusehen. „Mache dich nur noch schwächer als du bist; bringe dich um den Rest deines Einflusses, mache dich arm und bringe dich in der Bildung zurück: desto vollständiger wirst du mein werden!“ Dieß kann er ihm in Gedanken zurufen. Der Redner hat in der Regel ein viel größeres Interesse daran verstanden und von den rechten Leuten verstanden zu werden, als seine

Hörer ihn zu verstehen. Redner und Schriftsteller bewerben sich um ihr Publikum, aber dieses bewirbt sich nicht um sie. Natürlich ist es also daß sie sich, soweit sie es können, der Sprache bedienen in welcher sie die größere Wirkung ausüben. Wer der englischen Sprache mächtig ist, die in einem der großen Blätter der Vereinigten Staaten jeden Morgen einen Leserkreis von ein paarmal hunderttausend eröffnet — wird er, wenn er wirklich der Welt etwas von Bedeutung zu sagen hat, seine Wissenschaft in einem deutschen, französischen, spanischen oder italienischen Localblatt der Union niederlegen das in seiner Muttersprache geschrieben sein mag? Diese Fragen müssen auch für Oesterreich durch die freie Wirkung der gesellschaftlichen Interessen entschieden werden, nicht auf dem Weg hegemonistischer Anmaßungen.

Ein Irrthum des föderativen Geistes legt sich ferner in einer falschen Ausführung des Gedankens der Decentralisation an den Tag. Man pflegt sich dabei verschiedene Stufen der Selbstregierung oder Selbstverwaltung wie Instanzen einander über- und untergeordnet zu denken, so daß die Competenz der höheren Instanz, bei aller Freiheit die der unteren gelassen wird, und obgleich ihre Organe aus den localen Lebenskreisen selbständig hervorgehen, die der letzteren umfaßt. Die Autonomie eines so verstandenen Systems ist eine Schein-Autonomie. Sie geht von der Anschauung aus: die Competenzen der politischen Bethätigung in Verwaltung, Gesetzgebung und Jurisdiction müßten nach oben immer reicher, nach unten immer ärmer werden, während nach dem richtigen System das umgekehrte stattfindet, indem die höheren Competenzen zwar immer allgemeiner und immer gewichtiger, aber dabei immer ärmer werden. Eine nach den Grundsätzen

der Schein-Autonomie durchgeführte Decentralisation ist aber in Wahrheit nur eine Desorganisation. Das bureaukratische Einschachtelungssystem wird dadurch nur gestört, ohne daß dabei etwas gewonnen wird. Die Männer der bureaukratischen Schule, welche sich die Decentralisation nicht anders als in diesem Geist denken können, haben recht sich ihr zu widersetzen. Kommt bei der Schein-Autonomie immer nur der bureaukratische alte Adam wieder zum Vorschein, so möge er doch auch bei dem alten Apfel bleiben. Die wahre Autonomie und die wahre Decentralisation beruhen auf einer durchaus andern Grundansicht. Nach dieser kommt jedem Kreise des gesellschaftlichen und politischen Lebens, wie jedem einzelnen Individuum, von selbst und ursprünglich die Verwaltung der Angelegenheiten zu welche seine und keines andern Sache sind. Daß sie in die Interessen eines andern eingreifen und dadurch in mehr oder minder erweitertem Kreise gemeinsame Angelegenheiten werden, muß erst bewiesen sein ehe sie der Competenz dieser weiteren Kreise zufallen. Was aber als gemeinsame Angelegenheit eines weiteren Lebenskreises anerkannt ist, das steht ebenso selbstverständlich unter der unbedingten Competenz dieses letztern, und so hinauf bis zum höchsten und weitesten Kreise der Reichsangelegenheiten. Diese wie die aller unteren Lebenskreise nach Verwaltung, Jurisdiction und Gesetzgebung scharf und bestimmt auseinanderzulegen: das ist die große Aufgabe zur Durchführung dieses Systems — eine Aufgabe welche für den Kenner des Systems leichter praktisch zu lösen als zu beschreiben ist. Was darin bisher geleistet wurde, liegt theoretisch wie praktisch fast allein in England und Amerika. Dort haben die ihre Studien zu machen welche die öster-

reichische Verfassung als die eines zusammengesetzten Staats wollen fördern helfen.

Die Aufgabe ist eine große, und zu ihrer Lösung gehört ein Zusammenwirken aller in der österreichischen Bevölkerung vorhandenen Geistes- und Charakterkräfte. In Oesterreich sind es Interessen der verschiedensten Art welche in der Verfassung ihre Befriedigung suchen. Es läßt sich in dieser Beziehung mit diesem Lande kaum ein anderes vergleichen. Wie Oesterreich das Land der Vermittlung zwischen den Hauptracen Europa's, wie es das Land der Vermittlung zwischen dem westlichen, östlichen, südlichen und nördlichen Culturcharakter ist, so ist es auch das Land der Vermittlung zwischen Aristokratie und Demokratie, Adel und Bürgerthum. Sehr verschiedenartiges Leben hat sich in diesem Land in neben einander laufenden Strömen durch Jahrhunderte fort bewegt. Die socialen und politischen Zustände des Kaiserstaats sind in dieser Beziehung allgemeinen Bedingungen unterworfen, die an die Zusammensetzung der englischen Gesellschaft erinnern. Gleich der englischen, ist die österreichische Gesellschaft aristokratisch und demokratisch, adelig und bürgerlich zugleich. Und auch für die Lebensanschauungen und den Charakter verschiedener Zeitperioden muß Oesterreich wie England eine Brücke bauen. Die Täuschung welche wohl viele gehegt haben daß für Oesterreich endlich die Zeit gekommen sei bei sich die Gesellschafts- und Staatsformen des modernen Bürgerthums zur ausschließlichen Geltung zu bringen, ist eben so groß, wie die daß dieses Land bestimmt sei der modernen Entwicklung Halt zu gebieten, oder wie die daß die Zeit bevorstehe wo der Kaiserstaat, unter der Fahne des Katholicismus seine Macht in Bewegung setzend,

dem Osten und dem Norden Europa's Gesetze geben werde — was kürzlich ein sonst mit Geist geschriebenes Wiener Blatt in naivem Traum phantasirt hat. Oesterreich ist vielmehr auch das Land der Vermittlung zwischen den Glaubensbekenntnissen, von denen in unserer Zeit keines mehr zur Herrschaft über die andern bestimmt ist. Eine ganz andere Fahne — die Fahne der Toleranz in allen Beziehungen ist es unter welcher Oesterreich allein siegen kann: der Toleranz zwischen Nationalitäten, Ständen, Parteien, Lebensanschauungen und Glaubensbekenntnissen. In dem Umstande daß zwingende Gründe Oesterreich nöthigen den Geist dieser allgemeinen Toleranz walten zu lassen, liegt Oesterreichs Rettung. Freiwillig würde die österreichische Politik sich diesem Geist wohl nie anvertrauen; aber die Geschichte hat, gleich der Natur, den Beruf mit sanftem oder unsanftem Zwang menschliche Thorheit zu bessern. Dieser Geist wird also auch im endlichen staatsrechtlichen Organismus Oesterreichs seinen Ausdruck finden.

Von Natur und Geschichte ist Oesterreich durch die Mannichfaltigkeit seiner Gestaltungen und Elemente bestimmt ein Land der Freiheit zu sein; aber freilich nicht jener Freiheit für die in den Systemen der Schule die fertige Musterform vorhanden ist. Noch keine Schule hat die staatsrechtlichen Formen gelehrt unter denen ein wie Oesterreich zusammengesetztes Reich frei und mächtig zugleich sein kann. Oesterreich wird darum weder auf die Freiheit noch auf die Macht verzichten, und wenn die Lösung seiner großen und schweren Aufgabe nicht der ersten Generation gelingt die sich ihrer in einem gewissen Grade bewußt geworden ist, so wird die zukünftige Geschichte selbst diese Generation darum nicht

geringschätzig beurtheilen. Denn es handelt sich um die Erfindung eines staatsrechtlichen Systems welches für die monarchischen und alt-historischen Verhältnisse Europa's leistet was der föderative Republicanismus Nordamerika's in der neuen Welt vollbringt: die Verbindung der Freiheit und Selbstregierung mit der Machteinheit eines großen und gewaltigen Staatskörpers durch einen zusammengesetzten politischen Organismus. Es ist dieß überhaupt eines der großen Probleme der Gegenwart. Indem Oesterreich dasselbe für die alte Welt aufnimmt, macht es sich zu einem der großen Repräsentanten der Culturperiode, und schöpft daraus alle die Bedeutung und alles das Ansehen welche naturgemäß aus einer solchen Stellung entspringen.

Das Februarsystem hat, in seiner Art, den Versuch gemacht die aus diesem Problem für Oesterreich hervorgehende Aufgabe zu lösen. Mit aller Anerkennung der guten Absicht und mancher werthvollen Charakterzüge in der Leistung muß man doch eingestehen daß der Versuch mißrathen ist. Der rechte Geist hätte trotzdem aus der Februarverfassung etwas glücklicheres gestalten können; der rechte Geist konnte aber nicht der sein welcher den einfachen Staat als Ideal hegte. Aus den Inconsequenzen des parlamentarischen Centralismus vielmehr, welche im Grundgesetz von 1861 eingeschlossen lagen, hätte für den Uebergang zum zusammengesetzten Staat Vortheil gezogen werden müssen. An die Inconsequenzen mußte die Fortbildung sich halten, da mit den Consequenzen nichts anzufangen war. Die Entwicklung der Dinge hat einen andern Gang genommen.

Durch das kaiserliche Manifest vom 20. September ist die Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung „sistirt“

worden. Der Sinn dieses Ausdrucks kann in Verbindung mit den übrigen Kundgebungen des Manifestes nicht zweifelhaft sein. Das Recht der Völker durch ihre legalen Vertreter bei der Gesetzgebung und Finanzverwaltung beschließend mitzuwirken, ist durch die Sistirung nicht in Frage gestellt, sondern neu anerkannt. Nur die Form der Ausübung dieses Rechts ist, als der Revision und Abänderung bedürftig, unterbrochen. Will man den Vergleich gestatten, dem keine andere Meinung zu Grund liegt als die Sache anschaulich zu machen, so wurde der Gang einer Maschine eingestellt an der eine Abänderung als unvermeidlich erkannt worden ist. Die Partei einer strengen Continuität hat dagegen ihre Einwendung. Das kaiserliche Manifest aber ist von der Ueberzeugung ausgegangen: es würde bei der Erhaltung der Continuität „das Wesen der Form geopfert" worden sein. Dieses zu vermeiden ist das Ziel aller höhern Opportunitätspolitik. Vom Standpunkt einer solchen muß daher die Sistirungsmaßregel beurtheilt werden. Das Wesen welches erhalten und besser gesichert werden soll, ist die repräsentative Reichseinheit. Nach dem kaiserlichen Patent soll sie durch „die freie Theilnahme aller Völker" des Reichs festgestellt werden. In dieser Forderung liegt die Anerkennung des föderativen Princips. Es ist in dem kaiserlichen Patent vom 20. September also nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung der Volksrechte enthalten. Es ist damit in die Macht der österreichischen Völker gelegt die Aera der Octroyirungen und damit der Experimentalpolitik für immer zu schließen. Octroyirungen sind immer Experimente; das hat sich auch an der Februarverfassung erwahrt.

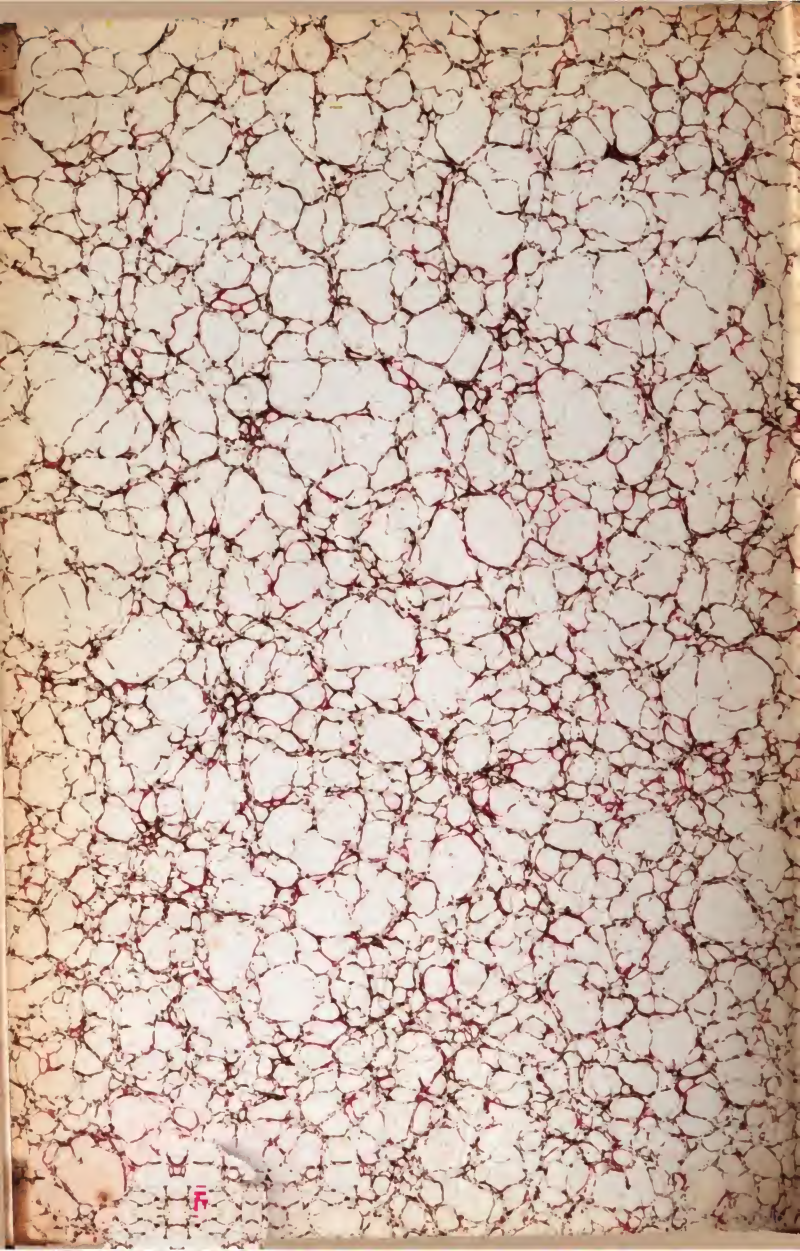
Den Ungarn fällt in diesem Augenblick eine schicksals-

schwere Verantwortlichkeit zu. Von zwei Bedingungen hängt das Gelingen ihrer Aufgabe ab: davon daß sie ihre Verbindung mit der westlichen Reichshälfte nicht zu lose, ihre Verbindung mit Croatien und Siebenbürgen nicht zu straff beabsichtigen. Das eine wie das andere, wenn sie es wollten, würde das Gelingen unmöglich machen. Ein doppelt-föderativer Dualismus, mit constitutionellen Centralorganen für die klar und bestimmt ausgeschiedenen Reichsangelegenheiten, ist die Bildung welche allein sämmtlichen in Frage kommenden Interessen gleichförmig Rechnung trägt.

Die Ausführung darf freilich nicht wieder ganz in die Bildungen des Februarsystems einlenken. Weder die Wahlart noch die Competenzbegränzungen des weitern und des engern Reichsraths, jedenfalls nicht des erstern, könnte man brauchen. Aber ein richtig construirtes System, wenn es zu Stande käme, würde die innern Bewegungen des politischen Lebens für Oesterreich nicht nur gefahrlos, sondern selbst zu einer ergiebigen Quelle der Kraft machen.

Hier liegt für das Reich der Anfang der Initiative in der großen Politik — das Ende des politischen „non possumus."





Inv. No



